S. 996 ff.

G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl D. Bredthauer
Chancen und Konsequenzen des Moskauer Vertrags

Bernhard Fedler und Majo Göbels
Die „neue Ordnung" in Indonesien

Jürgen Alberts
„Bild" im Einsatz

Hans-Georg Burger
Die Lage der Araber in Israel

César / Frach / Hervé-Murray / Sollmann / Sommerfeld
Die Diskriminierung der Schülerinnen

9'70

September 1970 Einzelheft 4,00 Im Abonnement 3,00 DM,
für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

September 1970

CHRONIK DES MONATS AUGUST 1970 887

KOMMENTARE UND BERICHTE

Zur Situation auf den Philippinen . . . . . *Klaus Elliesen* 890

Streiflicht auf die Justizreform . . . . . *Hermann Etzel* 893

Der parasitäre Buchmarkt . . . . . *Joachim Mansch* 895

HAUPTAUFSÄTZE

Ein neues Kapitel aufschlagen. Chancen und Konsequenzen des Moskauer Vertrags . . . . . *Karl D. Bredthauer* 898

Die „neue Ordnung" in Indonesien . . *Bernhard Fedler und Majo Göbels* 907

„Bild" im Einsatz. Analyse der Berichterstattung zu den Septemberstreiks 1969 . . . . . *Jürgen Alberts* 916

Zur Kritik der „postindustriellen" Gesellschaft . . . . . *Hermann Ley* 934

Die Lage der Araber in Israel . . . . . *Hans-Georg Burger* 940

Die Diskriminierung der Schülerinnen. Am Beispiel der nordrhein-westfälischen Lehrpläne *César/Frach/Hervé-Murray/Sollmann/Sommerfeld* 958

Probleme der demokratischen Bewegung in den USA . . . . . *Martin Hall, Los Angeles* 966

Gedanken zur Arbeit der Schülervertretung (SV) . . *Hans-Georg Meyer* 975

FERNSEH-SPALTE

A song of joy . . . . . *E. H. Wahl* 987

BUCHER

Ernst Nolte, Der Nationalsozialismus . . . . . *Eike Hennig* 988

Wolfgang Leonhard, Die Dreispaltung des Marxismus . . . . . *Günter W. Smirr* 990

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 994

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Wortlaut des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 12. August 1970 996

Dokumente, die mit dem Vertrag zwischen der BRD und der UdSSR in Zusammenhang stehen 997

Gemeinsames Kommuniqué der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken 1000

Tischrede von Ministerpräsident Kossygin 1000

Tischrede des Bundeskanzlers 1002

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Fünfzehnter Jahrgang · Heft 9/1970

Herausgeber

HILDE BENTELE
GERHARD GOLLWITZER
ANTON NEUHÄUSLER
KNUT NEVERMANN
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HAROLD RASCH
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF v. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

Chronik des Monats August 1970

1. 8. — Naher Osten. In Kairo wird die Einberufung einer Konferenz der arabischen Außen- und Verteidigungsminister angekündigt, um die Meinungsverschiedenheiten über die Möglichkeiten einer politischen Lösung des Nahostkonflikts beizulegen. Der Staatschef von Libyen, al-Ghadhafi, unternimmt in Bagdad den Versuch, die irakische Regierung zur Teilnahme an der Zusammenkunft zu bewegen. Die Konferenz findet am 5. und 6. 8. in der libyschen Haupstadt Tripolis statt. Teilnehmer sind die VAR, Libyen, der Sudan, Syrien und Jordanien; Algerien und der Irak bleiben den Beratungen fern. — Am 8. 8. um Mitternacht tritt am Suezkanal ein Waffenstillstand zwischen Israel und der VAR in Kraft; die 90tägige Feuereinstellung geht auf den sogenannten Rogers-Plan zurück. Am 13. 8. teilt der israelische Verteidigungsminister Dayan die Einzelheiten des Waffenstillstandsabkommens vor der Knesset mit Punkt 3 der Vereinbarung lautet: „Die beiden Parteien verpflichten sich, den militärischen Status quo in einem Streifen von 50 km Tiefe beiderseits des Kanals nicht zu verändern und dort keine militärischen Installationen zu verlegen oder neu zu errichten. Die Tätigkeiten auf beiden Seiten müssen auf den Unterhalt, die Rotation und die Versorgung der Truppen beschränkt bleiben." — Am 25. 8. nimmt der schwedische Botschafter Gunnar Jarring im New Yorker UN-Hauptquartier seine Vermittlungsmission wieder auf. Jarring empfängt nacheinander die diplomatischen Vertreter

Israels, Jordaniens und der VAR. Der Vertreter Israels, Botschafter Tekoah, wird später über den Standpunkt der arabischen Seite unterrichtet.

2. 8. — Sowjetunion. Anläßlich des 25. Jahrestages der Konferenz von Potsdam richtet der sowjetische Ministerpräsident Alexej Kossygin gleichlautende Botschaften an die Präsidenten der Vereinigten Staaten und Frankreichs sowie an den britischen Premierminister. Die Sowjetunion, so betont Kossygin, halte „unbeirrbar an den friedliebenden und demokratischen Prinzipien" des am 2. August 1945 geschlossenen Potsdamer Abkommens fest.

3. 8. — Indien / DDR. Der indische Außenminister Singh gibt vor dem Unterhaus die Aufnahme konsularischer Beziehungen zur DDR auf der Ebene von Generalkonsulaten bekannt.

5. 8. — FDGB / DGB. Der Vorsitzende des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herbert Warnke, beantwortet ein (bisher unveröffentlichtes) Schreiben des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Heinz Vetter, vom 9. Juli. Warnke regt für den Herbst Kontaktgespräche beider Organisationen zur Vorbereitung eines Spitzengesprächs der beiden Vorsitzenden an.

6. 8. — Italien. Der christlich-demokratische Politiker Emilio Colombo beendet mit der Neubildung eines Koalitionskabinetts der „Linken Mitte" die mit dem Rücktritt seines Vorgängers Mariano Rumor ausgelöste Regierungskrise. Das neue Kabinett weist nur geringfügige personelle Veränderungen auf und besteht wiederum aus Vertretern der Christlichen Demokraten, Sozialdemokraten, Sozialisten und Republikaner.

USA / Spanien. Die beiden Außenminister, William Rogers und Lopez Bravo, treffen eine Vereinbarung, die den Vereinigten Staaten weiterhin den Unterhalt militärischer Basen auf spanischem Territorium gestattet und als Gegenleistung die Fortsetzung der amerikanischen Militärhilfe an Spanien vorsieht. Die neue Vereinbarung tritt an die Stelle des bilateralen Verteidigungsabkommens von 1953. Bei der Rückkehr aus Washington erklärt Außenminister Bravo in Madrid, sein Land sei jetzt „teilweise an den Nordatlantikpakt angeschlossen".

7. 8. — Sowjetunion / Bundesrepublik. Bundesaußenminister Scheel und Außenminister Gromyko paraphieren nach 12tätigen Verhandlungen in Moskau einen „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken". Scheel tritt anschließend die Rückreise nach Bonn an. — Am 8. 8. heißt es nach einer Sitzung des Bundeskabinetts, der Bundeskanzler habe eine Einladung der sowjetischen Regierung angenommen, zur Vertragsunterzeichnung nach Moskau zu kommen. — Am 12. 8. setzen Ministerpräsident Kossygin, Bundeskanzler Brandt und die beiden Außenminister Scheel und Gromyko im Großen Katharinensaal des Kreml ihre Unterschriften unter das Vertragswerk. Gleichzeitig hinterlegt die Botschaft der Bundesrepublik im sowjetischen Außenministerium einen „Brief zur deutschen Einheit"; informatorische Noten werden den Botschaftern der drei Westmächte in Moskau zugestellt. Bundeskanzler Brandt, der sich vom 11. bis 13. 8. in der sowjetischen Hauptstadt aufhält, führt u. a. ein längeres Gespräch mit Parteisekretär Breshnew, der auch an der Unterzeichnungszeremonie teilgenommen hatte (Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen"). — Am 28. 8. äußert sich Parteisekretär Breshnew in einer Rede in Alma Ata über die Beziehungen zur Bundesrepublik. Der in Moskau geschlossene Vertrag werde „seine Möglichkeiten selbstverständlich erst dann voll entfalten, wenn er von beiden Seiten ratifiziert und in Kraft treten wird". Die jetzt eingeleitete Entwicklung müsse „im Interesse unserer beiden Staaten und des Friedens in Europa eine Weiterentwicklung" erfahren.

12. 8. — CDU / CSU. Der CSU-Vorsitzende Strauß richtet im „Bayernkurier" heftige Angriffe gegen den Vertrag mit der Sowjetunion. Strauß wendet sich vor allem gegen die rechtliche Fixierung des Status quo. In einem Kommentar wiederholt auch der frühere Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende Kiesinger die „prinzipiellen Einwände" der Partei gegenüber der Ostpolitik der Bundesregierung.

13. 8. — Jugoslawien / Vatikan. Die jugoslawische Regierung bestätigt offiziell die Wiederaufnahme der im Jahre 1952 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zum Heiligen Stuhl.

14. 8. — DDR. Der Ministerrat veröffentlicht eine Stellungnahme zum Abschluß des Moskauer Vertrages, in der es u. a. heißt:

„Der Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD legt in völkerrechtlich verbindlicher Form die Unverletzlichkeit der Staatsgrenze zwischen der BRD und der DDR und die uneingeschränkte Achtung der territorialen Integrität auch des Staates DDR fest. Damit ist die Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf gleichberechtigter Grundlage zur real lösbaren Aufgabe geworden. Die im Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD eingegangenen Verpflichtungen machen es folgerichtig erforderlich, nunmehr normale diplomatische Beziehungen zwischen der DDR und der BRD herzustellen. Aus der Tatsache, daß die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs offiziell ihr Einverständnis mit dem Vorgehen der Regierung der BRD und dem Abschluß des Moskauer Vertrages erklärt haben, ergibt sich die logische Konsequenz, daß auch diese Staaten ihre Beziehungen zur DDR normalisieren und der Aufnahme der DDR und der BRD in die Organisation der Vereinten Nationen keine Hindernisse mehr bereiten sollten. Es gibt jetzt für keinen dritten Staat auch nur den geringsten Grund, diplomatischen Beziehungen mit der DDR weiterhin auszuweichen. Gleiches gilt für die Aufnahme der DDR in internationale Organisationen."

— S A L T. Die in Wien seit dem 16. April geführten „Strategic Arms Limitation Talks" (SALT) zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion werden beendet. Die beiden Delegationsleiter Smith (USA) und Semjonow (UdSSR) bezeichnen den Meinungsaustausch in einem gemeinsamen Kommuniqué als „nützlich" und kündigen den Beginn einer weiteren Gesprächsrunde für den November in Helsinki an.

16. 8. — A s i e n. Der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Masurow befürwortet in einer Rede in der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngjang die Errichtung eines kollektiven Sicherheitssystems der Länder Asiens. Masurow nimmt an den Feierlichkeiten zum 25jährigen Bestehen der Koreanischen Volksdemokratischen Republik teil.

18. 8. — P o r t u g a l. Das Entkolonialisierungskomitee der Vereinten Nationen billigt mit 14 gegen 2 Stimmen (USA und Großbritannien) bei 2 Enthaltungen (Italien und Norwegen) eine Resolution, in der die Mitgliedsstaaten der NATO aufgefordert werden, der portugiesischen Regierung keine militärische Hilfe mehr zu gewähren. Die Entschließung richtet sich gegen die „Repressionsakte" und Militäroperationen Portugals in Angola, Mozambique und Portugiesisch Guinea.

20. 8. — W a r s c h a u e r P a k t. In Moskau tritt in Anwesenheit der Partei- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der Politische Beratende Ausschuß der Staaten des Warschauer Vertrages zusammen. „Zweck der Tagung", so wird in einem Kommuniqué mitgeteilt, sei „die Beratung aktueller internationaler Fragen" gewesen. Die Teilnehmer hätten festgestellt, „daß die Verhandlungen und die Unterzeichnung des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD am 12. August 1970 ein wichtiger Schritt zur Entspannung und Normalisierung der Situation in Europa sind". Es müßten nun „gemeinsam mit anderen interessierten Staaten aktive Maßnahmen" ergriffen werden, „um in nächster Zukunft den Vorschlag zur Einberufung einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz ... zu verwirklichen".

24.—30. 8. — U S A. Im Auftrage Präsident Nixons unternimmt Vizepräsident Agnew eine ausgedehnte Asienreise, die ihn zunächst nach Südkorea und später nach Formosa, Südvietnam, Kambodscha und Thailand führt. Agnew verhandelt vor allem über eine verstärkte amerikanische Militärhilfe an die Regierungen dieser Länder.

24.—31. 8. — A f r i k a. In Addis Abeba tagt der Ministerrat der Organisation für die Afrikanische Einheit (OAU), um eine Gipfelkonferenz der Organisation vorzubereiten. In seiner Eröffnungsansprache bezeichnet Kaiser Haile Selassie die Wiederaufnahme der britischen Waffenlieferungen an Südafrika als eine „flagrante Verletzung" des von der UNO verhängten Waffenembargos.

Kommentare und Berichte

Zur Situation auf den Philippinen

Nach einer über ein Jahrzehnt andauernden Periode relativer Ruhe ist die politische Stabilität auf den Philippinen wieder ins Wanken geraten. Dies zeichnete sich schon längere Zeit ab, obwohl Präsident Ferdinando Marcos noch im November des vorigen Jahres etwas erreichte, was bisher keinem seiner Vorgänger gelungen war, nämlich für eine zweite Amtsperiode gewählt zu werden, und zwar mit verstärkter Mehrheit. Wieweit dies allerdings auf Wahlfälschung beruht, ist ungewiß. Zumindest in den Landgebieten wurden zahlreiche Fälle aufgedeckt, in denen die Bevölkerung eingeschüchtert wurde, bzw. es zu Unregelmäßigkeiten bei der Stimmenauszählung gekommen war. Eine Niederlage des Präsidenten und seiner „Nationalen Partei" hätte an der Situation der Filipinos allerdings auch nichts geändert. Denn die zweite große Gruppierung, die „Liberale Partei", unterscheidet sich von ihrer Rivalin nur in Nuancen. Beide Parteien vertreten in erster Linie die Interessen der land- und kapitalkräftigen Kreise. Die überaus enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit den USA wird von ihnen nicht in Frage gestellt. Hierüber können auch die teilweise antiamerikanischen Akzente, die in der Regierungspartei zutage treten, nicht hinwegtäuschen. Diese Partei ist lediglich bemüht, die Abhängigkeit des Landes von den USA nach außen etwas weniger sichtbar werden zu lassen.

Der dominierende Einfluß der USA auf den Philippinen ist ein Ergebnis ihrer etwa ein halbes Jahrhundert lang ausgeübten Kolonialherrschaft über den südostasiatischen Inselstaat. Wohl fand man sich in Washington im Jahre 1946 bereit, auf die direkte Beherrschung zu verzichten. In der Praxis blieb jedoch ein — wenn auch etwas gelockertes — Protektoratsverhältnis bestehen. Denn mit der Gewährung der Unabhängigkeit war der sogenannte Bell-Vertrag gekoppelt, der den US-Firmen auf den Philippinen die gleichen Möglichkeiten wie den einheimischen einräumt. Letztere haben es schwer, sich gegenüber dieser kapitalkräftigen Konkurrenz zu behaupten. 60 Prozent der Bergbau- und etwa die Hälfte der verarbeitenden Industrie werden denn auch vom US-Kapital kontrolliert. Dessen Position ist einzigartig. Investitionsmöglichkeiten werden zwar auch Konzernen aus den anderen kapitalistischen Staaten eingeräumt. In diesen Fällen darf jedoch der Anteil des Auslandskapitals nicht über 40 Prozent eines Unternehmens betragen. Allerdings sind in verschiedenen Bereichen Übergangsfristen vorgesehen, welche diese Begrenzung erst vom fünfzehnten Jahr der Produktionsaufnahme angefangen zur Pflicht erheben.

Auch in politischer Hinsicht verhält sich die Regierung des 33-Millionen-Volkes eher wie die eines zentralamerikanischen Kleinstaats. Den USA wurden allein 23 militärische Stützpunkte eingeräumt. US-Offiziere besitzen als Berater maßgeblichen Einfluß in den Streitkräften der Republik. Bei dieser Sachlage ist es beinahe überflüssig zu erwähnen, daß die Philippinen auch der SEATO angehören und sich mit einem Truppenkontingent am Krieg in Vietnam beteiligen. Zwar versprach Präsident Marcos anläßlich der letzten Wahlen, dieses Kontingent wieder zurückzuziehen. Eingelöst hat er sein Versprechen allerdings noch nicht.

Das Aufbegehren der Bevölkerung zeigt, daß sie den Schock, den die brutale Unterdrückung eines mit sozialrevolutionären Zielen geführten Aufstandes in den Jahren 1950 bis 1955 bei ihr hinterlassen hat, langsam überwindet. Die Mißstände, die damals zum Aufstand führten, sind geblieben. Zu nennen sind die übergroße Korruption bis in die Spitze der Verwaltung und die mangelnde Rechtssicherheit zumindest in den Landgebieten. Vor allem hat sich die Diskrepanz zwischen dem Einkommen einer kleinen Oberschicht und dem der breiten Massen weiter vergrößert. Inzwischen sind wenigstens drei Viertel des gesamten Vermögens in den Händen von lediglich fünf Prozent der Bevölkerung konzentriert.

Wohl bestehen Gesetze, welche die Besitzverhältnisse auflockern sollen. Aber niemand hält sich daran. So ist z. B. die Größe des Grundbesitzes auf 75 ha festgesetzt worden. Jedoch selbst gegen Präsident Marcos wird der Vorwurf erhoben, eine Hazienda von 20 000 ha sein eigen zu nennen. Kann unter diesen Verhältnissen mit einer Reformbereitschaft der herrschenden Schicht gerechnet werden? Selbst die Initiative der Regierung, das Los der Pächter zu erleichtern, indem deren an die Grundbesitzer zu entrichtenden Abgaben von 70 auf 30 Prozent des Erntebetrags reduziert werden, wird nur halbherzig durchgeführt.

Wie wichtig soziale Reformen gerade auf dem Agrarsektor sind, zeigt die Tatsache, daß über 60 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung darin beschäftigt sind, bzw. 90 Prozent der Filipinos außerhalb der Städte leben.

Trotz aller Mängel war jedoch die von Ferdinando Marcos geleitete Administration leistungsfähiger als die vorausgegangen. Die Erschließung des Landes wurde unter ihm forciert, ebenso der Schul- und der Wohnungsbau. Insgesamt gesehen, hat sich die soziale Situation der Bevölkerung aber verschlechtert. Zwar stiegen die Löhne, weitaus mehr jedoch die Preise auch der lebensnotwendigen Güter. Erschwerend kommt hinzu der Mangel an Arbeitsplätzen. Acht Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung sind laut offiziellen Angaben ohne Stellung. Hierin sind noch nicht einmal die weitaus zahlreicheren Unterbeschäftigten enthalten. Eine gesetzliche Arbeitslosen- und Sozialversicherung besteht nicht.

Inzwischen hat sich die wirtschaftliche Lage weiter verschlechtert. Die Staatskasse ist leer. Aus diesem Grund wurden zahlreiche dringend notwendige Entwicklungsprojekte wieder eingestellt. Die Ursachen dieser Krise sind teils in der starken Abhängigkeit zu den USA, jedoch ebenso in der Verantwortungslosigkeit der führenden Schicht des Landes zu suchen. Gleich den auf den Philippinen tätigen US-Konzernen transferieren die Vertreter der einheimischen Geldaristokratie den Gewinn ihrer Unternehmen ins Ausland, statt ihn zu reinvestieren. Hinzu kommt, daß die gegenwärtige Steuergesetzgebung von den hohen Einkommensklassen unverhältnismäßig wenig Abgaben verlangt. Korruption und ausgedehnter Schmuggel — letzterer schädigt den Fiskus jährlich um wenigstens 100 Mill. Dollar — tun ein übriges. Mit seinem Entwicklungsprogramm gelang es Präsident Marcos, die Unruhe in der Bevölkerung noch einmal aufzufangen. Ehe er es jedoch teilweise zu realisieren begann, hätte er die Staatsfinanzen in Ordnung bringen müssen. Allerdings ist dies bei der Mentalität seiner Gefolgschaft wohl ein aussichtsloses Unterfangen. Der von ihm beschrittene Weg, den größten Teil seiner Vorhaben durch Kredite zu finanzieren, schwächte die ohnehin nicht allzu stabile Währung seines Landes zu stark und wurde damit zum auslösenden Faktor der gegenwärtigen Krise.

Obwohl die Unruhe in der Bevölkerung zunimmt, besteht für das gegenwärtige Regime noch keine eigentliche Gefahr. Die in den 50er Jahren zerschlagene sozialistische Opposition erholt sich nur langsam. Die Gewerkschaftsbewegung steht noch in den Anfängen. Es existieren rd. 4000 auf Betriebsebene organisierte Gruppen, die sich zu 36 Dachverbänden zusammengeschlossen haben. Ihre Aktivität ist meist gering, allerdings sind ihrer Tätigkeit durch das Überangebot von Arbeitskräften auch Grenzen gesetzt.

Etwas stärker bemerkbar machen sich wieder Guerilla-Aktionen. Das Hauptunruhegebiet befindet sich in den Bergen der großen Insel Luzon, auf der sich auch der Regierungssitz des Landes befindet. Hier wurden schon im Zweiten Weltkrieg die Japaner erfolgreich bekämpft. Die aus der „Antijapanischen Befreiungsarmee (Hukbalahap)" hervorgegangene „Volksbefreiungsarmee" vermochte sich allerdings gegen den gemeinsamen Druck der USA und der von ihnen unterstützten reaktionären Kreise des Landes nicht durchzusetzen. Zur Niederlage der „Huks" trug auch wesentlich die Tatsache bei, daß die philippinische Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer in Präsident Magsaysay (1953/57) einen Vertreter besaßen, der seine Reformwilligkeit glaubwürdig darzustellen verstand. Seine gezeigten zaghaften Ansätze wurden jedoch von seinen Nachfolgern nicht weiterverfolgt. Die nahezu zerschlagene Volksbefreiungsarmee organisierte sich in den letzten Jahren neu und hat ihren Einfluß wieder verstärkt. Neben ihrer Guerilla-Tätigkeit hilft sie den Bauern mit Krediten zu einem niedrigen Zinssatz. Dies ist für die Landbevölkerung von großer Bedeutung, denn das Bankwesen ist in den Philippinen noch wenig ausgebaut. In den meisten Fällen sind sie auf private Geldverleiher angewiesen, zu denen auch die Großgrundbesitzer gehören. Diese verlangen immerhin einen Jahreszins von 300 bis 400 Prozent! Um Land zu verteilen, reicht die Kraft der Guerilla-Bewegung, deren Verbände insgesamt nur wenige hundert Mann betragen, noch nicht aus.

Die sich vor diesem Hintergrund formierende legale Opposition besitzt nur beschränkte Möglichkeiten für ihre Tätigkeit. Besonders außerhalb Luzons ist die Macht der herrschenden Land- und Geldaristokratie und der mit ihr liierten Katholischen Kirche noch zu fest etabliert. Die Bevölkerung wird von Privatgarden der Hazienderos eingeschüchtert, welche bei den seltenen Fällen von Streiks rigoros durchgreifen und dabei vor Morden nicht zurückschrecken. Bisher hat die Justiz diesen Terror noch jedesmal legalisiert. Unter solchen Verhältnissen ist es kein Wunder, wenn bei den Wahlen in diesen Gegenden geschlossen für eine der beiden großen Parteien „gestimmt" wird. Etwas bessere Voraussetzungen für eine oppositionelle politische Tätigkeit bestehen auf der wirtschaftlich am weitesten entwickelten Insel Luzon.

Für demokratische Reformen der Gesellschaft tritt die von dem Gewerkschaftsführer Ignacio Lacsina gegründete „Arbeiterpartei (Lapiang Manggawa)" ein. Eng mit ihr zusammen arbeitet die Bauernbewegung „Malayang Samahang Magsasaka". Ihre Bedeutung ist allerdings noch gering, auch wirkt ihre Aussage ein wenig unprofiliert, was wohl von der Furcht herrührt, als Nachfolgeorganisation der seit 1948 verbotenen KP aufgelöst zu werden. Lediglich an den Hochschulen wird der sozialistischen Opposition größere Freiheit gewährt.

Relativ unbehindert kann sich hingegen die hauptsächlich von linksklerikalen Kreisen getragene Reformbewegung entwickeln. Deren Anliegen ist es, die kapitalistische Gesellschaftsordnung auf den Philippinen dadurch zu festigen, daß sie durch Einbeziehung populärer sozialistischer Programm-

punkte wie einer Bodenreform, staatlicher Altersversorgung, Aufhebung der außerhalb der Städte größtenteils noch bestehenden feudalen Verhältnisse attraktiver gemacht wird. Wortführer dieser Richtung ist der Ex-Senator Raul Manglapus mit seiner „Christlich-Sozialen Bewegung". Stark engagiert ist hierbei auch der Jesuitenorden. Von ihm wurde z. B. eine „Freie Bauern-Föderation" ins Leben gerufen, die den Bauern und Landarbeitern Rechtshilfe gewähren will. Einen nicht unbeträchtlichen Einfluß besitzen die Klerikalen auch in der Gewerkschaftsbewegung und unter den Studenten. Immerhin besuchen etwa 70 Prozent von ihnen von der Kirche unterhaltene Hochschulen.

Im Gegensatz zu den Sozialisten lehnen die Linksklerikalen — von Ausnahmen abgesehen — jede gewaltsame Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ab. Im Einklang mit dieser Doktrin arbeiten sie bei der Bekämpfung der Guerilla-Bewegung mit der Regierung zusammen. Auch die Sozialisten sind bemüht, im Rahmen der Verfassung zu wirken. Angesichts der geringen Möglichkeiten, die sie in der Praxis besitzen, gewinnt bei ihnen die Tendenz an Boden, das Hauptgewicht auf den bewaffneten Kampf zu legen. Bedauerlicherweise ist die Guerilla-Bewegung von Spaltungstendenzen nicht verschont geblieben. So haben sich von der von Oberst Sumulong geleiteten „Volksbefreiungsarmee" die „Volksarmee" und die „Neue Volksarmee" unter ihren Kommandanten Diva bzw. Dante getrennt. In den ländlichen Gebieten sind nur die beiden zuletzt genannten Gruppen aktiv. Hingegen betätigt sich Oberst Sumulong mit seinen Anhängern in Angeles City, einer beim US-Luftwaffenstützpunkt Clark Airfield gelegenen Vorstadt Manilas, als Stadtguerilla. Will die Aufstandsbewegung jedoch ernsthafte Erfolge erzielen, wird sie ihren inneren Zwist begraben müssen. Ebenso notwendig ist es für sie, weitere Teile des philippinischen Inselstaates zu erfassen. Trotz einiger Ansätze hierzu dürfte dies noch einige Zeit dauern. Denn zumindest vorläufig gelingt es den linksklerikalen Reformisten noch, die vorhandene Unzufriedenheit in der Bevölkerung in einer für das Regime ungefährlichen Art zu kanalisieren. Klaus Elliesen

Streiflicht auf die Justizreform

Die seit 1879 geltenden Gesetze der ordentlichen Gerichtsbarkeit (Gerichtsverfassung, Zivil- und Strafprozeß, Konkursordnung) sind wiederholt in Einzelvorschriften geändert worden. In ihrer Grundsubstanz sind sie der Evolution des Zeitgeistes und der gegesellschaftlich-politischen Verhältnisse nicht gefolgt. So wurden sie Altertum. Sie erschweren eine optimale Rechtspflege und ermöglichen einen schleppenden Geschäftsgang. Das legitime Rechtsschutzinteresse des Bürgers kommt zu kurz. Die verfassungsrechtlichen Prinzipien der Rechtseinheit und der Einheitlichkeit der Rechtsprechung (Art. 72 Abs. 2 Ziff. 3, Art. 95 Abs. 3 des Grundgesetzes) sind nicht gewahrt und gewährleistet. Der in einem sozialen Rechtsstaat unmögliche, revisionsfeindliche, wahrscheinlich sogar grundgesetzwidrige Paragraph 546 der Zivilprozeßordnung ist ein unerfreuliches Beispiel. In einer modernen Verfahrensordnung ist kein Platz für ihn.

Der jetzige Bundesminister der Justiz strebt laut Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 ein gemeinsames Gerichtsverfassungsgesetz für alle Gerichte und eine weitgehende Vereinheitlichung der Verfahrensordnungen

an. Der vierstufige Aufbau der ordentlichen Gerichtsbarkeit (bei grundsätzlich nur drei, im Falle des erwähnten Paragraphen 546 ZPO gegebenenfalls sogar nur zwei Rechtszügen!) soll durch die dreistufige Gliederung ersetzt werden, wie sie nach Kriegsende für die Fachgerichtsbarkeit des Verwaltungs-, Arbeits- und Sozialrechts eingeführt worden ist; für den Bundesgerichtshof und den Bundesfinanzhof soll ein neues Revisionsrecht geschaffen werden. Im besonderen soll der Schematismus der Streitwertrevision in der Zivilprozeßordnung beseitigt werden. Alle erheblicheren Rechtsfälle sollen grundsätzlich vor den Bundesgerichtshof gebracht werden können und dieser selbst (nicht mehr die Oberlandesgerichte) über die Zulässigkeit der Revision entscheiden. Dies dient der Einheit des Rechts und der Einheitlichkeit der Rechtsprechung und entspricht der Stellung des Bundesgerichtshofs als Spitzengericht der ordentlichen Gerichtsbarkeit (Art. 95 GG).

Von der Ausübung der Gerichtsbarkeit des Bundes durch Ländergerichte (Organ-Leihe) sollte ein möglichst sparsamer Gebrauch gemacht werden. Organ-Leihen verstärken die Verzahnung zwischen Bund und Ländern und sind daher meist recht heikle, in der Praxis sogar prekäre Konstruktionen. In jedem Falle bedürfen sie der verfassungsrechtlichen Ermächtigung, wie dies für Strafverfahren im Bereiche des Art. 26 Abs. 1 GG (Verbot des Angriffskrieges) und des Staatsschutzes geschehen ist. Eine solche verfassungsrechtliche Ermächtigung fehlt für den Paragraphen 8 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz und den darauf fußenden Paragraphen 7 des Einführungsgesetzes zur Zivilprozeßordnung (Oberstes Landesgericht). Diese Organ-Leihe ist unechter Föderalismus. Sie ist ein Überbleibsel unzeitgemäßen Reservatdenkens. In der Justizreform wird sie aufzuheben sein.

Die Dringlichkeit einer Justizreform ist unumstritten. Einmütigkeit besteht auch hinsichtlich der von der Frage der Dreistufigkeit unabhängigen Aufhebung der kleinen Amtsgerichte. Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sind hier bereits vorangegangen. Umstritten dagegen ist das schon seit 1906 erörterte und umkämpfte Problem der Dreistufigkeit. Jedoch scheint es ausdiskutiert, neue Argumente werden kaum noch vorgebracht. Die Vierstufigkeit ist kein Dogma mehr. Die Bundesregierung kann sich auf Erklärungen der drei Parteien des Bundestags, die Zustimmung des Deutschen Richterbundes, der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen und der Rechtspflegervereinigung sowie auf ein Grundsatzvotum der Landesjustizminister berufen. Widerstand kam besonders aus den Reihen des Deutschen Anwaltsvereins, die von der Neuordnung, vor allem der Verschmelzung der Eingangsgerichte (Amts- und Landgerichte) zu einem einheitlichen Eingangsgericht negative Rückwirkungen auf ihren Besitzstand in der Klientel befürchten mögen. Vermutlich haben sich diese Befürchtungen nach den klärenden Ausführungen des Bundesjustizministers auf der Jahreshauptversammlung des Anwaltvereins vermindert.

Die Materie ist spröde und nicht leicht eingängig. So erklärt sich das bisher verhältnismäßig geringe Interesse der Öffentlichkeit. Aber es geht nicht um akademische, justizinterne Fragen und Interessen, nicht um Kampfspiele im Sandkasten, sondern um Lebensfragen der rechtssuchenden Masse der Bürger. Die justizpolitischen Pläne der Bundesregierung sind — per saldo gesprochen — geeignet, einer fortschrittlichen Entwicklung der ordentlichen Gerichtsbarkeit eine Gasse zu öffnen.

Hermann Etzel

Der parasitäre Buchmarkt

Vor Zeiten kaufte man Bücher beim Buchhändler, beim „Sortimentsbuchhändler", dem Berufsstand, der mit deutlichem Ausschließlichkeitsanspruch „das gute Buch" dem bürgerlichen Publikum vermittelte. Daß diese traditionelle Form des Buchvertriebs bildungsmäßig unterprivilegierte Schichten benachteiligte, ergab sich eines Tages aus einer Untersuchung: Das Volk der Dichter und Denker litt zu aller Überraschung an „Schwellenangst" gegenüber dem sich meist als „Literatur-Apotheken" präsentierenden Sortimentsbuchhandel und mied die „Heimstatt für die Gebildeten". Mehr als ein Drittel der bundesrepublikanischen Lesekundigen frönt der modernen Form des Neo-Alphabetismus: in der Frage nach Buchbesitz lautet die Antwort Null.

In dieses Vakuum stießen nach dem Zweiten Weltkrieg als erste die Buchgemeinschaften. Mit hemdsärmeligen Methoden des Direktvertriebs und Abonnementszwangs preßten sie Millionen von Büchern in ebensoviele leseungewohnte, literaturunkundige Haushalte — zum Nachsehen des traditionellen Ladenbuchhandels, der neuartigen Methoden des massenhaften Vertriebs von Literatur mit vornehmer Abkehr begegnen zu können glaubte. In der sich seither massiv mehrenden „artfremden", lästigen Konkurrenz sah man demzufolge auch nicht erste Anzeichen von Strukturwandlungen der Literaturverbreitung, sondern lediglich „parasitäre" Entartungserscheinungen der Buchkultur.

Je mehr der traditionelle Ladenbuchhandel jedoch sich darauf berief, daß die „literarische Premiere" sein Metier sei, desto mehr „Parasiten" fanden am Kulturgut Buch Geschmack. Neben den Buchgemeinschaften bauten die Kaufhäuser ihre Ramschtische zu respektablen Buchabteilungen aus; die Versandbuchhandlungen requirierten ganze Sektoren gewinnträchtiger Literaturgebiete für sich; der Bahnhofsbuchhandel entwickelte fachorientierte Initiative, die Presseunternehmen partizipierten mehr und mehr am Buchmarkt, und selbst der Werbende Buch- und Zeitschriftenhandel schnitt sich immer größere Stücke aus dem rabatträchtigen Bestsellerkuchen. Doch diese wahrhaft ausreichend bedrohliche Konkurrenz auf dem Sektor der Buchdistribution sollte erst den Anfang vom Ende einleiten. Zur Zeit schießen nicht nur täglich neue Geschäfte von Ladenketten für Kommunikationsartikel aller Art wie Pilze aus der Erde und machen dem angesichts dieser Tendenzen fast hinterwäldlerisch altmodisch wirkenden Sortimentsbuchhandel das Leben schwer, sondern zu den Parasiten auf dem herkömmlichen Markt kommt die „parasitäre" Phalanx aus dem Untergrund, kommt die „Gegenkultur" mit politischem Engagement und verkündet: „Laß tausend Raubdrucke blühen".

Undergroundliteratur, Raubdruckvertrieb und politische Buchläden in allen Groß- und Universitätsstädten, fliegende Politbrigaden, mit dem Vertrieb meist sozialistischer Literatur an allen Universitäten und Hochschulen beschäftigt, und die monopolkapitalistischen Buchmarktgeschwülste endlich bringen die verbliebenen „Edel-Buchhändler" dazu, ihr sorgsam gehütetes „Kulturträger-Ethos" über Bord zu werfen, um ihre Vorzüge in einer Notgemeinschaft, der „Arbeitsgemeinschaft der Buchhandlungen" (AdB) öffentlichkeitswirksamer ins rechte Licht zu rücken. Angesichts der Tatsache aber, wie spielend leicht sich die „Parasiten" der Buchkultur auf den Überfluß, auf die Überproduktion von Literatur und deren raschen Vertrieb wie ihren Verfall einstellen, hinkt jede Maßnahme der „Edel-Buchhändler" und ihrer AdB hinterher. Verdikte und Verbote gar sind Don-Quichotterien gegenüber

einer absatzorientierten Meinungsindustrie, die nicht der Erhalt von „Ewigkeitswerten", sondern nur deren unablässiger Verschleiß interessiert.

Der sichtlich konsternierte Laden- oder Sortimentsbuchhandel, noch immer von „volkserzieherischer Mission" beseelt, fürchtet mit Recht die Schrumpfung des bisher die Produktionsvielfalt garantierenden breiten Verteilernetzes seiner Betriebe. Durch die unheimliche, investitionsfreudige parasitäre Konkurrenz der Kaufhäuser und Ladenketten besonders glaubt er zu Recht den Marktsektor beschnitten, mit dem er unter dem Aspekt seiner besonderen Kulturleistung die rabattschwächeren wissenschaftlichen-, Fach- und Schulbücher, die differenzierte, aufwendige Lagerhaltung mitfinanzierte. Daß er andere, rationellere und öffentlichkeitswirksamere Wege gehen muß, um die kaum noch vermeidbare Reduktion des bürgerlichen Ladenbuchhandels auf Luxus- und Spezialsortiments zu vermeiden, ist das große Thema der berufspolitischen Auseinandersetzung.

Aber schon an der Frage, ob dies ein Problem der Frankfurter Buchmesse, ob diese der Ort für öffentliche Probleme des Buchhandels sei, scheiden sich die Geister. Daß diese brisant genug, bewiesen die Buchmessen der letzten Jahre. An einem Ort, zu einem Zeitpunkt, der alle an der Literaturproduktion Beteiligten zusammenführt, Fragen der Literatur, ihrer Produktion und Distribution öffentlich auszutragen, ist nicht mehr als recht und billig. Zu sehr war bisher verankert, daß nach dem Willen des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels die Internationale Frankfurter Buchmesse eine „Reklameveranstaltung" sein sollte. Die Internationale Frankfurter Buchmesse als Spiegelbild der Produktionsfülle verdeckt selbst die Frage des know-how, des Wie beim Problem, wohin mit den vielen Büchern. Eine öffentliche Diskussion um die Distributionsformen, des zeitgemäßen Wegs des Buches, der Information zum Leser offenbart die latente Krise der Literaturproduktion — also wird sie, so gut es geht, verkleistert. Das gleiche gilt für die Konzentrationsproblematik im Verlagswesen.

Der berufsständische Buchhandel, der mit Vertriebsregulierungen und Preisbindung egoistisch seinen Stand abzusichern sucht, steht in der Auseinandersetzung mit den „Parasiten" jedoch schon lange auf trügerischem Boden. Den Konzentrationsformen der Produktion, der Revision der Vertriebsformen wird die des Preisgefüges folgen. Die Aufhebung der Preisbindung für Bücher, die, wie man der Fachzeitschrift „buchmarkt 6/70" entnehmen kann, gerät immer mehr ins Kreuzfeuer der Kritik. Sie ist den zum unermeßlichen Massenvertrieb tendierenden „parasitären" Unternehmen im Konkurrenzkampf hinderlich; wen kümmert noch das Argument der Sicherung der kulturellen Vielfalt und des Standards. Die beherrschenden Probleme des Buchmarktes der 70er Jahre machen die „parasitären" Tendenzen sichtbar:

1) Konzentration der Produktionsmittel im Kommunikationswesen

2) „parasitäre" Vertriebsumschichtungen

3) Wandel des Preisgefüges

4) Strukturänderungen des Buches als Medium

5) Strukturänderungen des Buchhandels als Berufsstand

6) Wandel der Internationalen Frankfurter Buchmesse von neutraler Handels- und Präsentationsschau „für das gebildete Publikum" zum öffentlichen Forum der Literaturproduktion und ihrer Probleme.

Die Mutation des traditionellen Buchhandels zum Kommunikationsmarkt allgemeiner Prägung vollzieht sich auf der Folie seiner überalterten ständischen Organisation. Auf der Strecke bleibt, wer dieses Prokrustesbett nicht sprengt. Joachim Mansch

Neu bei Pahl-Rugenstein

Hans Karl Rupp

Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer

Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den 50er Jahren

ca. 300 S., glanzkt., DM 28,50

Dem Autor waren Parteien-, Verbands- und Privatarchive zugänglich; weiter befragte er die Mehrzahl der noch lebenden, in dieser Bewegung führenden Persönlichkeiten und wertete eine Fülle zeitgenössischer Presseberichte aus.

Hanno Möbius

Arbeiterliteratur in der BRD

Eine Analyse von Industriereportagen und Reportageromanen: Christian Geissler, Max von der Grün und Günter Wallraff.

150 S., glanzkt., DM 12,–

Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung

Handbuch, hrsg. v. W. Berthold/G. Lozek

566 S., Ln., DM 28,–

Ingrid Langer-El Sayed

Frau und Illustrierte im Kapitalismus

ca. 400 S., glanzkt., DM 14,80

Mitbestimmung als Kampfaufgabe

Hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) Frankfurt/M.

ca. 400 S., glanzkt., DM 10,80

Kernstück der Untersuchung ist eine soziologische Untersuchung in jeweils einem Konzerngroßbetrieb der Chemie-, der Automobil- und Stahlindustrie. Weitere Abschnitte behandeln:

– Strömungen im DGB
– Unternehmer und Parteien
– Marxistische Konzeption
– Strategien der Arbeiterbewegung heute.

Werner Treuheit

Sozialismus in Entwicklungsländern

ca. 300 Seiten, glanzkt., DM 16,–

Kleine Bibliothek

4 Günter Rose

Konvergenz der Systeme Legende und Wirklichkeit

214 S., engl. br., DM 9,80

5 Wilhelm R. Beyer

Vier Kritiken: Heidegger, Adorno, Sartre, Lukács

232 S., engl. br., DM 9,80

6 Hans-Dieter Bamberg

Militärseelsorge in der Bundeswehr

304 S., engl. br., DM 9,80

7 Hassan Nazari

Der ökonomische und politische Kampf um das iranische Erdöl

ca. 200 S., engl. br., DM 9,80

8 Rainer Rilling

Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft

ca. 250 S., engl. br., DM 9,80

9 Kenneth M. Lewan

Der Nahostkrieg in der westdeutschen Presse

180 S., engl. br., DM 9,80

10 Dieter Kramer

Reform und Revolution bei Marx und Engels

ca. 200 S., engl. br., DM 9,80

11 H. Ley – Th. Müller

Antigeschichte und Revolution. Der Positivismusstreit

ca. 200 S., engl. br., DM 9,80

Ein neues Kapitel aufschlagen

Chancen und Konsequenzen des Moskauer Vertrags

Von Karl D. Bredthauer

I

„Wir haben den Mut, ein neues Blatt in der Geschichte aufzuschlagen" [1]). Es gilt, einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. Unsere Völker wollen den Blick nach vorn richten [2]). Mit Worten wie diesen bewerteten Bundeskanzler Brandt und Minister Scheel den Vertrag, den die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken am 12. August 1970 in Moskau unterzeichneten. Der sowjetische Ministerpräsident, Alexej Kossygin, unterstrich: Dies könnten historische Augenblicke sein. Dieser Vertrag ist durch die Entwicklung in Europa notwendig und real geworden, er ist „vom Leben selbst diktiert. Er entspricht den langfristigen Interessen des Friedens" [3]).

In der Tat: 25 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs und nach mehr als 20 Jahren Kaltem Krieg ist es möglich geworden, die Beziehungen zwischen zwei entscheidenden Staaten Europas auf eine neue Grundlage zu stellen. Die Bundesrepublik hat die reale Chance, vom kontinentalen Krisenzentrum des Kalten Krieges zu einem geachteten, handlungsfähigen und kooperativen Mitglied im Kreis der europäischen Völker zu werden. Schritte zu einer realistischeren Politik, die der Entwicklung der internationalen Verhältnisse Rechnung zu tragen beginnen, können nach innen wie nach außen zukunftsträchtige Impulse freisetzen. Endlich soll „von der in diesem Raum bestehenden wirklichen Lage" (Vertragsartikel 1) ausgegangen werden. Der Moskauer Vertrag ist ein entscheidender Schritt. Er öffnet den Blick auf aktuelle, realisierbare Zukunftschancen für die Völker der Sowjetunion und der Bundesrepublik. Chancen, die drängenden Probleme auf dem Weg ins dritte Jahrtausend, die Probleme der Friedens- und Zukunftssicherung, der Umweltforschung und -sanierung, des wirtschaftlichen Wachstums und sozialen, demokratischen Fortschritts in der wissenschaftlich-technischen Umwälzung, der Kooperation und des Austauschs zwischen den Menschen, den Völkern und Kulturen auf eine vorwärtstreibende Weise zu lösen, die noch vor Monaten kaum vorstellbar war und auch heute alle Ansprüche an die konstruktive Phantasie der Menschen stellt.

Der Vertrag von Moskau ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Je deutlicher die Tragweite der sich hier eröffnenden Chancen wird, desto bewußter wird auch die ernste Verpflichtung und Verantwortung, die die Vertragspartner von Moskau auf sich nehmen. Es gilt nun, Ernst mit dem Abkommen zu machen, es mit Leben zu erfüllen. Dies wird, nicht anders als der eben vollzogene Schritt, nicht kampf- und mühelos durchzusetzen sein. Es erfordert die Kraft aller Demokraten in diesem Lande. Die Partei des Kalten Krieges, der Rüstungs- und Spannungspolitik in der Bundesrepublik, die Kräfte, die jede Verständigung mit den sozialistischen Nachbarn erbittert bekämpfen, haben eine Niederlage erlitten, aber sie geben sich keineswegs geschlagen. Dieser Funke schwelt weiter. Was die Bundesregierung in Moskau unterschrieben hat, bietet alle Voraussetzungen, endgültig vorzubeugen. Welchen Sinn könnte es da haben,

---

1) Bundeskanzler Brandt in seiner Moskauer Fernsehansprache, in: „Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung", Nr. 108 vom 14. 8. 1970.
2) Bundeskanzler Brandt in seiner Tischrede vom 12. 8. 1970. Vgl. Dokumente in diesem Heft.
3) Ministerpräsident Kossygin in seiner Tischrede vom 12. 8. 1970. Vgl. Dokumente in diesem Heft.

altes Explosivmaterial weiter herumliegen zu lassen? Welchen Sinn hätte die Zusammenarbeit der Feuerwehrleute mit den Brandstiftern? Wer auf dem Wege, sich aus tiefem Morast zu befreien, den Fuß eben aufatmend auf sicheren Boden gesetzt hat — wie könnte der ausruhen, ohne zurückzufallen. Die Bundesrepublik hat eine Reihe von Schritten nach vorn zu tun, dann wird die Richtung konsequent, unsere Chance Realität.

II

Die Regierungen der Bundesrepublik und der Sowjetunion haben erklärt: „Nach Überzeugung der Seiten eröffnet der von ihnen geschlossene Vertrag günstige Aussichten für die erfolgreiche Entwicklung der friedlichen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der BRD auf verschiedenen Gebieten im Interesse der Völker beider Staaten. Sie gaben der Überzeugung Ausdruck, daß der Vertrag die Festigung der Sicherheit in Europa, die Lösung der hier vorhandenen Probleme und das Zustandekommen einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Staaten unabhängig von den Unterschieden in ihrer Gesellschaftsordnung fördern wird. Die Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Bundesrepublik Deutschland werden zur Verwirklichung von Schritten, die diesen Zielen dienen, beitragen". Mit diesen Worten charakterisiert das gemeinsame Kommuniqué von Moskau den Vertrag [4]).

„Vor uns liegt die Aufgabe, eine Wende in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik zu vollziehen. Schon die Erfahrung aus der Vergangenheit muß lehren, die Güter hoch zu werten und in vollem Maße auszunützen, die jeder Tag des Friedens in sich trägt und die durch die Zusammenarbeit zwischen den Staaten vermehrt werden", sagte Ministerpräsident Kossygin in seiner Tischrede am 12. August [5]), und Bundeskanzler Brandt erwiderte: „trotz der verschiedenen Gesellschaftsordnungen können wir ein Beispiel geben, wie in dieser schwierigen Welt eine friedliche Koexistenz verwirklicht wird, gegen niemanden, zum Nutzen aller, der Staaten und der Völker in beiden Teilen Europas" [6]). Das sind deutliche Worte über die erste und wahrhaft fundamentale Chance, die der Moskauer Vertrag real machen kann: Sicherheit und Frieden in Europa. Worte, die man den Völkern nach zwei Weltkriegen nicht zu erklären braucht; den Menschen, die den Krieg am eigenen Leib erfahren haben und wissen, wie gefährdet alles, was ihr Leben ausmacht, bleibt, solange der Frieden nicht sicher ist. Wenn die Worte von Moskau Tat werden, wird Frieden möglich, der mehr ist als momentane Abwesenheit von Krieg unter den schwarzen Schatten eines „Gleichgewichts des Schreckens"! Zwei Weltkriege gingen von Europa, von deutschem Boden aus. Der Vertrag von Moskau ist nach alledem eine Nachricht, die die Welt hoffen läßt.

Friedliche Koexistenz in Europa ist möglich geworden, indem die Bundesrepublik, bislang das Land, das die Nachkriegsordnung der europäischen Staaten und ihrer Grenzen mißachtete, diese im Vertrag von Moskau erstmals völkerrechtskräftig als unverletzlich bestätigt. 20 Jahre lang haben sich die CDU-geführten Regierungen in Bonn zu unserem wachsenden Schaden gesträubt, diesen Schritt von der Kriegs- zur Friedenspolitik zu tun. Die Entwicklung in Europa haben sie nicht aufhalten können. Die Stimmen der Vernunft auch in der Bundesrepublik, jahrelang verketzert und selbst gerichtlich verfolgt, haben laufend an Resonanz gewonnen. Die Einsicht in die veränderten Realitäten, in die zunehmende Gefährlichkeit eines Nichtanerkennungskurses und in die Chancen der fälligen Korrektur

[4]) Vgl. Dokumente in diesem Heft.
[5]) Vgl. Dokumente in diesem Heft.
[6]) Vgl. Dokumente in diesem Heft.

hat selbst Teile der Herrschenden in der bundesdeutschen Wirtschaft erfaßt. Nach erbittertem aktiv demokratischen Widerstand gegen die Wahloffensive aller Rechtskräfte gelang es 1969, die CDU/CSU aus der Regierung zu verdrängen. Aspekte einer realistischen Politik zeigten sich in Bonn. Der Weg wurde geöffnet, der sich in dem von Brandt und Kossygin unterzeichneten Vertrag deutlicher abzuzeichnen beginnt.

III

Schon die Präambel des Abkommens konkretisiert Möglichkeiten, wie, ausgehend von der Unverletzlichkeit der Staatenordnung, die europäischen Beziehungen im Interesse der Völker entwickelt werden können: „Verbesserung und Erweiterung der Zusammenarbeit" — „einschließlich der wirtschaftlichen Beziehungen, sowie der wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Verbindungen". In diesem Monat werden Wirtschaftsminister Schiller und Wissenschaftsminister Leussink in der Sowjetunion verhandeln. Nach dem erfolgreichen Anlaufen des Handels Mannesmann-Röhren für Sowjet-Erdgas wird heute über die Einzelheiten eines riesigen Lkw-Werkes an der Kama gesprochen, an dem neben der bundesdeutschen Daimler-Benz AG Firmen aus Italien, Frankreich und den Niederlanden mitbauen sollen. Ein Projekt, das dem US-Konzern Ford vom Pentagon durchkreuzt wurde. Darf man feststellen, daß hierzulande aus dem Fiasko des Adenauerschen Röhrenembargos gelernt worden ist?

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa beginnt Gestalt anzunehmen. In Europa, das — Brandt gab der für manche offenbar neuen Erkenntnis in Moskau Ausdruck — nicht auf EWG-Kleineuropa einschränkbar ist. Die Sowjetunion, Polen, die DDR und die anderen Warschauer-Pakt-Mitglieder sind wichtige Partner für die Zusammenarbeit in Europa.

Alle Europäer sind von den Auswirkungen jener rasanten Umwälzung betroffen, die als wissenschaftlich-technische Revolution bezeichnet wird. Rationalisierung, Automation, völlig neue Formen der Produktion und Arbeitsorganisation, hochschnellende Ansprüche an die Qualifikation, Alternativen wie Umschulung oder Arbeitslosigkeit — das sind existenzwichtige Fragen der „Zweiten industriellen Revolution". Die sprunghafte Entwicklung der Wirtschaftskräfte und die neuen Größenordnungen ihrer Probleme überfordern größere Länder als unseres. Kleineuropa-EWG wurde — und wird — als Ausweg angepriesen. Aber nach zehn Jahren EWG wächst die „technologische Lücke" immer noch. Und die Zusammenarbeit mit den USA? Die US-Konzerne in Europa zeigen in der Regel wenig Interesse, wissenschaftlich-technischen Erfordernissen unserer Zukunft zuliebe wirkliche Teilnahme ihrer westeuropäischen Filialen oder gar Konkurrenten an der Spitze des Forschungsstands zuzulassen. Soeben hat eine Brüsseler EWG-Studie nachgewiesen, „daß im allgemeinen die Europäer selbst die amerikanischen Investitionen in Europa finanzieren" [7]). Gleichzeitig häufen sich Meldungen über US-Handelskriegspläne, Zollschranken gegen die europäischen Konkurrenten. Die wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA beginnt Westeuropa ihre Tücken zu zeigen.

Schließlich: Wen kann es reizen, seine Zukunft bedingungslos auf die Karte der USA des Vietnamkrieges, der Rassendiskriminierung, der Goldwater, Wallace und Reagan zu setzen? Für wie nachahmenswert halten beispielsweise die Daimler-Benz-Arbeiter die Pentagon-Logik, einen an der Kama gebauten Lkw zu zer-

[7]) „Die amerikanischen Investitionen in der EWG", in: Europäische Dokumentation, Schriftenreihe Gewerkschaften und Arbeitnehmer, Heft 9 (Brüssel, Juni 1970), S. 2.

stören, komme die USA mehrfach teurer, als ihn zu bauen? Ford baut nicht an der Kama! Kein verlockendes Beispiel für Europäer.

Seit dem 12. August 1970 zeichnet sich ein besserer Weg ab: die Zusammenarbeit der Europäer, über die Grenzen der Gesellschaftssysteme, der Blöcke hinaus. Im Moskauer Vertrag wurde vereinbart: die Zusammenarbeit des Industriestaats BRD mit der UdSSR als dem Land, dessen wissenschaftlich-technische Spitzenstellung auf wichtigen Gebieten spätestens seit Sputnik, Wostok und Lunar auf der Hand liegt. Es geht um die Zusammenarbeit mit Ländern, den sozialistischen eben, deren wirtschaftliche Stabilität gerade in der Bundesrepublik stärkere Aufmerksamkeit gefunden hat, nachdem sie in der Krise von 1966/67 aus dem Traum vom unbegrenzten „Wirtschaftswunder" jäh erwachte. Die Bundesrepublik erfährt seitdem ihre Verflechtung in Währungs- und Konjunkturkrisen des internationalen kapitalistischen Systems krasser und bewußter als zuvor. Die Bevölkerung weiß ein Lied von der Ungewißheit und Hektik zu singen, die sie in der Überlagerung struktureller Probleme mit den Zyklen kapitalistischer Konjunktur immer wieder bedroht. Die weiten und stabilen Wirtschaftsräume, die eine europäische Zusammenarbeit heute der BRD und dem Westen des Kontinents öffnen kann, bedeuten für unsere Bevölkerung nicht zuletzt ein Element der Sicherheit der Arbeitsplätze. Ähnlich steht es mit den Chancen, die Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution in einer Weise zu lösen, die den Interessen der Menschen Rechnung trägt.

Nicht weniger faszinierend sind die Aussichten einer wissenschaftlich-technischen Kooperation. Hier verspricht Überwindung des zersplitterten Nebeneinanderher vervielfachten Erfolg. Die sowjetische Zeitschrift „Internationales Leben" hat kürzlich einen Auswahlkatalog wissenschaftlicher Probleme skizziert, für die sich eine internationale Zusammenarbeit besonders anbiete: die Nutzung der Atomenergie, die Erschließung des Kosmos und der Reichtümer der Weltmeere, die internationale Standardisierung, der Schutz der Natur, die Versorgung der Menschheit mit Nahrungsmitteln und Energie und die Bekämpfung bestimmter Krankheiten. Der Katalog läßt sich leicht verlängern: Meteorologie/Wetterdienst, Nachrichtenwesen, Verkehrsplanung, Umweltgestaltung, Raumplanung und Infrastruktur. Das sind nur einige weitere Stichworte. Hier bieten sich unabweisbare Möglichkeiten, Wissenschaft und Technik aus einer gefährlichen und erniedrigenden Rolle als „Abfallprodukt" der Rüstungsplanung und -produktion zu befreien, die militärische Orientierung im Wissenschaftsbereich abzubauen.

Bundeswissenschaftsminister Leussink erklärte kürzlich, er halte es „aus allgemein wissenschaftlichen und auch allgemein technischen Gründen nicht nur für zweckmäßig und wünschenswert, sondern für geboten, auch mit dem großen Komplex UdSSR in einen technisch-wissenschaftlichen Austausch einzutreten" [8]). Als konkrete Zukunftsüberlegung nannte Leussink eine gesamteuropäische Zusammenarbeit „zum Beispiel bei sehr fortgeschrittenen Beschleunigern". Als Bildungsminister sehe er im übrigen „in der Sowjetunion ein außerordentlich interessantes Studienobjekt für Bildungsplanung und für Fortschritte im Bildungswesen überhaupt". „Ich glaube, daß wir dort sehr viel lernen können" [9]).

IV

Daß auch wichtige Teile der bundesdeutschen Großindustrie die Möglichkeiten, die eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern erschließt, interessiert verfolgen, zeigen nicht nur solch aufsehenerregende Projekte wie

[8]) Interview im „Vorwärts" vom 18. 8. 1970.
[9]) Ebenda.

die von Mannesmann oder Daimler-Benz, die ja beispielsweise in italienisch-sowjetischen bzw. französisch-sowjetischen Vereinbarungen Parallelen haben. Es ist kein Geheimnis, daß beispielsweise Otto Wolff v. Amerongen, Chef des neben BDI und BDA maßgebenden Wirtschaftsverbandes DIHT, seit einiger Zeit auf die Schaffung der politischen Voraussetzungen für einen gesicherten, langfristigen Osthandel gedrängt hat [10]). Und wenn Berthold Beitz, Spitzenmanager des Krupp-Konzerns, dessen historische Rüstungsorientierung fast ein Synonym des Firmennamens ist, den Moskauer Vertrag für die Erklärung zum Anlaß nimmt: er halte „langfristige wirtschaftliche Beziehungen für einen besseren Schutz als militärische Maßnahmen" und eine bessere Osthandelskreditierung „immer noch für billiger . . ., als vor lauter Russenangst das Geld in irgendeinen militärischen Plunder zu stecken, der uns dann doch nicht schützt" [11]) — wenn das Krupp-Manager Beitz sagt und eine Verdrei- bis -vierfachung der Osthandelsquote der Bundesrepublik auf zunächst 15 bis 20 Prozent vorschlägt, so mag man gegenüber seiner zur Schau getragenen Geringschätzung der Rüstungsproduktion („militärischer Plunder") gebührende Skepsis walten lassen — jedenfalls hat er sich als überzeugender Kronzeuge dafür präsentiert, daß Rüstung und Sicherheit spätestens nach Moskau kaum mehr glaubhaft in einem Atemzug genannt werden können. Der DGB hat als einer der ersten die Konsequenzen gezogen und gefordert: Rüstungsbegrenzung, Rüstungsverminderung jetzt! Damit „die Erfüllung der dringend erforderlichen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben nicht länger durch die übergroßen Rüstungsausgaben behindert wird". Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hauff kennzeichnet den Zusammenhang so: „Die allseits für notwendig gehaltenen Reformen kosten Geld; dieses Geld kann man durch drastische Beschneidung des Verteidigungsetats freimachen; das geht am besten, wenn man die Spannungen in der Welt vermindert, und dazu dient der Gewaltverzichtsvertrag" [12]).

Die Furcht vor der Erkenntnis solcher Zusammenhänge gehört allerdings auch zu den mächtigsten Triebkräften der bundesdeutschen Vertragsfeinde. Das Konzernorgan „Handelsblatt" hat bereits mit unverkennbarem Entsetzen auf die „Gefahr" hingewiesen, jetzt könnte allgemein „der Gedanke um sich greifen: Da schließen diese beiden Mächte einen Vertrag, der ausdrücklich die Anwendung von Gewalt und auch schon die Drohung mit ihr ächtet; was sollen da noch Truppen und ein hoher Rüstungsstand?" [13]). „Man kann da nicht früh genug Barrieren errichten" [14]) folgert der Kommentator unverblümt. Hier geht es um die Interessen jenes militärisch-industriellen Komplexes, dessen rasche Herausbildung heute besonders augenfällig wird in der Person des Thyssen-Managers Mommsen — der sozusagen nebenamtlich die Funktion eines Staatssekretärs in Helmut Schmidts Rüstungsministerium übernommen hat. Mommsen reorganisiert hier die Militärbürokratie für das ganz große Geschäft der Rüstkonzerne: die geplante gigantische „Umrüstung". Als gäbe es den Moskauer Vertrag überhaupt nicht, erklärte Schmidt kürzlich der Zeitschrift „Wehr und Wirtschaft": Für den Zeitraum der „mittelfristigen Finanzplanung", „das heißt bis einschließlich des Haushalts- und Kalenderjahres 1974, sehe ich nicht, daß irgendeins der großen Modernisierungsprojekte aus finanziellen Gründen in Bedrängnis käme" [15]). Diese Art „großer Modernisierungsprojekte" muß und kann (noch)

[10]) Vgl. „Handelsblatt" vom 14./15. 8. 1970 („Im deutsch-sowjetischen Handel stecken noch viele Reserven. Der in Moskau unterzeichnete Vertrag kann neuen Anstoß geben"). Dort heißt es, Amerongen habe dem Blatt schon vor Monaten u. a. gesagt: „Wir brauchen einen Schub von der politischen Seite, weil dann auch wirtschaftlich viel mehr gemacht werden könnte".
[11]) Interview im „Stern", Nr. 35/1970, S. 149.
[12]) Vgl. „Frankfurter Rundschau" vom 27. 8. 1970.
[13]) „Handelsblatt" vom 14./15. 8. 1970.
[14]) Ebenda.
[15]) „Wehr und Wirtschaft", Nr. 7-8/1970, S. 391.

gestoppt werden. Schmidts Vorstellungen vom „modernen Deutschland", das seine Partei zu „schaffen" versprach, haben offenbar jeden Zusammenhang mit den Vorstellungen der sozialdemokratischen Mitglieder und Wähler verloren.

Der wachsende Einfluß der Rüstungswirtschaft in Bonn ist eine akute Bedrohung. Am deutlichsten wird der Zusammenhang zwischen offen reaktionär-aggressiver Politik und rüstungsindustriellen Interessen gegenwärtig in Bayern, dem Freistaat der Militärproduzenten Siemens, Bölkow, Messerschmitt, der CSU und ihres Vorsitzenden Strauß, der nicht zufällig, neben seinem CSU-Kollegen Guttenberg, am lautesten und skrupellosesten gegen die Realisierung des Moskauer Vertrages zu Felde zieht. Angesichts der Basis, die das Rechtskartell sich hier ausbaut, gestützt auf die bayerischen Zentren des militärisch-industriellen Komplexes, weist die geplante Fusionierung bayerischer Großbanken zur neuen bundesrepublikanischen Superbank alarmierende Aspekte auf. Das Kalkül des „Nürnberger Parteitags" der CSU ist eine Herausforderung der Demokratie: Strauß präsentiert sich bramarbasierend als Führer einer „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlands", kaum noch verhüllt ebenso auf Anhänger der NPD wie auf Teile der CDU-Gefolgschaft spekulierend. Diese Kreise erklären lautstark und ausdauernd, der Vertrag bringe nichts ein. In der Tat: dem Aggressionskurs des Rechtskartells, das sich in den letzten Monaten beängstigend schnell und ausgreifend formiert hat, bringt ein Vertrag nichts ein, der Spannungsursachen beseitigt, Abrüstungsmöglichkeiten offenbar macht. Was der Bevölkerung die Voraussetzungen weittragender Friedens- und Fortschrittschancen einbringen kann, das ist für den Militär-Industrie-Komplex, für das Rechtskartell ein dicker Strich durch die Rechnung. Eine Niederlage, die definitiv sein kann, wenn die Demokraten die Chance nutzen, aktiv die umfassende Realisierung des Moskauer Vertrags zu fordern und voranzutreiben, wenn die SPD/FDP-Regierung im Verfolgen des eingeschlagenen Weges Konsequenz gewinnt. „Mehr Demokratie wagen!" So heißt es in Brandts Regierungserklärung. In der Tat: glaubhafte Friedenspolitik nach außen kann nur ein Staat führen, der im Innern Freiheit und Demokratie schafft. Und umgekehrt wird die Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche gefördert, wenn internationale Sicherheitspolitik den Spielraum der Spannungsinteressenten begrenzt. Die Lautstärke der Kalten Krieger im Kampf gegen Entspannung entspricht der Tonart, die gegen Mitbestimmung, gegen demokratische Erneuerungskonzeptionen angeschlagen wird.

Längst ist ja die Formierung des Rechtskartells, die Herausbildung einer „neuen Harzburger Front", wie Willy Brandt es genannt hat, zu einer offenen Drohung auch an die Adresse der regierenden Sozialdemokraten und Liberalen geworden. Nicht nur die Art und Weise, wie die Autorität dieser SPD-geführten Regierung von der Rechten bis in die Ministerien hinein mißachtet wird — die Indiskretionen aus dem AA und der Hohn der Springer-Presse reden eine deutliche Sprache — nicht nur dies erinnert heute an die Zerstörung der Weimarer Republik. Die Erinnerung, wohin die „Retter des Vaterlands" mit Rufen wie „Verrat", „Schmach", „Ausverkauf" schon einmal geführt haben, steht allen Demokraten dieses Landes, auch in den Bundestagsparteien, deutlich genug vor Augen. Die Alarmzeichen sind grell. Wenn der Rechtsopposition durch widersprüchliches Manövrieren der SPD/FDP-Regierung erneut Gelegenheit geboten werden sollte, sich zum Sturm auf Bonn zu sammeln, drohen die extremsten Kräfte der CDU/CSU die Macht zu ergreifen. Die Folgen wären nach innen wie nach außen unabsehbar. Gegen die beschleunigte Formierung der dunkelsten Kräfte der Vergangenheit müssen alle Demokraten zusammenfinden, ungeachtet ihrer unterschiedlichen Anschauungen in anderen Fragen. Weitere Schritte auf dem Weg zu europäischer

Sicherheit und Frieden kann es nur geben, wenn die Rechtskräfte zurückgedrängt werden.

Die Konflikte, die die Niederlage des Kiesinger/Strauß/Guttenberg-Kurses durch den Abschluß des Moskauer Vertrages in den Reihen der CDU hervorgerufen hat und in denen sich die ebenfalls uneinheitliche Aufnahme des Abkommens in den herrschenden Kreisen der Großwirtschaft widerspiegelt, machen die Chance deutlich, den Rechtskurs jetzt entscheidend einzudämmen. In der Großwirtschaft zeigen sich deutlich Interessenkonflikte. Sie verlaufen verschiedentlich mitten durch große Konzerne. So ist Siemens Großverdiener unter anderem in Rüstungselektronik und im Militärflugzeugbau; aber Siemens möchte EDV-Anlagen an den Osten verkaufen. Krupp produziert unter anderem für die Bundesluftwaffe. Man vergleiche demgegenüber Beitz' Formulierung vom „militärischen Plunder". Bemerkenswerte Widersprüche werden sichtbar. Freilich: wer Frieden und Demokratie festigen will, kann nicht — quasi unparteilich — abwarten wollen, welche Tendenz in Bonn die Oberhand gewinnt.

Mancher, der heute widerwillig beginnt, sich auf die Entwicklung seit Moskau einzustellen, tut dies offensichtlich nur, um den Vertrag effektiver aushöhlen zu können. Solche Tendenzen, beispielsweise in der CDU, sind in der Konsequenz nicht weniger gefährlich als die Strauß/Marx/Guttenberg-Linie. Die Regierung hat allerdings einiges getan, was diese Kräfte ermutigt, und vieles unterlassen, was deren vertragsfeindlichen Spekulationen den Boden entzöge. Kompromißangebote und Versuche, das Unvereinbare miteinander zu vereinbaren, Hintertüren wie Westberlin-Junktims und Ratifizierungsverzögerungen — nach dem Beispiel des immer noch nicht vom Bundestag ratifizierten Atomwaffensperrvertrages — stärken die Rechte und schwächen die Regierung Brandt/Scheel. Nehmen wir die Frage Westberlins. Die Erfüllung des Moskauer Vertrags schafft auch hier die Voraussetzungen für eine befriedigende Regelung. Nicht umgekehrt. Das eine ist organisch, das andere ein offenkundig unzulässiges Junktim, das den Gegnern der Entspannung hilft, den Vertrag zu blockieren. Das gilt nicht nur innenpolitisch. Mit leichtfertigen Junktims dieser Art gibt die Bundesregierung freiwillig entspannungsfeindlichen Kräften in London, Paris und vor allem Washington eine Handhabe, die Souveränität der BRD weiter einzuschränken, unsere mit dem Vertrag erreichte Handlungsfreiheit für wirkliche Friedenspolitik abhängig zu machen von fremden Interessen, beispielsweise denen des amerikanischen Militär-Industrie-Komplexes. Golo Mann hat treffend gesagt: Es wird Zeit, daß die Bundesrepublik endlich sich selbst anerkennt.

Wem nützt die Regierung, wenn sie mit Formulierungen, die Barzel und Hupka ihr in den Mund legen, Zweifel an ihrer Vertragstreue weckt? Mit Formulierungen wie: nichts sei „festgeschrieben" worden, der Status quo in Europa werde auch künftig nicht anerkannt? Das ist gegen den Geist des eben vereinbarten Vertrags. Der Moskauer Vertrag hat seinen Sinn als Grundlage für die Entfaltung einer friedlichen Politik, die in dem Maße, indem sie aktive Friedenspolitik ist, der Bundesrepublik Handlungsfreiheit bringt. „Wenn die Regierung Brandt den Frieden, der die Voraussetzung für ihr Reformprogramm ist, durchsetzen will, dann wird sie den Mut aufbringen müssen, der immer noch mächtigen, selbstbewußten und reuelosen Partei des Kalten Krieges den Kampf ohne Pardon anzusagen und sie in offener innenpolitischer Feldschlacht aufs Haupt zu schlagen. Vorbeimogeln kann sie sich daran nicht. Der Friede kann nicht in Moskau, Warschau und Ost-Berlin, er muß in Bonn erkämpft werden" [16]). Diese Feststellung ist heute nicht minder aktuell als zu Beginn der Regierungstätigkeit Brandts.

16) Sebastian Haffner im „Stern", Nr. 46/1969.

V

Der Vertrag muß mit Leben erfüllt werden. Jetzt. Erste Voraussetzung dafür ist seine schnelle vorbehaltlose Ratifizierung durch Bundestag und Bundesrat. Der Vertrag muß seine unanfechtbare völkerrechtliche Gültigkeit erlangen; damit wird zugleich den demagogischen Angriffen der Rechten ein Riegel vorgeschoben. Die Wirklichkeit der inneren wie der äußeren Politik sollte jetzt ohne unnötiges Zögern mit Wort und Geist des Vertrages in Übereinstimmung gebracht werden. In den Punkten 5 bis 10 des sogenannten Bahr-Papiers haben Bonn und Moskau dringende Aufgaben, die sich aus dem Sinn des Vertrags ergeben, gemeinsam beschlossen. Diese Punkte bleiben, wie es im Bulletin der Bundesregierung heißt „Absichtserklärungen der beiden Regierungen für ihre künftige Politik" [17]). „Demnach besteht mit der sowjetischen Seite Einvernehmen" unter anderem über folgende Punkte:

a) Der Vertrag von Moskau und entsprechende Verträge der BRD mit anderen sozialistischen Ländern, insbesondere mit der DDR, Polen und der CSSR bilden ein einheitliches Ganzes. Bonn sollte also ohne weiteren Verzug seine Beziehungen mit allen genannten Ländern in Ordnung bringen und sich aktiv an der Herstellung gesamteuropäischer Sicherheit beteiligen.

b) Die Bundesrepublik ist bereit, mit der Regierung der DDR einen Vertrag zu schließen mit gleicher verbindlicher Kraft wie mit dritten Ländern und das Prinzip gegenseitiger Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zu respektieren, desgleichen die volle Gleichberechtigung, Nichtdiskriminierung, Achtung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit beider Staaten als Grundlage der Beziehungen der BRD und DDR zu dritten Staaten zu respektieren.

Nehmen wir also endlich in der Konsequenz dieser Äußerung normale diplomatische Beziehungen mit dem deutschen Nachbarstaat auf. Und lösen wir die Zusage ein, die Beziehungen der DDR zu dritten Staaten tatsächlich nicht weiterhin zu behindern.

c) Die Bundesrepublik ist bereit, den Beitritt beider deutschen Staaten zur UNO und ihren Sonderorganisationen im Zuge der Entspannung in Europa zu fördern.

Tatsächlich beruft sich die Bundesrepublik ja schon in der Vertragspräambel auf die UNO-Charta als politische Grundlage. Dementsprechend sollte sie sich — wie die DDR — ohne Verzug für die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO und ihre Unterorganisationen einsetzen.

d) Weiter verpflichtet die Bundesregierung sich, die mit der Ungültigkeit des Münchner Abkommens verbundenen Fragen mit der CSSR zu regeln.

e) Eine zentrale praktische Schlußfolgerung schließlich ist die Zusage der Bundesregierung, ebenso wie die Sowjetunion alles von ihr Abhängige für die Vorbereitung und erfolgreiche Durchführung einer Konferenz über Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu tun. Das ist eine konkrete und unmittelbar in Angriff zu nehmende Aufgabe. Wir können es uns nicht wiederum leisten, wie Adenauer nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Moskau die Chancen der Situation einfrieren zu lassen. Die Zeit ist gekommen, durch eine Europäische Sicherheitskonferenz bilaterale Vereinbarungen wie die zwischen Moskau und Bonn zur Absicherung und Entfaltung der in ihnen liegenden Möglichkeiten auf eine gesamteuropäische Grundlage zu stellen. Die Konferenz steht auf der Tagesordnung der europäischen Politik. Ihre Vorbereitung nimmt bereits konkrete Formen an. Bonn sollte sein Wort jetzt einlösen. Es sollte sich besonders gegen Hinhalte- und Vertagungsversuche wenden, wie sie beispielsweise von jenseits des Atlantik kommen. Nutzen wir die Gunst der Stunde.

17) Vgl. Dokumente in diesem Heft.

Die Vergangenheit soll überwunden, der Blick soll nach vorn gerichtet werden. Das ist die erklärte Absicht der Bundesregierung. Sie bringt ihr breite Zustimmung der Bevölkerung ein. Auch für die innere Politik stellen sich, mit Blick auf die Zukunft, Fragen, deren Beantwortung nicht länger aufgeschoben werden sollte. Noch gibt es gefährliche Relikte der Vergangenheit, die überwunden werden müssen. Zwar hat die Bundesregierung die bestehenden Grenzen Europas vertraglich bestätigt. Und sie sucht Ausgleich und Zusammenarbeit auch mit den östlichen Nachbarn. Aber noch maßen sich zahlreiche geltende Gesetze und Verordnungen unseres Landes Rechtskraft auch für die DDR und Polen an. Diese Gesetze müssen umgehend berichtigt werden. Weiter fragt sich: Entspricht das Geschichtsbild, das in Lehrplänen und Schulbüchern der jungen Generation vermittelt wird, den endlich zu respektierenden Fakten? Und wie steht es mit bundesamtlichen Bezeichnungsrichtlinien, in denen sich immer noch die Nichtanerkennungspolitik der CDU-Regierungen weiterschleppt? Was ist mit den offiziellen Landkarten: „Deutschland in den Grenzen von 1937"? Läßt sich die Zusammenarbeit, die die Bundesrepublik auf der Grundlage anerkannter unverletzlicher Grenzen in Europa beginnen will, mit der weiteren Förderung abenteuerlicher Publikationen und Aktionen der Vertriebenenverbände vereinbaren? Bemerkenswert, wenn schon in der Industriepresse Kommentare andeuten, die Bundesregierung solle hier Konsequenzen ziehen [18]), nach dem Beispiel von Klaus Schütz, der einer neuen „Kampfdemonstration" der Berufsvertriebenen in Westberlin endlich die Mittel strich. Klar dürfte auch sein, daß die Verständigung mit unseren sozialistischen Nachbarn nicht Leben gewinnt, wenn gleichzeitig Hitlers unheilvolles Erbe, der Antikommunismus, hierzulande weitergehegt wird. Der Kalte Krieg geht zu Ende? Soll einer seiner folgenschwersten Schläge gegen die demokratische Entwicklung in der Bundesrepublik, das KPD-Verbot, weitergelten? Bundesratspräsident Röder meint, es entspreche dem Geiste des Moskauer Vertrags, nun das KPD-Verbot aufzuheben [19]). Das ist begründet. Viele Bürger sind nach dem KPD-Verbot für Initiativen verfolgt worden, die heute als offizielle Politik der Bundesregierung gelten.

Die erklärte Absicht, mit den europäischen Nachbarn in friedlicher Koexistenz zusammenzuarbeiten, ihre territoriale Integrität und ihre Grenzen zu achten, kollidiert heute noch mit einem besonders krassen inneren Problem der Bundesrepublik, mit der Existenz der NPD.

Soll diese offen neofaschistische Partei auch weiterhin mit völkerrechtswidriger Propaganda die Atmosphäre vergiften, ständig Frieden und Demokratie bedrohen, im Innern wie nach außen? Wie sollen unsere Nachbarn da an eine wirkliche Neuorientierung der Bundesrepublik glauben können? Es ist an der Zeit, Versprechungen — wie beispielsweise SPD-Ministerpräsident Kühn sie im nordrheinwestfälischen Wahlkampf machte — in die Tat umzusetzen. Die NPD muß aufgelöst werden.

In 20 Jahren Kaltem Krieg hat sich viel gefährlicher Zündstoff angesammelt. Da ist viel zu tun. Aber die Chancen, die heute für unser Land, für die Entwicklung in Europa sichtbar werden, lohnen die Mühe, den Weg nach vorn freizuräumen. Die SPD/FDP-Regierung in Bonn hat die Chance zum Durchbruch. Sie muß sich auf die breite Mehrheit der Bevölkerung stützen, die Frieden, Verständigung, Demokratie wünscht. Taktieren, Zusammenarbeit mit den Ewiggestrigen kann nur Verwirrung stiften. Der Blick nach vorn fordert Klarheit. Ein wichtiger Schritt ist getan. Es heißt, konsequent werden.

18) „Handelsblatt" vom 19. und vom 20. 8. 1970.
19) Vgl. „Süddeutsche Zeitung" vom 19. 8. 1970.

Die „neue Ordnung" in Indonesien

Von Bernhard Fedler und Majo Göbels

In den ersten Tagen dieses September 1970 fand in der Bundesrepublik ein offizieller Staatsbesuch General Suhartos, des zwielichtigen Vertreters des jetzigen Regimes in Indonesien, statt. Mit der Einladung zu diesem Besuch revanchierte sich die Bundesregierung für den außerordentlich freundlichen Empfang, den das Militärregime Außenminister Scheel bei seinem Indonesienbesuch im April dieses Jahres hatte zuteil werden lassen. Diese Reise war nicht nur bedeutsam wegen der strategischen Position Indonesiens am Südrand Indochinas. Sie gewann damals auch an Aktualität durch die von Außenminister Malik einberufene Kambodschakonferenz vom 16./17. Mai. Im Hinblick auf die Teilnehmer und die Ergebnisse dieser Konferenz können indes die Versuche Maliks, durch die Vortäuschung einer „neutralen Vermittlerrolle" in Südost-Asien eine Aufwertung seines Regimes zu erreichen, als gescheitert betrachtet werden. Die in Wirklichkeit recht freundschaftlichen Gefühle Djakartas gegenüber der Lon Nol-Clique Kambodschas machen die Ansprüche Djarkartas auf „Neutralität" nicht besonders glaubwürdig und mögen erklärt werden durch die auffällige Gleichartigkeit der Machtübernahme sowie der Herrschaftsstrukturen beider Regime. So kam es in beiden Ländern nach dem Sturz der populären und linksorientierten Volkstribunen (Sukarno bzw. Sihanuk) zur physischen Liquidierung der Linken und zur Verfolgung rassischer Minderheiten (Chinesen bzw. Vietnamesen).

Der Besuch Suhartos in der Bundesrepublik fand statt im Rahmen der Bemühungen, eine verstärkte Finanzhilfe für sein Regime zu erreichen sowie die Investionen ausländischer Unternehmen in Indonesien anzuregen. Das Bild Suhartos in unserer Presse schwankt zwischen dem eines „nüchternen und disziplinierten Mannes", der dem größten Land Südost-Asiens zur „wirtschaftlichen Stabilität" verholfen habe, und dem eines hinterhältigen Tyrannen, der für das größte Massaker seit Hitlers Tagen verantwortlich sei. „... Ein Gebirge von Halbwahrheiten und propagandistischen Verzerrungen trübt unser Indonesienbild. In das Dunkel der verhängnisvollen Ereignisse der Jahre 1965—1967 ... ist inzwischen mehr Licht gekommen... Zuverlässige Untersuchungen haben nachgewiesen, daß damals eine kleine Gruppe linksnationaler Offiziere ebenso verzweifelt wie dilettantisch versuchte, dem gründlich organisierten Umsturzplan des rechten ‚Rates der Generale' zuvorzukommen" [1]). Ein zentraler Punkt dieser Halbwahrheiten ist das Bemühen unserer Presse, davon abzulenken, daß Suharto seine Machtübernahme mit der beispiellos grausamen Ermordung von mehr als einer halben Million Menschen einleitete, und die Massaker als die gerechte Antwort auf den angeblichen Putschversuch der Kommunisten darzustellen.

Wie sahen Anlaß, Hintergründe und Verlauf der Massaker wirklich aus?

Der Anlaß der Massaker

Am 1. Oktober 1965 begannen Offiziere einer links-nationalistischen Militärbewegung unter der Leitung von Oberstleutnant Untung mit der Durchführung eines schlecht geplanten Militärputsches [2]). Ihr Plan war es, einen für den 5. Oktober 1965 bevorstehenden Staatsstreich der extremen Rechten, ebenfalls einer Gruppe

[1]) Vgl. Kölner Stadt-Anzeiger vom 19. 8. 1970.
[2]) Vgl. L. Rey, Dossier of the Indonesian Drama. New Left Review, Nr. 36, S. 27 ff.

von Militärs, zu verhindern und einen Revolutionsrat auszurufen, in dem alle politischen Richtungen vertreten sein sollten. Sechs Generale wurden von Untungs Gruppe entführt und ermordet, der wichtigste General der rechten Bewegung, der Verteidigungsminister Nasution, entkam. Auch General Suharto blieb ungeschoren. Dadurch waren die gut vorbereiteten Militärs unter Suharto und Nasution lediglich gezwungen, einige Tage früher als geplant loszuschlagen [3]). In etwas mehr als zwanzig Stunden wurde der Putsch der linken Offiziere niedergeschlagen. General Suharto und Nasution entfesselten zusammen mit den islamischen und katholischen Parteien eine Hetzkampagne gegen die PKI. Die Anwesenheit Aidits (Vorsitzender der PKI) in Halim, Hauptsitz der Rebellionsbewegung, nützte man aus, um die Kommunisten zu den eigentlichen Urhebern des Putsches zu stempeln. Die Ermordung der sechs Generale und der Tochter Nasutions mußte herhalten, um den Vorwand für die größten Massaker seit Hitler zu liefern.Täglich brachten die Tageszeitungen, Fernsehen und Rundfunk Details über die an den getöteten Generalen begangenen Grausamkeiten. Durch immer neu ausgeschmückte Wiederholungen und einen bislang kaum gekannten Einsatz der Massenmedien nach Goebbelsschen Methoden wurde der Bevölkerung der Haß auf die Kommunisten eingehämmert [4]).

Damals war sogar für das westliche Ausland die Schuld der PKI nicht so klar. „Der fehlgeschlagene Staatsstreich in Indonesien hat unzählbare Rätsel hinterlassen, darunter den Grad der Beteiligung der Kommunisten und die Rolle des Präsidenten Sukarno selbst", schrieb ein amerikanischer Redakteur [5]).

Die Unglaubwürdigkeit der Anschuldigungen

Die Fadenscheinigkeit der Anschuldigung, daß die PKI an dem Putsch beteiligt gewesen sei, zeigt folgende Nachricht des UPI-Pressedienstes vom 7. Oktober 1965: „Zum ersten Male hat die Kommunistische Partei in Indonesien nach dem Putsch vom Wochenende eine Erklärung gegeben, in der alle Parteimitglieder und Anhänger aufgefordert wurden, den indonesischen Präsidenten Sukarno zu unterstützen. Nach Berichten von Radio Djarkarta stellte die PKI am Donnerstag fest, der fehlgeschlagene Putsch sei eine interne Angelegenheit der Armee, in die sich die Partei nicht einmischen werde. Sukarno hatte die Vergeltungskampagne der Armee gegen die KP öffentlich mißbilligt und erklären lassen, er glaube, die KP sei nicht am Putsch beteiligt gewesen" [6]).

Für Amnesty International war es klar, daß es sich nicht um einen revolutionären Aufstand handelte [7]). Der Soziologe Prof. Wertheim meint dazu: „Es gab für die Kommunisten sehr wenig Grund, auf einem dermaßen risikovollen, gewalttätigen Wege das bestehende Gleichgewicht der Kräfte zu durchbrechen... Wenn man sich fragte, wem ein gewalttätiger Putsch nutzte, wobei so prominente Armeeführer umgebracht wurden, kämen die Kommunisten zu allerletzt in Frage..." [8]).

Die These von der Schuld der Kommunisten wird noch unglaubwürdiger und wird mit den Geschehnissen des Reichstags-Brand-Prozesses vergleichbar, wenn man bedenkt, daß während dieser verhängnisvollen Tage kein einziger Auf-

3) Vgl. W. Schilling, Der Sturz Sukarnos und die „neue Ordnung" in Indonesien, in: Politische Studien, München, April 1970, S. 179.
4) In einem offenen Brief an General Suharto beschuldigte Sukarnos Ehefrau Ratna Dewi General Suharto persönlich, den Tod einer Million Indonesier verschuldet zu haben. Vgl. Vry Nederland, 16. April 1970; vgl. auch Prof. W. F. Wertheim in „Indonesia before and after the Untung Coup", in: Pacific Affairs, Nr. 1/2, 1966, S. 115 ff.
5) R. Kleymann in New York Times vom 26. Oktober 1965; vgl. auch New York Times vom 11. Oktober 1965.
6) UPI-Nachricht vom 7. Oktober 1965, Djakarta.
7) Amnesty International, Bericht über Indonesien, Hamburg 1968.
8) Prof. W. F. Wertheim in „Indonesia before and after the Untung Coup", a.a.O.; vgl. auch Prof. H. Feith in: Current Affairs Bulletin, 30. Mai 1966.

Lehrbücher Politik

Heino Kaack
Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems
Ca. 660 Seiten. Kart. ca. DM 24,–; Ln. ca. DM 38,–

Sir Ivor Jennings, Gerhard A. Ritter
Das britische Regierungssystem
2., neubearb. Auflage. 459 Seiten. Leinen- und Studienausgabe. In Vorbereitung.

Carl J. Friedrich
Politik als Prozeß der Gemeinschaftsbildung
Eine empirische Theorie der Politik. 534 Seiten. Ln. DM 66,–

Ferdinand A. Hermens
Verfassungslehre
2., erw. Auflage. 576 Seiten, Ln. DM 65,–

O. H. von der Gablentz
Einführung in die politische Wissenschaft
378 Seiten. Kart. DM 16,–; Ln. DM 28,–

Gert von Eynern
Grundriß der politischen Wirtschaftslehre
308 Seiten. Studienausgabe Kart. DM 27,–; Ln. DM 36,–

Gerhard Möbus
Die politischen Theorien von der Antike bis zur Renaissance
303 Seiten. Kart. DM 22,–; Ln. DM 28,–

Gerhard Möbus
Die politischen Theorien im Zeitalter der absoluten Monarchie bis zur Französischen Revolution
429 Seiten. Kart. DM 28,–; Ln. DM 37,–

O. H. von der Gablentz
Die politischen Theorien seit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung
3. Aufl. 331 Seiten. Kart. DM 27,–; Ln. DM 33,–

Walter Grottian
Das sowjetische Regierungssystem
2., neubearb. Auflage. 585 Seiten. Zahlr. Tab. Kart. DM 32,–

Gilbert Ziebura
Die V. Republik
Frankreichs neues Regierungssystem. 333 Seiten. Zahlr. Tab. 2 Kartenskizzen. Kart. DM 22,–

Thomas Ellwein
Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland
2., neubearb. Auflage. 718 Seiten. Kart. DM 26,–; Ln. DM 49,–

Westdeutscher Verlag

stand der Kommunisten erfolgte. Eine liberale holländische Zeitung schrieb damals: „Es ist kaum möglich, in diesem Zusammenhang von einem fehlgeschlagenen Staatsstreich der KP Indonesiens zu reden, denn diese hat keine nennenswerten Aktivitäten gezeigt. Die Gelegenheit für die Kommunisten, die Macht zu ergreifen, soll eine Zeitlang sehr günstig gewesen sein, die Partei hat sie jedoch nicht genutzt, und diese Tatsache ist vielsagend für ihre Haltung" [9]). Der Zweifel verstärkt sich durch die Tatsache, daß die drei Führer der PKI, Aidit, Lukman und Nyoto, die wahrscheinlich als wichtige Zeugen in einem öffentlichen Prozeß gegen die PKI hätten fungieren können, Ende April 1966 heimlich erschossen wurden, Nyoto sogar auf offener Straße. Das allgemeine Bild war, daß die meisten Kommunisten sich widerstandslos verhaften und exekutieren ließen [10]).

Die Version konservativer Kreise in der Bundesrepublik wie der „Deutsch-Indonesischen Gesellschaft" in Braunschweig, wonach die grauenhaften Massaker als Reaktion auf den „Terror der Kommunisten gegen Andersdenkende" und als „Bürgerkrieg mit Ausschreitungen beider Seiten" aufzufassen seien, wird damit als zynischer Versuch entlarvt, die heutigen Machthaber reinzuwaschen [11]). Gleichzeitig werden damit die Indizien für eine Einmischung des amerikanischen Geheimdienstes in Indonesien verschleiert. James Reston von der „New York Times" gab damals zu: „Es gab viel mehr Kontakte zwischen den antikommunistischen Kräften in jenem Land und mindestens einem sehr hohen Regierungsmitglied in Washington, nicht nur vor, sondern auch während des indonesischen Massakers, als im allgemeinen bekannt ist. Die Streitkräfte General Suhartos, die ab und zu einen großen Mangel an Nahrungsmitteln und Munition hatten, haben große Hilfe von hier (Washington) über diverse dritte Länder bekommen, und es gibt sehr wenig Zweifel daran, daß der Staatsstreich kaum jemals versucht worden wäre ohne die Kraftanstrengung Amerikas in Vietnam und daß er wohl sicher nicht ausgeführt worden wäre ohne die heimliche Hilfe, die indirekt von hier aus geleistet wurde ..." [12]). Die heimliche Hilfe aus „diversen dritten Ländern" lief über Japan. „Nach Korrespondentenberichten aus Djarkarta sollen unmittelbar nach den Septemberereignissen geheime Gesandte nach Japan geschickt worden sein, um dort Unterstützung zu suchen. Viele von diesen hatten noch enge Beziehungen zu den militaristischen Kreisen aus der japanischen Besatzungszeit", schrieb damals die japanische Wochenzeitung „Gendai". Sie enthüllte, daß ein Führer der regierenden nationaldemokratischen Partei, Takeo Fukudo, nach Indonesien geschickt wurde. Das Blatt erinnerte daran, daß die japanische Veteranenclique „Suharto und den Kern der indonesischen Armee ausgebildet hatte ..." Die rechten Generale empfingen in dieser Zeit aus Japan einen Betrag von 47 Mill. Dollar [13]).

Die Grausamkeit der Säuberungen

In den ersten 20 Tagen nach dem Putschversuch Untungs erging der Befehl an alle Militärkommandanten, die PKI samt ihrer Führung zu liquidieren. Hiermit wurde nicht nur eine Partei von drei Millionen Mitgliedern außerhalb der Gesetze gestellt und eine der unmenschlichsten Epochen Indonesiens eingeleitet; alle der PKI nahestehenden Organisationen, darunter die allindonesische

9) Nieuwe Rotterdamse Courant, 13. Oktober 1965.
10) Vgl. auch Prof. Daniel S. Lev in: Asian Survey, Februar 1966. Prof. van der Kroeff in: Orbis (USA), Vol. XI, 1967, Nr. 2. L. Castles in: Indonesia (USA), April 1966. John Hugues, The Indonesian Upheaval.
11) Vgl. Dr. H. G. Weber, Vizepräsident der Deutsch-Indonesischen Gesellschaft, in seinem Brief vom 10. 3. 1969 an Amnesty International, London. Diese Meinung wird vom Auswärtigen Amt in Bonn geteilt, wie aus einem Brief vom 12. 2. 1970 hervorgeht.
12) New York Times vom 26. 6. 1966.
13) Zit. nach De Waarheid vom 14. 4. 1966.

und größte Gewerkschaft (SOBSI) mit drei Millionen, der Bauernverband mit 7 Millionen, alle zusammen mit 16 Millionen Mitgliedern, wurden verboten und für vogelfrei erklärt. Auch Organisationen, die sich gegen die Diskriminierung der Indonesier chinesischer Herkunft wandten, wurden unter dem Vorwand, „Agenten Pekings" zu sein, verboten [14]).

Der „Weltwoche"-Korrespondent Andreas Kohlschütter hat Erzählungen über angebliche von den Kommunisten „ausgehobene Massengräber, über Folterkammern, Giftdepots und Mordlisten" aus dieser Zeit als Erfindungen und Hexengeschichten einer mittelalterlich-modernen Inquisition entlarvt. Daß diese Gerüchte bewußt von den militärischen Machthabern in Umlauf gesetzt wurden, um die Massaker psychologisch vorzubereiten und zu rechtfertigen, geht ebenfalls aus dem Bericht der „Weltwoche" hervor [15]).

In diesen Monaten verlor eine halbe Million Menschen das Leben. Das Massaker breitete sich über das ganze Land aus; die am dichtesten bevölkerten Gebiete in Zentral- und Ost-Java waren am schlimmsten betroffen. Wer in den Verdacht geriet, Kommunist zu sein, wurde entweder inhaftiert oder erschossen. Die Armee warb um die Hilfe der Jugendgruppen der Muslims. Die Jugendlichen wurden zwei oder drei Tage ausgebildet und dann zum Töten ausgeschickt. Die Methoden der Säuberungsaktionen waren sehr einfach. Die Kommandos drangen nachts in ein Dorf ein, sammelten alle, die ihnen verdächtig erschienen, und enthaupteten die vermeintlichen Kommunisten mit schweren Messern und Sicheln. Gebietsweise, so auf Bali, übernahm die Bevölkerung die Tötung selbst. In manchen Teilen des Landes wurde die Bevölkerung um ein Drittel oder sogar um die Hälfte reduziert. Außerdem wurden über 300 000 Menschen gefangen genommen. Durch geschickte Manipulation gelang es der Armee, die durch Unterdrückung angestauten Aggressionen der Bevölkerung auf gleichfalls Unterdrückte und Minderheiten abzulenken [16]).

Die Frage stellt sich, wie der Putsch eine derartig blutige und massenhafte Reaktion auslösen konnte.

Prof. Wertheim meint, daß eine Katastrophe dieses Ausmaßes nur durch die Existenz unüberbrückbarer Gegensätze innerhalb der indonesischen Gesellschaft möglich war.

Diese Gegensätze führten zu den Massakern, die von Wertheim als die Manifestation eines von den herrschenden Schichten ausgehenden blutigen Klassenkampfes interpretiert werden. Das Resultat dieses Kampfes war die völlige Faschisierung Indonesiens [17]).

Die Hintergründe des Gemetzels

Die Klassengegensätze sind besonders scharf, da Indonesien mit dem Bevölkerungsproblem zu kämpfen hat. Auf Java wird die mittlere Bevölkerungsdichte auf 533 Einwohner pro qkm geschätzt, d. h. eine dichtere Besiedlung als im Ruhrgebiet. Und jedes Jahr wächst die Bevölkerung um 1,5 Millionen Menschen. Selbst den reichsten Gebieten gelingt es nicht, die eigene Bevölkerung zu ernähren; in den letzten 30 Jahren ist die Produktion der Grundnahrung Reis um 19 Prozent gestiegen, die Zahl der Bevölkerung um 29 Prozent.

Die Besitzverteilung auf dem Lande bewegt sich in feudalen Proportionen. In Westjava besitzen 13 Prozent aller Familien 82 Prozent des Bodens, während die

14) Vgl. W. F. Wertheim, a.a.O.
15) Vgl. Andreas Kohlschütter in: Die Weltwoche, 26. 8. 1966.
16) Vgl. A. Kohlschütter in: Die Weltwoche, a.a.O.; vgl. auch T. Vittachi, in: Der Spiegel, 28. 2. 1967, und J. Hugues, The Indonesian Upheaval, S. 130 ff.
17) Vgl. W. F. Wertheim, a.a.O.

restlichen 87 Prozent der Familien kein Land oder weniger als 1 ha ihr eigen nennen.

Der Großteil der Bauern muß sich mit einem Stück Land von der Größe eines mittleren Schrebergartens zufriedengeben, von dem er nicht leben kann. Also müssen sie für andere arbeiten, für die Großgrundbesitzer, die ihre Macht zusätzlich durch hohe Pachtquoten, Landrenten und Wucherzinsen befestigen [18]). Die Großgrundbesitzer gehören meist dem Islam an. Offiziell gehören 90 Prozent der Bevölkerung zur islamischen Religion. Die orthodoxen Muselmanen bilden in Wirtschaft und Politik die oberen Schichten, und nach dem Bodenreformgesetz aus dem Jahre 1960 fühlten sich die islamischen Großgrundbesitzer durch die Durchführung dieser Gesetze bedroht, weil sie einen Abbau ihrer Machtposition bedeutet hätte. Dies leitete eine Zusammenarbeit mit der Armee ein [19]).

Nach 1958 führte die Verhängung des Kriegsrechtes dazu, daß die Armee die wichtigsten wirtschaftlichen Positionen in den verstaatlichten holländischen Unternehmen einnimmt. Dadurch drang der Militärapparat immer tiefer in Wirtschaft und Staatsbürokratie ein. Korruption und Fehlplanung der verantwortlichen Offiziere dienten sowohl der Finanzierung der Truppe als auch der Selbstbereicherung der Generale.

Die dadurch verursachten Defizite gingen zu Lasten des Staatshaushaltes. Die Regierung mußte ihre Ausgaben durch inflationäre Maßnahmen finanzieren, was im Verlauf des Jahres 1965 zu einer Inflationsrate von 650 Prozent führte. Auch die Anfang 1965 enteigneten amerikanischen Firmen wurden vom Militär okkupiert. Schon vor der Machtergreifung bildeten die Offiziere der Armee eine parasitäre Schicht von staatsbürokratischen Kapitalisten [20]).

Die größte Gegenkraft gegen das Militär und die islamischen Großgrundbesitzer war die Kommunistische Partei (PKI). Die PKI entfernte sich nach der Kommunistenjagd von 1948 mehr und mehr von der Idee des bewaffneten Widerstandes und trachtete danach, ihren Einfluß durch Zusammenarbeit mit den Nationalisten und durch Unterstützung der Politik Sukarnos zu vergrößern. Dabei war eine Zusammenarbeit mit der Armee, die als rechte Hand der Regierung agierte, unmöglich. Sukarno begrüßte das Anwachsen der Kommunistischen Partei teils aus ideologischen Gründen, teils als Zügel der Ambition seiner Generale. Die PKI wurde eine Massenpartei und fand ihre Anhänger bei der schmalen Arbeiterschicht und ungeheuren Massen der Kleinbauern und landlosen Plantagearbeitern.

Sie vertrat eine Art Mitbestimmungskonzept. Ab 1953 präzisierte die PKI ihr Programm. Sie prangerte die unmenschlichen Zustände auf dem Lande an. Das hatte zur Folge, daß ihre Mitgliederzahl bis 1965 auf 3 Millionen stieg.

Mit der Agrarreform von 1960 gab sie sich nicht zufrieden. Die Regierung hatte den Umfang des Landbesitzes auf 5 ha bewässerten und 6 ha unbewässerten Bodens begrenzt. Aber bis 1963 wurden nur 1500 ha neu verteilt. Die Pachtzinsen wurden zwar um 50 Prozent reduziert, aber in Wirklichkeit gaben die Bauern weiterhin 60 bis 75 Prozent ihrer Ernteprodukte ab.

1964 ging die Partei einen Schritt weiter. Es begann die Kampagne der einseitigen Inbesitznahme von Land durch landlose Bauern. Dabei kam es zu Zusammenstößen mit den Landlords, den nationalen Grundbesitzern, den Moscheen in Ostjava und den Militärs. Diese einseitige Inbesitznahme von Land durch landlose Bauern wird von konservativen Kreisen gern als ein Beispiel „kommunisti-

[18]) Vgl. W. F. Wertheim, Indonesian Society in Transition, S. 112.
[19]) Vgl. A. Kohlschütter, a.a.O.
[20]) Vgl. WDR-Sendung vom 4. 11. 1969 „Indonesiens konterrevolutionäre Neue Ordnung".

schen Terrors oder Unterdrückung von politisch Andersdenkenden und Moslemminderheiten" hingestellt [21]).

Die Verfolgung der rassischen Minderheiten

Wie fast jedes faschistische Regime, brauchten auch die neuen Machthaber Indonesiens eine ethnische Minderheit, die sie zum Sündenbock abstempeln konnten und auf die sie die Aggressionen der hungrigen Massen lenken konnten.

Die Chinesenverfolgungen haben ihren Ursprung in der Kolonisation. In den vergangenen Jahrhunderten aus den übervölkerten Provinzen Südchinas gekommen, wurde die Minderheit durch das Verbot der Kolonialverwaltung, Land zu kaufen, in die distributive Rolle zwischen kolonialem Großkapital und einheimischen Konsumenten gedrängt. Ihre Geschäftstüchtigkeit und ihr relativ großer Wohlstand inmitten einer verelendenden Masse machten sie zu einem geeigneten Ziel einer mehr oder minder gelenkten „Volkswut" [22]).

Nach der Machtübernahme Suhartos wurden im Zuge der antikommunistischen Hetzjagd Tausende von Chinesen unter dem Vorwand, „Agenten Pekings" zu sein, ermordet oder in KZ-Lagern zusammengetrieben. Ein Widerstandsversuch der Minderheit in Ostjava führte die Armee zu den brutalsten Maßnahmen, bis zur Ausrottung ganzer chinesischer Familien.

„Hier in Indonesien ist das Leben seit dem Sturz Sukarnos für sie (die Chinesen) die Hölle. Als nach dem Putschversuch vom 1. Oktober 1965 das größte Massaker seit Hitlers Tagen über ein Land hinwegging, wurden besonders viele Chinesen willkürlich hingemetzelt, obgleich es keinen Beweis für ihre Beteiligung gab. Gerüchte genügten" [23]). Auf Borneo wurden ihre Häuser niedergebrannt. Das Militär plünderte alle bewegliche Habe der chinesischen Bevölkerung.

In Nordsumatra befindet sich ein KZ, in dem mehrere tausend Chinesen angeblich auf ihre Rückkehr nach China warten. Hohe Offiziere bezeichneten die Chinesen deutschen Gesprächspartnern gegenüber als „die Juden Asiens". „Wir werden mit ihnen fertig", sagte ein General [24]).

Die Konzentrationslager des Regimes

Ebenfalls fertig werden wollen die neuen Machthaber mit den ca. 100 000 politischen Gefangenen, die in KZ's, Gefängnissen und Arbeitslagern seit 1965 verkommen [25]).

Die Information über die Lage der politischen Gefangenen entnehmen wir hauptsächlich dem Bericht von Amnesty International. Die Gefangenen sind entsprechend der Schwere ihres Vergehens in drei Kategorien eingeteilt: Die Gruppe A umfaßt die „schweren Fälle": den Kern der KP und Politiker der Ära Sukarno, etwa 4700 Menschen, von denen nur wenige bisher vor Gericht erschienen sind. Fast 80 Prozent der Gefangenen befinden sich auf Java. Es gibt wahrscheinlich mehrere hundert Haftlager... Die Kerker sind überfüllt; oft 6 bis 8 Mann in Zellen für 2 bis 3 Personen. In den Lagern sind oft 150 Gefangene in groben Scheunen ohne Trennungswände gepfercht. Ein Beobachter von Amnesty teilt mit: „Es gibt viele Berichte über physische Qualen und psychischen Zwang während der Verhöre. Die Gefangenen sollen mit Gummiknüppeln, Eisenstangen, Bambusstöcken und sogar mit den scharfen Schwänzen der Haie geschlagen worden

21) Vgl. Brief von Dr. H. G. Weber, a.a.O.
22) Vgl. WDR-Sendung, a.a.O.
23) Vgl. Der Spiegel, 12. 2. 1968.
24) Frankfurter Rundschau, 16. 8. 1967.
25) Vgl. Amnesty International Review, London NR 29, Nov. 1969. Die Zahl von 116 000 wurde 1969 von dem indonesischen Justizminister General Sugiharto angegeben. Ursprünglich waren unmittelbar nach dem Putsch über 200 000 Menschen inhaftiert. Laut Erklärung der Machthaber in Djakarta sollten Ende 1969 angeblich 26 000 Gefangene entlassen worden sein. Vgl. Amnesty Bericht vom 6. 2. 1970.

sein; sie wurden Elektroschocks ausgesetzt und gezwungen, Seiten von marxistischen Büchern zu verschlucken."

Für die Nahrung eines Gefangenen gibt die Regierung 2,5 Rupien pro Tag. Aber ein Gefängnisleiter behauptet, nur 0,7 Rupien zu bekommen. In manchen Gefängnissen besteht die Ration aus einer Tasse gekochtem Wasser. Eine medizinische Betreuung ist kaum vorhanden. Die englische Zeitung „The Economist" vom 30. November 1968 meldet Wiederaufnahme von Gefangenentötung in großem Umfang. Im Februar 1969 meldete der holländische Journalist Kolb die Exekution von 3500 politischen Gefangenen in Zentraljava [26]). Eine weitere endgültige Lösung sieht das Regime in der Deportation zu kleinen entfernten Inseln. Ein fester Plan besteht schon für die Insel Buru, von dem Justizminister „Insel der Hoffnung" genannt, weil jeder Gefangene ein Stück Land zum Anbauen bekommen soll. Aber dieses Land ist ein Urwald, so daß diese Deportationen ein sicheres Ende bedeuten. Unter den Gefangenen, die zur Zwangsarbeit nach Buru geschickt werden sollen, befinden sich viele berühmte Persönlichkeiten, wie der bekannte Schriftsteller Pramoedya Ananta Toer. Vor den Hinrichtungen und Verbannungen finden keine Verurteilungen statt [27]).

Die Witwen und Waisen der Opfer der Massaker und die Familien der politischen Gefangenen werden immer noch als aus der Gesellschaft Verstoßene behandelt. Sogar Waisenhäuser haben sich geweigert, Waisen der Opfer der Massaker aufzunehmen. Oft ist es für Verwandte der Häftlinge unmöglich, reguläre Arbeitsstellen zu finden [28]).

Das Regime der „neuen Ordnung"

Die faschistischen Machthaber nennen sich die „neue Ordnung" Indonesiens. Von 24 Ministern sind 12 Militärs. Ist der Minister eine Zivilperson, so ist der Staatssekretär ein Militär. Von 25 Provinzialgouverneuren sind 17 Militärs: ein Drittel der Generale hat zivile Posten eingenommen. 120 Unterprovinzen werden von Militärs regiert, und nach einer Zeitungsmeldung sind 55 Prozent aller Dorfbürgermeister, die nach dem Putsch festgenommen oder umgebracht wurden, durch Militärs ersetzt worden [29]).

Die „Time" berichtet: „Die Parteien sind gespalten, das Parlament unter dem Daumen der Armee. In wirtschaftlichen Unternehmen setzt die Armee ihre Zeichen mehr als in der Politik — und macht eine Menge Profit dazu. Generale, Obersten und Majore arbeiten als Gouverneure, Industrielle und Hotelmanager. Gelegentlich arbeiten sie auch als Soldaten. Die spektakulärste Erfolgsgeschichte ist die von General Sutowo, der die Pertamina leitet, das regierungseigene Ölmonopol. Für einen Lohn von weniger als 100 Dollar im Monat warf er jüngst für die Hochzeit seiner Tochter etwa 60 000 Dollar aus dem Fenster. Zusätzlich zur unkontrollierten Pertamina ist die Armee in nahezu jeden Teil der indonesischen Wirtschaft verwickelt [30]).

Für die immer wieder hinausgeschobenen Wahlen, die 1971 stattfinden sollen, steht der Ausgang schon fest. Der große Gewinner wird das Militär sein, denn mehr als ein Drittel der Sitze im Parlament sind schon jetzt der Armee zugewiesen worden. „Nichts hat sich wirklich geändert, sagte ein Amerikaner mit langer Erfahrung im Land, außer daß die Armee jetzt alles hat" [31]).

---

26) Vgl. De Gooi en Eemlander, 6. 3. 1969.
27) Vgl. O. G. Röder im Handelsblatt, 23./24. 1. 1970.
28) Vgl. U. Grudinsky in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. 2. 1970.
29) P. H. Gavi, a.a.O., S. 70.
30) Vgl. Time, 10. 1. 1970; Der Spiegel, 20. 4. 1970.
31) Vgl. Time, a.a.O.

Die Transformierung in eine Kolonie neuen Typs

Nach der blutigen Machtergreifung General Suhartos wurden am 1. Januar 1967 die unter Sukarno enteigneten ausländischen Gesellschaften teilweise ihren Eigentümern wieder übergeben, teilweise durch die Vergabe von Staatsschuldverschreibungen entschädigt. Dies und die früheren Schulden Indonesiens trieben die Auslandsverschuldung auf 12 Mrd. DM hoch [32]). Außerdem ermutigte Suharto die Ausbeutung seines Landes durch ausländische Privatunternehmen, indem er ausländischen Investoren Schutz und freien Gewinntransfer gewährte. Insgesamt stiegen die Auslandsinvestionen bis Ende 1969 auf 510 Millionen Dollar [33]). Dies macht verständlich, weshalb der Westen die blutige Machtübernahme Suhartos als „the West's best news for years in Asia" bezeichnete [34]).

Auch die Bundesrepublik reagierte prompt mit Besuchen von Dr. Gerstenmaier, General de Maizière [35]), Bankier Hermann J. Abs, Außenminister Walter Scheel u. v. a. Ein Dr. Losacker, Präsident des Deutschen Industrieinstituts, meinte nach seinem Besuch in Indonesien im Januar 1968 ausdrücklich: „... die deutsche Wirtschaft sollte in Indonesien investieren. Sie ist dazu auch zur Entlastung der indonesischen Zahlungsbilanz aufgerufen und aufgefordert ... Indonesien bietet für neue Investionen ... vor allem das Recht des Transfers für laufende Gewinne in die ursprünglichen ausländischen Währungen. Natürlich gewährt es den Investoren auch Eigentumsschutz" [36]). Die Interessen des ausländischen Kapitals in Indonesien sind so deutlich zum Ausdruck gebracht. Die Ausbeutung Indonesiens zeigte sich darin, daß Indonesien seine reichen Bodenschätze gegen ungünstige Preise ans Ausland verkauft. So wurden 17 Millionen qkm an Ölkonzessionen, 19 Millionen qkm an Waldgebieten, für 823 Millionen Dollar Fische und andere Rohstoffe im Jahre 1968 ausverkauft [37]). Durch die Öffnung des Landes für ausländische Großkonzerne und durch seine hohe Auslandsverschuldung geriet Indonesien in völlige Abhängigkeit von den Industrieländern.

Diese honorierten die physische Ausrottung der für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit kämpfenden Kräfte mit einer Erhöhung ihrer sogenannten Entwicklungshilfe. So wurden von der Bundesrepublik im Zeitraum 1960—1965 vor der faschistischen Machtübernahme 160 Millionen staatliche Kapitalkredite gewährt. Dagegen wurden den faschistischen Machthabern von 1966 bis 1970 Kapitalkredite in Höhe von 380 Millionen DM gewährt [38])!

Die Zusammenhänge zwischen der „Entwicklungshilfe" und den politischen Interessen der kapitalistischen Industriestaaten könnten nicht deutlicher ausgedrückt werden.

Schon vor dem Besuch General Suhartos in der Bundesrepublik verhandelten Außenminister Malik und Wirtschaftsminister Sumitro mehrmals über eine Kredithilfe von über 100 Millionen DM für das Jahr 1971. Ein Versuch, das faschistische Regime aus seinem Bankrott zu retten, kam von dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Bank, Hermann J. Abs. Durch die Investitionen der Deutsch-Asiatischen Bank in Djakarta sowie durch Abs' Mitgliedschaft im Aufsichtsrat von Firmen wie Shell, RWE, Siemens u. v. a., die alle am Indonesiengeschäft interessiert sind, spielt der routinierte Bankier den großen Freund und Helfer Indonesiens. Für die Regelung der großen Auslandsverschuldung Indone-

32) Vgl. Neue Züricher Zeitung, 4. 12. 1969.
33) Vgl. Süddeutsche Zeitung, 29. 7. 1969.
34) The Economist vom 19. 3. 1966.
35) Auf seiner Reise sprach General de Maizière mit Präsident Suharto über deutsche Ausbildungshilfe für indonesische Offiziere. dpa, Djakarta, vom 8. 12. 1968.
36) Bulletin der Indonesischen Botschaft, Nr. 1, 1968, S. 15.
37) Vgl. Antarabulletin vom 10. 7. 1969.
38) Vgl. Länderkurzberichte, Indonesien, Wiesbaden 1968, S. 22.

siens arbeitete Abs Umschuldungsvorschläge aus, die eine Verlängerung der Kreditlaufzeiten über 30 Jahre und eine Befreiung der Zinszahlungen beinhaltet [39]). Auf internationalen Konferenzen der Geberländer Indonesiens stellte Abs zusammen mit dem holländischen Minister für Entwicklungshilfe die größte Stütze des indonesischen Faschismus im Ausland dar [40]).

Das deutsche Kapital, einer der wichtigsten Handelspartner Indonesiens, war an den Kapitalinvestitionen in Indonesien bis Ende 1969 mit einem Betrag von etwa 60 Millionen DM beteiligt [41]). Die beteiligten Firmen und ihr jeweiliger Kapitaleinsatz in Dollar sind: Fa. P. Cremer (250 000), Fa. P. Cremer und Dresdner Bank (250 000), Hoechst (1,6 Mill.), Bayer (1,4 Mill.), Handelsfirma Stuckert (1 Mill.), Kaffee Export Import GmbH (1,5 Mill.), Krohn & Co. (625 000), E. Merck AG (1,7 Mill), Schering AG (1 Mill.). Dazu gesellten sich nicht weniger renommierte Firmennamen wie Carl Schlieper, die schon erwähnte Deutsch Asiatische Bank, Shell AG, Mercedes, Volkswagenwerk, Siemens [42]).

Trotz reichlicher Kapitalinvestitionen muß sich das angebliche Wirtschaftswunder des Regimes Suharto noch bestätigen. Westliche Beobachter mußten zugeben: „Wenn es in Indonesien heute auch sicherlich aufwärts geht, so ist andererseits in Anbetracht der ungeheuren Probleme, vor denen das Inselreich steht, ein allzu großer Optimismus nicht gerechtfertigt . . ." [43]). „Von den 120 Millionen Menschen, die diese Inseln bevölkern, lebt eine erdrückende Mehrheit offenbar am Rande des Existenzminimums . . ." [44]).

„Bild" im Einsatz

Analyse der Berichterstattung zu den Septemberstreiks 1969

Von Jürgen Alberts

Vor einem Jahr, im September 1969, reagierten die Belegschaften einer beträchtlichen Anzahl von Betrieben in zahlreichen Orten der Bundesrepublik mit einer Welle spontaner Streiks auf das wachsende Auseinanderklaffen der Gewinn-, Preis- und Lohnentwicklung. Dieser Vorgang, nach Form und Ausmaß eine neuartige Erfahrung für die Bundesrepublik, hat in der Publizistik, in wissenschaft-

39) Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 9. 12. 1969.
40) Einschlägiges über Bankier Abs und seine Rolle als Finanzier während der NS-Zeit in: Eberhard Czichon, „Der Bankier und die Macht, Hermann Josef Abs in der deutschen Politik", Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1970, S. 119, S. 145 ff., S. 236 ff.
41) Nicht veröffentlichte Untersuchung über westdeutsche Kapitalleistung in Indonesien.
42) Süddeutsche Zeitung vom 29. 7. 1969.
43) Industriekurier vom 26. 4. 1969.
44) H. W. Kettenbach im Kölner Stadt-Anzeiger vom 12. 5. 1970. Zur weiteren Information sei hier auf die folgenden neueren Veröffentlichungen über Indonesien hingewiesen: Batjo Daeng Bintang, Einar Schlereth, Indonesien: Analyse eines Massakers, März Verlag, Frankfurt 1970. Jusuf Surose, Reiner Voß, Indonesien zwischen Massaker und Entwicklungshilfe, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, April 1970. Walter Schilling, Der Sturz Sukarnos und die Neue Ordnung in Indonesien, in: Politische Studien, München, März-April 1970. Indonesië Informatie: Bulletin des Indonesien Komitees Holland, hrsg. v. ASTA Amsterdam, Nr. 1—7.

licher Analyse und gesellschaftlich-politischen Schlußfolgerungen große Aufmerksamkeit gefunden.

Ein wichtiger Aspekt des Themas Septemberstreiks ist ihre Behandlung in den Massenmedien. In der Debatte um die Rolle des übermächtigen Pressekonzerns, des Hauses Springer, nimmt der Vorwurf der Manipulation eine zentrale Stelle ein. Das betrifft besonders die auflagenstärkste, vor allem auf Arbeiter und Angestellte zielende „Bild-Zeitung". Der Verfasser, der in seiner Dissertation daran arbeitet, der „Bild-Zeitung" mit neueren Untersuchungsmethoden Manipulation konkret nachzuweisen, stellte uns sein umfangreiches Kapitel über die „Bild"-Berichterstattung zu den Septemberstreiks zur Verfügung. Nachstehend veröffentlichen wir Auszüge daraus. D. Red.

I

Zum Widerspruch zwischen Profitinteresse und Interessenvertretung

Der Leseranalyse 1966/67, die die *Bild*-Zeitung als Auftraggeber durch die Institute *Divo* und *Infratest* durchführen ließ, kann man entnehmen, daß Arbeiter und Facharbeiter (insgesamt 58 %), daß Leser aus den sozial unteren Schichten (88 % der Männer haben Volksschulbildung) das Gros der Leserschaft ausmachen.

Ausgangspunkt dieser Untersuchung soll die Frage sein: Inwiefern vertritt die *Bild*-Zeitung die Interessen dieser Leserschaft?

Kajo Heymann schreibt in seinem Aufsatz „Springer-Presse, Streik und Arbeiterinteresse": „Auf Grund ihrer Massenleserschaft und um diese zu erhalten, müssen Springers Massenblätter die unmittelbaren Interessen, die Ängste und Wünsche der Lohnabhängigen aufnehmen und irgendwie artikulieren" [1]). Auf der anderen Seite findet sich bei Jörg Huffschmid der Passus: „Der Springer-Konzern vertritt in aller wünschenswerten Klarheit Interessen, und zwar die Interessen der herrschenden Gruppen in Westdeutschland, der Unternehmer und des Staatsapparates, wobei beide Interessenkomplexe wegen ihrer Bezogenheit aufeinander sich weitgehend decken" [2]). Damit ist der Widerspruch skizziert: Solange Profitinteresse und Interessenvertretung der Leserschaft durch die *Bild*-Zeitung sich nicht berühren, kann die *Bild*-Zeitung ohne weiteres sich als „Anwalt der Unterdrückten" (Peter Boenisch), als Sprachrohr verstehen; die Kampagnen z. B. für die Sicherheit der Schrankenanlagen 1966 zeigen das. Kommt es jedoch zum Konflikt, wird dieser sich ständig in Gefahr befindliche Kompromiß durch die notwendige Parteiergreifung zerstört, dann zeigt sich, wessen Interesse die *Bild*-Zeitung vertritt.

Die sogenannten „wilden Streiks" im September 1969 kann man daher als Nahtstelle bezeichnen, denn hier ist der gerade erwähnte Konflikt gegeben. Oder als These für die Untersuchung ausgedrückt: Die Berichterstattung über die „wilden Streiks" läßt ein eventuelles Jonglieren zwischen Herrschaftsinteresse und Leserinteresse nicht ohne weiteres zu.

Eine ökonomische Analyse der Septemberstreiks kann in diesem Zusammenhang nicht geleistet werden, es muß auf die vorhandenen Untersuchungen hingewiesen werden [3]). Nur ein Gedanke, der bisher nicht berücksichtigt wurde, soll

---

1) Kajo Heymann, in: Kapitalismus und Pressefreiheit. Am Beispiel Springer. Frankfurt (M.) 1969, S. 157.
2) Jörg Huffschmid, Politische Ökonomie des Springer-Konzerns, in: Imperium Springer. Macht & Manipulation, hrsg. von Bernd Jansen und Arno Klönne, Köln 1968, S. 78.
3) Friedemann Schuster, Die September-Streiks. Auf den Arbeiter kommt es an!, Frankfurt (M.) 1969.
Die September-Streiks 1969. Darstellung, Analyse, Dokumente, hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt (M.) 1969.

kurz skizziert werden: man sollte bei der Betrachtung der „wilden Streiks" nicht nur die Arbeiter-Streiks, sondern auch die Angestellten-Streiks im ÖTV-Bereich, die sich an die Arbeiter-Streiks anschlossen, vermerken. Gerade dieser Unterschied wird für die Analyse der Berichterstattung der *Bild*-Zeitung wichtig. Da es sich um verschiedene Schichten handelt, wird eine weitere Frage dieser Untersuchung lauten: Wie argumentiert die *Bild*-Zeitung gegenüber verschiedenen Schichten?

II

Quantitative Formal-Analyse I: Aufriß der Streikberichterstattung im Rahmen der gesamten Zeitung

1) Der Untersuchung wurden als Material sämtliche Berichte zu den Septemberstreiks 1969 zugrundegelegt. Beginnend mit der Nr. 205 vom Donnerstag, dem 4. September, erschien bis zur Nr. 224 vom Freitag, dem 26. September, jeden Tag

Tag	Inhaltliche Menge [8]) mit Werbung	ohne Werbung	Stellung [5]) (Seitenzahl)	Aufmacher [6])	Optisch [7]) hervorgehoben
4. 9.	0,625%	0,78 %	8 (1)	Entführung	—
5. 9.	0,78 %	0,97 %	8 (1)	Entführung	—
6. 9.	1,05 %	1,24 %	1	Entführung	ja (F)
8. 9.	0,53 %	0,63 %	1	BILD-Wettbewerb	— ja (F, Ü)
9. 9.	2,45 %	2,9	1	Fußball	
10. 9.	3,91 %	4,7 %	1 + 8 (1)	Jackie Onassis	ja (Ü, F, B)
11. 9.	2,45 %	2,9 %	1 + 2	Giftmord	—
12. 9.	1,25 %	1,52 %	1	Wahlkampf	—
13. 9.	0,625%	0,79 %	1	Giftmord	—
15. 9.	1,04 %	1,24 %	12 (1)	Mord	ja (F)
16. 9.	1,56 %	1,96 %	1	Besonderer Führerschein	ja (F)
17. 9.	0,78 %	0,98 %	8 (1)	Leichtathletik-Europameisterschaft	ja (B)
18. 9.	0,625%	0,78 %	10 (1)	Bergsteigerunglück	—
19. 9.	1,88 %	2,23 %	1 + 7	Prostituierten-Skandal	—
20. 9.	4,73 %	5,68 %	1 + 8 (1)	Bürgermeister-Affäre	ja (F, B, Ü)
22. 9.	0,625%	0,78 %	1	Ehe-Skandal	—
23. 9.	6,25 %	7,43 %	1 + 8 (1)	**Streik**	ja (B, Ü)
24. 9.	4,17 %	4,97 %	1 + 2	Wahlkampf + **Streik**	ja (B, Ü)
25. 9.	4,17 %	4,96 %	1 + 2	Mord	ja (B, Ü)
26. 9.	1,56 %	1,95 %	1 + 3	Ehe-Skandal	ja (Ü)

5) Stellung meint, auf welcher Seite erscheint der „Artikel"; das (1) zeigt an, ob es sich um die letzte Seite der Zeitung handelt.
6) Aufmacher meint, größter Artikel auf Seite 1.
7) Optisch hervorgehoben meint, wird die Aufmerksamkeit auf dieser Seite durch verschiedene Hilfsmittel auf diesen Artikel gelenkt; diese Hilfsmittel sind in Klammern dahinter angegeben: (F) — farbiger Untergrund, (U) — große Überschrift mit Balken, (B) — Bild.
8) Inhaltliche Menge meint, wie groß ist der prozentuale Anteil der Streikberichterstattung an der gesamten Zeitung; die Unterscheidung mit Werbung (also: die gesamte Zeitung), ohne Werbung (also: der redaktionelle Anteil) erschien dem Verfasser notwendig. (s. u.)

etwas (Kurzmeldung, Bericht, Kommentar etc.) in der *Bild*-Zeitung über die Streiks, bzw. deren Auswirkungen. Berichte vor diesem ersten Termin (sie wären möglich gewesen, da schon am 2. September morgens in den Hoesch-Werken der Streik begann) und dem letzten Termin (über die Auswirkungen der Streiks wurde noch lange diskutiert) konnten nicht registriert werden. Ähnlich bestimmten Kampagnen der *Bild*-Zeitung wurde die Berichterstattung abgeschlossen mit Stellungnahmen von Lesern in einer Leserbriefspalte. Hier zeigt sich schon, mit welcher besonderen Willkür die *Bild*-Zeitung über Ereignisse berichtet, indem sie Beginn und Ende ihrer Berichterstattung nach anderen als objektiven Gegebenheiten festsetzt.

2) In der vorstehenden Tabelle soll zunächst ein quantitativer Aufriß gegeben werden, indem formal der Bezugsrahmen der Streikberichterstattung im Verhältnis zur gesamten Zeitung gesetzt wird [4]).

3) Um die Wichtigkeit dieses Themas für die *Bild*-Zeitung zu beurteilen, müssen die verschiedenen Kategorien in Korrelation zueinander gesehen werden, d. h. aus der prozentual angegebenen inhaltlichen Menge kann man wenig ersehen, wenn man nur diese allein betrachtet. Gerade die inhaltliche Menge kann in ihrer absoluten Größe anderen Zeitungen durchaus vergleichbar sein. Ebenso dürfte es sich mit der Placierung der einzelnen Artikel verhalten. Symptomatisch für die *Bild*-Zeitung jedoch ist im Verhältnis zu diesen noch nicht für sich sprechenden Fakten die Tatsache, daß nur 1 Aufmacher, bzw. 2, zu diesem Thema gemacht wurden und andererseits fast 50 % der Berichte nicht durch optische Hilfsmittel hervorgehoben wurden. Darum wird man wahrscheinlich zu dem Schluß kommen können, daß die Berichterstattung über die Septemberstreiks 1969 in der *Bild*-Zeitung — dem Konzept dieser Zeitung entsprechend — nicht ausführlich war, daß es sich um ein nicht „wichtiges" Thema handelte. Über die Funktionen dieser Tatsache wird später zu sprechen sein.

III

Quantitative Formel-Analyse II: Aufschlüsselung der Berichte über die Septemberstreiks

1) Die den Massenzeitungen immer vorgeworfene Vermischung von Nachricht und Stellungnahme [9]) und von Kritikern immer wieder geforderte Trennung von Information und Meinung [10]) soll Gegenstand dieser Analyse sein. Allerdings kann man mit der Feststellung: hier sind Nachrichten und kommentierende Stellungnahmen vermischt, oder besser: überlagern sich diese beiden Formen, nicht viel anfangen, außer einer wahrscheinlich voreiligen Wertung. Zunächst sollen nach einem etwas differenzierten Schema die verschiedenen Kategorien prozentual aufgeschlüsselt werden, in ihrem zeitlichen Verlauf dargestellt und kommentiert werden. Erst dadurch wird man sich über die Technik der „Manipulation" im klaren, daß man die Methoden, die Meinungsmache, im Detail aufzeigt.

2) Für die Streikberichterstattung in der *Bild*-Zeitung wurde folgendes Kategorienschema entworfen:

a) aktuelle Information
b) Rand-Information

[4]) Dieser Bezugsrahmen ist notwendig, damit eine Einschätzung der Streikberichterstattung besser gewährleistet ist. Es kann also nicht um eine Feststellung wie: die Bild-Zeitung berichtet zu wenig über die Streiks, und auf der anderen Seite um eine Überbewertung dieser sich in Prozenten gering ausnehmenden Berichte gehen.
[9]) Vgl. z. B. Hans-Dieter Müller, Der Springerkonzern. Eine kritische Studie, München 1968, im Kapitel über die Bild-Zeitung, S. 73 ff.
[10]) Vgl. z. B. Helmut Bauer, Die Presse und die öffentliche Meinung, Geschichte und Staat, Band 106, München 1965, S. 42 ff.
Ebenso: Rudolf Wildenmann/W. Kaltefleiter, Funktionen der Massenmedien, Frankfurt (M.) 1965.

c) Hintergrund-Information
d) genannte Stellungnahmen
e) ungenannte Stellungnahmen
f) Bild-Stellungnahmen

Zu a) *aktuelle Information.* Als Definition bei der Kodierung wurde folgende Festsetzung verwandt: Informationen des Vortages oder der vorangegangenen Tage.

Beispiel: „Nach einem eineinhalbtägigen wilden Streik wurden ihre Forderungen erfüllt. Sie bekommen vom 1. September an 30 Pfennig je Stunde mehr." (4. 9., S. 10)

Verständlicherweise kam es selbst bei einer so eindeutigen Kategorie zu Kodierungsschwierigkeiten, denn gerade in der *Bild*-Zeitung werden auch solche Sätze mit Wertungen durchsetzt.

Beispiele: „Im Bergbau ist wieder Ruhe! In fast allen Zechen wurde gestern abend wieder die Arbeit aufgenommen!" (11. 9., S. 1)

„Die IG Bergbau bemüht sich fieberhaft, den wilden Streik zu beenden. Sie hat keinen Zweifel: In Dortmund schüren Linksradikale das Feuer." (12. 9., S. 1)

In diesem Stadium der formalen Analyse kann man diese Bewertungen nicht berücksichtigen.

Zu b) *Rand-Information.* Die Definition dazu lautet: Informationen, die zwar zum Thema gehören, aber die Perspektive deutlich verzerren, weil Einzelinformationen ohne Kontext hervorgehoben werden und damit einen unverdient hohen Stellenwert erhalten.

Beispiele: Unter der Überschrift „Mit der Pistole in der Hand verteidigte sie ihre Villa" wird am 10. September auf S. 8 aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zitiert, wie ein Streiktrupp angeblich das Haus eines Direktors anzünden wollte. „Streikende Gastarbeiter der Hella-Werke schlugen gestern den Werkmeister Hans Gribbeling (42) mit Bierflaschen und Stuhlbeinen zusammen."

Beide Beispiele haben in ihrer Eigenschaft als Rand-Information deutliche Funktionen: Im ersten Beispiel werden die Streiktrupps als unrechtmäßige Hausfriedensbrecher dargestellt, im zweiten Beispiel haben sich „Gastarbeiter" an einem deutschen Werkmeister (der ihnen vorgesetzt ist) vergangen, auch sie sind im Unrecht, auch im Unrecht mit ihrem Streik, das soll mit beiden Beispielen suggeriert werden. Das zur Verdeutlichung der oben gegebenen Definition.

Zu c) *Hintergrund-Information.* Als Definition wurde festgesetzt: Nicht-aktuelle Informationen, die Geschehnise und Aktionen jeglicher Art begründen sollen.

Beispiele: „1968 war mit 41,2 Millionen Tonnen Rohstahl-Erzeugung ein Rekordjahr. 1969 wird dieser Rekord mit 45 Millionen Tonnen noch überboten. Mit der Stahlproduktion stiegen auch die Erlöse: Der westdeutschen Stahlindustrie geht es wieder glänzend". (6. 9., S. 1)

Hintergrundinformationen fungieren als die „wirklichen" Lesehilfen für den Leser, der zur Beurteilung der Lage mehr als nur die aktuelle, nicht so leicht einzuordnende Information braucht.

Diese Kategorien zur Aufschlüsselung der Gruppe „Information" schienen nach einem Vortest, der an vier zufällig ausgewählten Zeitungen durchgeführt wurde, systematisch ausreichend, wie eine der Berelsonschen Forderungen an eine Inhaltsanalyse lautet [11]).

[11]) Vgl. dazu A. Silbermann, Systematische Inhaltsanalyse, in: Handbuch der empirischen Sozialforschung, hrsg. von René König, 1. Band, Stuttgart ²1967, S. 570 ff., hier besonders S. 571 f.

Zu d) *genannte Stellungnahmen.* Definition: Stellungnahmen, die namentlich, d. h. mit Namen des Stellung-Nehmenden, abgedruckt sind [12]).

Beispiel: „Bundeswirtschaftsminister Schiller rief zu einer Beendigung der Streiks aus: Das Ziel ist verständlich, das Mittel der wilden Streiks aber ist schädlich und schlägt auf alle zurück." (10. 9., S. 1)

Zu e) *ungenannte Stellungnahmen.* Als Definition wurde verwandt: Stellungnahmen, die nicht namentlich gekennzeichnet sind.

Beispiel: „Sprechchöre der Bergleute: ‚Wir sind weder von der APO noch vom SDS, sondern ehrliche Bergleute!' Ein Sprecher: ‚Eine politische Richtung wird hier nicht vertreten.'" (10. 9., S. 1)

Diese beiden Kategorien machen zusammen jenen Teil der Stellungnahmen aus, die nicht *Bild*-eigener Kommentar sind.

Zu f) *Bild-Stellungnahme.* Hier wurde als Definition eingesetzt: Alle Stellungnahmen (ob von Boenisch oder — nicht genauer bestimmt — der *Bild*-Redaktion), die von der Zeitung abgegeben wurden.

Beispiel: „Beseitigt Lohnungerechtigkeiten, aber beugt euch nicht dem Druck der ungesetzlichen wilden Streiks! Laßt euch von der Gewerkschaft nicht anstecken und widersteht den Versuchungen, im öffentlichen Dienst Stimmen zu fangen. Wer unsere Währung, unseren Wohlstand und unsere Sicherheit in Gefahr bringt, verliert die Wahl." (23. 9., S. 1)

12) Zunächst sollte eine Unterscheidung zwischen Stellungnahmen von „bekannten" und „unbekannten" Personen getroffen werden, allerdings wäre eine Unterscheidung dieser Art nicht intersubjektiv überprüfbar. (Vgl. auch dazu die Berelsonsche Forderung nach Objektivität der Kategorien, in: Silbermann, Handbuch der empirischen Sozialforschung, a.a.O., S. 571.)

Soeben erschienen

Die Septemberstreiks 1969

Darstellung, Analyse, Dokumente der Streiks in der Stahlindustrie, im Bergbau, in der metallverarbeitenden Industrie und anderen Wirtschaftsbereichen. Hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) Frankfurt/Main.
408 Seiten, glanzkartoniert, DM 11,80

„Dieser erfreulich übersichtlich geordnete Band hat einen Vorteil: Die Ausgangsposition ist von der Arbeiterlage her bestimmt.
Die vorliegende Studie ist ein modernes Geschichtsbuch, ein Lehrstück über die Ursachen und die Formen sozialer Konflikte, ein spannend zu lesendes Nachschlagewerk mit Hinweisen für Gewerkschafter, Arbeitnehmer, Unternehmensführer. Vor allem aber für Lehrer. Im politischen Unterricht sollte diese Streikdarstellung, ihres exemplarischen Charakters und ihrer didaktischen Inhalte wegen, zukünftig nicht fehlen." Die Zeit

Pahl-Rugenstein

Schwierigkeiten gab es bei der Aufschlüsselung der Stellungnahmen nicht, da die Kategorien leicht voneinander zu trennen waren.

3) Da, wie schon erwähnt, die einzelnen Darstellungsformen niemals unvermischt auftraten, mußte satzweise ausgezählt werden. Auf eine noch kleinere Einheit hinunterzugehen, erschien nicht sinnvoll.

Zum Ergebnis:

Kategorie	absolut [13])	in %
aktuelle Information (a)	174	31,4
Rand-Information (b)	32	5,6
Hintergrund-Information (c)	27	4,7
genannte Stellungnahmen (d)	169	29,6
ungenannte Stellungnahmen (e)	26	4,5
Bild-Stellungnahmen (f)	138	24,2
	571	100

Bei der Interpretation der Ergebnisse wird man verschiedene Dinge zu beachten haben: Zum ersten sind diese relativen Zahlen im Bezugsrahmen zu sehen, der im vorigen Abschnitt gesetzt wurde, d. h. konkret: Die gesamten Berichte über die Streiks machen nicht mehr als 2,5 % der *Bild*-Zeitung aus; zum zweiten können diese relativen Zahlen zwar Grundlagen für Hypothesen sein, diese Hypothesen aber nur anhand eines größeren Konzeptes über die Funktionen einer Massenzeitung verdeutlicht werden [14]); zum dritten bedürfen diese quantitativen Ergebnisse einer qualitativen Untermauerung.

Zu a) *aktuelle Information* (31,4 %). Geht man davon aus, daß auch eine Massenzeitung wie die *Bild*-Zeitung die Funktion der Information hat, so erscheint ein knappes Drittel aktueller Information insgesamt gesehen zu wenig. Zwar sind die 31,4 % der höchste Einzelposten, aber im Verhältnis zu den Stellungnahmen erscheint diese Summe relativ gering. Zur qualitativen Untermauerung dieser Hypothese wurde ein Artikel, der nur aktuelle Information enthält, ausgewählt [15]):
„Wilde Streiks machen Schule. Duisburg, 5. September. Der Erfolg des ‚wilden Streiks' bei den Hoesch-Werken in Dortmund (Stundenlohn um 30 Pfennig erhöht), hat Nachahmer gefunden: Gestern traten 1100 Arbeiter eines Nebenbetriebes der Rheinstahl Hüttenwerke in Duisburg in den Streik. Sie fordern ebenfalls 30 Pfennig pro Stunde mehr. Ihnen folgten Arbeiter der Neunkirchner Eisenwerke." (5. 9., S. 8)

Es handelt sich bei diesem Artikel um die gesamte Berichterstattung über die Streiks der Arbeiter an diesem Tag. Natürlich kann es jetzt nicht darum gehen festzustellen, was die *Bild*-Zeitung alles hätte berichten können [16]). Nur eines kann man an diesem Artikel aufzeigen: wie gering der Informationsgehalt dieser drei Sätze ist. An sich hätte die *Bild*-Zeitung sich diesen Artikel auch sparen können.

Zu b) *Rand-Information* (5,6 %). Entgegen den Vermutungen des Verfassers, die sich auf Äußerungen verschiedener *Bild*-Kritiker stützten, ist diese Zahl ziemlich gering. Wenn Holzer z. B. von der immer wiederkehrenden „Personalisierung" und der „Intimisierung öffentlicher Angelegenheiten" spricht [17]), so mag das

13) In Sätzen gezählt.
14) Ein derartiges Konzept müßte, ausgehend von den ökonomischen Bedingungen der Leserschaft, ihren objektiven Interessen und Bedürfnissen, eine Darstellung einer schichtenspezifischen Presse bringen.
15) Diese Auswahl, auch die der folgenden Zitate, geschah willkürlich, läßt sich aber durch die vorausgegangene quantitative Erhebung stützen.
16) Die Möglichkeit dazu böte das Material, das die o. a. Arbeit des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (Die September-Streiks 1969, Frankfurt 1969) vorlegt, besonders die Seiten 54 ff. und 67 ff.
17) Horst Holzer, Massenkommunikation und Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, Struktur und Wandel der Gesellschaft 7, Opladen 1969, S. 39 f.

vielleicht für die gesamte Zeitung in ihrem Konzept zutreffen, hier jedoch kann man dieses Faktum nicht verifizieren. Ein Beispiel für die These Holzers läßt sich allerdings auch in diesem Material auffinden:

„Im Gegensatz zu manchen Befürchtungen war die letzte Kabinettssitzung vor der Wahl die friedlichste Sitzung der letzten Zeit. Kanzler Kiesinger überblickte prüfend die Ministerrunde und stellte dann fest: ‚Die Damen und Herren sehen frisch und munter aus.' Gesundheitsministerin Strobel antwortete fachmännisch: ‚Sie sind im Gesicht auch etwas voller geworden.' Der Kanzler hob den Zeigefinger: ‚Obwohl ich kaum gegessen habe. Wahrscheinlich habe ich im Wahlkampf zuviel Bier getrunken.' SPD-Minister Wehner schlug vor: ‚Nach dem Wahlkampf werden wir alle Moorbäder nehmen.' CSU-Postminister Dollinger konnte sich die Frage nicht verkneifen: ‚Weil man dann schwarz wird?' Wehner knurrte zurück: ‚Nein, weil es gesund ist.' Nach diesem Wortgeplänkel nahm das Kabinett seine Beratungen auf." (24. 9., S. 2)

Zu c) *Hintergrund-Information* (4,7 %). Um zu zeigen, wie wenig dem Leser insgesamt an Hintergrund-Information geboten wird, sollen alle in diese Rubrik eingegangenen Themen aufgeführt werden:

„1968 war mit 41,2 Millionen Tonnen Rohstahl-Erzeugung ein Rekordjahr . . ." (6. 9., S. 1) „Sie (die Arbeiter, d. V.) haben recht, wenn sie für ihre Schufterei im Stahlrekordjahr 1969 ihren Anteil haben wollen . . . Die Stahlkocher wissen nämlich, daß mit Millioneninvestitionen ihre Hochöfen erneuert werden mußten oder wie in Schalke noch erneuert werden müssen. Deshalb sind die Stahlwerke froh, wenn sie endlich wieder einmal ordentlich verdienen." (9. 9., S. 1) „Hintergrund der hohen Forderungen der Metall-Gewerkschaft: die ungewöhnlich gute Stahlkonjunktur." (12. 9., S. 1)

Das sind die gesamten Hintergrund-Informationen zu den Arbeiter-Streiks. Wiederum kann man nicht sagen, warum bringt die *Bild*-Zeitung nicht auch die anderen, unter Umständen wichtigeren Gründe, die zu den Streiks geführt haben, ohne auf die Funktion dieser spärlichen Darstellung von Zusammenhängen hinweisen zu müssen: Einer Leserschaft, die zu 58 % aus Facharbeitern und Arbeitern besteht, wären diese Informationen Aufklärung. Und das will die *Bild*-Zeitung vermeiden. Stattdessen wird eine Scheinaufklärung betrieben, auf farbigem Untergrund Kommentare, die zu nichts anderem nützen als der Abwiegelung gerechtfertigter Argumente. So steht tatsächlich die Frage: „Ist der Unmut der Stahlarbeiter berechtigt?" in einem dieser Kommentare (6. 9.,S. 1), doch beantwortet wird diese Frage nicht.

Wenn allerdings plötzlich am 25. September auf einmal 22 % „Hintergrund-Information" in einer Ausgabe erscheinen (übrigens die einzige zu den Angestellten-Streiks), dann wird man sich fragen, wie kommt das? Unter der Überschrift: „Kampf um die Milliarden, die gar nicht da sind. So wird aus 100 Mark eine Lawine gegen den Wert der Mark", erscheint ein Artikel, der dem Leser vorrechnet, wieviel die Lohnerhöhung im ÖTV-Bereich den Staat angeblich kosten würde: „. . . . eine einprozentige Erhöhung der Gesamtbezüge im öffentlichen Dienst würde täglich zwei Millionen Mark kosten, im Monat 60 Millionen Mark, im Jahr 720 Millionen Mark. Eine Erhöhung um rund 15 % würde sich bei etwa 8 Milliarden Mark einpendeln. Diese Milliarden sind nicht vorhanden. Was in die Tasche von mehr als 5 Millionen Bundesbürgern (Arbeitern, Angestellten, Beamte und Soldaten) wandert, schlägt sich unmittelbar auf die Konjunktur und damit auf den Geldwert um. . ." (25. 9., S. 2)

Wie die *Bild*-Zeitung zu dieser horrenden Rechnung kommt, ist unklar. Zu diesem Zeitpunkt geht es um 1,3 Millionen Angestellte, die sich allerdings auf

Bund, Länder und Gemeinden verteilen. D. h., diese Rechnung ist absurd. Bundeswirtschaftsminister Schiller sprach von „360 Millionen Mark für das laufende Rechnungsjahr", die seiner immerhin nicht unmaßgeblichen Ansicht nach „leicht verkraftet werden könnten" [18]).

Die Funktion jedenfalls ist deutlich: Es geht darum, mit falschen Zahlen allerdings, den Lesern vorzurechnen, daß die Streikenden Unmögliches verlangen, daß sie im Unrecht sind.

„Die Zeitung gaukelt dem Leser eine Totalität vor . . ." [19]), schreibt Holzer 1962. Anders drückt es Erich Kuby aus: „Von der Wirklichkeit teilt *Bild* gerade so viel mit, daß der Leser noch den Eindruck hat, er nehme am Weltgeschehen teil, ohne es tatsächlich zu tun" [20]).

Der Leser, bewußt im unklaren gelassen, kann nicht anders, als auf die *Bild*-Zeitung zu vertrauen.

Zu d) *genannte Stellungnahmen* (29,6 %). Fast so hoch wie der Anteil der aktuellen Information ist der der genannten Stellungnahmen. Man kann die Gruppe der Stellungnehmenden einteilen: einerseits namhafte Persönlichkeiten, Autoritäten: Schiller, Strauß, Kiesinger, Benda und ÖTV-Chef Kluncker, auf der anderen Seite *Bild*-Leser, quasi als Antipoden, die stellvertretend für die Leserschaft, und natürlich auch repräsentativ gemeint, ihre Meinung sagen. Auf die Leserbriefe wird am Ende dieses Abschnittes in einem Exkurs eingegangen. Interessant in diesem Zusammenhang ist die Verteilung der Stellungnahmen für oder gegen die sogenannten wilden Streiks: pro „wilde Streiks": 9 %; contra „wilde Streiks": 67 %; neutral gegenüber „wilden Streiks": 24 %.

Die Verteilung ist ziemlich eindeutig. Mit dem Mittel der genannten Stellungnahmen wird Beeinflussung ausgeübt.

Zu e) *ungenannte Stellungnahmen* (4,5 %). Auch für diese Kategorie wurde eine Auszählung der Stellungnahmen durchgeführt: pro „wilde Streiks": 34 %; contra „wilde Streiks": 42 %; neutral gegenüber „wilden Streiks": 26 %.

Allerdings müssen diese Ergebnisse in der richtigen Bewertung eingesetzt werden. Schließlich sind es insgesamt nur 4,5 % des gesamten Textes über die Streiks [21]).

Zu f) *Bild-Stellungnahmen* (24,2 %). Bei dieser Kategorie zeigt sich ein noch eindeutigeres Bild: pro „wilde Streiks": 3 %, contra „wilde Streiks": 78 %; neutral gegenüber „wilden Streiks": 19 %.

Die *Bild*-Zeitung sagt unverhohlen ihre Meinung; in kaum einer Passage kommentierender Art ist sie um Objektivität bemüht [22]).

Setzt man alle drei Kategorien, nach pro, contra und neutral, in der richtigen Bewertung ein, so kommt man definitiv zu folgendem Ergebnis: pro „wilde Streiks": 8,7 %; contra „wilde Streiks": 69,2 %; neutral gegenüber „wilden Streiks": 22,7 %.

Auch hier spricht die Auswertung für sich. Eine Anmerkung zur zeitlichen Verteilung der Stellungnahmen in ihrer Wertung: Die meisten Pro-Argumente finden sich zu Anfang der Berichterstattung, gegen Ende sind es fast ausschließlich Argumente gegen die Streiks.

---

18) Vgl. Der Spiegel, Nr. 39, S. 100, und Der Spiegel, Nr. 40, S. 36.
19) Horst Holzer, Wir wollen Bild, in: Diskus, Mai 1962, S. 3.
20) Erich Kuby, Das ist des Deutschen Vaterland, Stuttgart 1967, S. 254.
21) Außerdem kann man die Wertigkeiten einer genannten und einer ungenannten Stellungnahme in ihrer funktionalen Bedeutung unterscheiden: eine genannte Stellungnahme, ob sie von einer „Autorität" oder einem Leser kommt, mit dem man sich identifizieren kann, hat eine höhere Valenz.
22) Auf eine qualitative Untermauerung wurde bei diesen Kategorien verzichtet, da sie sich mit der folgenden Argumentationsanalyse überschneidet.

IV

Exkurs: Briefe an die Bild-Zeitung (Zur Leserbriefspalte vom 26. 9. 1969)

Hanns Braun nennt in einem Aufsatz [23]) Gründe für eine Leserbriefspalte: „... die zusätzliche (erweiterte und verbesserte) Information, die Bekräftigung der Haltung oder Meinung des Blattes durch zustimmende Äußerungen aus der Leserschaft, der Abdruck einer Zuschrift von politisch oder fachlich prominenter Seite, deren Prestige dem Blatte zugute kommt ...[24]). ... Leser-Kreis-Bildung ... Zugehörigkeitsgefühl ...[25]). Der Wunsch, diesen Verlust (des Geborgenheitsgefühls, d. V.) zu ersetzen, begünstigt alles Kommunikative: auch das anonymdistante, keine persönlichen Opfer auferlegende Kommunikationssystem der Zeitung wird so zu einer Art Ersatz"[26]). Diese Feststellungen sind bestimmt nicht vollständig, können aber zunächst einmal als Einstieg dienen.

Bei der hier zu untersuchenden Leserbriefspalte, übrigens der einzigen zu den Streiks überhaupt, fällt zunächst die Überschrift auf: „Es geht um die Mark" (26. 9., S. 3); erst im Untertitel heißt es: „Das meinen *Bild*-Leser zum Thema ‚wilde Streiks'". Liest man dann den Vorspann, so merkt man, daß hier eine Verdrehung des Themas stattgefunden hat: „Wollen wir unsere harte Mark weichstreiken? Das fragte *Bild*-Chefredakteur Peter Boenisch. Er forderte Lohngerechtigkeit, warnte aber davor, die Mark zu ruinieren. Dazu schreiben die Leser". (26. 9., S. 3)

Und tatsächlich: In den zwölf dann folgenden Leserbriefen wird nur indirekt vom Streik gesprochen, das Wort „wilder Streik" kommt überhaupt nicht vor. Die Briefe gehen alle auf den Kommentar von Boenisch ein, einen Kommentar, der davon ablenkte, daß im ÖTV-Bereich Streiks stattfanden, der im wesentlichen auf die zu erhaltende Stabilität der Währung ablenkte. Es wird also unter dem oben zitierten Untertitel suggeriert, die Leser seien sich über die Stellung zu den „wilden Streiks" einig, interessant sei nur noch das wichtigere Thema „Die harte deutsche Mark".

Zu der von Braun gemachten Äußerung „Bekräftigung der Haltung oder Meinung des Blattes" ein paar Beispiele: „Herr Boenisch hat recht! So recht, wie noch nie jemand gehabt hat. H. Peters, Vors. d. Handelsvertreter, Hamburg." „Mein Mann und ich danken Ihnen für Ihren mahnenden Artikel. Anne Stahr, Hamburg." „Ich bin Arbeiter bei der Deutschen Bundesbahn. Mein Verdienst ist auch nicht gerade rosig — trotzdem bin ich der Meinung von Herrn Boenisch. Werner Heese, Wanne-Eickel." „Ein Bravo zu Ihren Zeilen. Dies sagt Ihnen ein Arbeitnehmer, dessen Frau als Angestellte im öffentlichen Dienst tätig ist. Alfons Seghers, Berlin." (Alle 26. 9., S. 3)

Das sind keine Auszüge aus Leserbriefen, sondern vier der insgesamt zwölf abgedruckten Leser-Äußerungen.

Kritisch gegenüber Boenisch äußern sich zwei Leserbriefe. Natürlich kann man nicht nachprüfen, wieviel insgesamt bei der Zeitung eingegangen sind. Es werden jedenfalls nur zwei abgedruckt: „Es geht in unserem Rechtsstaat nicht darum, was Bund, Länder und Gemeinden zahlen können, sondern darum, was uns zusteht! Die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst sind nicht länger gewillt, als Fürsorgeempfänger von den Abfällen zu leben, die vom Tisch der Reichen fallen! Manfred Lukas, Verw.-Ang., Worms." „Ich frage Sie: Warum haben die von der CDU/CSU regierten Bundesländer keine Verhandlungen mit den Gewerk-

[23]) Hanns Braun, Der Leserbrief im Lichte zeitungswissenschaftlicher Theorie, in: Festschrift für Emil Dovifat, Bremen 1960, S. 10—20.
[24]) Ebenda, S. 12.
[25]) Ebenda, S. 12.
[26]) Ebenda, S. 14.

schaften aufgenommen? Es ist unfair, jetzt der SPD den Schwarzen Peter zuschieben zu wollen. Horst Haß (21), Hamburg." (Alle 26. 9., S. 3)

Diese beiden Zuschriften dienen zur Image-Pflege; mit ihrer system-immanenten Teilkritik sollen sie dafür sorgen, daß nicht nur positive Stellungnahmen gegenüber Boenischs Kommentar erscheinen. Was wird denn kritisiert? Einmal der Staat, der nicht rechtzeitig reagiert hat, der die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst vernachlässigt. Also nur indirekt eine Kritik an Boenisch. Zum anderen Boenischs Kritik an der SPD, die sich mit den Gewerkschaften hinter die Lohnforderungen stellte. Damit bleibt also nur e i n „kritischer" Leserbrief übrig.

Der Rest bringt mehr oder weniger eine Wiederholung des Boenisch-Kommentars; es geht darum, daß man nach der Wahl und „ohne Druck" (der Streiks) in Ruhe über die Lohnerhöhungen sprechen solle, und es geht darum, daß die Forderungen in Zeiten einer Hochkonjunktur in gewissem Rahmen berechtigt seien. (Boenisch forderte Lohngerechtigkeit!). Als letzter Brief findet sich eine fast wortgetreue Wiederholung einer Frage Boenischs: „Ich frage Herrn Kluncker, ob er mit seinen Forderungen von rund sieben Milliarden DM den 20jährigen Aufbau unserer Wirtschaft kaputtmachen will? Doris Gebauer, Wasserburg." (26. 9., S. 3).

Heribert Adam schreibt in seiner Darstellung „Der *Bild*-Leser" [27]: „Verschiedene simple Techniken der Lesermanipulation werden offensichtlich erfolgreich benutzt, um die Diskrepanz zwischen Zeitungs- und Konsumenteninteressen zu vertuschen. Die Leserbrief-Politik der Zeitung figuriert hierbei an erster Stelle. Durch den Abdruck gelegentlicher kritischer Briefe wird der Eindruck erweckt, ‚öffentliche Meinung' könne sich ohne Beeinflussung durch die Redaktion frei entfalten. In Wirklichkeit kann die Redaktion die angeblich freie Diskussion jederzeit steuern: 1. durch die Auswahl der Briefe, 2. durch Anordnung und Druckart der Leseräußerungen, 3. durch die Eigenfabrikation oder Bestellung der erwünschten Stellungnahmen" [28]).

Relevant scheint hier nur der erste Punkt zu sein; daß sechs der zwölf Briefe etwas fetter gedruckt sind, macht keinen Unterschied für die Argumentation aus, ebenso nicht die Tatsache, ob die Briefe von der Redaktion geschrieben oder eventuell bestellt worden sind. Es würde den Zynismus der *Bild*-Zeitung nur noch stärker entlarven. Aber es reicht auch so.

Diese Leserbrief-Spalte schließt die gesamte Berichterstattung über die September-Streiks ab. Der Leser hat gesprochen, und zwar haben zwölf Leser für alle gesprochen, ihre fast uniforme Meinung kundgetan, die übrigen sind's zufrieden. Eines kann man festhalten: Hier haben Leser gesprochen, die die Argumentation der *Bild*-Zeitung gründlich rezipiert haben [29]).

V

Quantitativ-qualitative Analyse der Argumentation „für" oder „gegen" die Streiks

1) Die nun folgende mehr inhaltliche Analyse der Argumentation in bezug auf die September-Streiks soll zunächst durch eine quantitative Feststellung, wie häufig werden welche Argumente vorgetragen, den Rahmen geben für eine qualitative Auseinandersetzung mit den der *Bild*-Zeitung wichtigsten Argumenten, besonders in ihrer funktionalen Bedeutung.

---

27) Heribert Adam, Der Bild-Leser, in: Das Argument, Nr. 48, 10. Jahrgang, Berlin, Oktober 1968, S. 328—334.
28) Ebenda, S. 330.
29) Vielleicht kann man bei der Berichterstattung über die September-Streiks, wie auch bei anderen politischen Themen, von „Kampagnen" (im Sinne der Darstellung Hans-Dieter Müllers, Der Springer-Konzern . . ., 1968) sprechen. Denn es kommt, wie verschiedentlich ausgeführt, weniger auf die objektive Darstellung des Geschehens an als auf das, was die Bild-Zeitung kampagnemäßig daraus macht.

2) Auf einen Unterschied zwischen genannter, ungenannter und *Bild*-Stellungnahme konnte hierbei verzichtet werden, da es darum ging, aus diesen Stellungnahmen die Argumente pro oder contra „wilde Streiks" herauszuziehen, d. h., es wurde nicht jeder stellungnehmende Kommentar oder jede emotionale Wortkombination in dieses Material mit hereingenommen. Auf eine Bewertung im Sinne der Betonung (evtl. Punktbewertung für sprachliche Betonung) wurde verzichtet, zu jedem Argument wurde die entsprechende Ausdehnung (d. h. Anzahl der Sätze) ausgerechnet und eine Rangfolge der einzelnen Argumente aufgestellt:

Pro-Argumente	Gesamt		Arbeiter-Streiks		Angestellten-Streiks	
	Anzahl	Rangpl.	Anzahl	Rangpl.	Anzahl	Rangpl.
„Forderungen erfüllt" [30])	11	1	9	1	2	1
„Anteil am Gewinn"	7	2	5	2	2	1
„Forderungen berechtigt"	1	3	1	3	—	—

Soweit die Argumente für die „wilden Streiks". Als erste Feststellung: Keines dieser Argumente wird inhaltlich gefüllt, d. h. mit Fakten begründet.

Beispiele zu „Forderungen erfüllt": „Wilder Streik hatte Erfolg" (4. 9., S. 10); „Die Stahlarbeiter ... (haben, d. V.) ihre Konzerne erfolgreich zur Kasse gebeten" (6. 9., S. 1); „Die Kumpel stehen nun wieder in der Spitzengruppe der industriellen Lohnempfänger". (11. 9., S. 1)

Trotz der Bedenken, dieses letzte Argument zu den pro-Argumenten zu rechnen (vgl. Fußnote 30), ist gerade die Tatsache erwähnenswert, daß, obwohl im ÖTV-Bereich auf kommunaler Ebene durch die „wilden Streiks" ein Erfolg schon vor den Wahlen erzielt wurde, das nur an zwei Stellen erwähnt wird. (Unter der Überschrift „Minister Benda bedauert den Alleingang der Städte" erscheint am 26. September, unter deutlicher Wertung der *Bild*-Zeitung, die Tatsache, daß die kommunalen Arbeitgeber die Forderungen der Gewerkschaft erfüllt haben.)

Beispiele zu „Anteil am Gewinn": „Sie haben recht, wenn sie für ihre Schufterei im Stahlrekordjahr 1969 ihren Anteil haben wollen." „Nur müssen sie (die Unternehmer, d. V.) eben auch ihre manchmal bei 70 Grad Hitze ackernden Arbeiter mitverdienen lassen." (Alle 9. 9., S. 1)

Dieses Argument überschneidet sich zwar mit dem folgenden, indem die Forderungen als berechtigt gekennzeichnet werden, aber es sollte dennoch getrennt aufgeführt werden, da es die Mentalität der *Bild*-Zeitung deutlich macht. Es geht um einen „Anteil am Gewinn"; wieviel das ist oder sein sollte, wird nicht expliziert. Bevorrechtigt sind die Unternehmerprofite, erst dann soll der Arbeiter „mitverdienen". (Obwohl dieses Argument also zu den pro-Argumenten gezählt wird, zeigt sich bei genauerer Betrachtung, mit welchen Einschränkungen man eine derartige Aufteilung vornehmen kann.) Wiederum ist interessant, daß zu den ÖTV-Streiks niemals etwas von „berechtigten Forderungen" oder „einem Anteil am Gewinn" die Rede ist. Es wird nur gesagt, daß die Angestellten mehr Lohn fordern, warum sie es tun, wird verschwiegen. Nur in Leserbriefen heißt es: „Es geht in unserem Rechtsstaat nicht darum, was Bund, Länder und Gemeinden zahlen können, sondern darum, was uns zusteht ...!" „Sie wollen nur endlich an der allgemeinen Aufwärtsentwicklung teilhaben." (Alle 26. 9., S. 3)

Sicher, Boenisch fordert auch Beseitigung der Lohnungerechtigkeiten, aber er läßt diese Lohnungerechtigkeiten nicht als Grund für „wilde Streiks" zu. Völlig

[30]) Hier handelt es sich um ein funktionales Argument: Wenn darüber berichtet wird, daß durch die „wilden" Streiks Forderungen erfüllt wurden, so ist das ein Argument für die „wilden" Streiks. Dennoch ist es problematisch, es in die pro-Argumente einzureihen.

abstrakt, nicht inhaltlich gefüllt, ist demnach auch die Feststellung, die nur einmal in der gesamten Berichterstattung zu finden ist: „... der saarländische Ministerpräsident Dr. Röder: ‚Eure Forderungen sind begründet. Wir stehen hinter Euch.'" (10. 9., S. 1)

Sieht man diese Feststellungen nun in Relation zu den Aussagen über den prozentualen Anteil der Stellungnahmen, zu der prozentualen Verteilung von pro und contra innerhalb dieser Stellungnahmen, so kann man zusammenfassend folgende Aussagen machen:

— Die *Bild*-Zeitung ist nicht bereit, in ihrer Berichterstattung die Argumente für die „wilden Streiks" aufzuführen [31]).

— Was sie an pro-Argumenten bringt, entlarvt sich einerseits durch die darin enthaltene Perspektive, wird auf der anderen Seite nur abstrakt angeführt.

— Es handelt sich, wie ja auch schon aus dem geringen Anteil an Hintergrund-Information hervorgeht, also keineswegs um eine Diskussion der Argumente, noch weniger um eine Analyse, so bescheiden diese sein mag, sondern ausschließlich um Meinungsmache.

Contra-Argumente	Gesamt		Arbeiter-Streiks		Angestellten-Streiks	
	Anzahl	Rangpl.	Anzahl	Rangpl.	Anzahl	Rangpl.
„Gefahr für den deutschen Export, die deutsche Mark"	28	1	7	3	21	2
„Streit in der Regierung"	23	2	—	—	23	1
„Gefahr für Stabilität"	20	3	—	—	20	3
„Gefahr für Unruhe"	20	3	4	5	16	5
„die Roten am Werk"	19	5	19	1	—	—
„kein Geld vorhanden für Lohnforderungen"	18	6	—	—	18	4
„Gefahr der steigenden Preise"	12	7	12	2	—	—
„wilde Streiks = nicht organisierte Streiks"	8	8	4	5	4	7
„Gefahr für öffentliche Versorgung"	8	8	—	—	8	6
„wilde Streiks sind unvernünftig"	6	10	3	7	3	8
„im wilden Streik kein Krankenschutz"	5	11	5	4	—	—
„niemand Interesse an wilden Streiks"	1	12	1	8	—	—
„wilde Streiks sind das falsche Mittel"	1	12	1	8	—	—
„wilde Streiks nützen niemand etwas"	1	12	1	8	—	—

Wie man sieht, eine krude Mischung aus irrationalen, emotional-wertgeladenen und rationalen Argumenten. Im Gegensatz zu den pro-Argumenten werden die contra-Argumente ausführlich, in manchen Fällen sogar inhaltlich begründet, besonders bei dem Argument, daß kein Geld für die Lohnforderungen vorhanden sei.

31) Es findet sich keinerlei Stellungnahme von seiten der Streikenden in der gesamten Berichterstattung der Bild-Zeitung. (Wenn es hieß: „ein Sprecher der Streikenden" (z. B. am 10. 9., S. 1), so ging es darum, klarzumachen, daß dieser Streik nicht „politisch" gemeint sei.)

3) Einige zusammenfassende Thesen:

— Wie aus der quantitativen Argumentationsanalyse hervorgeht, nehmen nationale Argumente, die handfeste ökonomische Implikationen in sich tragen, die ersten Positionen der Rangliste ein. Dabei sieht es zunächst so aus, als vertrete die *Bild*-Zeitung, als neutrale Instanz, das Interesse der Allgemeinheit, oder anders ausgedrückt: *Bild* behauptet, außerhalb der Klasseninteressen zu stehen, nur an der Erhaltung des Staates interessiert zu sein. Bei der qualitativen Betrachtung dieser Argumente erweist sich aber deutlich, daß ebendiese so „neutral" aussehenden Argumente, diese scheinbar nicht vorhandenen *Bild*-Interessen sich mit den Unternehmerinteressen decken.

— Bis auf das Argument, daß die Krankenversicherungen nicht bereit sind, für die sich im „wilden Streik" befindlichen Arbeiter Krankenschutz zu übernehmen (hier zeigt sich einmal mehr die Verbindung zwischen Institutionen, die sich für das Wohl der Arbeiter einsetzen, wie sie behaupten, und der Großindustrie), finden sich nur Schein-Argumente in der *Bild*-Argumentation. Das soll sagen: Hinter den meisten Argumenten steckt deutlich das Interesse an der baldigen Beendigung der „wilden Streiks" und der Wiederaufnahme der geregelten Arbeit.

— An kaum einer Stelle kann man in dieser Argumentation von einer Analyse sprechen, die zum besseren Verständnis der ökonomischen Situation beigetragen hätte: „Nicht von der Ökonomie ist in der *Bild*-Zeitung die Rede, sondern von ihren privaten Konsequenzen für den Leser. Darin drückt sich eine scheinhafte Identität der *Bild*-Zeitung mit den Interessen ihrer Leser aus . . ." [32]). Für diese Untersuchung kann man der SDS/KU-Analyse nur bedingt beipflichten, allerdings bezieht sich dieses Zitat auch auf frühere Streikberichterstattung. Bis auf zwei Argumente, nämlich das der „steigenden Preise" und das der „Gefahr für die öffentliche Versorgung", geht keines der contra-Argumente auf die privaten Konsequenzen der Ökonomie für den einzelnen *Bild*-Leser ein. Auch hier kann man die zynische Position der *Bild*-Zeitung ablesen: Ohne die geringsten Auflagenverluste zu erleiden, kann sie fast unverblümt die Interessen der Unternehmer vertreten.

„Die *Bild*-Zeitung wird von Streikenden verbrannt, weil sie den Streik überhaupt nicht erwähnt. Vereinzelt sagen streikende Arbeiter des Hoesch-Konzerns: ‚Da ist doch an unserem gesamten System etwas falsch, wenn so etwas möglich ist' " [33]). (Vereinzelt — gewiß, vereinzelt mag so etwas gesagt worden sein, ziemlich optimistisch schildert Schuster das Verbrennen der *Bild*-Zeitung, das kann aber kaum verallgemeinert werden.)

— Fast alle Argumente stecken voller Emotionen. Was immer wieder hervortritt, ist: die Angstmache. „Die (die Schlagzeile, d. V.) inszenieren als publizistische Realität jene Richtung der individuellen und kollektiven Psychodynamik, welche das Kapital zur Erhaltung seiner Machtposition braucht . . . Dabei bedienen sie sich einer Angst, die sie selbst mobilisieren, als emotionaler Legitimationsbasis, um im Namen der lohnabhängigen Massen sprechen zu können, wo sie doch massiv die bedrohten Kapitalinteressen vertreten" [34]).

---

32) SDS/KU-Analyse, Der Untergang der Bild-Zeitung, a.a.O., S. 128.
33) Schuster, Die September-Streiks . . ., a.a.O., S. 15.
34) Heymann, Springer-Presse, Streiks . . ., a.a.O., S. 162.

VI

Schichtenspezifische Manipulation

1) Zur Auswertung steht noch die Aufschlüsselung der contra-Argumente nach Arbeiter- und Angestellten-Streiks an. Hier soll versucht werden, einen Zusammenhang zwischen Argumentation und sozialer Schicht nachzuweisen, an dem man ablesen kann, wie Argumente eingesetzt werden, um die Leser an die ökonomischen Normen der kapitalistischen Gesellschaft anzupassen.

2) Zwei Untersuchungen gehen auf eine „schichtenspezifische oder gruppenspezifische Manipulation" in der Springer-Presse ein. Heiner Schäfer [35]) gibt als Ziel seiner Untersuchung an: „Im folgenden soll an wenigen Beispielen nachgewiesen werden, wie verschiedene Publikationen schichten- und gruppenspezifische Bewußtseinsformen für die Zwecke des Verlages und der Wirtschaft ausbeuten" [36]).

Dieser Rahmen scheint zu eng gesetzt, läßt sich aber im Hinblick auf einen kurzen Aufsatz innerhalb eines Sammelbandes rechtfertigen. Schwerwiegender dagegen ist der Einwand, daß sich Schäfer auf die Unterschicht beschränkt, da man gerade „gruppenspezifische Manipulation" eher komparativ untersuchen müßte, da sich erst da die Spezifika herausfinden lassen. Außerdem geht Schäfer nicht auf die Unterschiede in der Leserschaft der verschiedenen eZitungen ein. So ist die Unterscheidung z. B. für *„Die Welt"* (57 % obere soziale Schicht, 40 % mittlere und nur 3 % untere soziale Schicht) nicht sprechend genug, um schlüssig daraus ein Elitebewußtsein dieser Schichten abzuleiten [37]). Ebenso problematisch erscheint die Unterscheidung in *Bravo-* und *Twen*-Leser [38]). Dennoch ist dieser Ansatz verdienstvoll, da er eine differenzierte Sicht im Hinblick auf das Schlagwort „Manipulation" liefert. Schäfer kommt in seinem Aufsatz zu dem theoretischen Schluß: „Eine Wirtschaft, die nicht produziert, um die Bedürfnisse der Menschen allgemein zu befriedigen, sondern um des größtmöglichen Profits willen, deren Produkte deshalb zum großen Teil nicht einmal zur Bedürfnisbefriedigung geeignet sind, ist auf ein falsches Bewußtsein der Konsumenten und auch der Produzenten angewiesen. Sie kann eine manipulative Presse nicht entbehren. Und eine Presse, die auf dieselbe Weise wirtschaftet, muß sich in den Dienst der Wirtschaft stellen, von deren Geld sie abhängig ist" [39]).

Ebenso journalistisch-qualitativ, was in diesem Zusammenhang nicht wertend gemeint ist, sondern nur eine, allerdings leicht angreifbare, Untersuchungsmethode kennzeichnet, ist die Analyse von Reimut Reiche [40]). Nachdem er die Verschiedenartigkeit der sexuellen Situation der einzelnen sozialen Schichten herausgearbeitet hat [41]), versucht er auf eine „schichtenspezifische Funktion der Sexualaufklärung und Sexualmanipulation" abzuheben. „. . . diese Prozesse (der Scheinsexualisierung im „Blätterwald", d. V.) mit schichtenspezifisch unterschiedlich eingesetzten und sich oft scheinbar widersprechenden Mitteln in Gang gesetzt werden. Dabei folgt die Wahl der Mittel nicht nur dem Rezeptionsvermögen und der durchschnittlichen Intelligenz der jeweiligen Schicht, sondern auch dem spezifischen Zielterminus, wozu diese Schicht angepaßt werden soll" [42]).

Reiche kommt dann im folgenden zu einer komparativen Darstellung, anhand von Beispielen der Zeitschriften *Bravo, Twen, Eltern, Das Neue Blatt* und *Hör zu.*

35) Heiner Schäfer, Schichten- und gruppenspezifische Manipulation in der Massenpresse, in: Kapitalismus und Pressefreiheit, a.a.O., S. 61—81.
36) Ebenda, S. 64.
37) Ebenda, vgl. S. 73 f.
38) Ebenda, vgl. S. 77 ff.
39) Ebenda, S. 81.
40) Reimut Reiche, Sexualität und Klassenkampf, Probleme sozialistischer Politik 9, Frankfurt, 31969.
41) Ebenda, vgl. S. 50 ff.
42) Ebenda, S. 57.

Leider kann auch er nur auf die hauptsächliche Ausrichtung [43]) dieser Zeitschriften eingehen, so daß es zum Beispiel bei der Korrelation der sozialen Schicht mit dem ihr angebotenen Status-Ideal zu einigen Unklarheiten kommt. Dennoch erweist sich dieser komparative Ansatz als durchaus nützlich und für weitere Analysen brauchbar. Reiche kommt zu in diesem Zusammenhang interessanten Thesen. „... 2) Je tiefer die soziale Schicht ist, desto brutaler und offener werden die Methoden der sozialen Anpassung eingesetzt. Aber vor allem: desto rigider sind auch die Normen der sozialen und sexuellen Anpassung, die erreicht werden soll [44]). ... 4) Die schichtenspezifische Anpassung stellt einen manipulativen ‚sozialen Ausgleich' im Innern des gesellschaftlichen Gefüges her" [45]). Was durch schichtenspezifische Manipulation im wesentlichen geleistet werden soll, ist demnach eindeutig: Integration und Anpassung.

3) Bei der Berichterstattung über die September-Streiks bietet sich vom Ansatz der Analyse her ein Vergleich der Argumentation für zwei verschiedene soziale Schichten innerhalb einer Zeitung an.

Wie sieht die Rangfolge der Häufigkeit der einzelnen Argumente gegen die „wilden Streiks" für die Arbeiter aus [46]):

1) „die Roten am Werk"
2) „Gefahr der steigenden Preise"
3) „Gefahr für den deutschen Export, für die deutsche Mark"
4) „im wilden Streik kein Krankenschutz"
5) „Gefahr der Unruhe"
6) „wilde Streiks — nicht organisierte Streiks"

Und für die Angestellten:

1) „wilde Streiks verursachen Streit in der Regierung"
2) „Gefahr für den deutschen Export, für die deutsche Mark"
3) „Gefahr für die Stabilität"
4) „kein Geld für die Lohnforderungen vorhanden"
5) „Gefahr der Unruhe"
6) „Gefahr für öffentliche Versorgung"

Zweierlei ist bei der Diskussion dieser Rangfolgen zu beachten: einmal, daß gewisse Vorfälle, z. B. „Streit in der Regierung", zu Zeiten des einen Streiks häufiger vorkamen, zum anderen, daß gewisse Argumente, z. B. „kein Krankenschutz für die Streikenden", tatsächlich auf eine Gruppe bezogen sind. Aber wie steht es mit den anderen:

— *Einerseits* läßt sich aus der Rangfolge die Wichtigkeit für die Argumentation der *Bild*-Zeitung ablesen: der Einfluß der Kommunisten bedeutet für die *Bild*-Zeitung bei den Arbeitern die größte Gefahr, vor der sie ständig warnen muß, das Argument der steigenden Preise wiederum ist abgestellt auf die finanzielle Situation der arbeitenden Bevölkerung. Für die Angestellten, die an den Staat als ihren Arbeitgeber gebunden sind, tauchen auf den ersten beiden Stellen andere Argumente auf: der „Streit in der Regierung", aber besonders das Argument der „Gefahr für den deutschen Export" zeigt, auf welche Normen der kapitalistischen Gesellschaft diese Leser (29 % der Leserschaft sind Angestellte) festgelegt werden sollen. Gerade dadurch, daß diese beiden Argumente an der Spitze stehen, läßt sich nachweisen, wie man schichtspezifisch argumentiert.

---

43) Reimut Reiche, Sexualität und Klassenkampf, a.a.O., S. 67.
44) Ebenda, S. 58.
45) Ebenda, S. 68.
46) Vgl. die Tabelle auf S. XX.

— *Zum zweiten* läßt sich aus der Tatsache, daß einige Argumente nur in einer Gruppe auftauchen, ablesen, wie die *Bild*-Zeitung Argumente schichtspezifisch einsetzt. Obwohl während der Angestellten-Streiks linke Gruppen versuchten, Einfluß auf die Streikenden zu nehmen, erscheint dieses Argument überhaupt nicht in der Argumentation gegen die „wilden Streiks" dieser Berufsgruppe. Ein weiterer Beweis, und der ist handfester, das Argument der „steigenden Preise", wird ebenfalls nicht gebraucht für die Angestellten-Streiks. Umgekehrt werden die Argumente „Streit in der Regierung", obwohl es zu heftigen Angriffen der Opposition sowie auch der SPD gegenüber der CDU kam, und „Gefahr für die Stabilität" nicht während der Berichterstattung über die Arbeiter-Streiks gebraucht. Als Erklärungen bieten sich dazu an: Die *Bild*-Zeitung hat im Sinne der kapitalistischen Gesellschaft das Konzept der aufgeteilten Verantwortlichkeit zu verwirklichen, d. h., bestimmte soziale Gruppen werden verantwortlich gemacht für bestimmte ökonomische Entwicklungen. Es handelt sich hier eindeutig um eine Verschleierungsabsicht: Denn weder kann man die Arbeiter, die einen gerechteren Lohn verlangen, für die steigenden Preise verantwortlich machen, noch die Angestellten, die für einen Lohnausgleich streiken, für die wirtschaftliche Stabilität. Die Tatsache, daß die *Bild*-Zeitung nicht vor den Aktivitäten der Kommunisten während der Angestellten-Streiks warnt, läßt sich vielleicht so erklären: Diese vom Staat abhängigen Angestellten sind ihrer Stellung nach gegen Kommunisten gefeit, sie wissen dieses System zu schätzen, außerdem, und das dürfte wichtiger sein, haben sie vielleicht einen besseren Überblick über die momentan wirklichen Möglichkeiten und Folgen kommunistischer Tätigkeit und lassen das Argument „die Roten am Werk" nicht ohne weiteres gelten.

Zusammenfassend läßt sich sagen: An der Berichterstattung der *Bild*-Zeitung über die September-Streiks sieht man, daß schichtenspezifische Argumentation sogar innerhalb einer Zeitung zur Anwendung kommt, daß man also nicht darum bemüht ist, für die einzelnen Gruppen ihrer Interessenlage nach eine Diskussion der verschiedenen pro- und contra-Argumente durchzuführen, sondern sie mittels dieser schichtenspezifisch eingesetzten Argumentation gegen ihre Interessen anzupassen versucht.

VII

Exkurs: Strategie der Argumentation

Es wären noch viele Einzelbeobachtungen zur Streik-Berichterstattung zu nennen, doch soll der Gefahr entgangen werden, sie durch Überinterpretation und Hervorhebung zu verallgemeinern. Dazu wäre eine Untersuchung über die Streik-Berichterstattung in der *Bild*-Zeitung für einen größeren Zeitraum erforderlich, um dazu quantitativ einigermaßen gestützte Aussagen machen zu können. Auf eine dieser Einzelbeobachtunten soll dennoch kurz eingeganren werden: Die contra-Argumente, gerade die der vorderen Rangplätze, werden nicht gesammelt vorgetragen, sondern pro Tag wird mit einem dieser Argumente die Berichterstattung aufgemacht:

„wilde Streiks — nicht organisierte Streiks" (beginnt am 8. 9.)

„wilde Streiks sind unvernünftig" (beginnt am 9. 9.)

„die Roten am Werk" (beginnt zwar am 9. 9., ist aber am 10. 9. Hauptschlagzeile)

„Gefahr der steigenden Preise " (beginnt am 11. 9.)

„im wilden Streik kein Krankenschutz" (beginnt am 12. 9.).

Einerseits läßt sich aus dieser Beobachtung ableiten, wie die *Bild*-Zeitung die Argumentation zerstückelt, d. h. der Leser kann sich nur schwer aus diesen Einzelargumenten eine eigene Meinung bilden; andererseits sieht man, wie die einzelnen, wichtigen Argumente gegen die Streikenden zum Einsatz kommen.

VIII

Die Bild-Zeitung im Einsatz gegen die Interessen ihrer Leser (Zusammenfassende Thesen)

1) Diese Untersuchung hat gezeigt, daß es sich bei der Berichterstattung der *Bild*-Zeitung über die September-Streiks 1969 weder um Analyse, das zeigte der geringe Anteil an Hintergrund-Information, noch um Aufklärung, das zeigte der verhältnismäßig geringe Anteil an aktueller Information, handelte, sondern im wesentlichen um Stellungnahmen, Suggestionen etc. (s. u. 4).

2) Einerseits kann man feststellen, daß die inhaltliche Menge der Streik-Berichterstattung nicht besonders hoch ist, obwohl ein großer Prozentsatz der Leserschaft der *Bild*-Zeitung von den Streiks direkt oder zumindest indirekt betroffen war, andererseits aber auch, daß aus dem Unterschied zwischen dem Minimum innerhalb dieser Berichte (0,63 % am 8. September) [47] und dem Maximum (7,43 % am 23. September) ein ziemliches Mißverhältnis besteht. Dieses Faktum wird zwar auf die Ereignisse zurückzuführen sein, aber das nur bedingt. Sieht man sich nämlich an, wie die *Bild*-Zeitung in ihrer Berichterstattung verfährt (deutlich besonders daran, wann sie beginnt und wann der letzte Artikel erscheint), so kann man behaupten, daß schon bei den formalen Merkmalen (inhaltliche Menge, Aufmacher etc.) der Einsatz-Charakter der *Bild*-Berichte deutlich wird.

3) Die Untersuchung zum zeitlichen Verlauf erwies, wie die *Bild*-Zeitung in ihrer Manipulation verfährt. Die Stellungnahmen, und zwar nicht die *Bild*-Stellungnahmen, sondern die genannten, überwiegen zum Schluß der Berichterstattung deutlich. D. h., die *Bild*-Zeitung versucht auf der einen Seite, deutlich ihre Meinung auszudrücken, denn schließlich handelt es sich beim Abdruck der genannten Stellungnahmen auch um eine Auswahl der *Bild*-Zeitung, versucht aber selbst auch ihr Image als über den Klasseninteressen stehende Zeitung zu wahren.

4) Wie sich ergab, wurden die Argumente weniger zur Klärung benötigt als zur Verschleierung der aufgebrochenen Konflikte, zur Besänftigung der erregten Gemüter, zur Anpassung der Lesermeinung an die herrschende Meinung oder: die Meinung der Herrschenden.

5) Aus dem mehrfach nachgewiesenen Unterschied zwischen Arbeiter- und Angestelltensteiks, den die *Bild*-Zeitung macht, und dem Unterschied in der diesbezüglichen Argumentation läßt sich die These erhärten, daß die *Bild*-Zeitung schichtenspezifisch argumentiert, schichtenspezifische Manipulation betreibt. Hier ist der Einsatz-Charakter am deutlichsten nachzuweisen.

6) In der Situation des Konflikts zwischen Profitinteresse und Interessenvertretung, die „wilden Streiks" waren ein solcher Konflikt-Fall innerhalb der Berichterstattung der *Bild*-Zeitung, nimmt *Bild* eindeutig Stellung zugunsten der Unternehmerinteressen, zugunsten des eigenen Profitinteresses, auch zugunsten „nationaler" Interessen, sofern diese sich mit den ökonomischen decken. D. h. (faßt man die 58 % Arbeiter und 29 % Angestellte zusammen, dann ergeben sich 87 % der Leserschaft): die *Bild*-Zeitung ist offensichtlich in ihrer Manipulation dazu in der Lage, den meisten ihrer Leser einzureden, daß das Unternehmerinteresse eindeutig auch ihr Interesse ist — dies sogar zu Zeiten, wo die Arbeiter- und Angestellteninteressen sich artikulieren.

[47] Prozentzahlen der inhaltlichen Menge ohne Werbung angegeben.

Zur Kritik der „postindustriellen" Gesellschaft

Von Hermann Ley

Die bürgerlichen Ideologen schaffen von Fall zu Fall Konzeptionen, mit denen sie die im staatsmonopolistischen Kapitalismus auf die Spitze getriebenen Ausbeutungsverhältnisse aus dem Blickpunkt des öffentlichen Bewußtseins auszuschalten suchen und die bürgerliche Ideologie als herrschende zu festigen bemüht sind, um in ihren Ländern progressive Opposition zu desorientieren und zugleich den gleichen Effekt auf sozialistische Länder auszuüben.

Unter konvergenztheoretischen Aspekten schufen die bürgerlichen Theoretiker die „Industriegesellschaft". Inzwischen propagieren sie im Hinblick auf die technischen Prognosen des Jahres 2000 ein „nachindustrielles" Zeitalter — Zbigniew Brzezinski nennt es „technotronisches Zeitalter", Daniel Bell, der Vorsitzende der „Kommission für das Jahr 2000" der amerikanischen Wissenschaftsakademie prägte den Ausdruck „postindustrielle Gesellschaft" [1]). In erster Linie wendet sich diese neue Variante falscher Analyse der sozialökonomischen Formationen gegen das entscheidende Resultat Lenins, daß der Imperialismus das höchste und letzte Stadium des Kapitalismus ist, damit die Epoche des notwendigen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus begonnen hat. Da innerhalb der antikommunistischen Strömungen, von den rechtsbürgerlichen bis zu den verschiedenen revisionistischen Theoretikern soziologischer und philosophischer Schulen, die Grundstrukturen des historischen Materialismus dem klassenmäßigen Verdikt unterliegen, suchen sie vornehmlich die Sachverhalte der Basis-Überbau-Theorie aus ihren Untersuchungen auszuklammern. Das Verhältnis von materiellen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen sowie den Wissenschaften als ideelle Produktivkraft und zugehörig zu einer der wesentlichen Formen des Bewußtseins zur jeweiligen Struktur des Gesamtsystems erfährt dabei eine vollständige Deformation. Die entscheidende Entdeckung von Marx, daß nämlich sich innerhalb der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft voneinander abgegrenzte, aufeinanderfolgende, progressive Gesellschaftsformationen ausbilden und sich mit Notwendigkeit durchsetzen, weist die kapitalistischen Produktionsverhältnisse als historisch bedingte nach.

Bells Lehre von der nachindustriellen Gesellschaft versucht die verschiedenen spätbürgerlichen Varianten des letzten Vierteljahrhunderts zusammenzufassen, denen die Ablehnung einer notwendigen Veränderung der Produktionsverhältnisse gemeinsam ist. Im Gegensatz zu dem ausgesprochen entwicklungsfeindlichen philosophierenden Strukturalismus von Levi-Strauss, Foucault, Sebag und anderen wird allerdings im vorliegenden Fall auf Evolution bestanden. Für alle Nationen ist prognostiziert, sie hätten die gleiche Entwicklung nachzuvollziehen [2]). Bells Definition dieser postulierten, nachindustriellen Gesellschaft lautet folgendermaßen:

„Eine Industriegesellschaft widmet sich der Herstellung von Gütern, und in dieser Hinsicht sind Kapitalismus und Sozialismus zwei Varianten der industriellen

[1]) Das 198. Jahrzehnt. Eine Team-Prognose, hrsg. von Claus Grossner u a., Hamburg 1969; hierin: Daniel Bell, Die nachindustrielle Gesellschaft, S. 352.
[2]) Daniel Bell, Die nachindustrielle Gesellschaft, a.a.O., S. 352.

Gesellschaft, die sich nur hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse und der über Investitionen entscheidenden Zentren unterscheiden. Die nachindustrielle Gesellschaft hingegen organisiert sich um Wissen und Kenntnisse, und diese Tatsache führt zu neuen gesellschaftlichen Beziehungen und zu neuen Strukturen, die politisch organisiert werden müssen" [3]).

Konfrontiert sind Herstellung von Gütern und die Produktion von Wissen. Die menschliche Lebenstätigkeit ist nach Merkmalen auseinandergerissen, die Produktionsverhältnisse und Klassenstruktur bagatellisieren, den Unterschied von antagonistischen und nichtantagonistischen Bedingungen als sekundär deklarieren. Das konvergenztheoretische Konzept resultiert aus der unhistorischen Auffassung der Produktion, mit der sich Marx bereits im Anfang seiner ökonomischen Untersuchungen methodologisch auseinandersetzen mußte. Eine solche Kategorie wie Produktion ist weder dialektisch noch historisch, sondern metaphysisch aufgefaßt, wenn sie nicht mit ihren charakteristischen, bestimmenden Kriterien gekennzeichnet ist und die in ihr sich ausbildenden Beziehungen zwischen den Menschen berücksichtigt sind. Güter zu produzieren, trifft auf jede beliebige Gesellschaftsformation zu. Bell könnte neben dem Kapitalismus und Sozialismus alle früheren Ordnungen zusätzlich aufzählen. Sie unterschieden sich nur hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse, in denen im unterschiedlichen Umfange investiert wurde, wenn die Arbeitsproduktivität hoch genug war, was mit dem Beginn der Klassengesellschaften einsetzt und für das alte Sumer sich bereits nachweisen läßt. Die Arbeiterklasse, die mit dem Industriekapitalismus entstanden ist, interessiert in erster Linie, welche Produktionsverhältnisse vorhanden sind und welche Klasse herrscht, nachdem Marx und Lenin deren dialektische Entwicklung nachgewiesen haben. Bevor spätbürgerlichen Ideologen die Wissenschaften, Wissen und Kenntnisse zu einem ausgezeichneten Merkmal zu machen einfiel, entdeckte der Marxismus deren hervorragende Funktion, die sich als notwendige Eigentümlichkeit der Entfaltung der Produktivkräfte ausbilden müsse und eines der Momente darstellt, die die innere Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse aufdeckt.

Marx verwies auf den Zusammenhang zwischen Gesellschaftsformation Industrie und Wissenschaft in den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten", den „Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie" und dem „Kapital". Lenin erkannte ihre Funktion für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in dem von ihm entworfenen Modell der Sowjetgesellschaft und behandelte die betreffenden Gesichtspunkte in der „Rede an die Jugend", der „Großen Initiative" und den „Nächsten Aufgaben der Sowjetmacht". Die Notwendigkeit von Planung und Verwissenschaftlichung gesamtgesellschaftlicher Leitung einschließlich der Produktion ist erkannt als Konsequenz der Widersprüche zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, die durch die sozialistische Gesellschaft revolutionär aufgehoben werden und zugleich mit einem neuen Typus der Arbeitsproduktivität durch die politische Herrschaft der Arbeiterklasse Wissen und Kenntnis in das Profil des Menschen in der sozialistischen Gesellschaft integrieren. Auf dieser Grundlage besteht eine untrennbare Einheit zwischen sozialistischer Ordnung und wissenschaftlich-technischer Revolution, die als Produkt aus dem historisch entstandenen gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte hervorgehen. Sie stellen die historische Aufgabe, trotz der Einwände Marcuses und anderer kulturpessimistischer, zu Anarchismus neigender Ideologen, die Identität zwischen dem Charakter der Produktivkräfte und der Gesellschaftsordnung herzustellen.

---

3) Daniel Bell, Die nachindustrielle Gesellschaft, a.a.O., S. 353.

Die Theoretiker der nachindustriellen Gesellschaft sehen ausschließlich eine Entfaltung der Produktivkräfte und konfrontieren einige der jüngsten Zweige ihrer Disziplinen und Techniken mit der gesamten früheren Produktion sowie der Gesamtheit der je aufgetretenen Organisationsprinzipien. Vorausgeschickt sei, daß Daniel Bell zwar die realen antagonistischen Widersprüche des Imperialismus verschweigt, dafür aber auf einen anderen inneren scheinbaren Gegensatz zu sprechen kommt, mit dem er sich selbst gründlich abqualifiziert. Er verfällt als signifikantem Merkmal auf eine Neuauflage des Rassismus: „Die Expansion von brain-power dagegen stößt auf Schranken — teils wegen der genetischen Verteilung der Talente, teils wegen kultureller Nachteile. Es ist schwer, Begabungen aufzuspüren und mit ihnen richtig hauszuhalten. Es setzt Hingabe voraus, angemessene Beratung und Lenkung, den richtigen Studienplan und dergleichen. Der Zeit-Zyklus solcher Planung unterscheidet sich grundlegend von dem, was man braucht, um Geldkapital zu schaffen" [4]). In einer verfehlten Interpretation genetischer Sachverhalte wird die Ausdehnung der Bildung in der Bevölkerung zu einem Mangel an Vererbungsmaterial in Beziehung gesetzt, der gesellschaftliche Erscheinungen ausschließlich biologisch interpretiert. Vernachlässigt ist dabei:

— der gesellschaftliche Charakter von Bildung und Erziehung;

— das Vordringen der Rolle des Kollektivs in Forschung und Entwicklung;

— die im kapitalistischen Bildungsmonopol liegenden Nachteile, die Bell als kulturelle Nachteile beschönigt und konvergenztheoretisch als bloße Schwierigkeit verallgemeinern will;

— die zentrale Funktion der Menschenbildung im Sozialismus, die sich erst nach dem Beseitigen antagonistischer Klassenverhältnisse durchsetzen läßt;

— die biologische Tatsache, daß populationsgenetisch das Beseitigen von Klassenschranken des Kapitalismus ein größeres Reservoir von Menschen, nämlich die gesamte Potenz eines Volkes, der Bildung zuführt und die auch vom Genetischen her bedingte Einstellungsfähigkeit maximal ausnützt [5]).

Benötigt wissenschaftlich-technische Revolution hohes Niveau der Bildung der gesamten Bevölkerung und hohe Einzelleistung, dann ist damit ausgesprochen, wie fundamental innerhalb des Gesamtsystems der entwickelten sozialistischen Gesellschaft die Ökonomie als dessen Kernstück mit dem Teilsystem Bildung und Erziehung verbunden ist.

Bell transponiert die Widersprüche des Imperialismus also in die Zukunft seiner nachindustriellen Gesellschaft und macht bereits zuvor die menschliche und biologische Natur mindestens zu 50 Prozent für künftige Widersprüche verantwortlich, um vorbeugend die Funktion gesellschaftlicher Beziehungen einzuengen oder auszuschalten.

Damit bleibt Bell eingeschränkt und einseitig auf einem anderen Gebiet, das er als vordergründig bezeichnet. Es ist das ein Wandel im Charakter des Wissens, dem er alle künftigen Ereignisse gesellschaftlicher Entfaltung nicht minder mechanistisch anzulasten sucht [6]). Als Resultat hat Bell nicht mehr zu bieten als die

---

4) Daniel Bell, Die nachindustrielle Gesellschaft, a.a.O., S. 355.

5) Vgl. von der biologischen Seite her G. Strass/H. Leetz, Zum Selektionsvorteil der Heteroallelie und einige Fragen der Säuglingssterblichkeit, in: Zeitschrift für ärztliche Fortbildung (63), Berlin, 20/1969. Hier heißt es u. a. „Die Erhaltung eines hohen Grades angeborener Verschiedenheit hat biologisch — und aus der Phylogenese überkommen also auch noch beim Menschen — den Sinn, Anpassungsfähigkeit zu garantieren".

6) „Entscheidend werden nun das theoretische Wissen, der Primat der Theorie über die Empirie und die Kodifizierung des Wissens in abstrakten Symbolsystemen, die mannigfaltig nützen und klären können. Jede moderne Gesellschaft lebt jetzt von Innovation und Wachstum, die wiederum die Gesellschaft zu Planung und Voraussage zwingt. Theoretisches Wissen ist zur Matrix der Innovation geworden." Daniel Bell, Die nachindustrielle Gesellschaft, a.a.O., S. 354.

keineswegs neue Entdeckung (eben keine Innovation!), daß Planung und Prognose von der Gesellschaft benötigt werden. Anders als die Neopositivisten wie etwa Hans Albert, Karl Mannheim oder Karl Popper, bezweifelt er die Möglichkeit von Planung und Voraussage nicht. Dafür bietet er die von den Technokraten bereits früher vertretene Meinung, mit dem Vordringen der Wissenschaft verliere die Theorie von der Existenz einer Arbeiterklasse ihre Bedeutung, die Herrschaft gehe von den Universitätsstädten aus, die internationale, weltweite Gemeinschaft der Wissenschaften werde zu einer Grundlage einer neuen moralischen Ordnung und es kündige sich das Entstehen einer weitergespannten politischen Gemeinschaft an [7]). So ideal diese letztgenannte Vermutung klingt, so sehr geht sie an den Sachverhalten vorüber.

Verfängt sich Bell nicht in den erkenntnistheoretischen Finessen von Albert und Popper, so verwirrt er sich in den gesellschaftlichen Strukturelementen. Er gesteht zu, daß über die Ziele der Planung politische Entscheidungen zu treffen seien. Scheitert für den Positivisten die Möglichkeit von Voraussage an der Überbewertung undialektischer, mechanistischer Strukturen und dem darauf gegründeten Typus von Prognose, so scheitert Daniel Bell an einer ebenso mechanistischen Vorstellung der Beziehung von Wissenschaft und gesellschaftlicher Praxis. Innerhalb der bürgerlichen Ideologie verschiedenster Provenienz wird eine Theorie der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung abgelehnt, besonders seitdem von Marx und Lenin die Einheit von Gesellschaftsprognose und revolutionärer Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft nachgewiesen wurde. Das Zugeständnis von gesamtgesellschaftlichem Kontext müßte nämlich stets ein Beachten der Produktionsverhältnisse beinhalten — eben dies aber ist bei Bell nicht der Fall. Aus diesem Grund enthüllt sich die Lehre von der sogenannten nachindustriellen Gesellschaft als Verlegenheitsprodukt, das an einigen Momenten momentaner Wissenschaftsentwicklung anzuknüpfen sucht.

Ist bei Bell von „Wissenschaft" die Rede, so ist auf die Gesellschaftswissenschaften, die sich auf den gesamten historischen Prozeß beziehen, verzichtet. Der Marxismus hat auf dem Gebiet der Gesellschaft bereits vor dem Vordringen der Theorie in die Technik und die praktisch betriebene Ökonomie theoretisches Denken in die Klassenauseinandersetzung eingeführt. Unter dieser Voraussetzung erst entstand die Situation, daß der Kapitalismus mit den seiner Gesellschaftsformation fremden Methoden wie dem Versuch von Planung heute in einem auf allen Gebieten sich abspielenden Wettbewerb mit dem sozialistischen Gesellschaftssystem steht. Betont die spätbürgerliche Ideologievariante der nachindustriellen Gesellschaft, entgegen den kulturpessimistischen Dämonievorstellungen und den undialektisch-metaphysischen, optimistischen technokratischen Lehren den zwangsläufigen Prozeß einer Theoretisierung des bloßen Managements, zudem mit immanenten Widersprüchen, dann äußert sich darin ein relatives Eingeständnis der inneren Schwäche der bürgerlichen Gesellschaft. Von der Intelligenz wird erwartet, was die Volksmassen in immer höherem Grade nicht zugunsten des Monopolkapitals zu leisten bereit sind. Indessen beginnt gerade die fortschrittliche Intelligenz im revolutionären Prozeß eine immer bedeutendere Rolle zu spielen; sie reagiert immer heftiger auf ihre Erniedrigung und auf die Aussichtslosigkeit ihrer sozialen Lage.

Nach Marx bedeutet die Industrie als Produkt schnell sich steigernder Arbeitsproduktivität Extrovertierung der Wesenskräfte des Menschen. Lenin betont besonders nachdrücklich, daß zu Wissenschaft und Technik sowie zur Schaffung der Überlegenheit über das System des Kapitalismus die höhere Arbeitsorganisation

[7]) Daniel Bell, Die nachindustrielle Gesellschaft, a.a.O., S. 357.

gehört. Gemeinschaftsarbeit unter sozialistischen Bedingungen zu leisten, heißt Kollektive jener verschiedenen Disziplinen zu benutzen, die Gesellschafts- und Naturwissenschaften sowie technische Wissenschaften zu höchster Effektivität zusammenführen.

Für Daniel Bell ist die nachindustrielle Gesellschaft voller weiterer Schranken. Die postgradualen Studien bringen „psychologische" [8]) Belastungen. Als Resultat der wachstumsfördernden theoretischen und technischen Mittel sieht Bell weiter verschärfte Gleichgewichtsstörungen und Disparitäten entstehen [9]). Als freizeitorientierte Welt stehe die Frage im Raum, was denn Menschen mit ihrer Freizeit anfangen sollen. Es entständen knifflige Probleme für Macht, Status und Verwaltung [10]). Als Hauptproblem sei ein Aufeinanderprallen der Menschenmassen anzusehen, was alle Klassen beträfe, die für Daniel Bell unverändert weiter bestehen [11]).

Da Bell die Klassenverhältnisse unverändert übernimmt und die Widersprüche zwischen den Klassen aus dem Überfluß entstehen läßt, ist die sogenannte nachindustrielle Gesellschaft selbst formal mit den typischen Kennzeichen behaftet, die den Kapitalismus seit seinen Anfängen charakterisieren, nämlich Krise aus Überfluß zu erzeugen. Gerade mit dieser Feststellung resultiert aus der in der Wortwahl und einigen Daten modernisierten Apologie, daß auch auf ihrer Grundlage keine Veränderung jener Gesamtlage eingetreten ist, die den Marxismus hervorgebracht hat.

Da Bell in der Interpretation technisch bedingter Organisation und geregelter Innovation außerdem ein verstärktes Bedürfnis nach stärkerer Machtkonzentration kommen sieht [12]), aus der „eine neue apokalyptische und nihilistische Stimmung" [13]) entstehe, überwiegt in der Konzeption einer sogenannten nachindustriellen Gesellschaft offensichtlich das pessimistische Moment.

Die Vorstellungen, die Intelligenz und die Universitäten seien zu neuem Führungsanspruch berufen, weil es Computer gibt, theoretisches Denken weiter vordringe, das „theoretische Wissen ... zur Matrix der Innovation" [14]) werde, widerlegt damit sich selbst. Obwohl sich Bell in seiner Prognose für das Jahr 2000 mit dem Gedanken einer notwendigen Intellektualisierung identifiziert, überwiegt der Zweifel an einer faktischen Regulation der Gesellschaft. Es bleibt ein dominierender Pessimismus erhalten, der mit seinen eigenen Worten den Sachverhalt ausspricht, der Triebkraft der wachsenden Organisiertheit und der revolutionären Erfolge der Volksmassen wurde. Bell schreibt: „All dies ist eine Herausforderung für einen neuen Humanismus. Die alten Ideologien des Westens sind *erschöpft*" [15]). Insofern will Bell nur vor der neuen Entwicklungsphase der Wissenschaften und der Technik warnen, ebenso aber den sozialistischen Ländern den zweifelhaften Rat geben, sich nicht an „Effizienz, Produktivität und Kostenwirkung" [16]) zu halten, weil damit die humanen Ziele aus dem Blickfeld verschwinden würden.

Die Variante der postindustriellen Gesellschaft erweist sich damit als nichts anderes denn die Wiederholung und immanente Widerlegung einer intellektualisierenden Kulturkritik, die spätbürgerliche Hoffnungslosigkeit ausstrahlt und, ohne Benutzung einer expliziten Entfremdungsideologie, den gleichen Effekt

8) Daniel Bell, a.a.O., S. 356.
9) Daniel Bell, a.a.O., S. 359.
10) Daniel Bell, a.a.O., S. 360.
11) Daniel Bell, a.a.O.
12) Daniel Bell, a.a.O., S. 361.
13) Daniel Bell, a.a.O., S. 363.
14) Daniel Bell, a.a.O., S. 354.
15) Daniel Bell, a.a.O., S. 363.
16) Daniel Bell, a.a.O.

vornehmlich bei progressiven Strömungen sowie bei Angehörigen sozialistischer Länder erzielen will. Die Konvergenz liegt nicht im Positiven, sondern im Negativen.

Abgesehen von den bereits vorgebrachten Mangelerscheinungen der spätbürgerlichen Vorstellungen von Zukunft sei auf die innere theoretische Inkonsistenz des nicht mehr neuen Modells von Bell und Brzezinski verwiesen.

Das Verhältnis von Empirie und Theorie enthält nicht die alternative Konfrontation, die die postindustriellen Ideologen ihm zu geben für richtig halten. Theorie besitzt keine von der Gesellschaft und der gesellschaftlichen Arbeitstätigkeit isolierte Schlüssigkeit, wenn sie sich selbst von den sozialökonomischen Strukturen und Beziehungen abkapselt, die sie als gesellschaftliche Tätigkeit und allgemeine Arbeit hervorbringen. Der Marxismus bezieht in seine gesamtgesellschaftliche Theorie ausdrücklich die gesamten Erscheinungen der menschlichen Kultur ein und übertrumpft hinsichtlich der Effektivität die kapitalistische Gesellschaft, weil eine alle sozialökonomischen Erscheinungen umfassende Lehre vorliegt. Nicht die Effektivität und das Nutzendenken ist an und für sich schädlich, sondern nur unter den Bedingungen ungenügender und ausschließlich dem Monopolkapital dienender Entfaltung. Die gleiche Feststellung gilt für die Verfahren und Methoden der Wissenschaftsorganisation und der gesellschaftlichen Leitungsdisziplinen. Dabei ist indes vornehmlich darauf zu verweisen, daß für alle Wissenschaften ihr innergesellschaftlicher Zusammenhang als entscheidendes Kriterium zu beachten bleibt. Außerhalb der antagonistischen und nichtantagonistischen Klassenbeziehungen hat Wissenschaft keine Existenz und keine Geltung. Die Neutralität, die bürgerliche Theoretiker ihr mit Vorrang zu geben pflegen (und daraus eine Sonderstellung abzuleiten versuchen), ist nur Bestandteil von Bewußtsein, das entweder sich auf den Boden des Monopolkapitals stellt, globalstrategisch wie Brzezinski und angenähert Bell, oder unwissentlich auf die gleiche Position gerät. In den Naturwissenschaften und der Technik erfordert jedes beliebige Resultat die Verantwortung des Wissenschaftlers für die Folgen, die sich aus seinen Ergebnissen ergeben können. Selbstverständlich ist nicht die Existenz von wissenschaftlichem Fortschritt schuldig zu sprechen, sondern die Mißbrauch treibende Formation. In der sozialistischen Gesellschaft verlangt die Mitverantwortung des Gelehrten umgekehrt die Mitwirkung an dem Erzielen höherer Effektivität. Die Vereinigung der verschiedenen Disziplinen und die besondere Berücksichtigung der Gesellschaftswissenschaften durch Natur- und technische Wissenschaften wie auch umgekehrt ist ein typisches und wirkungsvolles Kennzeichen der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins. Die Trennung, wie sie die spätbürgerliche Ideologie beibehalten und verewigen möchte, nutzt einzig und allein dem Monopolkapital. Ihre Vereinigung ist selbst Produktivkraft und gesteigerte Effektivität, sie entspricht den grundlegenden Prinzipien des Marxismus.

Für Leitungswissenschaften und etwa die Wissenschaftsorganisation ist die Gemeinschaftsarbeit verschiedener Wissenschaftsbereiche ebenso wesentlich wie für die Ökonomie in ihrer Gesamtheit. Handelt es sich dabei um das Verwirklichen von Grundprinzipien marxistischen Philosophierens, so ist zum anderen die Existenz einer von antagonistischen Klassenverhältnissen befreiten Ordnung wichtigste Voraussetzung. Auf ihrer Grundlage gewinnt das Strukturverständnis der Entwicklung der ideellen und materiellen Produktivkräfte erst Effektivität und Humanität, die den Weg in die Zukunft gesamtgesellschaftlich bezogener Rationalität organisieren. Eine bloß industrielle oder postindustrielle Gesellschaft existiert nicht, existent sind kapitalistische und sozialistische Produktionsverhältnisse.

Die Lage der Araber in Israel

Von Hans-Georg Burger

Seitdem die besetzten Gebiete Westjordaniens und Gazas mehr in das Rampenlicht der Weltöffentlichkeit getreten sind, sind die Diskussionen um die Situation der israelischen Araber etwas verstummt. Das Ergebnis der Histadruth-Wahlen [1]) vom 2. September 1969 und das Anwachsen der Bombenanschläge in Israel erinnerte die Öffentlichkeit wieder an ein schon vergessen geblaubtes Problem, das der israelischen Araber.

Als im November des vergangenen Jahres in Haifa nacheinander fünf Wohnhäuser durch Bombenanschläge zerstört wurden, als in der Nähe von Akko ein mit zwei israelischen Arabern besetzter Personenwagen mit in einem Versteck deponierten Bomben explodierte, da sah es für einen Augenblick so aus, als ob die Juden an ihren arabischen Mitbürgern spontan Rache nehmen wollten. Einem AP-Bericht [2]) zufolge versuchten Gruppen von Hunderten jüdischer Jugendlicher die von der Polizei abgeschirmte Altstadt von Akko, die fast ausschließlich von Arabern bewohnt wird, zu stürmen. In der Parlamentsdebatte über diese Vorkommnisse prallten die Meinungen hart aufeinander [3]). Man spürte, daß sich etwas geändert haben muß. Stimmt es, daß die überwiegende Mehrheit der israelischen Araber vor Beginn des Sechs-Tage-Krieges sowie während der Kampfhandlungen auf der Seite Israels stand, wie es in einer Werbeschrift des israelischen Außenministeriums *) heißt? Trifft die Aussage, daß sich die israelischen Araber dem Staate gegenüber loyal verhalten, auch heute noch zu?

Bevor Einzelaspekte des Verhältnisses zwischen den Arabern und Juden untersucht werden, soll auf einige Probleme eingegangen werden, die die Position der Araber in der israelischen Gesellschaft darstellen.

Bevölkerungsstruktur

Nach der letzten statistischen Ermittlung für den 1. Januar 1968 leben im israelischen Staatsgebiet (ohne die besetzten Gebiete) 2 383 600 Juden und 390 300 Nichtjuden. Der nichtjüdische Bevölkerungsteil setzt sich aus 286 600 Mohammedanern, 70 600 Christen und 33 100 Drusen zusammen. Da es sich bei den Christen im allgemeinen um christliche Araber handelt, kann man sagen, daß ca. 350 000 Araber innerhalb der noch anerkannten israelischen Staatsgrenze leben [4]). In neuester Zeit werden allerdings meist höhere Zahlen (400 000 und mehr) für den arabischen Bevölkerungsteil angegeben. Diese Zahlen implizieren jedoch die Bewohner Ostjerusalems, das nach dem Sechstagekrieg von den Israelis annektiert wurde [5]).

Vor dem Ausbruch der israelisch-arabischen Feindseligkeiten, Ende 1947, lebten im damaligen Palästina 1 269 000 Araber, während im heutigen israelischen Staatsgebiet ungefähr 763 000 Araber beheimatet waren. Der jüdische Bevölkerungsteil war um diese Zeit auf ungefähr 630 000 Menschen angewachsen [6]). Auf Grund

---

1) Wahlen zur israelischen Gewerkschaft.
2) In: „Der Tagesspiegel", Nr. 7359, 25. 11. 1969, S. 5.
3) Jerusalem Post, weekly, 1. 12. 1969, S. 7 (im folgenden nur noch JP zitiert).
*) Tatsachen aus Israel 1968, Hrsg. Außenministerium, Informationsdienst, S. 63.
4) „Allgemeine Wochenzeitung des Judentums", 25. 7. 1969, S. 4 (im folgenden AWJ zitiert).
5) „Israels Außenhandel", Jg. 3, Nr. 3, S. 23.
6) A. Hovne, The Labor Force in Israel, Jerusalem 1961, S. 29.

der genannten Zahlen betrug der arabische Bevölkerungsanteil an der Gesamtbevölkerung annähernd zwei Drittel. Eine Studie des New Yorker Institutes für orientalische Forschungen, die nur das statistische Material der britischen Mandatsregierung berücksichtigte, nennt die Zahl von 696 000 Arabern, die im April 1948, also kurz vor der Unabhängigkeitserklärung Israels, auf dem heutigen Territorium Israels gelebt haben [7]).

Wegen der kriegerischen Auseinandersetzungen von 1948/49 flohen Tausende von Arabern aus den palästinensischen Städten Haifa, Akko, Jaffa etc. oder wurden vertrieben. An dieser Stelle sich in die Diskussion darüber einzulassen, ob die Araber auf Grund arabischer Propaganda flohen, wie es jüdische historische Studien jüngst glaubhaft zu machen versuchen [8]), die nachweisen wollen, daß kein palästinensischer Araber von den Israelis vertrieben wurde (was bereits hinreichend von anderen Studien widerlegt wurde [9])), erübrigt sich.

Nach den Angaben des Zentralen Statistischen Amtes Israels flohen bzw. wurden vertrieben 539 000 Palästinenser, so daß auf israelischem Gebiet noch etwa 157 000 Araber zurückblieben. Diese Zahl bedeutete: 14,9 Prozent der Gesamtbevölkerung sind Araber. Infolge der jüdischen Masseneinwanderung während der Periode von 1949 bis 1952 sank das Proporzverhältnis auf etwa 11 Prozent. Dem starken Anwachsen der jüdischen Bevölkerung durch die Immigration stand arabischerseits seit 1952 keine innere Wanderbewegung gegenüber. Vor 1952 wurde es geflüchteten Arabern von den israelischen Behörden durch die Familienzusammenführung ermöglicht, nach Israel zurückzukehren. Die Zahl der zurückgekehrten Araber kann auf maximal 10 000 geschätzt werden, wie es Don Peretz tut. Die arabische Bevölkerung nahm zwischen 1950 und 1964 infolge der hohen Geburtenrate [10]) insgesamt um 120 700 [11]) zu. Von Wichtigkeit ist die Tatsache, daß der jüdische Bevölkerungszuwachs zwischen 1948 und 1964 mit 1 060 000 [12]) den arabischen Zuwachs in derselben Periode um etwa 1 Million übertraf.

Die genannten Zahlen verdeutlichen, wie aus der arabischen Majorität eine Minorität wurde.

Als demographische Komponente ist es für die Entwicklung der sozio-ökonomischen Situation der Araber in Israel von einer gewissen Relevanz, daß 1948 in der Hauptsache diejenigen Araber flohen, die in den Städten oder Kleinstädten wohnten. Aus diesem Grunde ist seit 1949 der Prozentsatz der in den ländlichen Siedlungen lebenden Araber sehr groß. Der Prozentsatz der arabischen Stadtbevölkerung war in den ersten Jahren nach der Staatsgründung noch niedriger als der vergleichbare anderer arabischer Länder, wie etwa des Irak mit 39,2 Prozent Stadtbevölkerung 1957, Syriens mit 38,7 Prozent im Jahre 1960, Jordaniens mit 43,8 Prozent im Jahre 1961 und Ägyptens mit 38 Prozent im Jahre 1960. Dieser Prozentsatz liegt danach sogar noch niedriger als während der Mandatsepoche unter englischer Oberhoheit, als 1944 bereits 36 Prozent der arabischen Bevölkerung in Städten wohnten [13]).

Die großen städtischen Zentren der vorstaatlichen Periode mit starkem arabischen Bevölkerungsanteil waren Haifa, Jaffa, Akko, Ramle und Lydda. Von den

---

7) Nach „Jedioth Chadashoth", 13. 6. 1969, S. 9.
8) Wie etwa Herbert Parzen, The Arab Refugees — their origin and Projection into a Problem (1948—1952), in: Jewish Social Studies, Vol. 31, Oct. 1969, No. 4, S. 292—324.
9) Um nur zwei zu nennen: Naday Safran, The United States and Israel, Harvard 1963, und Don Peretz, Israel and the Palestinian Arabs, Washington 1958².
10) Angaben über die Geburtenrate bei Yoram Ben-Porath, The Arab Labor Force in Israel, Jerusalem 1966, S. 5/6.
11) Die Araber in Israel, in: Resistentia Schriften, Nr. 9, 1970, S. 13.
12) Ben-Porath, a.a.O., S. 5.
13) Ben-Porath, a.a.O., S. 8.

62 000 Arabern, die vor den kriegerischen Auseinandersetzungen 1948 in Haifa lebten, blieben nicht mehr als 4000 bis 6000 Personen zurück, wie der „Economist" berichtete [14]). 1961 wohnten in Haifa nur etwa 10 000 Araber, in Jaffa ungefähr 6000 und in den übrigen Städten Akko, Ramle und Lydda zusammen ca. 10 000. Demnach müssen 74,3 Prozent der Araber zur ländlichen Zone gerechnet werden [15]) .

Nach den letzten statistischen Veröffentlichungen vom 1. Januar 1968 leben noch 56,8 Prozent der israelischen Araber in Dörfern, womit sich auch bei den Arabern ein Urbanisierungstrend bemerkbar macht, während im jüdischen Sektor 88,6 Prozent der Bevölkerung in Städten oder Vorstadtgemeinden wohnen [16]).

Die arabische Bevölkerung konzentriert sich hauptsächlich in zwei Zonen: die eine im Galil, dem bergigen Landstrich im Norden Israels, wo 65 Prozent der Araber leben, und im „Kleinen Dreieck", der Landschaft nördlich von Tel-Aviv, mit annähernd 20 Prozent. Der Rest verteilt sich über die Landstriche in und um Tel-Aviv, in der Negev-Wüste und Jerusalem [17]).

Die Volkszählung von 1961 weist auf einen bemerkenswerten Faktor hin: daß nämlich nur 11,3 Prozent der Araber in gemischten Städten, d. h. von Juden und sogenannten „Nicht-Juden", wie die amtliche Bezeichnung für Araber, Christen und Drusen lautet, bewohnten Städten leben und in anderen jüdischen Ansiedlungen sogar weniger als 3 Prozent [18]).

Vergleicht man die Bevölkerungszahlen vor der israelischen Staatsgründung mit denen von 1961, so zeigt sich, daß in den arabischen Zentren, den Distrikten Akko und Beersheba, die arabische Bevölkerung jeweils stagnierte oder sogar zurückging (im Falle von Beersheba), während der jüdische Anteil in den genannten Distrikten stark anstieg, in Beersheba sogar um 38 Prozent [19]). An Hand dieser Zahlen läßt sich die Vermutung aufstellen, daß die israelischen Einwanderungsbehörden eine Politik der absoluten Minorisierung der Majorität verfolgten.

Die folgende Tabelle soll deutlich machen, wie überproportional die jüdische Bevölkerung in den genannten Distrikten, verglichen mit dem allgemeinen Bevölkerungszuwachs, anstieg.

Zunahme bzw. Abnahme in Prozenten 1948—1961

Distrikte	*Nicht-jüdische Bevölkerung*	*Jüdische Bevölkerung*
Akko	+ *0,5*	+ *4,2*
Jezreel	— *0,7*	+ *1,0*
Hadera	+ *0,2*	+ *0,6*
Beersheba	— *0,9*	+*38,9*
Kinneret	— *0,1*	+ *0,8*
Sharon	+ *0.4*	+ *1,3*
andere Distrikte	+ *0,6*	+ *1,5*

Staatsangehörigkeit und Militärverwaltung

In der Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel vom 14. Mai 1948 heißt es: „Er (der Staat Israel) wird auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gestützt sein. Er wird allen seinen Bürgern ohne

14) Economist, Oct. 2nd 1948, zitiert nach Gabbay Ronny E.: A Political Study of the Arab Jewish Conflict, Geneva 1959, S. 94.
15) Ben-Porath, a.a.O., S. 8.
16) AWJ, 31. 10. 1969, S. 4.
17) Ben-Porath, a.a.O., S. 7.
18) Ben-Porath, a.a.O., S. 7.
19) Ben-Porath, a.a.O., S. 7.

Unterschied der Religion, der Rasse oder des Geschlechts soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprachen, Erziehung und Kultur gewährleisten . . ." [20]).

Obschon diese Garantieerklärung einer sozialen und politischen Gleichberechtigung nach der Rechtsprechung des Obersten israelischen Gerichtshofes kein Verfassungsgesetz ist, kann sie trotzdem als Leitlinie für die Darstellung der israelischen Realität gelten.

Zur vollen Gleichberechtigung aller Bürger eines Staates gehört insbesondere die Sicherung eines vollen Bürgerstatus für jeden. Bereits hier müssen die ersten Einschränkungen gemacht werden. Auf Grund des Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1952 ist keineswegs jeder Araber, der sich zur Zeit der Staatsgründung in Israel befand, per se israelischer Staatsbürger. Nach dem eben erwähnten Gesetz erhält jeder Jude, der sich in Israel niederzulassen beabsichtigt, den Anspruch auf die israelische Staatsbürgerschaft. Die in Israel lebenden Minderheiten erhalten dagegen nur unter erschwerten Konditionen die Staatsbürgerschaft. Sie müssen nachweisen können, unmittelbar vor der Gründung des Staates palästinensischer Staatsbürger und am 1. Mai 1952 als Bewohner Israels registriert gewesen zu sein. Außerdem müssen sie ihren faktischen Wohnsitz in Israel am 14. Juli 1952 nachweisen können, sowie daß sie seit der Staatsgründung ständig in Israel sich aufgehalten haben oder rechtsmäßig dorthin zurückgekehrt sind [21]). Sehr schwierig gestaltet sich in diesem Falle für die Araber das Beibringen von amtlichen Papieren. Nur wenige arabische Bewohner des ehemaligen Mandats Palästina waren in der Lage, an Hand von amtlichen Papieren sich entsprechend ausweisen zu können.

Diese Bestimmungen entsprangen nicht einer prinzipiellen Abneigung gegen Araber seitens der Regierung, das muß einschränkend gesagt werden, sondern hier spielen Sicherheitserwägungen eine eminente Rolle. Diese Gesetze boten nämlich die Möglichkeit, eine „fünfte Kolonne" sofort deportieren zu können. Andererseits stellten sie eine ständige Drohung gegen die Araber im Lande dar, im Falle einer Illoyalität ebenfalls ausgewiesen zu werden.

Das Staatsangehörigkeitsgesetz ist ein Meilenstein auf dem Wege zu einer asymmetrischen Entwicklung — wie der israelische Soziologe Shmuel N. Eisenstadt es bezeichnet [22]) — des Verhältnisses zwischen den jüdischen und arabischen Gruppen. Nicht die Anbahnung freundschaftlicher Beziehung zwischen den beiden Volksgruppen war die Folge, sondern die Mißstimmung unter den israelischen Arabern gegenüber den jüdischen Behörden vertiefte sich, und sie wurden in ihrem Gefühl, an ihnen sei Unrecht begangen worden, bestärkt.

Die Schaffung der Militärverwaltung vermochte erst recht nicht die vorhandenen ambivalenten Gefühle der Araber zu mindern. Wie bereits erwähnt, lagen die Hauptsiedlungsgebiete der Araber zur Zeit der Staatsgründung an den Grenzen des noch schwächlichen Staates. Hieraus lassen sich, wie der Jerusalemer Politologe Jacob M. Landau anführt [23]), die Widersprüche in der Behandlung der arabischen Minorität durch die israelischen Behörden erklären. Einerseits verpflichtete sie die Richtschnur der Gleichberechtigung aller Bürger dazu, den Angehörigen sämtlicher Minderheiten ohne jede Diskriminierung die gleichen Lebensmöglichkeiten einzuräumen. Andererseits sind die spezifischen Erfordernisse der staatlichen Sicherheit in Rechnung zu stellen. Diese Erfordernisse zwangen nach

20) Tatsachen aus Israel 1968, Außenministerium, Informationsdienst, S. 10.
21) Yeoshua Freudenheim, Die politische Staatsordnung Israels, München 1963, S. 250 f.
22) S. N. Eisenstadt, *Israel Society*, London 1969², S. 395.
23) Jacob M. Landau, Israel, Nürnberg 1964, S. 137.

israelischer Ansicht die Staatsführung, ihre arabischen Mitbürger ständig unter Kontrolle zu halten [24]).

Die Handhabe zur Durchführung dieser Kontrolle boten zwei Bestimmungen der „Law and Administration Ordinance" vom 19. Mai 1948. Die eine war Artikel 9a, nach welchem der Provisorische Staatsrat im Notstandsfall die Regierung zum Erlaß von Notstandsverordnungen ermächtigen konnte. Der Notstand wurde auch am 21. Mai 1948 verkündet und ist bis heute nicht widerrufen worden. Die andere Bestimmung war der Artikel 14, der alle Befugnisse, die der ehemalige englische Hochkommissar von Palästina inne hatte, auf die neue provisorische Regierung übertrug. Die Notstandsverordnungen, die eine gewisse Ähnlichkeit mit den bundesrepublikanischen Notstandsgesetzen erkennen lassen, fielen ebenfalls hierunter, weil die britische Mandatsregierung die Verordnungen am 25. September 1948 in Kraft gesetzt hat. Sie waren in erster Linie dazu gedacht, dem jüdischen Widerstand in Palästina zu begegnen. Die Ironie des Schicksals will es, daß die Israelis nunmehr eben jene Verordnungen gegen die im Land verbliebenen Araber anwenden.

Die Verordnungen konzedierten dem Verteidigungsminister, das Grenzgebiet ganz oder zum Teil zur Sicherheitszone zu erklären und seine Befugnisse an einen Distriktkommandanten zu delegieren. Ein solches Gebiet durfte nur von ständigen Bewohnern betreten werden. Aus Sicherheitsgründen konnte vom Verteidigungsminister oder vom militärischen Kommandanten eines Distriktes verfügt werden, daß jemand, der im Verdacht steht, die Sicherheit des Landes zu gefährden, ohne gerichtliches Verfahren bis zu einem Jahr festgehalten, an sein Haus, an sein Dorf gebunden bleiben muß und seinen Wohnsitz nicht verlassen darf.

Falls Beschwerden über die Handhabung der Verordnungen laut wurden, ließ der Verteidigungsminister sie durch eine Berufungskommission, die er selbst zusammensetzt, prüfen.

Im Laufe der Zeit gab es im Parlament Diskussionen, ob die Gesetze aufgehoben werden sollten. Da sich den Abgeordneten keine Ersatzlösungen anboten, behielten die Gesetze weiterhin ihre Gültigkeit. In zahlreichen Resolutionen hieß es außerdem, daß wegen der Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Nachbarn die Militärverwaltung zum Schutze der nationalen Sicherheit beibehalten werden muß.

Als die zionistisch-sozialistische Arbeiterpartei „Achduth Avodah" und die „Mapam" mit der regierenden „Mapai" 1955 eine Koalitionsregierung bildeten, wurde eine Kommission zur Untersuchung der Lage der unter der Militärverwaltung lebenden Araber eingesetzt. Die Kommission räumte eine gewisse minderwertige Behandlung dieser Volksgruppe ein und hielt die Einstufung als „Bürger zweiter Klasse" für angebracht. Sie konnte sich allerdings nicht entschließen, der Regierung die Aufhebung der Militärverwaltung zu empfehlen. Die Auswirkung des Kommissionsberichtes war die Lockerung der Reisebeschränkungen für die Araber im Galil im Juli 1957 sowie die Aufhebung der Ausgangssperren für die Bewohner des „Kleinen Dreiecks". Nach heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen hob die Regierung am 1. Dezember 1966 den Militärverwaltungsstatus endlich auf.

Die psychische Situation der Araber in den Sicherheitszonen bezeichnete der junge arabische Dichter Samich el Kassim in einem Interview als eine Atmosphäre

[24]) Jacob M. Landau, a.a.O., S. 137.

der Angst, des psychologischen Terrors [25]). Aus Furcht vor der Durchschlagskraft des israelischen Geheimdienstes hüllten sich die meisten Araber in Schweigen.

Sehr bald nach der Errichtung der Militärverwaltung wurde deutlich, daß die Verordnungen nicht nur dem Schutze der nationalen Sicherheit dienten, sondern auch der ökonomischen Sicherheit der jüdischen Immigranten. Die Schwierigkeiten bei der Beschaffung militärischer Passierscheine wirkten sich so aus: Tausende arbeitswilliger und arbeitssuchender Araber, wie z. B. die 25 000 arbeitslosen Nazarener, konnten keinerlei Arbeit in dem aufstrebenden Industriezentrum Haifa, dem traditionellen Arbeitsplatz der arabischen Werktätigen, aufnehmen, da sie hierfür keine Passierscheine erhielten. Solche Restriktionen, die in anderen Städten sich ebenfalls ereigneten, sollten eine ernsthafte Konkurrenz um den Arbeitsplatz vom Halse halten. In Kooperation mit dem Arbeitsministerium hat die Militärbehörde die Beschäftigung von Arabern unterbunden [26]). Auf solcherlei Art und Weise wurden unter anderem auch die Arbeitsplätze für die Juden gesichert, die mit dem großen Einwanderungsstrom zwischen 1949 und 1952 ins Land kamen.

Zusätzlich konnte der Militärgouverneur seine Vollmachten auf die Bewilligung von Unternehmerlizenzen, Bauvorhaben, Verpachtungen von Ländereien und Zuteilung von Kapital für landwirtschaftliche Modernisierungszwecke sowie Regierungsanleihen ausdehnen.

Ökonomische Probleme

Die genannten Restriktionen, denen eigentlich militärpolitische Intentionen zugrunde lagen, wirkten sich um so effektvoller auf die ökonomische Situation der im Lande verbliebenen Araber aus, als — wie bereits angeführt — in den Kriegswirren nach der israelischen Unabhängigkeitserklärung vor allem die potente städtische arabische Bevölkerung floh, bzw. vertrieben wurde. In der Mandatsepoche waren in Palästina zwei separate ökonomische Einheiten entstanden: einerseits die jüdische und auf der anderen Seite die arabische Einheit. Der Trend zur Separierung entstand zu Beginn der 20er Jahre, als die sozialistischen Zionisten die „Befreiung der Arbeit" propagierten, die den arabischen Arbeiter aus jüdischen Betrieben ausschloß. Auf Grund des von der Jewish Agency geschaffenen Finanzierungsapparates und der Arbeitsmarktregelungen, des Einkommensstandes, der industriellen Struktur und insbesondere des Bildungsstandes nahm der jüdische Sektor bald eine wesentlich höhere Stufe ein als der arabische. Zunächst war der arabische Sektor nur auf landwirtschaftliche Produktion und Handwerk sowie kleinere industrielle Betriebe ausgerichtet. Während der Mandatszeit setzte in den arabischen Städten bereits die Industrialisierung ein, und ein lokales und auch internationales Handelsnetz wurde aufgebaut.

Die Proklamierung eines selbständigen israelischen Staates änderte die Situation vollständig. Ihrer politischen Führung und Macht beraubt, mußte die verbliebene arabische Bevölkerung ebenfalls ohne ihre geflohene oder vertriebene ökonomische Elite — die städtische Bevölkerung von Haifa und Jaffa — auskommen. Diese Dezimierung bewirkte den Zusammenbruch sämtlicher politischer und ökonomischer Institutionen. Den Arabern blieb vorerst kein anderer Ausweg als der Versuch einer Integrierung in die jüdische Wirtschaft.

In der israelischen Unabhängigkeitserklärung wird die gesellschaftliche Gleichberechtigung aller Bürger des Staates postuliert; eine Analyse weist dieses Grundsatzprogramm als nicht realisiert aus. Einer statistischen Erhebung zufolge

25) Andrej Bockelmann, Zwischen Zionismus und arabischem Nationalismus. HF-Sendung, WDR — III. Programm, 11. 10. 1969, Manuskript, S. 4.
26) „Jedioth Chadashoth", 17. 5. 1968, S. 5.

arbeiteten im Jahre 1966 fast 40 Prozent der arabischen Berufstätigen in der Landwirtschaft, während bei den Juden lediglich 10 Prozent in diesem Produktionszweig tätig waren. Die folgende Tabelle zeigt die exakte Aufschlüsselung der gewonnenen Daten [27]).

Wirtschaftszweig	*Araber*	*Juden*
Landwirtschaft, Fischerei	*39,1 Prozent*	*10,3 Prozent*
Industrie, Handwerk	*14,9 Prozent*	*27,0 Prozent*
Bauwesen, öffentliche Arbeiten	*19,6 Prozent*	*7,8 Prozent*
Handel, Banken, Versicherungen	*7,4 Prozent*	*13,5 Prozent*
Verkehr, Transport	*6,0 Prozent*	*6,6 Prozent*
Öffentliche Dienste	*8,2 Prozent*	*24,4 Prozent*
Private Dienste	*4,0 Prozent*	*8,3 Prozent*
Sonstige	*0,8 Prozent*	*2,1 Prozent*
	100 Prozent	*100 Prozent*

Ein Vergleich im tertiären Bereich, d. h. der Verwaltungen und Dienstleistungen, in denen nur 26,4 Prozent der Araber tätig sind gegenüber 54,9 Prozent der jüdischen Beschäftigten, fällt noch evidenter zu Ungunsten der Minderheit aus. Beachtenswert ist der Rückwärtstrend der Beschäftigungsquote in Handel, öffentlichem Dienst und Verkehr. Waren 1931 noch 24 Prozent der Araber in diesen Berufszweigen beschäftigt, so erreichte die Proportionalitätsquote 1944 sogar 33 Prozent. Seit 1950 sank die Beschäftigungsquote rapide. Waren zu der Zeit noch 28 Prozent in diesen Sparten beschäftigt, so fiel die Quote in den Jahren 1955, 1959 und 1963 auf 18,9 Prozent, 16,7 Prozent und 17,1 Prozent [28]).

Andererseits nahm die Zahl der arabischen Beschäftigten in der Industrie zu. Das ist nicht darauf zurückzuführen, daß mehr und mehr Fabriken in arabischen Kleinstädten und Städten errichtet wurden, sondern auf die Absorption der Araber in den Produktionsprozeß. Da den Arabern größtenteils Anstellungen offeriert wurden, die eher einen physischen Arbeitseinsatz als wirkliche Fachkenntnis erforderten, ergriffen sie baugewerbliche Berufe. Die wirtschaftliche Rezessionszeit, die auch in Israel vor dem Sechs-Tage-Krieg grassierte, zog die Bauwirtschaft sehr stark in Mitleidenschaft, wie die Zahlen beweisen. Die Regression der absoluten Bauarbeiterzahl von 92 000 im Jahre 1964 auf 61 000 im Jahre 1967 beweist es zur Genüge [29]). Anfang 1969 betrug die Bauarbeiterzahl sogar nur 41 000, wovon 8000 Araber sind [30]). Die Deflationspolitik der israelischen Regierung Mitte der 60er Jahre löste die Rezessionsphase aus. Arbeitsentlassungen waren die Folge; die Zahl der Arbeitslosen schnellte im Mai 1967 auf 115 000, was einem Zehntel der aktiven Bevölkerung gleichkommt [31]). Ein Großteil der Arbeitslosen rekrutierte sich aus arabischen Arbeitern. Der Junikrieg 1967 brachte die Wende. Trotz der durch die Euphorie des Sieges ausgelösten jüdischen Immigrationswelle ist die Arbeitslosigkeit verschwunden. Heute verzeichnet Israel sogar einen Mangel an Arbeitskräften. Dies führte zum Einsatz von etwa 30 000 Arabern aus Zisjordanien und Gaza als Hilfsarbeiter, hauptsächlich im Hoch- und Straßenbau.

Der Militärverwaltungsstatus versuchte, das Aufblühen einer selbstständigen arabischen Industrie zu unterbinden. Mit Hilfe des Arbeitsministeriums wurden

27) Nach Hans-Jürgen Retzlaff, Die Araber in Israel. In: Diskussion, Hrsg. Deutsch-israelische Studiengruppe an der FU Berlin, 9. Jg., 1968, Nr. 25, S. 28.
28) Shaul Zarhi and A. Achiezra, The economic conditions of the Arab minority in Israel. Arab and Afro-Asian Monography Series, No. 1, Givat Haviva 1966, S. 4.
29) „Israels Außenhandel", Jg. 2. Nr. 7, Juli 1968, S. 16.
30) Business Diary, The Israel Trade Weekly, Vol 28, Nr. 809, 1. 1. 1969, S. 3.
31) Eric Rouleau, Wenig Tauben in Israel. In: Neues Forum, 16. Jg., Heft 191/II, Mitte November 1969, Wien, S. 645.

jüdische Immigranten gerade in jenen Distrikten angesiedelt und erhielten dort Arbeitsplätze zugewiesen, wo eine starke arabische Bevölkerung vorhanden war, wie etwa Beersheba oder die Gebiete im Nordgalil. Aus diesen Überlegungen heraus gründete der „Jüdische Nationalfonds" Ober-Nazareth. In der Nazarener „Neustadt" wurde eine Schokoladenfabrik mit 200 Arbeitern errichtet, in der weniger als 10 Prozent der Arbeiter Araber waren. Ähnlich verhielt es sich mit den gegründeten Textil- und Autobetrieben in „Neu-Nazareth". Die einzige bedeutende Fabrik im alten Nazareth, eine Zigarettenfabrik, mußte schließen. Wie in Nazareth, so wurde auch auf dem Berge Carmel ein Industriestädtchen gegründet, das die arabischen Arbeiter absorbieren sollte [32]).

In größeren arabischen Dörfern bzw. Städtchen waren und sind heute noch weniger Arbeitsämter oder -vermittlungsstellen vorhanden als vergleichsweise in den jüdischen. Damit versuchte man die Umwandlung von indirekter Arbeitslosigkeit in eine direkte zu verhindern [33]).

Wie die bereits angeführte Statistik ausweist, sind die arabischen Araber viel stärker im landwirtschaftlichen Produktionsbereich tätig als der jüdische Bevölkerungsteil. Trotz der immensen Fortschritte der israelischen Landwirtschaft durch intensivierte Anbaumethoden und das Bewässerungssystem, an denen die arabischen Landwirte partizipieren konnten, hat sich die Agrarsituation der Araber zusehends verschlechtert.

Durch die Beschlagnahme der arabischen Böden nach dem Unabhängigkeitskrieg, deren Besitzer geflohen bzw. vertrieben waren, auf Grund des „abwesend-anwesend"-Gesetzes vom 20. März 1950 und vor allem durch das Landerwerbsgesetz aus dem Jahre 1953 ging die von Arabern bearbeitete Gesamtanbaufläche sowie die pro-Kopf-Fläche erheblich zurück. Falls überhaupt eine Entschädigung für die beschlagnahmten Böden geleistet wurde, lag diese allerdings weit unter den freien Bodenmarktpreisen [34]). Während die israelischen Araber zu Beginn der Staatsgründung 1,75 Millionen Dunam Land besaßen, waren es 1966 nur noch 0,5 Millionen Dunam [35]). Nach Simcha Flapan, der 104 arabische Dörfer im Jahre 1963 unter diesem speziellen Aspekt untersuchte, liegt die durchschnittliche arabische Farmgröße bei 26,9 Dunam und damit weit unter der jüdischen durchschnittlichen Farmgröße [36]). Da der überwiegende Teil des Bodens im jüdischen Sektor nationales Eigentum darstellt, sind die Araber praktisch am Bodenkauf gehindert. Auch die Möglichkeiten, Boden zu pachten, sind beschränkt, und die Behörden wandten sich zuletzt immer schärfer gegen jeden Versuch jüdischer Pächter nationaler Böden, diese weiter an Araber zu verpachten.

Durch neue Anbaumethoden und den Einsatz moderner landwirtschaftlicher Geräte konnte eine Produktionssteigerung im agrarischen Bereich verzeichnet werden. Allerdings beträgt der Anteil der arabischen Produktion an der gesamten israelischen Agrarproduktion gegenwärtig nur 7 Prozent, obwohl der bebaute arabische Boden 20 Prozent des gesamten bebauten Bodens ausmacht [37]).

Die Produktionsrückständigkeit erklärt sich einerseits durch die mangelnde finanzielle Unterstützung der arabischen Agrarwirtschaft und andererseits durch die daraus resultierende geringe bewässerte Kulturlandfläche. In seiner Knessetrede über den israelischen Staatshaushalt 1968/69 wies der arabische Abgeordnete Tawfiq Tubi gerade auf diesen Zusammenhang hin. Nach Tubi ging das Budget,

---

32) Resistentia, a.a.O., S. 15.
33) „Jedioth Chadashoth", 17. 5. 1968, S. 5.
34) „Jedioth Chadashoth", 17. 5. 1968, S. 5.
35) Resistentia, a.a.O., S. 15.
36) Simcha Flapan, Planning for an Arab Village. In: New Outlook, 6. Jg., No. 8, Oct. 1963, S. 25—28.
37) „Al-Djabha", Heidelberg 1969, Nr. 2, S. 8.

das die Entwicklung der arabischen Agrarwirtschaft fördern sollte, von 1,8 Millionen israelische Pfund (IL) im Jahre 1965/66 auf 1,5 Millionen IL im Jahre 1966/67 und auf eine halbe Million IL in den beiden folgenden Haushaltsjahren zurück. Dieser Etatposten betrug nur 0,8 Prozent des Gesamtbudgets zur Unterstützung der Agrarwirtschaft in Israel. 47 Prozent des bebauten jüdischen Agrarlandes, d. h. 1 575 000 Dunam, wurden bewässert, während nur 4,6 Prozent des bebauten arabischen Landes, d. h. 40 000 Dunam, bewässert werden. Die Rückständigkeit der arabischen Produktionsweise resultiert hieraus. Logischerweise liegt die jüdische Produktion pro Dunam ebenfalls bei weitem höher als die arabische [38]).

Große Diskrepanzen zwischen jüdischen und arabischen Arbeitern bestanden bis 1952 in der Entlohnung, ferner wurden die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse der Araber sehr niedrig gehalten. Die Benachteiligung der Araber kam sicherlich auch dadurch zustande, daß Araber sehr lange nicht Mitglieder der Gewerkschaft werden konnten. Im Mai 1953 wurde ihnen die Möglichkeit eröffnet, Mitglieder in Fachgewerkschaften der „Histadruth" zu werden, und seit Februar 1959 können sie Vollmitglieder werden. Dadurch genießen sie dieselben Arbeitsrechte wie die Juden. Lagen in der Mandatszeit die Löhne der arabischen Werktätigen 35 bis 70 Prozent unter denjenigen der jüdischen Arbeitnehmer, so waren im Jahre 1963 die Differenzen auf etwa 10 Prozent nivelliert worden [39]). Die Behörden versuchen durch die Effektivität des Einkommensteuer-Inkassos, wonach die kinderreichen Araber weniger Steuern als die kinderarmen Juden zu entrichten haben, eine völlige Nivellierung zu erreichen. Die noch bestehenden Differenzen in der Entlohnung sind vor allem auf den mangelnden Einfluß der „Histadruth" auf die Arbeitgeber der Araber, hauptsächlich Landbesitzer und auch das Baugewerbe, zurückzuführen. Einschränkend muß gesagt werden, daß die Regierung im März 1952 sich nicht nur deshalb für eine Nivellierung in der Lohn- und Preispolitik sowohl für die Juden als auch für die Araber entschied, um dem Gleichheitsgrundsatz gerecht zu werden, sondern auch, um eine Anwerbung von billigen arabischen Arbeitskräften — angesichts deren geringer Lohnforderungen — durch jüdische Unternehmen gerade in der Zeit der jüdischen Masseneinwanderung zu verhindern.

Wenig wurde zugunsten der arabischen Wohnungsbauforderung sowie Städte- und Dörfersanierung unternommen. Obwohl ein großer Wohnungsbedarf vorhanden war, wurde der Wohnungsbauetat in den letzten Jahren, in Relation zum Gesamtvolumen des Budgets gesehen, ständig reduziert. Im Haushalt 1966/67 wurden für die Wohnungsbauförderung in arabischen Dörfern nur 2,5 Prozent des Wohnungsbaubudgets investiert [40]). Ein „Fünfjahres-Plan" für die Entwicklung arabischer und drusischer Dörfer, 1962 erstellt, sollte das Einkommensniveau im agrarischen, handwerklichen und industriellen Bereich heben. Zu diesem Zweck wurden von 1962 bis 1967 durch den Bau von Zufahrtsstraßen zu den Dörfern und Elektrifizierung insgesamt 84 Millionen IL in die Sanierung arabischer Dörfer und Städte investiert. Die israelische Regierung steuerte 52,5 Millionen IL bei, und die arabische öffentliche Hand beteiligte sich mit 31,5 Millionen IL [41]). Der zweite „Fünfjahres-Plan", der 1969 ausgearbeitet wurde, sieht die Aufwendung von 115 Millionen IL vor. Dem neuen Plan zufolge sollen die arabischen Dörfer im nördlichen Galil und im „Kleinen Dreieck" durch den Ausbau der Zufahrtswege weiter erschlossen werden, ferner sollen zahlreiche Orte

38) „Al-Djabha", Heidelberg 1969, Nr. 2, S. 8.
39) „Jedioth Chadashoth", 17. 5. 1968, S. 5.
40) Angaben von Meir Vilner, in: „Al Djabha", Heidelberg, Nr. 3/4, 1969, S. 19.
41) Ori Stendel, Arab Villages in Israel and Judea-Samaria (The West Bank). A Comparison in social Development. Published by the Israel Economist, o. J., S. 11.

an die Elektrizitäts- und Telefonversorgung Israels angeschlossen, die Wasserversorgung verbessert und die künstliche Bewässerung für die Landwirtschaft erweitert werden. Das anbaufähige Land soll vergrößert werden, und vor allem soll in vielen arabischen Städten die Kleinindustrie gefördert werden [42]).

Misere des Bildungssystems

Der wichtigste und wohl investitionsbedürftigste Sektor wurde und wird durch den „Fünfjahres-Plan" nicht gefördert, und das ist das arabische Bildungswesen. In seiner kurzen Studie über die arabischen Siedlungen in Israel schreibt Ori Stendel [43]), daß die Abteilung für das arabische Erziehungswesen im Ministerium für Erziehung und Kultur in ihrer Arbeit sehr erfolgreich gewesen sei. Diese Ansicht widerlegt Jacob M. Landau in seiner Analyse über die israelischen Araber, die aber nur die Situation bis Ende 1966 berücksichtigt. Er erklärt vielmehr, daß auf dem Bildungssektor von isrealischer Seite immer wieder vieles versäumt worden ist [44]).

Jahrelang war man in Israel der Überzeugung, daß der jüdische Staat der arabischen Bevölkerung Bildungschancen und -möglichkeiten bietet, wie sie die Bevölkerung der arabischen Nachbarstaaten nicht erreichen. Der Grund für diese Vermutung war vor allem die Tatsache, daß während der Mandatsperiode nur 65 Prozent aller arabischen Jungen und lediglich 15 Prozent der Mädchen eine Schule besuchten, seit der Staatsgründung dagegen diese Zahl durch die Einführung der allgemeinen Schulpflicht linear gestiegen ist. Heute besuchen fast 95 Prozent aller arabischen Jungen und 76 Prozent der Mädchen in Israel eine Schule [45]).

Als die ersten Untersuchungen über den Bildungsstand der Araber in Israel vorgenommen wurden, waren die Ergebnisse alarmierend. Nicht so sehr die Tatsache, daß im Jahre 1961 die Zahl der arabischen Analphabeten noch 51,7 Prozent betrug, daß nicht mehr als 28,5 Prozent der Frauen und 68 Prozent der Männer lesen und schreiben konnten — vielfach auf die Mängel in der Ausbildung der älteren Generation und auf das orientalische Patriachalsystem zurückzuführen —, rief nachdenklich stimmende Pressekommentare hervor, sondern daß der Anteil von Absolventen der Mittelschulen unter den israelischen Arabern unter demjenigen in Jordanien und unter dem in dem heute besetzten Zisjordanien lag [46]). Zwar kann man vielerorts in Israel die Bemerkung hören, daß in der arabischen Bevölkerung gegenüber der Rentabilität einer Schulausbildung eine gewisse Skepsis vorhanden sei. Ein Kern Wahrheit steckt in dieser Bemerkung. Die Skepsis resultiert aus dem Tatbestand, daß die israelischen politischen und wirtschaftlichen Institutionen bzw. Organisationen für akademisch ausgebildete Araber nicht genügend adäquate Arbeitsplätze anbieten. Der arabische Journalist A. Mansour befragte 1964 Araber mit abgeschlossenem Hochschulstudium nach dem jeweils ausgeübten Beruf. Das Ergebnis dieser Umfrage, das in der israelischen Monatschrift „New Outlook" publiziert wurde, weist eine relativ große Zahl von Hochschulabsolventen als Handwerker oder berufslos aus [47]).

Der Mangel an ausreichenden Schulbauten, an arabischen qualifizierten Lehrern, ungenügende Lehrerausbildung und unzureichende Schulbücher sind für diese Malaise mitverantwortlich.

42) AWJ, 23. Jg., Nr. 50, 14. 3. 1969, S. 7, und JP, weekly, 16. 2. 1970, S. 2.
43) Ori Stendel, a.a.O., S. 12.
44) Jacob M. Landau, The Arabs in Israel. A political study. Oxford University Press, 1969.
45) AWJ, 24. Jg., Nr. 9, 30. 5. 1969, S. 4.
46) „Jedioth Chadashot", 17. 5. 1968, S. 5.
47) „New Outlook", June 1964, S. 28.

Erst 1956 wurde in Jaffa ein Lehrerausbildungskolleg errichtet. Allerdings dürfen die Absolventen dieses Kollegs nur in Grundschulen unterrichten. 1960 wiesen nur 5 von 60 arabischen Lehrern der städtischen höheren Schulen die entsprechende akademische Ausbildung nach [48]).

Eine Anzahl von fähigen, aber politisch suspekten Lehrern wurde außerdem aus dem Schuldienst entfernt. So verlor der bereits erwähnte junge arabische Dichter Samich el Kassim wegen seiner politisch engagierten Gedichte seine Anstellung als Lehrer.

Obwohl die Zahl der Grundschulen für arabische Kinder, die zur Zeit der Staatsgründung nur 45 betrug, auf 192 angewachsen ist, liegt die Quote der weiterführenden Schulen mit 19 viel zu niedrig in Anbetracht der hohen arabischen Grundschülerzahl [49]). Wegen der demographischen Struktur sind die Schüler, die höhere Schulen besuchen wollen, fast ausschließlich auf die in größeren Orten liegenden Schulen angewiesen und dadurch gezwungen, einen sehr langen Schulweg zurückzulegen. Da zudem die meisten arabischen höheren Schulen Privatschulen sind, ist es in Anbetracht des Einkommens der Araber vielen Eltern unmöglich, ihre Kinder zur höheren Schule zu schicken.

Das Resultat ist, daß nur 5 Prozent der arabischen Grundschüler weiterführende Schulen besuchen [50]) und knapp 1 Prozent dann weiterstudiert [51]). Noch erschreckender ist die Tatsache, daß jedes Jahr von den arabischen Gymnasiasten nur ca. 10 Prozent das Abitur bestehen gegenüber 85 Prozent der jüdischen Schüler [52]). Ähnliche Diskrepanzen bestehen zwischen den Kindern orientalischer und europäischer jüdischer Herkunft. Gegenwärtig beträgt der Anteil orientalischer Juden in den Abschlußklassen der höheren Schulen nur 16 Prozent [53]).

Bereits 1955 wies Abraham Shumsky in einer Studie speziell auf die Ursachen der Bildungsmalaise der orientalischen jüdischen Kinder hin [54]). Seiner Analyse zufolge trägt die Hauptschuld am Versagen orientalischer Kinder nicht die angeblich niedrigere Intelligenz oder ihre Zugehörigkeit zur untersten sozialen Klasse, sondern der gegenwärtige Lehr- und Stundenplan der Schulen sowie Inhalt und Vortragsweise des in der Schule Dargebotenen. Noch krasser als in Europa und Amerika tritt hier die hohe Ausfallquote der Arbeiterkinder an höheren Schulen zutage, die vor allem auf den Kommunikationsschwierigkeiten basiert. Da die Lehrer der arabischen Kinder vom israelischen Erziehungsministerium nach Legalitätskriterien und Loyalität ausgewählt werden, werden sogleich unsichtbare Barrieren zwischen den mittelständisch orientierten Lehrern und den Kindern aus der Arbeiterklasse errichtet. Anstatt den Orientalen die Mittel zu geben, den sozio-ökonomischen Lebensstandard ihrer Gemeinden zu heben und die Herkunfts- und Klassenunterschiede aufzuheben, verlängert gerade die Schule ihren sozialen Status und verfestigt die ethnischen Barrieren, wodurch das Gefühl der Unsicherheit, Unangepaßtheit und Inferiorität unter den Orientalen gesteigert wird. In diesen Satz mündet die ganze Kritik Shumskys. Diese für jüdische Kinder orientalischer Eltern getroffene Aussage kann voll und ganz auf die Araberkinder übertragen werden.

48) „Resistentia", a.a.O., S. 16.
49) AWJ, 24. Jg., Nr. 9, 30. 5. 1969, S. 4.
50) „Resistentia", a.a.O., S. 16.
51) Rahim Shabat, Der Reiche, der Arme und die Schlange, In: Der israelisch-arabische Konflikt, Hrsg. Heinz Abosch, Darmstadt 1969, S. 204.
52) „Resistentia", a.a.O., S. 16.
53) Andrej Bockelmann, Juden zwischen Dritter Welt und Zionismus. Zum Integrationsproblem in Israel. 1. HF-Programm, NDR, 30. 9. 1969, Manuskript, S. 21.
54) Abraham Shumsky, The Clash of Culture in Israel: A Problem for Education, Columbia Studies in Education, New York 1955.

Um die offensichtlichen Leistungsunterschiede zwischen Kindern orientalischer und europäischer Herkunft zu mindern, hat die israelische Regierung 1956 eine Regelung erlassen: Unter anderem wird seitdem praktisch allen orientalischen Kindern, die den Sprung in die höhere Schule schaffen, ein Stipendium gewährt, während Kinder europäischer Eltern in der Regel nur die Grundschule kostenfrei besuchen können [55]). Trotz des frappanten Leistungsunterschiedes zwischen den arabischen und jüdischen Kindern hat die Regierung bis heute noch keine adäquate Maßnahme ergriffen, um dem Gleichheitsprinzip auch hier gerecht zu werden.

Unterrepräsentiert sind die arabischen Studenten an den israelischen Hochschulen und Universitäten. Im Jahre 1964/65 studierten an der Hebräischen Universität in Jerusalem 160 arabische Studenten, und diese Zahl wuchs in den beiden folgenden Jahren auf 250 Studenten. Die Zahl derer, die an den Universitäten in Tel-Aviv, Bar-Ilan und am Polytechnion in Haifa studieren, betrug 1967 etwas mehr als 30 Studenten [56]). Im März des vergangenen Jahres erklärte der stellvertretende Erziehungsminister Aharon Yadlin auf eine parlamentarische Anfrage, daß zu Beginn des Jahres 1969 423 arabische Studenten an den israelischen Hochschulen immatrikuliert waren sowie 18 Studenten aus Ost-Jerusalem und 6 aus den besetzten Gebieten. Sie verteilten sich wie folgt auf die israelischen Universitäten: 174 arabische Studenten sind an der Hebräischen Universität in Jerusalem immatrikuliert, 194 an der Haifaer Universität, 28 am Polytechnion und 40 in Bar-Ilan. Da die Tel-Aviver Universitätsbehörden keinerlei ethnisch aufgeschlüsselte Angaben über ihre Studenten gab, fehlen hierfür Zahlen [57]).

Den Besuch der Universitäten erschweren noch die hohen Kolleggelder. Arabische Studenten fordern seit langem eine adäquate Ausbildungssubvention arabischer Schüler und Studenten. Auf diesen wunden Punkt der israelischen Erziehungspolitik weist Jacob Landau hin. Es sei, so betont er, auf Grund einer solchen Politik nicht verwunderlich, wenn extremistische arabische Nationalisten immer mehr im arabischen Studentenkomitee, das 1958 von einigen Jurastudenten an der Hebräischen Universität gegründet wurde, die Oberhand gewinnen. Ein Manifest des Studentenkomitees nennt folgende Forderungen: Die Rechte der Araber in Israel müssen verteidigt werden; in allen Bereichen muß für die Gleichheit der arabischen Landsleute mit den Juden in Israel eingetreten werden; volle Bewegungs- und Meinungsfreiheit für die Araber und die Ausräumung sämtlicher ökonomischer und sozialer Beschränkungen [58]). Anfang 1968 wurde der Sekretär des Studentenkomitees Khalil Tuma verhaftet, weil er angeblich einem palästinensischen Araber vom Westufer, der Mitglied einer in Israel illegalen politischen Bewegung gewesen sei, Unterschlupf geboten habe. Hierfür bekam er 9 Monate Haft. Im Oktober 1968 wurde er aus der Haft entlassen. Danach war er in seinem Heimatdorf Rama in den Bergen des Galil im Norden Israels praktisch interniert. Es war ihm weder erlaubt, tagsüber das Dorf noch nachts sein Haus zu verlassen. Wie Khalil Tuma, der sein Studium unterbrechen mußte, weil er von den israelischen Behörden keine Erlaubnis erhielt, nach Jerusalem zu gehen, ergeht es zahlreichen politisch engagierten arabischen Kommilitonen. Inzwischen hat Tuma Israel verlassen, da er sonst keine Möglichkeit sah, seine Studien zu beenden. Er lebt heute in Deutschland. Viele junge Araber sind zu der Ansicht gelangt, daß ihnen wegen der geschilderten Zustände kein anderer Ausweg als die Auswanderung bleibe, wenn sie nicht völlig ihre Iden-

55) A. Bockelmann, Juden zwischen Dritter Welt und Zionismus, a.a.O., S. 20.
56) Jacob M. Landau, The Arabs in Israel, a.a.O., S. 49.
57) JP, weekly, 31. 3. 1969, S. 7.
58) Landau, Arabs, a.a.O., S. 225.

tität verlieren möchten. Die Auswanderung junger Araber, insbesondere junger Intellektueller, nach den USA hat sehr zugenommen [59]). 1963 waren 9 junge arabische Studenten aus Nazareth an der Jerusalemer Universität inskribiert. Im selben Jahr studierten allein 70 Nazarener in den USA [60]). Sie hatten nicht die Absicht, jemals wieder nach Israel zurückzukehren.

In Diskussionen mit arabischen Studenten aus Israel gewinnt man unweigerlich den Eindruck, daß sie die vom arabischen Studentenkomitee geäußerte Kritik an der bildungspolitischen Misere voll unterstützen und sich mit der politischen Richtung des Komitees identifizieren. Die Identifizierung ermöglichte auch die schwierige persönliche und materielle Situation der arabischen Studenten an den Universitäten in Israel. Die jüdischen Studenten nehmen keinerlei Kontakte zu ihnen auf, die Araber fühlen sich allein — wie in einem Getto —, und seit dem Anschlag auf die Cafeteria der Hebräischen Universität im März des vergangenen Jahres begegnen sie nur noch Mißtrauen. Die Angst, von jüdischen Studenten der Konspiration mit Arabern Ost-Jerusalems bezichtigt zu werden, wächst. Diese Atmosphäre nannte Samich el Kassim psychologischen Terror. Sie verhindert jegliche Kontaktaufnahme. Wegen ihrer materiellen Notlage sind die arabischen Studenten auf Arbeiten außerhalb der Universität angewiesen. Gewöhnlich arbeiten sie ca. 65 Stunden im Monat für einen geringen Stundenlohn [61]). Seit dem Sechs-Tage-Krieg und noch mehr seit dem Anschlag auf die Cafeteria können sie kaum noch Jobs zur Aufbesserung ihrer finanziellen Lage finden.

Die Studenten stellen zusammen mit den Lehrern das dominierende Element der arabischen Intelligenz in Israel dar. Während des israelisch-arabischen Krieges 1948 verließ die Mehrheit der arabischen Intellektuellen Palästina. Daher stellt die heutige arabische Intelligenzschicht in Israel ein „Lokalprodukt" dar [62]), d. h. sie erhielt in dem neuen Staat ihre Ausbildung. Sie weist eine sehr junge Altersstruktur auf, ähnlich den Intelligenzschichtungen einiger arabischer und junger afrikanischer Staaten [63]). Definiert man den arabischen Intellektuellen angesichts der historisch bedingten Entwicklung als eine Gruppe von israelischen Bürgern, die Bücher und Zeitungen/Zeitschriften lesen, im öffentlichen und wirtschaftlichen Bereich Aufgaben wahrnehmen und Forderungen wirtschaftlicher, kultureller oder politischer Natur stellen, dann stellen die Lehrer und Studenten das dominierende Element unter den arabischen Intellektuellen dar. Vertreter von „white-collar"-Berufen finden sich nur vereinzelt unter den Intellektuellen. Daher kann man von einem intellektuellen arabischen Proletariat in Israel sprechen. Die Vertreter der jungen Generation, größtenteils in Israel erzogen, vergleichen die Situation der arabischen Minorität nicht mit der in anderen arabischen Ländern, sondern mit der jüdischen Majorität. Sie lassen sich nicht so sehr von modernen geistigen Richtungen aus Europa inspirieren (etwa aus Frankreich oder der Sowjetunion), sondern sie orientieren sich in der Regel an den geistigen Strömungen anderer arabischer Staaten. Infolgedessen geraten sie nicht selten mit der jüdischen Majorität in Konflikt. Die Gefahr, daß die arabischen Intellektuellen in Israel zu „Yes-men" werden, besteht nicht. Vielmehr werden Araber, die eine kompromißbereite Haltung zur israelischen Realität einnehmen, des Ausverkaufs arabischer nationaler Interessen zugunsten persönlichen Profits bezichtigt. Dieser Personenkreis erlangt keine Schlüsselposition im politischen und wirtschaftlichen System.

---

59) Jedioth Chadashoth, 15. 9. 1969, S. 7.
60) „Resistentia", a.a.O., S. 16.
61) „Resistentia", a.a.O., S. 16.
62) Landau, Arabs, a.a.O., S. 44.
63) Siehe hierzu: R. Makarius, Le jeunesse intellectuelle d'Egypte au lendemain de la deuxieme guerre mondiale, Paris 1960.

Die Essenz dieser düsteren Bildungssituation ist, daß in naher Zukunft der größte Teil der Araber unterhalb des kulturellen Niveaus liegen wird, während bei den Israelis das Gegenteil der Fall sein wird.

Integrierungsversuche schlugen fehl

Versuche, ein besseres Klima in den Beziehungen zwischen Arabern und Juden durch eine Intensivierung der mitmenschlichen Kontakte herzustellen, das beiderseitige Mißtrauen abzubauen, die Araber in die israelische Gesellschaft zu integrieren, wurden von der israelischen Regierung unternommen, vor allem seitdem Levi Eshkol Ministerpräsident war. Um einige anzuführen:

In Akko, der alten, pittoresken Araberstadt, leben heute ca. 9000 arabische Bewohner innerhalb der „Altstadt", demgegenüber wohnen 28 000 jüdische Bürger in der jüdischen „Neustadt". Durch den Bau von „Minitrabanten-Städten", in denen Juden und Araber Tür an Tür wohnen, sollte unter anderem die Integration erreicht werden. In Akko projektierte die Kommune ein derartiges Wohnprojekt, das sogenannte Wolfson-Projekt. Um den Integrationseffekt zu vergrößern, werden von jüdischer Seite hauptsächlich Immigranten aus arabischen Ländern als Wohnpartner für die Araber akzeptiert. In den vergangenen fünf Jahren bezogen etwa 70 arabische Familien, in der Regel „white-collar"-Angestellte, die Wolfson-Wohnsiedlung [64]).

In Haifa, wo neben 20 000 Arabern mehr als 200 000 jüdische Bürger leben, experimentierte man mit ähnlichen Projekten. Den gleichen Zielen sollte das „Jüdisch-arabische Kultur- und Jugendzentrum", das Bet Hagafen, dienen.

Die zahlreichen Bombenanschläge in Haifa und Umgebung im Herbst des vergangenen Jahres änderten die Situation vollkommen. Jeder Araber galt als Verdächtiger. Die individuelle psychologische Gettoisierung setzte wieder ein, die Angst vor jüdischen Verdächtigungen und deren materiellen Auswirkungen für arabische Kaufleute, Handwerker und Fabrikarbeiter. Dem „Hoch" folgte ein „Tief". Das gegenseitige Verstehen wich dem Mißtrauen und dem Vorurteil.

Für die Araber liegt das Problem in der Identitätsfindung: „Bin ich ein Israeli? Oder bin ich ein Araber?" Für die Araber der älteren Generation ist die Beantwortung dieser Identitätsfrage leichter als für junge, da sie zeitlebens unter fremder Herrschaft leben mußten, unter der osmanischen, britischen und schließlich israelischen. Die jungen Araber, die zusammen mit Juden in der Schule westliche Demokratiebegriffe, Unabhängigkeits- und Selbstbestimmungsvorstellungen diskutierten, erkennen nach Beendigung der Schulzeit sehr schnell, daß für sie diese Prinzipien in nicht demselben Maße gelten wie für die Juden. Sie sehen, daß einige Berufe für sie praktisch nicht offen sind, wie etwa Richter. Ihr Bewußtsein wird von der Tatsache geprägt, daß die enormen Klassenunterschiede in Israel sie als Proletarier, d. h. als Arbeiter im agrarischen und industriellen Sektor, ausweisen. Mit Stolz erfüllt daher die israelischen Araber die positive Entwicklung in anderen arabischen Ländern, wie die Verstaatlichung des Suez-Kanals, die Agrarreform und der Bau des Assuanstaudammes in Ägypten oder der Sieg der syrischen Regierung über die Ölgesellschaften [65]). Sie spüren immer mehr, daß der Mensch „vom Brot allein nicht leben" kann. Die Demonstrationen ihrer arabischen Vettern in den besetzten westjordanischen Gebieten und in Gaza und die Erfolge der arabischen Widerstandskämpfer stärken zusehends ihr Selbstbewußtsein. Die israelischen Behörden trugen hierzu selbst ein Teil bei, da sie durch die Politik der „offenen Brücken" den Arabern in den besetzten Gebieten die Fortsetzung

[64]) Yaacov Friedler, Terror and the Israeli-Arab, in: JP, weekly, 1. 12. 1969, S. 8.
[65]) Mohammad Watad, Jeder Araber in Israel könnte ein Friedensbotschafter sein. In: Der israelisch-arabische Konflikt, a.a.O., S. 174.

ihrer Kontakte mit der arabischen Welt ermöglichen, eine Kontaktaufnahme der israelischen Araber mit ihren Vettern in Westjordanien aber verhindern.

Erleichtert hat die Identitätsfindung der Araber der Brand der Al-Aksa-Moschee im vergangenen Jahr. Obwohl einige loyale arabische Vertreter öffentlich erklärten, Israel treffe an diesem Unglück keine Schuld, wußten die Israelis nur zu gut, welche brodelnde Stimmung in den arabischen Gassen von Haifa, Nazareth, Akko und Jaffa in den Tagen nach dem Brandanschlag auf die Moschee herrschte. Der Brand ihres Heiligtums hat die Gemüter der Araber in Israel sehr erregt und zu einer Solidarisierung mit der gesamten islamischen Welt geführt. Die leise Kritik an der von der Regierung eingesetzten Untersuchungskommission durch die moslemische Untersuchungskommission, die sich im 18seitigen Report finden läßt, zeigte deutlich, daß der Moscheebrand für viele Araber eine Zäsur in ihrer Einstellung zum israelischen Staat darstellt. Die arabische Kommission kritisierte vor allem, daß die Regierungskommission nicht die Motive untersucht hat, die hinter dem Anschlag auf die Moschee steckten [66]).

Bei den „Histadruth"-Wahlen im September des vergangenen Jahres warb die „Rakach"-Partei (Neue Kommunistische Liste) in Nazareth mit dem Slogan „Unterstützt nicht diejenigen, die die Al-Aksa niederbrannten!" [67]) Der Erfolg war, daß die „Rakach" ihren Stimmenanteil in Nazareth verdoppeln konnte: gegenüber 22,6 Prozent bei den Wahlen 1965 erhielt sie in Nazareth 1969 42 Prozent der Stimmen [68]). Gerade das Ergebnis der „Histadruth"-Wahlen beunruhigte die politischen Kreise in Israel sehr. 32 Prozent der israelischen Araber votierten für diese Partei. In zahlreichen arabischen Städtchen konnte die „Rakach" ihre Stimmen verdoppeln. Außer in dem bereits erwähnten Nazareth gelang ihr dies noch in folgenden Städten: Arrabeh von 32 Prozent (1965) auf 71,3 Prozent (1969), Deir-Hanna von 26 Prozent auf 60 Prozent und Kabul von 24,5 Prozent auf 60 Prozent. In den Städten Dannon (von 45 auf 66 Prozent) und Jaffa (von 50 auf 63 Prozent) stieg ihr Stimmenpotential ebenfalls beträchtlich [69]).

Zeev Barth wertete dieses Ergebnis in der „Jedioth Chadashoth" als einen demonstrativen anti-israelischen Protest [70]). Nicht nur als antiisraelischer Protest sind diese Wahlen zu werten, sondern vielmehr als deutlicher Protest gegen die Politik der „Histadruth"-Führung. All die zahlreichen Integrierungsprogramme und Sozialmaßnahmen (wie etwa Krankenkasse) durch die „Histadruth" wurden von den Arabern nicht honoriert, da die Führung der „Histadruth" nur als ein Vollzugsorgan der Regierung gesehen wird, das unter anderem Streiks unterbinden und den Klassenfrieden sichern soll. In der „Histadruth" kommt nicht mehr der Wille der Werktätigen zum Ausdruck.

Wahlarithmetiker errechneten angesichts des „Histadruth"-Wahlergebnisses ein Ansteigen des „Rakach"-Stimmenanteils bei den Parlamentswahlen am 28. Oktober 1969 auf ca. 35 bis 37 Prozent, was eine Steigerung um mehr als 15 Prozent gegenüber den Parlamentswahlen von 1965 bedeutet hätte. Diese Prognosen gaben zu mancherlei Spekulationen Anlaß. In den arabischen Dörfern und Städten kursierten bereits die wildesten Gerüchte, wonach mit der Wiedereinführung der Militärverwaltung gerechnet werden müsse, falls die Wahlprognosen sich bestätigen würden. Die Wiedereinführung der Militärverwaltung wurde in einigen jüdischen Zirkeln ernsthaft diskutiert. Ein Kommentar der „Jedioth Chadashoth" bezweifelte, ob die Wiedereinführung der Militärverwaltung das adäquate

66) JP, weekly, 13. 10. 1969, S. 7.
67) Mark Seagl, 1969 Voters Guide. In: JP, weekly, 13. 10. 1969, S. 10.
68) „Al-Djabha", Heidelberg, Nr. 3/4, 1969, S. 18.
69) „Al-Djabha", Heidelberg, Nr. 3/4, 1969, S. 18.
70) „Jedioth Chadashoth", 26. 9. 1969, S. 5.

Mittel sei. „Erst wenn die arabische Jugend Israels sich zum aktiven Partner der Terroristen aufspielen sollte, dann heißt es entsprechende Maßnahmen zu ergreifen" [71]).

Angesichts dieser Umstände reagierten die israelischen Behörden entsprechend, als junge Araber und Israelis, die sich in der sozialistischen Organisation „Matzpen" rekrutieren, für arabische Jungarbeiter eine Zeitung herauszugeben beabsichtigten und einen entsprechenden Antrag auf Erteilung einer Lizenz stellten. Es wurde ihnen von der Regierung untersagt, ein Periodikum in Arabisch herauszugeben.

Was ist die „Rakach" für eine Partei, daß sie den Israelis soviel Kopfzerbrechen bereitet? Als sich die alte kommunistische Partei „Maki" 1965 spaltete, sprachen viele, so auch Leonard Fein in seiner Untersuchung der israelischen Politik [72]), von einer Spaltung in zwei Flügel, in den Moskau-hörigen jüdischen Flügel und in den China-orientierten arabischen. Solch eine Qualifizierung verkennt das tatsächliche Problem der Spaltung. Um es komprimiert zu sagen, der Bruch der „Maki" entstand durch die divergierenden Meinungen zum Staat Israel und zur Lösung des Nahost-Konfliktes. Während die Devise der „Rakach" lautet: „Nicht mit dem Imperialismus gegen die arabischen Völker, sondern mit den arabischen Völkern gegen den Imperialismus!", treten die in der „Maki" verbliebenen für die Erhaltung des Staates Israel ein. Wegen ihres Prinzips kann man die „Rakach" als einzige anti-zionistische Partei in Israel bezeichnen. Da alle arabischen Parteien außer „Rakach" mit den Parteien „Mapai", „Mapam" oder heute mit der Arbeiterpartei liiert sind, stellt „Rakach" die einzige arabische Partei dar.

1965 beteiligte „Rakach" sich zum ersten Male an israelischen Wahlen und konnte bei den Arabern sogleich einen durchschlagenden Erfolg verbuchen. Über 20 Prozent der arabischen Stimmen fielen ihr zu. Damals waren auf den ersten zehn Listenplätzen 5 Israelis und 5 Araber plaziert, auf den ersten drei Plätzen sogar 2 Araber, was bei keiner anderen Partei der Fall war. Seitdem hat sich das arabische Element in der Partei noch stärker profiliert, so daß die Bezeichnung „einzige arabische Partei" zutrifft, auch wenn Meir Vilner, der Parteisekretär, ein Jude ist.

Wegen der besonderen Parteistruktur und der Einstellung zur Palästinafrage sind die anderen politischen Parteien und die israelische Öffentlichkeit gegenüber der „Rakach" sehr allergisch. Die Unterschrift der Parteidelegation unter die offizielle Resolution der kommunistischen Weltkonferenz im vergangenen Jahr in Moskau, in der die israelische Politik verurteilt wurde, löste die heftigsten Attacken gegen die „Rakach" aus. Der Knessetabgeordnete Ammon Lin von der Arbeiterpartei schlug vor, die Partei zu verbieten. Zwar wurde dieser Vorschlag abgewiesen, insbesondere aus außenpolitischen Erwägungen, doch die Erklärung des Fraktionschefs der Unabhängigen Liberalen, Gideon Hausner, daß „Rakach" sich an der Grenze des in einem demokratischen Regime Erlaubten befinde, verdeutlichte nur zu gut, daß die „Rakach" den Israelis ein Dorn im Auge ist, da sie lebenswichtige Interessen der Nation verrate, wie Hausner es nannte. Zum ersten Male in der israelischen Geschichte warf eine Knessetfraktion einer anderen vor, die Grenze des Erlaubten erreicht zu haben [73]).

Bei den Parlamentswahlen im vergangenen Oktober richtete sich das Augenmerk auch auf das Abschneiden der „Rakach"-Liste. Angesichts der divergierendsten Spekulationen um die „Rakach" wurde das Absinken des Stimmenanteils von

[71]) „Jedioth Chadashoth", 26. 9. 1969, S. 5.
[72]) Leonard Fein, Israel-Politics and People, Boston 1967, S. 113.
[73]) „Jedioth Chadashoth", 13. 6. 1969, S. 2.

32 Prozent (Gewerkschaftswahlen) auf 28 Prozent (Parlamentswahlen) als eine Überraschung gewertet. Nüchtern betrachtet, steigerte „Rakach" ihr Stimmenpotential um nicht ganz 10 Prozent gegenüber 1965. Als weit überraschender wurde die Tatsache empfunden, daß von 14 000 Drusenstimmen mehr als 1000 an die „Rakach" gingen [74]). Versteht sich vor diesem Hintergrund die Erklärung Minister Shimon Peres', der vor kurzem für eine völlige Autonomie der Drusen im Norden Israels oder den Golanhöhen eintrat?

Die hohe Wahlbeteiligung der Araber (1955 sogar 91 Prozent) bei den Parlamentswahlen und die hohen Stimmenanteile für die mit der „Mapai" oder „Mapam" liierten arabischen Listen stellen ein Phänomen dar, das noch nicht ausreichend untersucht wurde. Die israelische Regierung wertete diese Ergebnisse jeweils als einen Vertrauensbeweis für die israelische Politik. So wurde auch die relativ hohe Wahlbeteiligung der Ostjerusalemer (annähernd 20 Prozent) bei den Stadtratswahlen, die zusammen mit den Parlamentswahlen im vergangenen Jahr stattfanden, als ein eindeutiges Votum für die Jerusalem-Lösung angesehen. Die arabische Bevölkerung Ostjerusalems durfte sich nur an der Kommunalwahl beteiligen, da sie nur Bewohner der Stadt sind, nicht aber Bürger des Staates Israel. Vielleicht bietet folgender Umstand eine Erklärung für das arabische Wahlphänomen: Vier Monate vor dem anberaumten Wahltermin errichtete Teddy Kollek, der Bürgermeister von Jerusalem, ein privates und geheimgehaltenes Wahlkampfbüro, das von Meron Benbenisti geleitet wurde. Wie Uri Davis, Spitzenkandidat der „Peace for Jerusalem-Campaign"-Liste bei den Jerusalemer Kommunalwahlen, in einer Rückschau auf die Wahlen berichtete, verbreitete das Büro Kolleks in Ostjerusalem vier Monate lang systematisch Gerüchte, daß jeder arabische Bewohner von Jerusalem, dessen Identitätskarte keinen Wahlstempel enthält, den Arbeitsplatz verliert und nach Jordanien deportiert wird [75]). Eine derartige Mundpropaganda mag ebenfalls bei anderen israelischen Wahlen vorgelegen haben. Eine Marginalie kann vielleicht ein Licht in das arabische Wahlphänomen bringen: Bei Umfragen, die die Einstellung der Araber zum israelischen Staat eruieren sollen, erhalten die Interviewer nur sehr zögernd, und wenn überhaupt, dann nur ungenügende Antworten. Dies erklärt auch Jacob Landau, der eine Befragung der Araber auswertete [76]). Wir erkennen hier wie bei den Wahlergebnissen einen gewissen Einfluß der Angst, des psychologischen Drucks.

Bürger zweiter Klasse

Die Lage der Araber in Israel, wie ich sie an einzelnen Punkten exemplarisch aufzuzeigen versucht habe, kann man nur im geschichtlichen Kontext verstehen. Die sozio-ökonomische Struktur der arabischen Bevölkerung und die Mittel, die zu deren Verbesserung eingesetzt werden, weisen die in der Minorität sich befindende Bevölkerungsgruppe als Bürger zweiter Klasse aus. Alle Versuche, die individuelle Gettoisierung und die gesellschaftliche Isolierung der Araber aufzuheben, sind bisher fehlgeschlagen. Vor allem die Ereignisse des vergangenen Jahres bedeuten eine Zäsur in der Haltung der Araber zum israelischen Staat. Nicht Loyalität — bei der Formulierung durch das israelische Außenministerium mag der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen sein — prägt das arabische Verhalten, sondern Neutralität und dadurch Isolierung. Durch diese Haltung zeigten die Araber in Israel gerade jenen Sinn für Realitäten, den die Israelis den Arabern so gern absprechen. Das Mißtrauen der Juden gegenüber den Arabern, die Annahme, die Araber seien nicht loyal, schließt die Araber von

[74]) JP, weekly, 3. 11. 1969, S. 5.
[75]) Uri Davis, The Jerusalem Municipal Elections 1969, Report, Jerusalem 1969, unveröffentlichtes Manuskript, S. 6.
[76]) Landau, Arabs, a.a.O., S. 267 ff.

gesellschaftlichen Positionen aus, in denen sie gerade Loyalität entwickeln könnten; dieses Mißtrauen isoliert diese Volksgruppe immer weiter. Dieser Ansicht des israelischen Soziologen Alex Weingrod [77]) kann beigepflichtet werden. Die Gefahr der Isolierung der Araber in Israel und der sich daraus ergebenden Konsequenzen sahen der Kreis um Martin Buber und die deutsche Partei „Aljah Chadaschah" in den 30er und 40er Jahren voraus.

Immer begegnet man im Zusammenhang mit den israelischen Arabern dem Argument, daß die Araber in Israel seit der Staatsgründung einen steilen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg im Vergleich zu den Arabern der anderen Länder verzeichnen können: Gestiegenes Einkommensniveau, Nationalversicherung, Krankenkasse, Senkung der Sterbeziffer, die Tatsache, daß heute ca. 80 Prozent aller arabischen Frauen ihre Kinder in Hospitälern zur Welt bringen, gegenüber 40 Prozent im Jahre 1950 [78]), die Integration der arabischen Frau in den Produktionsprozeß ... Der Vergleich mit der gesellschaftspolitischen Struktur in anderen arabischen Ländern ist aber nicht angebracht, da es sich bei den Arabern in Israel um israelische Bürger handelt. Will man Vergleiche ziehen, dann kann dies nur im Vergleich mit dem Lebensstandard der übrigen israelischen Bürger geschehen. Der Satz von Mohammed Watad, daß der arabische Bürger in Israel voll und ganz an der Entwicklung des Landes teilgenommen hat, aber nur wenig Früchte erntete, trifft ins Schwarze [79]).

Die Zukunft der Araber liegt bei der Jugend. Der Anteil der Jugendlichen bei der mohammedanischen Bevölkerung in Israel beträgt 53 Prozent gegenüber 31 Prozent der jüdischen Jugend. Über 70 Prozent der Araber sind noch keine 30 Jahre alt [80]). Diese Veränderung der demographischen Landschaft wirkt sich aus. Die jungen Araber werden sich der Bedeutung als die eigentlichen Proletarier in Israel bewußt. Bisher wußten sie nicht, wohin sie gehörten. Sie standen gleichsam zwischen Hammer und Amboß, da die Israelis in ihnen die Araber und die benachbarten Araber in ihnen die Israelis sahen. Die Ereignisse und die Behandlung durch die Israelis führten zu einer Identitätsfindung, zu einer Erneuerung ihrer geistigen Kontakte mit den arabischen Völkern. In der Identifikation mit den übrigen arabischen Völkern sieht der arabische „Mapam"-Abgeordnete Abdul Aziz Zuabi das Wiedererwachen des Nationalismus, eines Nationalismus arabischer Herkunft in Israel, der sich als Teil der arabischen Welt versteht [81]).

---

77) Alex Weingrod, Israel. Group Relations in a New Society. London 1965, S. 71.
78) Ori Stendel, a.a.O., S. 12.
79) Mohammad Watad, a.a.O., S. 172.
80) AWJ, 25. 7. 1969, S. 4.
81) JP, weekly, 1. 12. 1969, S. 7.

Die Diskriminierung der Schülerinnen

Am Beispiel der nordrhein-westfälischen Lehrpläne

Von Christine César, Christa Frach, Florence Hervé-Murray, Meinholde Sollmann, Verena Sommerfeld

Die Bundesrepublik schuf nach ihrer Gründung kein neues Schulsystem, sondern übernahm bis ins Detail die Struktur und auch die Lehrinhalte der Weimarer Republik. Der ohnehin schon komplizierte Aufbau des Bildungswesens wurde durch nach und nach neu hinzukommende Schultypen noch unübersichtlicher. Die weiterführenden Schulen blieben in der Regel nach Geschlechtern getrennt. Noch immer ist der größte Teil der Gymnasien ohne Koedukation. Konfessionelle Schulen, Privatschulen blieben erhalten. Die Existenz von Frauenoberschulen, sogenannten F-Gymnasien (sie führen nur zur eingeschränkten Hochschulreife) und sozialwissenschaftlichen Gymnasien zeugt davon, daß eine gleichberechtigte Chance den Schülerinnen nicht gegeben ist.

Heute gibt es in der Bundesrepublik 1 888 000 Schüler an Gymnasien und Realschulen. Der Anteil der Mädchen an Bildungseinrichtungen hat sich aber in den letzten zwanzig Jahren nur unwesentlich gesteigert. Während der Anteil der Mädchen an Realschulen 51,4 Prozent erreicht, liegt er bei Gymnasien nur an 40,4 Prozent. Zwar haben sich die Abiturientenquoten für männliche und weibliche Schüler kontinuierlich gesteigert, sie verliefen jedoch über zehn Jahre parallel. 1968 gab es nur 39 Prozent Mädchen unter den Abiturientinnen [1]). Das Ergebnis zwanzigjähriger CDU-Regierung: Die Bildungsmisere ist groß wie nie zuvor:

— Es fehlt an Schulräumen, Lehrern und Lehrmitteln;

— noch immer sind die Klassenfrequenzen zu hoch;

— der Unterricht wird weitgehend nach Bildungsplänen und Schulbüchern durchgeführt, die in Anlage und Inhalt noch aus dem vorigen Jahrhundert stammen;

— die Bildungsschranken für die Kinder der Arbeiterschaft und der Bauern bestehen nach wie vor: Nur 6 Prozent der Abiturienten sind Arbeiterkinder (davon 1,7 Prozent Mädchen), obwohl der Anteil der Arbeiter an der Bevölkerung über 50 Prozent beträgt [2]).

Diese Situation ist jedoch in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlich. Nordrhein-Westfalen ist eines der rückständigsten Länder. Hier überwiegen noch die konfessionellen Schulen. Bei den Volksschulen (Grundschulen und Hauptschulen) erreicht der Anteil der katholischen Bekenntnisschulen 56,4 Prozent, der evangelischen Bekenntnisschulen 24,5 Prozent, der Gemeinschaftsschulen nur 19,1 Prozent [3]). Besonders für die Schülerinnen bedeutet dies, daß sie nach veralteten Prinzipien erzogen werden. Hinzu kommt, daß 9,3 Prozent der Mädchen Frauenoberschulen besuchen, wo sie nicht mit Abitur abschließen werden. Die Zahl der Schüler je Lehrer ist außerdem mit 36,5 Prozent höher als in den meisten

1) Bildungsbericht 1970, Die bildungspolitische Konzeption der Bundesregierung, Bonn 1970, S. 69.
2) Ebenda, S. 31.
3) Strukturförderung im Bildungswesen des Landes Nordrhein-Westfalen, Statistik des Bildungswesens 1950—75, Schriftenreihe des Kultusministers, 1968, S. 23.

Bundesländern, und die Abiturientenquote liegt mit 6,6 Prozent entschieden unter dem Bundesdurchschnitt [4]). Der Anteil der weiblichen Schüler ist seit 1950 praktisch unverändert geblieben und liegt bei etwa 50 Prozent an den Realschulen. An den Gymnasien ist der Anteil der Schülerinnen seit 1950 nur ganz leicht gestiegen und liegt heute bei 44,7 Prozent [5]).

Die offenbare Diskriminierung der Schülerinnen, wie sie in den Statistiken zum Ausdruck kommt, widerspiegelt sich in den Lehrplänen von Nordrhein-Westfalen. Die Tatsache, daß die Bundesregierung im Bildungsbericht feststellt, die Lehrpläne seien antiquiert und sollten geändert werden [6]), unterstreicht nur die Notwendigkeit, sie zu analysieren. Denn nach den bisherigen Äußerungen des Wissenschaftsministers ist zu erwarten, daß es weniger um Änderungen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung als darum geht, die Lehrpläne den Erfordernissen des spätkapitalistischen Herrschaftssystems anzupassen.

Die Weiblichkeitsideologie in den Lehrplänen

Um die Diskriminierung der Mädchen an den Schulen aufzuzeigen, haben wir uns auf exemplarische Fälle in den Lehrplänen der Grund- und Hauptschulen, der Realschulen und Gymnasien beschränkt. Es kann nicht darum gehen, innerhalb dieser scheinbaren Progressivität der Lehrpläne zu argumentieren, da sich in ihnen nach wie vor die bürgerliche Ideologie niederschlägt, die einerseits wissenschaftliche Erkenntnisse der Psychologie und der Medizin über die Fähigkeiten der Frau unberücksichtigt läßt und andererseits unserem demokratischen Selbstverständnis von Chancengleichheit widerspricht. Vielmehr geht es uns darum, den Widerspruch zwischen den angeblich demokratischen Forderungen und den näher ausgeführten Bestimmungen aufzuzeigen.

Schauen wir uns die Lehrpläne an, so finden wir als durchgehende Richtlinie die Anweisung, man müsse den Eigenarten der Geschlechter gerecht werden [7]). Im Verlauf der Untersuchung wird sich zeigen, daß sich alle Lehrpläne an diesem Grundsatz orientieren. In den Richtlinien für den Unterricht in den Realschulen heißt es: „Die Eigenart der Geschlechter und ihre unterschiedlichen Lebensaufgaben müssen bei der Auswahl des Unterrichtsinhalts und bei der methodischen Gestaltung des Unterrichts berücksichtigt werden". In den Richtlinien für den Unterricht an der höheren Schule: „Verschieden ist die Bedeutung, die Beruf und Familie im Leben von Mann und Frau haben: sie wirkt voraus bei den Heranwachsenden. Diese Polarität verbietet eine Nivellierung und erfordert eine Differenzierung im Unterricht". An der Hauptschule: „Als besondere Schulform ‚von eigenem Charakter, eigener Bedeutung, eigener Unterrichtsmethode' mit dem Auftrag, der unterschiedlichen Begabung, der Eigenart der Geschlechter gerecht zu werden, erhebt sie den Anspruch, neben den anderen weiterführenden Schulen eine Oberschule zu sein, die erheblich über die Anforderungen der bisherigen Volksschule hinausführt". An der Grundschule: „Mann und Frau sind körperlich verschieden. Sie ergänzen einander. Sie haben meist verschiedene Interessen und Aufgaben" [8]).

Wir gehen von den demokratischen Forderungen aus, überprüfen ihren Wahrheitsgehalt an Hand der Bestimmungen für die einzelnen Fächer, um somit unsere vorhergenannte These zu verifizieren.

4) Ebenda, S. 130.
5) Ebenda, S. 38.
6) Dies dauert sowieso einige Jahre.
7) Grundsätze, Richtlinien, Lehrpläne für die Hauptschule in NRW, Heft 4, Henne Verlag, Ratingen, für Realschulen, Grundschulen.
8) Richtlinien für den Unterricht in den Realschulen, Schriftenreihe des Kultusministeriums, 1967. Richtlinien für den Unterricht in der höheren Schule, 1963. Lehrpläne für die Hauptschule, a.a.O. Richtlinien und Lehrpläne für die Grundschule, Düsseldorf 1969, S. 314.

A) Es wird gefordert: Politische und soziale und arbeitstechnische Zusammenhänge durchschaubar zu machen, um den Schüler zum verantwortungsbewußten Handeln in diesen Bereichen zu erziehen [9]).

Für das Fach Geschichte, das vorrangig dieser Forderung zu entsprechen hätte, finden sich keine konkreten Hinweise, welche die geschlechtsspezifische Didaktik im Geschichtsunterricht korrigieren. Hieraus ist zu folgern, daß dieses Fach den Mädchen wie bisher vom Lehrer stark persönlichkeitsorientiert vermittelt wird. „Um Denken entbehrlich zu machen, werden Probleme, Strukturzusammenhänge, Abstraktionen personalisiert" [10]). Der diskriminierende Charakter dieser Methode tritt in seinen Auswirkungen offen zutage. Das Mädchen und die Frau werden in besonderem Maße in politischer Unmündigkeit gehalten und dienen somit gerade in der BRD als wichtiger Stabilisationsfaktor für die Erhaltung des herrschenden Systems. Der Mangel an Abstraktionsfähigkeit, d. h. die Unmöglichkeit, Zusammenhänge, die hinter der vordergründigen Position der „großen Persönlichkeiten" liegen, zu erkennen, zu durchschauen, daß in diesem System jeder austauschbar ist, ohne damit eine Veränderung zu bewirken, wenn nicht der gesamte Machtapparat von Industrie und Bürokratie grundlegend geändert wird, dieser Mangel macht jede Frau beliebig manipulierbar, da dank der Fixierung auf die Person jeder Durchblick unmöglich ist. Auf diese Weise wird politisch verantwortungsbewußtes Handeln so gut wie unmöglich gemacht. In diesem Zusammenhang ist auf die weitere Forderung zu verweisen:

B) Es wird gefordert, die Abstraktionsfähigkeit systematisch zu entwickeln [11]). Sehen wir vom Geschichtsunterricht ab, so finden wir in den Bestimmungen für den naturwissenschaftlichen Unterricht (Mathematik, Physik, Chemie) an den entsprechenden Schulen durchgehend die Meinung ausgedrückt, daß das Mädchen in bestimmten Fächern weniger begabt sei als der Junge.

Mathematik: Dem Mädchen müsse, entsprechend seinen auf diesem Gebiete eingeschränkten Fähigkeiten, der Mathematikstoff in anschaulicher Weise nahegebracht werden (vgl. Lehrpläne für das Gymnasium). Lediglich für den Geometrieunterricht, der das Anschauungs- und Vorstellungsvermögen ausbilden soll, gilt das Bildungsziel für Jungen und Mädchen in gleicher Weise [12]).

Physik soll nicht mit allzuviel Formeln und dergleichen abstrakten Anforderungen geboten werden. Hier soll das plastische, sinnliche Experiment (Riechen, Hören, Sehen) vorgezogen werden. In den Bestimmungen heißt es: „Im Wahlpflichtfach Physik sollten dem Experiment und dem Experimentieren große Bedeutung zugeschrieben werden und die Frage, wieweit die Mathematisierung und wissenschaftstheoretische Vertiefung den Schülerinnen zumutbar sind, mit Sorgfalt bedacht werden" [13]).

Chemie soll als praktische Hilfe für die „gute Hausfrau" angeboten werden, da dieses Fach grundlegende Einsichten in Gartenbau und Hauswirtschaft vermittelt. „Die Unterrichtsgegenstände der Fächer des Frauenschaffens (Gartenbau und Hauswirtschaft) sind immer wieder in zwangloser und maßvoller Weise einzubeziehen" [14]).

Diese schwerpunktmäßig auf Anschaulichkeit ausgerichtete Ausbildung in den Naturwissenschaften begrenzt von vornherein die Berufsaussichten der Mädchen.

---

9) Richtlinien für die Hauptschule, a.a.O., Teil II.
10) Stimme der Gemeinde, Heft 12 vom 15. Juni 1970, S. 368.
11) Lehrpläne für die Hauptschule, a.a.O., Teil V, A2/5.
12) Ebenda, B7/36, I. 1.
13) Richtlinien für den Unterricht in der höheren Schule, a.a.O.
14) Ebenda, für die Frauenoberschule.

Soeben erschienen

Hans-Dieter Bamberg

Militärseelsorge in der Bundeswehr

Schule der Anpassung und des Unfriedens. 304 Seiten, englisch broschiert, DM 9,80

Der Verfasser untersucht zunächst die Zusammenhänge von Christentum und Militarismus und legt dar, wie eine deformierte Religiosität geradezu einlädt zur Anstiftung von Unfrieden nach außen und zur Hinnahme eines faulen sozialen Friedens im Innern der Gesellschaft. Dabei werden auch die „Höhepunkte" der „christlichen" Kriegspropaganda im 20. Jahrhundert dargestellt.
Die Analyse der heutigen Militärseelsorge wird eingeleitet mit einer detaillierten Übersicht über die religiöse Wiederaufrüstungspropaganda, die wohl entscheidend für das Zustandekommen der Bundeswehr war. Der Autor weist dann nach, daß die wichtigsten organisatorischen Schritte zur Begründung der westdeutschen Militärseelsorge ohne gesetzliche Grundlage geschahen und daß die späteren Gesetze und Erlasse dazu verfassungswidrig sind — vor allem, weil sie dem Verfassungsgrundsatz der Trennung von Staat und Kirche widersprechen, von dem her staatsbeamtete Kultdiener und staatliche Kultausgaben von ca. 45 Mio. DM pro Jahr nur als absurd zu bezeichnen sind.
In der Analyse der dem „lebenskundlichen Unterricht" zugrundeliegenden Schriften, Lehranweisungen etc. sowie dessen praktischer Durchführung wird der Charakter der Militärseelsorge als antidemokratische und antisozialistische Propagandazentrale sowie als Sozialtherapie zur Beruhigung des Gewissens der Soldaten nachgewiesen. Sensationell sind die Belege dafür, daß in der katholischen Militärseelsorge faschistisches und zur Feindhetze aufrufendes Gedankengut gepflegt wird, das eindeutig den demokratischen Verfassungsgrundsätzen des Staates widerspricht, der sie bezahlt.
Der Autor diskutiert auch die jeweiligen kirchlichen und staatlichen Interessenlagen an der Militärseelsorge, ehe er Alternativen für die Praktizierung christlichen Glaubens auch in der Armee aufzeigt und Hinweise gibt, wie der Militärseelsorge-Propagandaapparat juristisch angegriffen bzw. praktisch-politisch bekämpft und unterlaufen werden kann.

Pahl-Rugenstein

C) Demgegenüber wird gefordert, dem Schüler eine Einführung in die Arbeits- und Berufswelt zu geben und ihn auf die wechselnden Anforderungen im Beruf vorzubereiten [15]). In den Bestimmungen werden Fächer angeboten, die vor allem für das Mädchen verbindlich sind. Darunter fallen Hauswirtschaft, Textilgestaltung oder Handarbeit und berufskundlicher Unterricht. So finden wir in den Lehrplänen folgendes Unterrichtsmuster: Vom 9. Schuljahr der Hauptschule an ist für das Mädchen Hauswirtschaft verbindlich, für die Jungen Hauswirtschaft und Technisches Werken alternativ wählbar.

Auszug aus „Lehrpläne für die Hauptschule", Nr. B 10/136, ab I/3.

Aufgabe	*Lernziel — Einsichten*	*Fächerübergreifende Bezüge*
**) Die Bedeutung einer abgeschlossenen Berufsausbildung für das Mädchen*	*Der Beruf schafft wirtschaftliche und soziale Sicherung für den einzelnen und die Familie. Eine hauswirtschaftliche oder sozialpflegerische Ausbildung ist zugleich Grundlage für die spätere Führung des eigenen Haushalts.*	*Vgl. Lehrplan Geschichte — Politische Bildung*
II. Die Frau (das Mädchen) im Beruf *1) Ihre Kleidung unter besonderer Berücksichtigung der pflegeleichten Textilien*	*Die gepflegte Frau ist sicher in ihrem Auftreten; sie findet Anerkennung in Familie und Beruf.*	*Vgl. Lehrplan Chemie: Chemiefasern, Waschmittel*
a) Materialeigenschaften der Chemiefasern *b) Einsatzfähigkeit und Verwendungszweck* *c) Arbeitsverfahren zur Pflege und Reinigung* *d) Waschmittel* *e) Chemische Reinigung* *(Vor- und Nachteile, wirtschaftliche Überlegungen)*	*Forschung auf dem Gebiet der Textilien und der Waschmittelchemie, Mode und Industrie kommen den vielfältigen Ansprüchen an die Berufskleidung entgegen.*	*Vgl. Lehrplan Textilgestaltung*
2) Zweckmäßige Schuhe bei unterschiedlicher Beanspruchung	*Kenntnisse von der Funktion der Füße führen zur Einsicht, daß die Auswahl „passender" Schuhe notwendig ist.*	*Vgl. Lehrplan Biologie*
3) Kosmetik und Hygiene	*Kenntnisse auf dem Gebiet der Kosmetik sind Voraussetzung für eine maßvolle Anwendung der Kosmetika.*	
III. Doppelte Berufsausübung der erwerbstätigen Frau *1) Der Hausfrauenberuf* *a) Die vielseitigen Aufgaben der Ehefrau in Familie und Haushalt* *b) Die Beanspruchung im Hausfrauenberuf* *c) Arbeitsleistung und Arbeitsbewertung im Haushalt. Notwendigkeit des Ausgleichs bei einseitiger Belastung.*	*Die familiären und wirtschaftlichen Aufgaben im privaten Lebensbereich der Frau und die damit verbundenen vielfältigen Anforderungen sollen erkannt werden.*	*Vgl. Lehrplan Geschichte — Politische Bildung: die Emanzipation der Frau*
2) Die berufliche Mitarbeit der Ehefrau — wirtschaftliche Notwendigkeit oder echte Aufgabenstellung	*Problem: Die Berufstätigkeit der Ehefrau, doppelte Verpflichtungen.*	

[15]) Lehrpläne für die Hauptschule, a.a.O., Teil A 1/1.

Allein die Existenz dieser Fächer und von Schulen wie Frauenfachschulen, an denen diese Fächer gelehrt werden, stellen in sich eine Benachteiligung für Mädchen dar. Die Benachteiligung wird auch dann nicht aufgehoben, wenn für den Jungen das Fach verbindlich ist, da er sich im 9. Schuljahr, im Unterschied zum Mädchen, zwischen zwei Fächern entscheiden kann.

Die Unterrichtsinhalte sind so angelegt, die spätere Hausfrau zu einer rationelleren und ökonomischeren Führung ihres Haushaltes anzuleiten. Die Textilgestaltung dagegen hat die Aufgabe, dem Mädchen eine praktisch-ästhetische Bildung zu vermitteln. Folgendes Zitat zeigt eindeutig, welche Funktion dieses Fach übernimmt, nämlich die Frau in den Bereich zu verweisen, der ihr „von Natur aus" zukommt: „Aus dem gestaltenden Umgang mit dem textilen Material und aus der Reflexion über dieses Tun gewinnt das heranwachsende Mädchen in bezug auf Kleidung und Wohnung Sensibilität für Material und Formqualitäten, Urteilsvermögen über Verarbeitungs- und Gebrauchsqualitäten, kurz: guten Geschmack und Kriterien, die helfen, in diesen Bereichen vernünftig, planvoll und zweckgerichtet zu handeln, d. h. auch zu konsumieren. Es werden wichtige Voraussetzungen für die Gestaltung der eigenen Lebenswelt geschaffen und Verständnis für die kulturelle Umwelt angebahnt" [16]).

Folgerichtig setzt der berufskundliche Unterricht diese Ideologie fort. Anhand der im berufskundlichen Unterricht aufgestellten Lehrinhalte- und Ziele läßt sich nachweisen, daß die Frau einmal auf bestimmte Berufe fixiert wird, zum anderen ihre Doppelbelastung in Beruf und Haushalt erst gar nicht in Frage gestellt wird, sondern vielmehr werden ihr nur Hinweise zur Bewältigung gegeben. Diese Hinweise sehen so aus, daß die Frau gezwungen wird, ihren Haushalt zu rationalisieren, das bedeutet zugleich: sie arbeitet hauptsächlich für die Anschaffung teurer Haushaltsgeräte.

An dieser Stelle zeigt sich wieder, daß die Schule die Weiblichkeitsideologie im Interesse der Unternehmer vermittelt.

Setzt man die eben genannten Lehrinhalte- und Ziele in Bezug zur Forderung C), muß deren Inhalt so verstanden werden: Einführung in die typisch weibliche Arbeits- und Berufswelt. Wie in den anderen Fächern, so wird auch an dieser Stelle besonders deutlich, daß das Mädchen nicht frei wählen kann (im Grundgesetz Art. 12 steht: Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen!), vielmehr werden seine Berufsperspektiven hauptsächlich auf sozialpflegerische und pädagogische Berufe festgelegt. Die Frau gerade in diese Richtung zu drängen, ist logisch. Erstens ist die Frau durch die Weiblichkeitsideologie auf die Rolle der Dienenden und Sorgenden fixiert. Zweitens besteht ein Mangel an Arbeitskräften auf dem sozialpflegerischen Gebiet, da gemäß dem Leistungsprinzip und den Profitinteressen unserer Gesellschaft diese Berufe unterbezahlt und unterbewertet sind. Die Nachteile der sozialpflegerischen Berufe werden dank der gefühlsbetonten und irrationalen Erziehung der Mädchen verschleiert. Der Idealismus entschädigt sie für die größten Ungerechtigkeiten.

Angesichts der Doppelbelastung der Frau kann der Anspruch, daß der Schüler den rasch wechselnden Anforderungen im Beruf gerecht werden muß, nur als reiner Zynismus oder als realitätsfern interpretiert werden.

Die letzte Forderung, die wir innerhalb dieser Arbeit untersuchen wollen, lautet:

---

[16]) Lehrpläne für die Hauptschule, a.a.O.

D) Einführung des Schülers in die Wirklichkeit [17]).

Da sich im Schulbereich die Wirklichkeit vor allem im Lehrmaterial widerspiegelt, greifen wir auf eine Untersuchung der derzeitigen Lesebücher für den Deutschunterricht zurück. Sie behandelt die Lesebücher von Hessen, das im Vergleich zu NRW als fortschrittlich im Bildungssektor gilt [18]).

Obwohl die neuen Lesebücher ihrer Anlage nach in Inhalt und Ausdruck moderner und sachgerechter sind, hat sich am Bild der Frau nichts geändert. Die Untersuchung über die Personenverteilung innerhalb der einzelnen Lesestücke weist nach, daß die Frau weiterhin unterrepräsentiert ist. Die Weiblichkeitsideologie, die die Frau auf die Funktion der Mutter und Hausfrau reduziert, findet sich durchgehend in allen untersuchten Lesebüchern. Von der Arbeits- und Berufswelt ist die Frau fast ganz ausgeschlossen.

„Nach der geschlechtszugeordneten Wesensfixierung des Lesebuchs können Frauen höchstens ihre Mütterlichkeit, Hilfsbereitschaft und Selbstlosigkeit auf den Berufssektor übertragen" [19]), d. h. sozialpflegerische Berufe ergreifen. Die berufstätige Mutter wird mit negativen Klischees, die Welt der Mädchen harmonievoll, konfliktlos und rollenfixiert beschrieben. „Die Weltflucht und beharrende Ängstlichkeit als Geschlechtsmerkmal wird in diesen Kinderidyllen bereits planmäßig vorbereitet" [20]). Das Lesebuch geht in keiner Weise auf die veränderte Stellung der Frau ein. Weder kritische Auseinandersetzungen mit den tradierten Vorstellungen der Frauenrolle, noch „Erziehung zur Selbständigkeit", „Initiative", „Reflexion über den Standort in der Gesellschaft" sind zu finden, d. h., dem Mädchen wird keinerlei Möglichkeit geboten, sich in sachgerechter Weise mit seiner Umwelt auseinanderzusetzen. Die Autorin stellt weiter fest: „Die Möglichkeiten der Selbstbestimmung, die nach den ideologieverhafteten Vorbildern der Lesebücher den Schülerinnen noch offenbleiben, kontrastieren bedenklich zu den Grundsätzen einer demokratischen pluralistischen Gesellschaft". Unter diesen Voraussetzungen verliert jede Koedukation ihren progressiven Sinn, nämlich: für beide Geschlechter gleiche Chancen zu gewährleisten und eine Basis zu schaffen, auf der Vorurteile abgebaut werden.

Der Landtagspräsident Rudolf Hanauer meint dazu: „Die Gleichberechtigung der Frau ist voll realisiert, lediglich die Bereiche zugunsten der Frau sind ausgenommen. Die Gleichberechtigung des Mannes wäre das nächste Ziel"!! (so in der Süddeutschen Zeitung vom 10. 6. 1970 nachzulesen).

Funktion der Weiblichkeitsideologie der Lehrpläne

Diese reaktionäre Ideologie, wie sie offen in den Lehrplänen für Nordrhein-Westfalen zum Ausdruck kommt, hat mehrere Funktionen. Zunächst soll sie die Schülerinnen auf ihre zukünftige Rolle als Frau und Mutter, höchstens als „Zuverdienerin" des Mannes vorbereiten. Der Mangel an Qualifikation bei den Mädchen und die Ideologie der Naturgegebenheit der Frauenrolle (diese beiden Faktoren bedingen sich gegenseitig) dienen der Profitmaximierung. Sie erlauben nämlich die Ausbeutung der Frau und sollen deren geringen Lohn rechtfertigen: So erzielen jährlich die westdeutschen Monopole 7,9 Milliarden DM an Extraprofiten dadurch, daß die Frauen bis zu 30 Prozent weniger Lohn erhalten als die Männer. Durch den Mangel an qualifizierter Erziehung und Bildung in Schule und Hochschule bleiben die zukunftsträchtigen Berufe den Mädchen weit-

17) Lehrpläne für die Hauptschule, Teil V, A 2/5.
18) Inge Sollwedel, Das neue Frauenbild in den Lesebüchern, veröffentlicht in ‚Informationen für die Frau', Nr. 6, Juni 1970.
19) Ebenda, S. 7.
20) Ebenda, S. 8.

gehend versperrt. Interessant ist es in diesem Zusammenhang, an die Rolle und den Einfluß der Wirtschaftsverbände auf die Schule zu erinnern. „Es gibt Anzeichen dafür, daß mächtige Interessenten sich der höheren Schule samt der Berufsschulen bemächtigen wollen, um sie vollends in einen polytechnischen Horizont zu stellen" [21]), animierte Karl Korn schon vor Jahren. Konkret sieht die Aktivität der Wirtschaftsverbände im Schulbereich so aus, daß die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) 1962 über 80 Arbeitskreise „Schule-Wirtschaft" verfügte, in denen u. a. die Lehrer auf die Indoktrination der Schüler mit den Idealen der Sozialen Marktwirtschaft verwiesen wurden. Die Forderungen der Wirtschaft an die Schule sind die der Profitverdienenden: „Das Verhältnis von Schule und Wirtschaft ist ein Verhältnis von Schule und kapitalistischer Wirtschaft, d. h. ein Verhältnis, in dem das Kapital und nicht die Masse der Arbeiter und kleinen Angestellten den Ton angibt" [22]). Wie der Autor weiter feststellt, gibt es keine Gegenmacht zu den Aktivitäten der Arbeitgeberseite in Erziehungs- und Bildungswesen.

Die kapitalistische Wirtschaftsweise hat „nur insofern ein Interesse an einem sozialen Aufstieg von Mitgliedern der unteren Sozialschichten auf dem Weg ihrer Schulbildung, wie die technisch-industrielle Entwicklung es unerläßlich macht, Berufspositionen mangels Nachwuchs aus der Oberschicht mit begabten Angehörigen der Unterschicht zu besetzen" [23]). Die Frauen eignen sich eben als elastische Reservearmee billiger Arbeitskräfte besonders dazu und können den jeweiligen wirtschaftlichen Erfordernissen angepaßt werden.

Diese Ideologie dient weiter dazu, die Klassengegensätze zu verschleiern, das Bildungsprivileg aufrechtzuerhalten und eine bestmögliche Anpassung an die kapitalistische Arbeitswelt zu erzielen. Schule, Unterricht und Lehrerausbildung sollen angepaßt werden. „Das Bewußtsein des Erziehers, das sich hier am Problem der ‚Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft' repräsentiert, stellt sich einseitig in den Dienst der Anpassung der Schüler an ein vorgegebenes Arbeitssystem" [24]). Für diese Anpassung ist eine bestimmte Ideologie notwendig. So sieht die BDA als Aufgaben der Schule die Vermittlung eines bestimmten „Standortbewußtseins", eines bestimmten „Grundverhaltens" und der Achtung traditioneller Werte" [25]). Die Achtung der traditionellen Werte — wie der Weiblichkeitsideologie — kommt in diesem Zusammenhang den Interessen der Monopole vorzüglich zupaß.

Mit der technisch-wissenschaftlichen Revolution und der Entwicklung der Wissenschaft zur Produktivkraft nimmt die Qualifizierung immer mehr an Bedeutung zu. Diese Entwicklung erfordert, daß die arbeitenden Menschen im Interesse ihrer beruflichen und sozialen Sicherheit einen Bildungs- und Qualifikationsgrad erhalten, der den Erfordernissen der Zeit entspricht. Sie fordert die Einbeziehung der Frauen als fachausgebildete Arbeitskräfte in alle Bereiche der Forschung und Lehre, in Planung und Wissenschaft sowie in die Produktion. Dies bedeutet, daß die Schüler und Schülerinnen lernen müssen, naturwissenschaftliche und gesellschaftliche Prozesse richtig zu erfassen und ihr Leben nach den erkannten Realitäten zu gestalten. Diese notwendige Entwicklung steht aber in Widerspruch zu der bisher herrschenden Ideologie (siehe Lehrpläne); die Schulbücher und die Lehrerausbildung hinken hinter der wirtschaftlichen Entwicklung her.

---

21) Karl Korn, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. 12. 1963.
22) Friedhelm Nyssen, Schule und Wirtschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7, Juli 1970.
23) Friedhelm Nyssen, Schule im Kapitalismus, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1969, S. 121.
24) Ebenda, S. 73.
25) BDA, Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft, Köln 1964, S. 3/4.

Der Bundeswissenschaftsminister ist sich dieser Widersprüche bewußt. So sollen, dem Bildungsbericht nach, die Lehrpläne der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung und das Bildungswesen dem veränderten Arbeitskräftebedarf der Großindustrie angepaßt werden: „Für den gesamten Sekundarbereich müssen neue Curricula entwickelt werden, in denen die naturwissenschaftlich-technischen Bereiche verstärkt und neue Bildungsbereiche der Sozial- und Humanwissenschaften eingeführt werden" [26]). Weiter heißt es: „Die Abschlüsse, die unmittelbar zum Berufseintritt führen, müssen den veränderten Anforderungen der Berufswelt und den gesellschaftlichen Erfordernissen und Bedingungen angepaßt werden" [27]). In welchem „gesellschaftlichen" Interesse dies geschehen soll, wird durch das Leussink-Gesetz und die heutigen Maßnahmen — wie den verstärkten numerus clausus oder das Ausbildungsförderungsgesetz — eindeutig. Solche Reformen sollen das großkapitalistische Profit- und Herrschaftssystem effektiver gestalten. Der numerus clausus sorgt für die Aufrechterhaltung des Bildungsprivilegs. Das Mini-Ausbildungsförderungsgesetz für eine kleine Minderheit („nur Kinder von Eltern, die nicht mehr als 700 DM monatlich verdienen, können mit dem vollen Förderungsbetrag rechnen") ist als familienabhängige Förderung ein Hohn auf die Leistungsanforderungen der 70er Jahre. Solche Versprechungen wie Chancengleichheit, individuelle Förderung aller Schüler und qualitative Verbesserungen der Bildung bleiben formal, denn sie können durch die von der Regierung gesetzten Prioritäten nicht erfüllt werden. Es ist bezeichnend, daß im Bundeshaushalt 1971 die ohnehin überhöhten Rüstungsausgaben wiederum um fast den doppelten Betrag (um 2,1 Mrd. auf 21,9 Mrd.) von dem zunehmen sollen, was der schmale Etat des Wissenschaftsministeriums als Steigerung ausweist (um 1,2 Mrd. auf 4 Mrd.).

Probleme der demokratischen Bewegung in den USA

Von Martin Hall, Los Angeles

I

Seit der Invasion in Kambodscha hat die amerikanische Friedensbewegung eine Periode der Selbstüberprüfung durchgemacht. Die dabei geführten ernsthaften Diskussionen über Strategie und Taktik spiegelten sich auf drei nationalen Konferenzen wider, die kurz nacheinander in der zweiten Junihälfte stattfanden. Zunächst waren die Berichte über diese Konferenzen und über die dort geführten Diskussionen recht verwirrend. Inzwischen ist es jedoch möglich, das Geschehene zu analysieren und vielleicht zu einigen, wenigstens vorläufigen Schluß-

[26]) Bildungsbericht, a.a.O., S. 56.
[27]) Ebenda, S. 71.

folgerungen über die nahe Zukunft der amerikanischen Friedensbewegung zu gelangen.

Eine dieser drei Konferenzen fand am 27. und 28. Juni auf dem Milwaukee-Campus der Universität von Wisconsin statt. Sie wurde einberufen vom Neuen Mobilisierungskomitee und von der Southern Christian Leadership Conference (Vorsitzender ist Rev. Ralph Abernathy als Nachfolger des ermordeten Dr. Martin Luther King), der National Welfare Rights Organization und anderen Gruppen mitgetragen. Schwarze und Mexico-Amerikaner waren angemessen zahlreich vertreten, außerdem nahmen einige örtliche Gewerkschaftsvertreter teil. Die Konferenz nannte sich „Strategie- und Aktionskonferenz".

Die zweite Konferenz fand vom 19. bis 21. Juni in Cleveland statt. Der Teilnehmerzahl nach war sie größer — 1500 Aktivisten der Antikriegsbewegung nahmen teil; nach Milwaukee waren 800 Vertreter von Antikriegs-, Studenten-, sozialen und gewerkschaftlichen Organisationen gekommen —, ihre politische Basis war jedoch wesentlich schmaler. Die Konferenz in Cleveland tagte unter der Bezeichnung „Nationale Dringlichkeitskonferenz gegen den Krieg in Kambodscha, Laos und Vietnam". Sie wurde einberufen und ziemlich deutlich beherrscht von der Sozialistischen Arbeiterpartei und deren Jugendverband, der Young Socialist Alliance. Beide haben den Friedensrat von Cleveland übernommen, in dessen Namen die Konferenz einberufen wurde. Es war eine recht tumultuarische dreitägige Konferenz, in deren Verlauf die Socialist Workers Party mit der Progressive Labor Party und zeitweise mit den Studenten für eine Demokratische Gesellschaft (SDS) aneinandergeriet. Der trotzkistische Einfluß war deutlich vorherrschend. Gruppen wie die Frauenorganisation Women Strike for Peace und die anderen traditionellen Friedensorganisationen waren nicht vertreten. Sie nahmen an der Konferenz in Milwaukee teil, ebenso die Kommunistische Partei.

Die dritte Konferenz auf Bundesebene wurde vom Nationalen Koordinierungskomitee für Gewerkschaftliche Aktion und Frieden einberufen und tagte am 27./28. Juni in Chicago. An der Konferenz nahmen 556 stimmberechtigte Delegierte teil, Schwarze und Weiße, Erwachsene und Jugendliche, Männer und Frauen. Eine starke Mehrheit, etwa 70 Prozent, kam aus dem Bereich der Industriegewerkschaften, der Rest setzte sich aus Angestellten, Beschäftigten im öffentlichen Dienst, Lehrern, Sozialarbeitern und anderen zusammen. Der interessanteste Aspekt dieser Konferenz war die Koordinierung des Kampfes gegen die innere und äußere Bedrohung gewerkschaftlicher Demokratie und die Frage militanter gewerkschaftlicher Aktionen unter klarer Ablehnung der Idee, Gegengewerkschaften zu gründen. Aber andere Probleme, wie die Ablehnung des Krieges, der Inflation und der steigenden Arbeitslosigkeit, wurden ebenso ausführlich diskutiert wie der Kampf um gleichen Lohn und gleiche Rechte für Arbeiterinnen, die Forderung nach einem Mindestlohn von 2,50 Dollar pro Stunde, nach Einkommensteuerfreiheit bis zu einer Einkommensgrenze von 10 000 Dollar im Jahr und nach einem staatlichen Programm der Krankenversicherung.

Die Chicagoer Gewerkschaftskonferenz war zum Teil eine Antwort auf das Verhalten der reaktionären Bürokratie in den meisten Gewerkschaften, aber auch auf Tendenzen, wie sie vor kurzem in den Demonstrationen New Yorker Bauarbeiter für den Krieg zum Ausdruck kamen. Sie war außerdem der seit langem erste Versuch auf Bundesebene, die Strategie für eine militante Gewerkschaftspolitik zu formulieren. Die Konferenz von Milwaukee beschloß, ständig Verbindung zu der Gewerkschaftskonferenz zu halten.

Von Wichtigkeit für die Zukunft der Friedensbewegung in den USA ist die offensichtliche Spaltung, die sich über Fragen nicht nur der Taktik, sondern auch strategischer Natur ergeben hat und zur Manifestierung von zwei verschiedenen Positionen auf den Konferenzen in Cleveland und Milwaukee führte.

Die Konferenz in Cleveland forderte mit Nachdruck, die Friedensbewegung solle eine Ein-Punkt-Bewegung bleiben und sich auf die Beendigung des Krieges in Südostasien durch den Abzug der amerikanischen Truppen und ihrer Alliierten konzentrieren. Demgegenüber versuchte die Konferenz von Milwaukee, eine breite Koalition nicht nur der militanten, radikalen und liberalen Antikriegsgruppierungen zu schaffen, sondern darüber hinaus sich mit den zahlreichen Organisationen der Schwarzen und der Mexico-Amerikaner, mit der Anti-Armutsbewegung zusammenzuschließen, gegen den Rassismus und polizeiliche Repression zu kämpfen und die staatsbürgerlichen Freiheiten gegenüber den überhand nehmenden Angriffen der Regierung und extrem rechtsgerichteter Kräfte zu verteidigen.

Die Clevelander Konferenz weigerte sich, in den bevorstehenden Herbstwahlen Antikriegskandidaten zu unterstützen, und betonte immer und immer wieder, das einzige Mittel zur Mobilisierung der Bevölkerung seien militante Massendemonstrationen gegen den Krieg.

Die Konferenz befürwortete örtliche Demonstrationen für Anfang August in Erinnerung an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Weiter wurde beschlossen, das „Chicano-Moratorium" zu unterstützen, die sich schnell ausweitende Antikriegsbewegung unter Amerikanern mexikanischer Abstammung, die für den 29. 8. in Los Angeles eine Massendemonstration ansetzten. Als Höhepunkt beschloß die Konferenz, für den 31. Oktober zu auf nationaler Ebene koordinierten Demonstrationen aufzurufen. Sie sollen — eine Woche vor den Kongreßwahlen — in allen größeren Städten und in allen Teilen des Landes durchgeführt werden.

Da die Clevelander Konferenz nur eine schmale politische Basis hatte, kam es zu heftigen Szenen zwischen den Trotzkisten, die über einen Block von 1000 Stimmen verfügten, und der Progressive Labor Party, die zusammen mit dem SDS ungefähr 350 Stimmen hatte. Der SDS wurde kritisiert, weil er die schwarzen Studentenorganisationen nicht unterstützen und weil er die Nationale Befreiungsfront in Vietnam als „revisionistische Ausverkäufer" und Prinz Sihanouk als „CIA-Agenten" bezeichnet habe. Zu einem Höhepunkt gelangten diese Meinungsverschiedenheiten, als über eine geplante Demonstration diskutiert wurde. Diese Demonstration sollte vor einem Hotel in Cleveland stattfinden, wo Vizepräsident Spiro Agnew aus Anlaß eines Dinners zur finanziellen Unterstützung der Republikanischen Partei eine Rede hielt. Die SDS-Studenten und die Anhänger der Progressive Labor Party forderten, diese Demonstration müsse sich in gleicher Weise gegen den schwarzen Bürgermeister von Cleveland, Stokes, richten, da dieser nicht radikal genug sei. In Wirklichkeit hatte Bürgermeister Stokes, der von 90 Prozent der schwarzen Wähler von Cleveland unterstützt wird, der Konferenz ein Grußtelegramm geschickt.

Interessant war, daß gegen Ende der Konferenz, als verschiedene eingebrachte Resolutionen diskutiert wurden, ein Sprecher des Streikkomitees von Berkeley die Einpunkt-Strategie der Sozialistischen Arbeiterpartei kritisierte. Er wies darauf hin, daß während des Streiks in Berkeley Themen wie Rassismus und Unterdrückung der Frau aufgegriffen wurden und auf ein derart überwältigendes Interesse stießen, daß die Bewegung erheblich ausgeweitet werden konnte.

Trotzdem wurden nur die drei von der Sozialistischen Arbeiterpartei eingebrachten Entwürfe angenommen.

Die Clevelander Konferenz begrenzte damit selbst ihre Anziehungskraft und verprellte zahlreiche potentielle Verbündete. Demgegenüber verfiel die Konferenz in Milwaukee in das entgegengesetzte Extrem und lehnte generell die Methode der Massendemonstrationen ab, „weil sie nicht klappen". Die Konferenz empfahl stattdessen kleine örtliche Gruppenaktionen zivilen Ungehorsams wie etwa die Blockade von Zufahrtswegen. Auch die Konferenz in Milwaukee erklärte ihre Unterstützung für das „Chicano-Moratorium" — offensichtlich der einzige Punkt der Übereinstimmung beider Konferenzen —, befürwortete die Forderungen der Wohlfahrtsempfänger, Aktionen von Sozialarbeitern und beschloß, die Black Panthers und andere Gruppen zu unterstützen.

Von der Veranstaltung in Milwaukee kamen jedoch noch einige spezifische Vorschläge.

Ein bemerkenswerter Vorschlag kam aus einer Arbeitsgruppe, die einem sogenannten Langen Marsch gewidmet war. Nach diesem Plan soll als Beginn eine Reihe von Märschen stattfinden, die mit Kundgebungen an Punkten wie der Kent State University in Ohio und in Atlanta, wo Nationalgardisten im Frühjahr Studenten erschossen haben, ihren Anfang nehmen. Kleinere Gruppen sollen dann von Stadt zu Stadt ziehen, dort haltmachen und örtliche Kundgebungsteilnehmer aufnehmen und schließlich in Washington zusammenkommen. In Washington soll es dann eine Zeit zivilen Ungehorsams geben, verbunden mit Lobbyaktionen. Als Höhepunkt soll versucht werden, wenigstens für einen Tag alle Aktivitäten auf das Pentagon zu konzentrieren, wo alle Zufahrtsstraßen blockiert werden sollen.

In seiner ursprünglichen Form hatte dieser Plan den doppelten Vorzug, die örtliche Initiative zu fördern und außerdem örtliche und innenpolitische Themen mit der Kriegsfrage zu verbinden, was durch die vielen Kundgebungen gegen die Armut, die Inflation und die Arbeitslosigkeit als Folgeerscheinungen des Krieges zum Ausdruck gekommen wäre. Zu seinem Erfolg wäre jedoch nationale Koordination erforderlich gewesen. In der betreffenden Diskussion wurde allerdings die Bedeutung von Kundgebungen und Märschen ebenso heruntergespielt wie die Frage einer nationalen Koordinierung. Es gab viel Verwirrung darüber, wie die Aktion in Washington nun eigentlich aussehen solle: einige nannten sie „Befreiung", andere sprachen von einer „Störung", und zum Schluß wurde der Vorschlag nicht einmal zur Beschlußfassung gestellt, sondern lediglich als Empfehlung angenommen, über die auf regionalen Konferenzen weiter zu befinden sei.

II

Man muß die Gründe verstehen, die zu dem geführt haben, was sich heute als ernsthafte Spaltung in der amerikanischen Friedensbewegung darstellt. Kurz vor der Kambodscha-Invasion hatte die Frustration über die Fortsetzung des Krieges und über die offenkundige Unmöglichkeit, die Regierungspolitik zu beeinflussen, wie groß die Demonstrationen in den Städten auch immer sein mochten, dazu geführt, daß das „Vietnam-Moratorium" sein Büro in Washington auflöste. Unter dem Eindruck der Kambodscha-Invasion und nach den Todesopfern an verschiedenen Universitäten in der Reaktion darauf hatte das „Vietnam-Moratorium" sein Büro wieder eröffnet, und es entstand der Plan, eine große Zahl von Studenten ganztägig bis zu den Wahlen im Herbst für Friedenskandidaten arbeiten zu lassen.

Eine weitere und potentiell außerordentlich wichtige Folge der Reaktion auf die Kambodscha-Invasion war die Bildung breiter örtlicher Koalitionen, die den Kampf gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Inflation mit dem Kampf für die Beendigung des Südostasienkrieges verbanden. Diese örtlichen Bündnisse waren in vielen Fällen politisch wesentlich breiter, als das vorher der Fall gewesen war. Doch genau diese Tatsache beunruhigte einige der sektiererischen Gruppen der extremen Linken, die mit den liberalen Kräften nichts zu tun haben wollen, insbesondere nicht mit denen in der Demokratischen Partei, und ebenso wenig mit den traditionellen, meist weißen und bürgerlichen Friedensorganisationen. Es hat daher den Anschein, als habe die Konferenz in Cleveland die durch die Kambodscha-Invasion bewirkten Veränderungen nicht berücksichtigt und als habe sie nur ihre alte Taktik beibehalten.

In Milwaukee andererseits unternahm man nicht den Versuch, das immense Potential neuer örtlicher Initiativen, die sich unmittelbar nach Kambodscha entwickelt haben, auszunutzen. Das Neue Mobilisierungskomitee, ohne Zweifel die größte und stärkste Koalition des Landes, erkannte durchaus die politische Notwendigkeit, eine Mehrpunktbewegung zu schaffen, die den Kampf gegen den Krieg in Südostasien mit dem Kampf um die innenpolitischen Probleme verbindet, deren Lösung eine Fortsetzung des Krieges unmöglich machen würde. Aber offensichtlich wegen der Vielfalt der Gruppen und Interessen in dieser Koalition haben ein nahezu anarchistischer Trend gegen jede Art nationaler Koordination von Massenaktionen und eine romantische Idealisierung isolierter revolutionärer Störungs- und Sabotageakte die Annahme eines auf nationaler Ebene organisierten und koordinierten Aktionsprogramms verhindert, das alle Elemente dieses neuen und breiteren Bündnisses hätte zusammenfassen können. Es bleibt abzuwarten, wie weit die regionalen Konferenzen in der Lage sein werden, bessere Pläne zu konkretisieren.

Es ist richtig, daß Massendemonstrationen allein den Krieg nicht beendet haben und nicht beenden werden. Aber es ist ebenso wahr, daß die Waffe der Massendemonstrationen in der Vergangenheit Lyndon B. Johnson zum Verlassen des Weißen Hauses gezwungen und Nixon veranlaßt hat, Ende Juni wenigstens die Bodenstreitkräfte aus Kambodscha abzuziehen, obwohl das Pentagon sich dem heftig widersetzte, von Saigon und Phnom Penh ganz zu schweigen. Wenn man wie die Konferenz in Milwaukee Massendemonstrationen gering einstuft, dann beruht das offensichtlich auf ernsten Fehleinschätzungen und auf einer von Grund auf falschen Analyse der Situation. Außerdem überläßt diese Haltung das Instrument auf nationaler Ebene koordinierter Massenaktion den sektiererischen Kräften, die in der Vergangenheit gezeigt haben, daß sie die eindrucksvolle Zahl von Menschen nicht mobilisieren können, die zunächst das Nationale Mobilisierungskomitee und dann das Neue Mobilisierungskomitee auf die Straße gebracht haben.

Heute findet in der amerikanischen Friedensbewegung ein Prozeß ernster Selbstprüfung statt. Man ist erstaunt über die Vielzahl neuer und detaillierter Aktionsvorschläge, die entweder aus Arbeitsgruppendiskussionen der letzten Konferenzen stammen oder von einzelnen aktiven Mitgliedern der Friedensbewegung vorgebracht werden. Stewart Meacham, führender Quäker und Vorstandsmitglied des Neuen Mobilisierungskomitees, ist gleichzeitig Vorsitzender der „Nationalen Aktionsgruppe", die Ende 1968 gegründet wurde und während der Aprilaktion des Jahres 1969 eine führende Rolle spielte. Diese Gruppe trug auch die Hauptverantwortung für den eindrucksvollen „Marsch gegen den Tod" am 15. November des vergangenen Jahres. Die „Nationale Aktionsgruppe" ist nach

den Worten von Stewart Meacham „eine grundsätzlich pazifistische Gruppe für gewaltlose, disziplinierte Aktionen". Ihr gehören das Friends Service Committee (Quäker), die Radikalen Pazifisten und führende Mitarbeiter des Kriegsdienstverweigererverbandes an. Die Organisation unterhält ein Büro in Washington und bis vor kurzem auch in New York, das inzwischen im Fifth Avenue Parade Committee aufgegangen ist. Einer der führenden Mitarbeiter, Bradford Lyttle, hat einen Plan zur „Schließung des Pentagons" durch gut vorbereitete, gewaltlose Massenaktionen im Herbst dieses Jahres ausgearbeitet. Im Vergleich zu einem früheren Versuch, am 21. Oktober 1969 mit 15 000 Menschen das Pentagon zu stürmen, was zu einer Reihe von Konfrontationen und schließlich zur Festnahme von 700 Demonstranten führte, ist Lyttles Plan anders angelegt. 15 000 bis 20 000 Menschen sollen das Pentagon nicht en masse angreifen, sondern in kleinen, disziplinierten und gut ausgebildeten Gruppen von je etwa 10 Personen in das Gelände rund um das Pentagon von allen Seiten her eindringen und dann auf einen Schlag alle Zufahrtswege zum Pentagon blockieren. Das Militär könnte daraufhin das Arlington Memorial und die George-Mason-Brücke abriegeln, aber das würde bereits den Großteil der Regierungstätigkeit zum Erliegen bringen. Natürlich würde es zu Massenverhaftungen kommen. Aber schon im vergangenen Oktober war es schwierig, 700 Verhaftete unterzubringen. 15 000 Menschen festzunehmen, dürfte nahezu unmöglich sein, und die anschließende Publicity würde dem Zweck der Aktion zugute kommen. Die vorhergehenden drei Monatsmärsche wären außerdem massive politische Aufklärung für alle Orte, durch die die Märsche führen werden. Nach dem Eintreffen in Washington könnte vor der versuchten Pentagonschließung noch eine Massenkundgebung stattfinden.

Ein ziemlich ähnlicher Vorschlag kam aus einer der Arbeitsgruppen der Konferenz in Milwaukee. Ausgearbeitet wurde er von Arthur I. Waskow, einem früheren Berater des Repräsentantenhauses in Rechts- und Wissenschaftsfragen, der heute am Institute for Policy Studies in Washington tätig ist. Waskow schlägt die Bildung sogenannter „Befreiungskollektive und -brigaden"vor, die sich einigen der geplanten „Langen Märsche" nach Washington anschließen sollen. Ziel soll sein, durch Akte zivilen Ungehorsams die Arbeit im Pentagon, im Justizministerium, in der CIA und in anderen Regierungsstellen zu unterbrechen. In dieser Zeit sollen die „Befreiungsbrigaden" Teach-ins mit Regierungsangestellten versuchen, in denen die Rolle diskutiert werden soll, die die jeweilige Behörde im Rahmen der Kriegspolitik oder der innenpolitischen Repression spielt. Die Brigaden sollen versuchen, Fernsehinterviews mit Kongreßmitgliedern zu machen, die die Regierungspolitik unterstützen. Sie wollen außerdem Interviews mit hohen Militärs fordern. Es sind jedoch noch weitere Aktionsformen vorgesehen. Mitglieder der Gruppen sollen versuchen, mit den klassischen Methoden Ghandis Massenfestnahmen zu erzwingen, andere sollen sich bemühen, den Festnahmen zu entgehen und mobil zu bleiben. Nach etwa einer Woche würde die Mehrzahl der „Befreier" Washington verlassen, während in der Regierungsmaschine ein hoffnungsvoller Kern von Widerstandleistenden zurückbleibt.

Waskows Vorschlag ist in einer Sprache formuliert, die für den Bewußtseinsstand vieler Radikaler in der Friedensbewegung charakteristisch ist, vor allem unter radikalen Pazifisten. In seiner Präambel heißt es: „Wir kommen dieser Pflicht schweren Herzens nach, einmal, weil es überhaupt nötig ist, zum andern im Hinblick auf die Möglichkeiten, die uns erwarten. Wir fürchten uns sowohl persönlich wie politisch vor der Gewalt, von der wir wissen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sie gegen uns einsetzen könnte. Wir werden unserer-

seits in Frieden kommen ... Wir haben keine Wahl. Wir müssen dieser Regierung ruhig entgegentreten und ihre Gewaltanwendung gegenüber unseren Brüdern und Schwestern in der ganzen Welt mit der Energie der Verzweifelten verhindern ..."

Die politischen Forderungen dieses Vorschlages spiegeln den Mehrthemencharakter wider: Unverzüglicher Rückzug aus Südostasien, ein garantiertes Jahreseinkommen in Höhe von 5500 Dollar für eine vierköpfige Familie, Freilassung aller politischen Gefangenen, Wehrdienstverweigerer und Deserteure, Befreiung der Bevölkerung von Washington DC aus ihrem spezifischen „Kolonialstatus", die „Beendigung der Komplizenschaft aller amerikanischen Institutionen, Hochschulen, Universitäten, Firmen und Kirchen mit der Kriegsmaschinerie und der Unterdrückungsmaschinerie im Innern".

Der Terror der Polizei, insbesondere gegenüber den Black Panthers, hat im ganzen Lande wachsende Ablehnung hervorgerufen. Zur Zeit befindet sich eine Petition in den USA in Umlauf, die sich gegen den an schwarzen Amerikanern verübten Völkermord wendet. Diese Petition — Ziel sind 15 Millionen Unterschriften — soll der Menschenrechtskommission der UNO im „Jahr der Menschenrechte" 1971 überreicht werden.

III

Zweifellos spiegelt all dies eine Welle neuer Initiativen und einen neuen Geist einfallsreicher Programme in allen Teilen des Landes wider. Wie steht es nun um die gegenwärtige Spaltung in der Friedensbewegung, die durch die Konferenzen von Cleveland und Milwaukee illustriert wurde? Ist die Hauptfrage, in der die Meinungen differieren, wirklich die der Einpunkt- bzw. Mehrpunktbewegung? Das trifft nur zum Teil zu. Beide Konferenzen haben beispielsweise dazu aufgerufen, das „Chicano-Moratorium" zu unterstützen. Beide Konferenzen haben versucht, in den Bereich der Gewerkschaftsarbeit vorzustoßen, und beide haben die Notlage der Fürsorgeempfänger und der Armen ganz allgemein aufgegriffen, die nicht beseitigt werden kann, solange der Krieg andauert. Es ist jedoch offensichtlich, daß die Bewegung nach neuen Methoden sucht, um denen, die noch immer mit der „normalen Geschäftslage" zufrieden sind, deutlich zu machen, daß dieses Land die tiefste Krise seiner Geschichte durchmacht, und um andererseits die Radikalen im Rahmen der Bewegung zu halten und sie nicht in die Verzweiflung abgleiten zu lassen. Sidney Lens, Wirtschaftswissenschaftler und Gewerkschaftstheoretiker aus Chicago, der seit langem wegen seiner Friedensaktivitäten bekannt ist, hat wohl besser als jeder andere die Erfordernisse der gegenwärtigen Situation formuliert. In einem Memorandum über den derzeitigen Zustand des Neuen Mobilisierungskomitees, das nach der Konferenz von Milwaukee geschrieben wurde, weist Sidney Lens darauf hin, daß das Neue Komitee ein Bündnis ist, das zu einem ganz bestimmten Zweck gebildet wurde, nämlich zur Beendigung des Indochinakrieges. „Es ist keine politische Partei", schreibt er, „weder reformistisch noch revolutionär ... und es ist auch kein Ersatz dafür und kann es auch nicht sein." Das Memorandum geht dann weiter auf die Tatsache ein, daß heute nahezu jeder soziale Kontext in irgendeiner Weise mit dem Krieg verbunden ist und daß daher das Neue Mobilisierungskomitee immer unter dem Druck gestanden habe, in sein Programm zusätzliche Themen aufzunehmen. Lens erklärt, das Komitee müsse vorsichtig vorgehen, um seine Anziehungskraft für die breiten Massen der Bevölkerung nicht abzuschwächen. Er fährt fort:

„Die Frage, vor der das Neue Mobilisierungskomitee heute steht, ist nicht die nach der Einpunkt- oder Mehrpunktbewegung. Das Komitee ist immer Mehrpunktbewegung in dem Sinne gewesen, daß es angrenzende Themen — Repression, Rassismus, Militarismus, Imperialismus etc. — als Bestandteile seiner Plattform zur Beendigung des Krieges aufgenommen hat. ... Es geht also nicht um die Frage Ein- oder Mehrpunktbewegung. Es geht darum, die verschiedenen Themen so zu kombinieren, daß erstens das umfassende Bündnis gegen den Krieg größer und effektiver wird und daß zweitens diejenigen Organisationen, die besonderes Interesse an einem der angrenzenden Themen wie zum Beispiel dem der Armut haben, ihr Gewicht dem Bündnis zuführen und umgekehrt durch die Anstrengungen des Bündnisses mit unterstützt werden."

Die beste Illustration der Rolle, die eine spezifische Interessengruppe spielen kann, wird von der National Organization for Welfare Rights geliefert. Diese neue Organisation ist entstanden aus der Notlage der Unterstützungsempfänger, deren jämmerlich kleine Zuwendungen überall im Lande noch gekürzt werden — ein Aspekt von Nixons „Wohlfahrtsprogramm". Die Organisation setzt sich vorwiegend aus Müttern kinderreicher Familien zusammen, die zugleich Haushaltungsvorstände sind. Ihre Vertreter sprachen auf beiden Konferenzen in Cleveland und Milwaukee und erhielten an beiden Orten lange Ovationen und volle Unterstützung, so verschieden die Ansichten in anderen Punkten auch sein mochten.

Sidney Lens betont in seinem Memorandum immer und immer wieder, die Verbreiterung des Antikriegs-Bündnisses sei in diesem Augenblick die absolut vordringliche Notwendigkeit. Er sieht richtig, daß eine Politik, wie sie in Milwaukee angenommen wurde, ebenso Irrtümer wie große neue Möglichkeiten beinhalten kann. Solange die Frustration über die Fortsetzung des Krieges sich noch ausbreitet, so lange wird auch die Uneinigkeit in den Reihen der Friedensbewegung anhalten. Aber Lens ist der Auffassung, daß die Gelegenheit zur Ausweitung der Bewegung diese Schwierigkeiten aufwiegen sollte. Mit vorsichtigem Optimismus meint er, die Haltung der Milwaukee-Konferenz könnte mit dem Versuch Erfolg haben, neue Methoden der Koordinierung und der Zusammenarbeit mit all den Teilen der Bevölkerung zu finden, die interessiert sind an einer Beendigung des Krieges, an der Befreiung der Schwarzen und Mexico-Amerikaner, am Kampf der Welfare Rights Organization und der Bewegung zur Befreiung der Frau. Wenn das der Fall sein sollte, dann wird der gegenwärtige Disput darüber, ob die Friedensbewegung eine Einpunkt- oder eine Mehrpunktbewegung sein sollte, in Vergessenheit geraten. Lens schreibt:

„Entscheidend ist, daß im Moment niemand vorhersagen kann, woher der Wind wehen wird. Diejenigen, die in ihrer Vorhersage von Ereignissen starre, dogmatische Positionen vertreten, erweisen der Bewegung einen schlechten Dienst. In einem Punkt bin ich nahezu sicher: Wenn die USA nach Laos einmarschieren, erneut nach Kambodscha eindringen, Nordvietnam erneut bombardieren oder mit dem Einsatz taktischer Atomwaffen beginnen, wenn eines dieser Ereignisse oder auch alle eintreten sollten, dann wird das zarte Bündnis, das die ‚Strategie- und Aktionskonferenz' zur Zeit darstellt, außerordentlich gefestigt werden. Oder wenn die gegenwärtige Rezession ernster werden sollte, dann würde das zweifellos die aufgesplitterten Kräfte des Neuen Mobilisierungskomitees wieder zusammenbringen."

Die von Sidney Lens gezogenen Schlußfolgerungen scheinen dem Autor dieses Artikels von Grund auf korrekt, ja unausweichlich zu sein. Die Verbindung zwi-

schen dem neuen Mobilisierungskomitee, den Kirchen, den Pazifisten und den Kräften, die hinter der Clevelander Konferenz stehen, darf nicht abreißen. Ein Minimum an Zusammenarbeit auf den bevorstehenden regionalen Konferenzen und in den von ihnen entwickelten örtlichen Programmen, die Teilnahme aller Gruppen an den örtlichen Aktivitäten und ein ständiger Dialog zwischen Vertretern der Konferenzen von Cleveland und Milwaukee in einem Geist der Flexibilität und Toleranz — alles das muß versucht werden.

In Wirklichkeit ist die Tatsache, daß aus den verschiedenen Teilen der Friedensbewegung verschiedene Aktionsvorschläge kommen, kein schlechtes Zeichen, sondern beweist die Vitalität und gesunde Phantasie der Bewegung. Lens hat zwar recht, wenn er sagt, niemand könne exakt die kommenden Ereignisse vorhersehen, aber es ist trotzdem notwendig, eine Analyse der gegenwärtigen Situation so klar wie möglich herauszuarbeiten, damit die Friedensbewegung in Zukunft nicht lediglich auf Schritte der Eskalation des Krieges reagiert, wie sie von der Regierung Nixon unternommen werden, sondern in der Lage ist, solche Schritte vorherzusehen und mit gut geplanten eigenen Initiativen versuchen kann, sie zu verhindern.

Eine adäquate Analyse würde es der Friedensbewegung ermöglichen, die Hauptursache der demoralisierenden Frustration zu überwinden, die einigen der jüngsten Auseinandersetzungen zugrunde liegt. Aktive Mitarbeiter der Friedensbewegung und besonders junge Leute haben es satt, nur auf den Gegner zu reagieren. Sie wollen eigenständig handeln, sich dem Gegner nach ihren und nicht nach seinen Regeln stellen, und sie wollen die Art von Perspektive haben, die ihnen Selbstsicherheit und die Überzeugung vermittelt, daß sie am Ende siegen werden.

Trotz guter Anfangserfolge in dem Bemühen, Gewerkschaften mit in den Kampf für den Frieden einzubeziehen, ist die US-Friedensbewegung noch weit von einer Situation entfernt, in der ein Streik in der Hauptkriegsindustrie in Verbindung mit einem Streik der Transportarbeiter die Kriegsmaschinerie stoppen könnte. Trotz des erstaunlichen Anwachsens organisierter Antikriegsarbeit in den Streitkräften wird die große Mehrheit der amerikanischen Soldaten, wenn auch zögernd, weiterhin ihren Befehlen gehorchen. Aber die stille Unzufriedenheit und der gelegentlich offene Widerwille, den Millionen Amerikaner — Soldaten wie Zivilisten — gegenüber der Völkermordpolitik der Regierung Nixon in Asien und in zunehmender Weise gegenüber den Methoden der polizeilichen Unterdrückung im eigenen Lande empfinden, wartet förmlich darauf, durch eine breite und populäre Bündnisbewegung zu eskalierenden Aktionen geformt zu werden. In der Folge dieser Aktionen und auf Grund der durch sie vermittelten Erfahrungen wird sich auch das politische Bewußtsein in der Bewegung weiter entwickeln.

Da zur gleichen Zeit die Existenz der rassischen Minderheiten, der wirtschaftlich unterprivilegierten, der politischen und sozialen Opposition in zunehmendem Maße bedroht ist, ist es die Aufgabe der Bewegung, den Willen zum Überleben angesichts dieser Bedrohung zu kräftigen und der Bevölkerung den Zusammenhang zwischen diesen Problemen und den Mitteln zu ihrer Lösung klar zu machen.

Gedanken zur Arbeit der Schülervertretung (SV)

Von Hans-Georg Meyer

I

Unter Berufung auf „mehr Demokratie an unseren Schulen" und „Wahrnehmung der Schülerinteressen durch die Schüler selbst" rief die Kultusministerkonferenz (KMK) in den 50er Jahren eine Organisation für die Schüler ins Leben, begleitet von Kommentaren wie, die Schule solle zu „selbständig denkenden und verantwortungsbewußt handelnden Bürgern eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates" erziehen (Niedersächsisches Schulverwaltungsgesetz 1954) [1]) oder: „Die Schulgewalt muß aus Gründen des der Schule gestellten Auftrages belastend in die Individualsphäre des Schülers eingreifen, die Freiheit des Schülers muß hinter der Pflicht, für die Schule zu arbeiten, zurücktreten" (Amtlicher Kommentar zum Schulverwaltungsgesetz von Baden-Württemberg, Stuttgart 1964) [2]). Diese von der KMK ins Leben gerufene Organisation trug und trägt in den einzelnen Bundesländern die verschiedensten Namen, die von „Schülermitverantwortung" (SMV) über „Schülermitverwaltung" (SMV) bis hin zu „Schülervertretung" (SV) und „Schülerinteressenvertretung" (SIV) reichen.

Diese Institution galt und gilt jedoch als ein Teil der Schule, nicht der Schüler, und ist somit an die Erlasse, Rechtsverordnungen und Schulverwaltungsgesetze gebunden, in denen ihr ihre Rechte, Kompetenzen und Aufgaben bis ins kleinste von den Kultusministerien der einzelnen Bundesländer vorgeschrieben wurden und werden.

Es würde zu weit führen, hier die Vor- und Nachteile einer solchen Regelung zu erörtern. Dieses Kriterium wurde schon an vielen anderen Stellen in der Literatur über Schülervertretungen untersucht und veröffentlicht, so z. B. unter dem Titel „Über das notwendige Scheitern der SMV" von Stefan Rabe [3]). Zusammenfassend ist jedoch zu sagen, daß durch eben die obige Regelung die Schülervertreter in der Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitschüler, soweit diese überhaupt wissen, was ihre Interessen sind, weitgehend eingeengt werden und keinerlei entscheidenden, direkten Einfluß auf den Schulbetrieb und die drei großen Erziehungsbereiche haben, die die Literatur über Schülermitverwaltung der Konstruktion SMV zuteilt [4]):

1) Charaktererziehung des einzelnen als Individuum; 2) Erziehung zur Gemeinschaft; 3) politische Bildung.

Daneben ist für dieses Kriterium die Stellung des Lehrers und das Selbstverständnis der Schule sowie ihre Stellung in der heutigen Gesellschaft mitentscheidend. So liegt das Monopol für Auswahl und Inhalt politischer Information allein in der Hand des Lehrers. Ihm obliegt die Auswahl und Gestaltung des Unter-

---

1) Alle älteren SMV-Erlasse, in: W. Scheibe, Schülermitverantwortung. Ihr pädagogischer Sinn und ihre Verwirklichung, Berlin/Neuwied/Darmstadt 1959.
2) Kinderkreuzzug oder Beginnt die Revolution in den Schulen? Hrsg. von Günter Amendt, rororo aktuell Nr. 1153, Reinbek bei Hamburg 1968.
3) A.a.O., S. 37 ff.
4) A.a.O., S. 38. Siehe dazu auch Sibylle Schneider, Zur Soziologie der Schülermitverwaltung, Dissertation, November 1965, Frankfurt am Main.

richts, und er allein ist maßgebend und verantwortlich für dessen daraus resultierenden Inhalte und Ziele.

Die angeblich dem Einflußbereich der Schüler überlassene „Erziehung zur Gemeinschaft" wird in der Praxis der Schule durch Gehorsam ersetzt und somit zur (vom Informationsmonopol hervorgerufenen) kontrollierbaren Leistung. Die Schule charakterisiert, als verlängerter Arm des Informationsmonopols, das Leistungsprinzip der heutigen Gesellschaft.

Diese Beschaffenheit der Schülervertretung, ihre Ohnmacht, bedingt durch die innerlich hohle Organisation und den schwachen, z. T. überhaupt nicht vorhandenen Kontakt mit der Basis, dem Gros der Schülerschaft, ist inzwischen wohl auch dem gleichgültigsten Schüler klargeworden. Doch es ist der falscheste aller falschen Wege, es hierbei zu belassen, einfach die Flinte ins Korn zu werfen.

Gerade diese Einstellung ist es, die der SV am meisten schadet; denn die SV ist doch gerade deshalb eine so hohle Organisation, weil der Schüler einfach der Ansicht ist, die SV habe eben viel zu wenig Rechte und „das Ganze sei sowieso völlig sinnlos", und sich ganz von der SV-Arbeit zurückzieht und froh ist, wenn er seine Ruhe hat. Dies ist sicherlich der populärste, weil zugleich einfachste und einleuchtendste Grund. Die von Anfang an die Schülervertretung belastende Regelung der Kompetenzen, durch die sie ein Instrument der „Herrschenden" ist, wird fahrlässigerweise außer acht gelassen. Der Schüler sieht nicht die nahezu unüberbrückbaren Schwierigkeiten, die aus der Situation resultieren, Interessen von Abhängigen wahrzunehmen „gegen die, welche sich auf dem Erlaßwege Einfluß auf die SMV gesichert haben" [5]). D. h., Schülervertreter sollen einmal für die Interessen ihrer Mitschüler eintreten, sind gleichzeitig aber an die Erlasse derjenigen gebunden, gegen die die Schüler ihre Interessen wahrgenommen sehen möchten, wie z. B. Schulbehörden, Kultusministerium etc.

Daß die Schüler größtenteils diese schwerwiegenden Gründe außer acht lassen, bzw. daß der SV der Kontakt zur Schülerschaft fehlt, hat meiner Meinung nach zweierlei Gründe:

1) Es zeichnet sich immer deutlicher die Tendenz ab, daß die Restauration und die antidemokratische Indoktrination des Elternhauses auch bei den Schülern um sich greifen. Auf Grund dieses Umstandes kann auch heute noch die Schulbürokratie schalten und walten, wie es ihr beliebt. Weiter kann sie daher selbst in der heutigen Zeit die reaktionären Bildungsgehalte und Unterrichtsinhalte und -ziele beibehalten, denn Unterhaltung und Kultur beziehen die Schüler aus dem Fernsehgerät, Bildung erarbeiten sie sich nicht, sie wird ihnen in der Schule mit den fragwürdigsten Methoden im wahrsten Sinne des Wortes eingepaukt und eingetrichtert; sie lassen sich berieseln, in der Schule vom Lehrervortrag, daheim von Massenmedien, ohne abzuwägen, zu kritisieren oder in bestimmten Fällen offen zu protestieren. Auch politisch erwarten sie also, ihre Meinung von jemandem zu beziehen und sich politische Neuerungen vorsetzen zu lassen, „Gebrauchsanweisung anbei" — wahrhaftig der Schulbürokratie größter Sonntagswunsch, denn dadurch wird keine Kritik an der Herrschaftsschicht laut, wird der kritikfreie Raum in der Schule nicht eingeengt und so der Schulfriede nicht gestört. Aber dieser Entwicklungsprozeß darf nicht noch weiter fortschreiten, muß unter allen Umständen aufgehalten werden.

Die SV kann zwar für die Schüler Brötchen verkaufen und Kakao- oder Milchgeld einsammeln, Parties veranstalten; sie kann u. U. auch eine Rauchererlaubnis für die Pausen durchsetzen, aber für die Schüler denken kann sie nicht. Sie

[5]) A.a.O., S. 38.

kann ihnen das politische Engagement, den persönlichen Einsatz für politische Ziele nicht ersparen, will sie die oben beschriebene Taktik und Strategie der Herrschenden zur Erhaltung ihrer souveränen, unangetasteten Stellung und Position durchkreuzen, um so u. a. entscheidend bei der Demokratisierung des Bildungssystems in der BRD sowie der progressiven Gestaltung der Bildungspläne und damit des Unterrichts mitzuarbeiten. Doch ein solcher Einsatz wäre unbequem, man müßte Pflichten übernehmen und auch noch Freizeit darauf verwenden.

2) Jene Schüler, die bereit sind, selbständig zu denken, sich für politische Ziele zu engagieren, die sich betätigen wollen (möglichst sofort), werden schon nach kurzer Zeit von der SV enttäuscht. Zumeist kommen sie als Klassensprecher mit den besten Vorsätzen zur SV, sehen aber schon bald ein, daß auch sie mit einer gleichgültigen Klasse politisch nicht arbeiten können. Sie sind erschüttert, ja völlig frustriert von der Konfusion des Schülerrats und von der wenig produktiven politischen Arbeitsgemeinschaft. So resignieren sie mit der Zeit, ziehen sich zurück oder beschränken sich ganz auf die Tätigkeit in meist radikal-progressiven Gruppen, um dort ihre Zielsetzung zu verwirklichen. Im Hinblick auf die SV sind sie froh, wenn sie in ihrer stupiden Klasse wenigstens die bürokratischen Arbeiten zufriedenstellend erledigen können, die ihnen der Schulsprecher und sein Stab diktieren.

„Diktieren" — ein Wort, ein Ausdruck, der an Autorität erinnert, und wirklich, die SV, zumindest die SV an der Einzelschule, ist in sich zwangsläufig autoritär. Wie schon kurz zuvor festgestellt, fehlt der Organisation SV der Kontakt zur Schülerschaft. Die SV ist, wie man auch an den letzten Untersuchungen sieht, das Werk einiger weniger, eine Cliquenwirtschaft, die politisch allein steht. So wird es der SV in der heutigen Konzeption und Organisation unmöglich sein und unmöglich bleiben, demokratisch zu sein und zu werden. Ein Schülersprecher kann sich im günstigsten Falle auf den Schülerrat stützen; ist der, wie an vielen, ja an den meisten Schulen, passiv, bleibt dem, zwar nach demokratischen Grundsätzen gewählten Schülersprecher nach seiner Wahl nichts anderes übrig, als Vorschläge zu machen, als Anträge zu stellen, als Ideen zur Aktivierung der Schülerschaft vorzubringen. Der Schülerrat hört sich in den meisten Fällen diese Ausarbeitungen des Schülersprechers und seiner Mitarbeiter an und stimmt über sie ab. Zu eigenen Anträgen wäre und ist er in den meisten Fällen nicht oder wohl kaum in der Lage. Die Gedankenarbeit liegt also auch hier überwiegend beim Schulsprecher.

So wird der Schülerrat seiner Aufgabe als verantwortliches SV-Organ, als das Organ, das am ehesten den Kontakt mit der Schülerschaft pflegen und an der Basis arbeiten kann, seiner Aufgabe nicht gerecht. Der Schülersprecher der Einzelschule wird dadurch regelrecht in die Rolle des „Souveräns" hineingedrängt.

Die SV muß in sich einfach so autoritär wie möglich sein, sonst wäre sie überhaupt nicht arbeitsfähig. Ja, so erschreckend es auch sein mag, sie könnte zur Zeit auf freiwilliger Grundlage nicht einmal die Klassensprecher zu einer Schülerratssitzung zusammenrufen.

Doch kann man wirklich so pauschal urteilen? Lehnen alle Schüler die SV rundweg ab?

Untersuchungen des Frankfurter Instituts für Sozialforschung [6]) sowie die einiger Schülervertreter weisen, wenn nicht das Gegenteil, so doch einen nicht zu ver-

[6]) Umfragen des Frankfurter Instituts für Sozialforschung i. A. des Landesvorstandes der Hessischen SV, erhalten am 22. 6. 1969 auf der 2. ordentlichen Landesschülerratssitzung der Periode 1968/69 in Königstein/Taunus.

kennenden Unterschied auf, der zu denken gibt. So lautet das Ergebnis einer Fragebogenaktion über die SV zu den Teilfragen „Hat die SMV ... große Bedeutung?" und „Ist die SMV ... sinnvoll?":

	Hat die SMV ... große Bedeutung?	*Ist die SMV ... sinnvoll?*
Ja	*17*	*85*
Nein	*55*	*7*
Unentschieden	*28*	*8*
	100	*100*

Faßt man die Kategorien „nein" und „unentschieden" zusammen, so ergibt sich, daß mehr als 3/4 der befragten Schüler die SV für sinnvoll halten, während ebenfalls mehr als 3/4 ihr in ihrer heutigen Ausprägung keine große Bedeutung zumessen. Also Zustimmung zur SV allgemein, aber Ablehnung ihrer heutigen Form. Danach müßte hinter der prinzipiellen Zustimmung die Vorstellung einer Schülervertretung stehen, die eine Alternative zur heutigen darstellt. Diese Vorstellung zu konkretisieren, war das Ziel einer Befragung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung [7]):

Aufgaben der SMV nach Meinung von Schülern (in Prozent):

Interessenvertretung der Schüler (Mitbestimmung, etwa bei Stundenplan)	*58 Prozent*
Konkrete schülerbezogene Aufgaben im Bereich der Selbstverwaltung (z. B. Schülerzeitung, Schulfeste)	*23 Prozent*
Hilfs- und Ordnungsfunktionen (Hofaufsicht u. a.)	*16 Prozent*
Keine Antwort	*7 Prozent*

(Die Zahlen der Nennungen summieren zu über 100 Prozent, da einige Befragte mehrere Aufgaben nannten.)

Hiernach wird die Vertretung der Schülerinteressen für die wichtigste Aufgabe der SV gehalten, wie ja auch ihr heutiger Name in einzelnen Bundesländern (z. B. Hessen) schon besagt.

Eine Schülervertretung, in deren Zentrum die Interessenvertretung der Schüler steht, ist die Alternative zu der heutigen Form der SV. Statt Feste und kulturelle oder politische Veranstaltungen (nicht die Schule betreffend) zu organisieren, sollte die SV in den Augen vieler Schüler in erster Linie ihre Interessen im Rahmen der Schule und deren gesellschaftlichen Auftrag wahrnehmen.

Hier ziechnet sich bereits das Wunschdenken vieler Schüler ab, sich in einer Schülergewerkschaft (SG) zusammenzuschließen — ein Ziel nach Vorstellung der schwedischen Schülergruppen, deren Verwirklichung auch mein persönlich erklärtes Ziel ist. Doch wie sollte die SV, diese konstruierte, integrierte Institution, in eine unabhängige, freie Schülergewerkschaft umstrukturiert und umgewandelt werden? Bevor wir darauf zu sprechen kommen, hier zunächst noch ein Ausblick von der derzeitigen Situation auf die zukünftige, wenn die SV nicht politisch versanden und sich nicht noch weiter auf das Verwaltungstechnische abdrängen lassen, ja schließlich die Selbstauflösung verhindern will:

Mindestens e i n strukturelles Moment hat die obige Vorstellung der Schülerschaft von der SV mit einer Gewerkschaft (und anderen Interessengruppen)

[7]) Vgl. Fußnote 6.

gemeinsam: Auch hier sollen mit Hilfe eines demokratisch organisierten Kollektivs Interessen gegenüber anderen durchgesetzt werden. Welche Bereiche der Schule einer solchen Auseinandersetzung zwischen Schule und Schülern zugänglich sein können, ist bisher kaum diskutiert worden. Stattdessen ist überhaupt die Legitimität von Interessenvertretung der Schüler bestritten worden — noch dazu im Namen und unter dem Deckmantel der Demokratie.

Die bisherige SV-Theorie der Nachkriegszeit lehnte Parteien und Interessengruppen ab und beschwor die Partnerschaft von Schülern und Lehrern. Ein solches harmonisches Bild der Institution Schule entspricht aber nicht den realen Machtverhältnissen — das ist vermutlich ebenfalls ein wesentlicher Grund für die Ablehnung seitens der Schülerschaft. Die Beschränkung der Schülermitverwaltung auf die Vermittlung formaler Spielregeln verfehlt den Inhalt, um den es geht. Ein Verschweigen des Konflikts paßt auch in das Konzept der Schulbürokratie: Nicht eingestandene Konflikte brauchen nicht ausgetragen zu werden. Die Existenz einer Institution mit der Aufgabe der Interessenvertretung der Schüler würde den kritikfreien Raum der Schule weiter einengen — aber sicher eher Demokraten bilden helfen als die heutige Schülervertretung.

Lehrer und Schüler scheinen in großem Maße unterschiedliche Erwartungen an die SV heranzutragen. Diese teilweise gegensätzlichen Ansprüche konkretisieren sich in den Erwartungen, die den von den Schülern gewählten SV-Funktionären entgegengebracht werden: Die Schüler wollen ihre Interessen vertreten sehen; viele Lehrer sehen offensichtlich in den Gewählten besonders willige und brave Schüler, die Anordnungen und Wünsche der Lehrer durchsetzen helfen sollen. Die Klassen- und Schulsprecher können unmöglich beiden Erwartungen gerecht werden. Sie geraten in Konflikte mit ihren Wählern oder ihren Lehrern; sie sind es, die am ehesten die Unwahrheit der „partnerschaftlich" konzipierten Schülervertretung erfahren und aushalten müssen.

II

Da die derzeitige SV, wie wir gesehen haben, nicht in der Lage ist, die Ziele der Schüler zu erreichen, ist eine Umstrukturierung die einzige Möglichkeit weiterzukommen, die Organisation wirksam zu machen. Doch wie soll eine solche Umtrukturierung vor sich gehen?

Zunächst einmal eine kurze Zusammenfassung der Aufgaben einer solchen neuen Organisation, einer Schülergewerkschaft (SG), auf die später näher eingegangen wird. Die SG soll die primäre und wichtige Pflicht haben, darauf zu dringen, daß sich die gesamte Schülerschaft ihrer demokratischen Rechte und Pflichten bewußt wird. Die SG soll ihre Aufgabe darin sehen, das Schulsystem zu demokratisieren. Da die Demokratisierung jedoch ein Entwicklungsprozeß ist, sollte man nicht erwarten, daß ein Umbruch von heute auf morgen möglich ist.

Die Entwicklung wird deshalb, um nicht den gleichen Fehler zu begehen wie bei der Gründung der SV, also wiederum eine Institution zu konstruieren, einen gewissen Zeitraum in Anspruch nehmen. Doch nach zwanzig Jahren Fehlplanung kommt es auf ein bis zwei Jahre „warten" nicht mehr an, nur darf der Beginn einer solchen entscheidenden Operation nicht länger hinausgeschoben werden.

Für die Umstrukturierung der SMV (SV) in eine SG gibt es bereits die verschiedensten Beispiele, so die SECO (Sveriges Elevernas Central-Organisation) in Schweden oder in Deutschland selbst die SV in Hessen, wobei zu bemerken ist, daß die SV in Hessen sich erst im Anfangsstadium befindet. Es ist noch ein weiter Weg, und schwere Auseinandersetzungen mit der Schulbürokratie stehen noch

bevor, ehe das Ziel, eine SV nach dem Gewerkschaftsmodell aufzubauen, Wirklichkeit werden kann.

Doch wir wollen den weiteren Ausführungen diese beiden Beispiele zu Grunde legen. Einmal die Entwicklung im Endstadium (SECO), zum anderen die Entwicklung im Anfangsstadium (SV in Hessen). Beide Organisationen zeigen, daß man das Organisationsmodell der bisherigen SMV beibehalten kann. Eine Zentralisierung, bzw. eine Vervollkommnung ist jedoch dringend erforderlich.

Das bisherige Modell der SMV und damit auch das zukünftige in groben Zügen sieht demnach so aus, daß die Schülerschaft die Klassensprecher, die den Schülerrat bilden, sowie den Schulsprecher, der dem Schülerrat vorsteht, wählt. Die Schulsprecher bilden den Kreisschülerrat und wählen den Kreisschulsprecher. Letztere bilden den Landesschülerrat und wählen den Landesvorstand mit dem Landesschulsprecher und den beiden Stellvertretern an der Spitze.

Dieses Modell bestimmt in den meisten Bundesländern die Organisation der SMV. Ein Organ auf Bundesebene ist nicht vorhanden, von einigen Freundeskreisen, bzw. Arbeitskreisen abgesehen, die aber in der Regel von Lehrern geleitet werden und schon von daher für die SG uninteressant sind.

Wie schon oben erwähnt, ist eine gewisse Änderung dieses Modells jedoch erforderlich, um in allen Organen der SV effektive Arbeit leisten zu können.

Zunächst zum „endgültigen" Modell an der Einzelschule:

Bisher „regieren" hier, wie im ersten Teil beschrieben, der Schulsprecher und sein Schülerrat quasi als Souverän unabhängig von der Schülerschaft. Hier muß zunächst einmal die Mitarbeit der verschiedenen unabhängigen Schülergruppen (USV, AUSS, USSG etc.) gewährleistet sein, um alle Richtungen der Schülerschaft im Schülerrat zu erfassen und so eine reale Vertretung der Interessen der Schüler zu ermöglichen. Zum anderen sollte eine Trennung zwischen den einzelnen Stufen erfolgen, so daß jede Stufe ihre Interessen formulieren und selbst vertreten kann. Es hat sich nämlich gezeigt, daß besonders die Interessen der Unterstufe und Mittelstufe im Schülerrat unterdrückt, bzw. z. T. unberücksichtigt bleiben. Einerseits scheuen sich einige Schüler dieser Altersstufe, ihre Interessen gegenüber der Oberstufe zu formulieren, da sie Angst haben, von den älteren Schülern ausgelacht zu werden, wenn ihre wichtigsten Interessen und Anliegen diesen als Bagatellen erscheinen; andererseits ist es nicht tragbar, daß nach Vorstellung der Ministerialbürokratie ein Sextaner die gleichen Interessen und Rechte habe wie ein Primaner und daher eine Differenzierung nicht erforderlich sei.

Diese Reform bezüglich der Trennung der Stufen innerhalb der Schülervertretung ist in Hessen im Schulverwaltungsgesetz § 49 bereits dementsprechend geregelt und wird in Schweden mit Erfolg praktiziert.

An den anderen Organen brauchte bis auf die Beteiligung der verschiedenen Schülergruppen nur die hierarchische Struktur geändert zu werden, dahingehend, daß allen Schülern eine direkte Mitarbeit ermöglicht wird und u. a. diese Institutionen direkten Zugang zu den Schulbehörden haben und ihnen in allen Angelegenheiten Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte eingeräumt werden. Dadurch würden sämtliche zeitraubenden Dienstwege ausgeschaltet und ebenso die Möglichkeit ausgeräumt werden, durch entsprechende Stellungnahmen etc. Konflikte zu bagatellisieren, zu neutralisieren, bzw. in Rahmen zu lenken, die ihre Unterdrückung ermöglichen.

Soweit die Struktur der SG. Die Aufgaben der verschiedenen Organe müßten ihrem Kompetenzbereich angepaßt werden. Die wichtigsten sollen hier kurz auf-

geführt werden. Der nachfolgende Katalog erhebt jedoch keinesfalls den Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll lediglich als Anregung zur Diskussion dienen: Die Schülervertretung der Einzelschule hat insbesondere die Aufgaben, die Interessen der Schülerschaft gegenüber der Schulverwaltung zu vertreten sowie in den Gesamt-, Fach- und Klassenkonferenzen ihren Einfluß durch Mitbestimmung geltend zu machen. Hier soll sie auch die Durchsetzung der von der Schülerschaft formulierten Interessen erwirken. Weiter soll sie die Schülerschaft in den verschiedenen Ausschüssen repräsentieren. Die Delegierten müssen auf Schülervollversammlungen über ihre Arbeit Rechenschaft ablegen. Ihr Verhandlungspartner ist in allen Angelegenheiten die Gesamtkonferenz, nicht jedoch der Schulleiter.

Die Aufgaben der Kreisschülerräte sind: Unterstützung der Schülervertretung an der Einzelschule, Behandlung von schulpolitischen und organisatorischen Problemen mit den Vertretern der Schulbehörden. Diskussion neuer Gutachten zur Schulreform, Wahrnehmung der Schülerinteressen in gewissen Konflikten gegenüber den übergeordneten Schulbehörden, Diskussion von Antragsentwürfen etc. an den Landesschülrerat. Eine weitere Aufgabe dieser Institution ist die reibungslose Weiterleitung des Informationsmaterials des Landesvorstandes an die Einzelschulen sowie permanente Aufklärungsarbeit bezüglich der Rechte der Schüler, neuer Erlasse, Verordnungen etc.

Wichtige Aufgaben des Landesschülerrats wären: Errichtung und Weiterausbau eines umfassenden und gut organisierten Informationsdienstes, Herausgabe einer Landesschülerzeitung, die ebenfalls in den Informationsdienst einbezogen wird. Durchführung von Informations- und Ausbildungskursen, in denen Aufklärungsarbeit geleistet wird, die Schüler befähigt werden, ihre politische Stellung in der Gesellschaft zu erkennen und behaupten zu können, so daß sie sich ihrer wirklichen Interessen bewußt werden. Eine weitere Zielsetzung dieser Seminare wäre es, die ideologische Struktur der schulischen Unterrichtsinhalte und damit auch die der Gesellschaft durchsichtig zu machen.

Weitere Aufgaben, die jedoch noch ausdiskutiert werden müssen, wären der Aufbau einer Verkaufsorganisation, die den Verkauf von Standardwerken für die Bildung der Schüler zu herabgesetzten Preisen ähnlich den Landeszentralen für politische Bildung durchführt, sowie Auslandsreisen und Sprachkurse etc. vermittelt. Dieser Institution müssen auch Mitwirkungsrechte bei der Ausarbeitung der Erlasse, Verordnungen etc. eingeräumt werden. Dadurch sollten Möglichkeiten geschaffen werden, der Schul- und Ministerialbürokratie die Einflußnahme auf die SG zu verwehren.

Eine Organisation auf Bundesebene hätte nur die Aufgabe, die Arbeit in den einzelnen Ländern zu koordinieren, den Erfahrungsaustausch zu ermöglichen und so für eine Gleichschaltung und Gleichberechtigung aller Schüler und Schülervertretungen der BRD zu sorgen, solange die Kultushoheit der einzelnen Bundesländer bestehen bleibt. D. h., daß in allen Ländern der BRD für alle Schüler die gleichen Rechte, die gleichen Bildungschancen etc. vorhanden sind.

Soviel zum Modell (Struktur, Aufgaben) der SG. Daß die Konstituierung dieser Organisation einen langen Entwicklungsprozeß voraussetzt, wurde bereits zu Anfang des zweiten Teils erwähnt. Der dritte Teil soll sich mit Sinn und Zweck der einzelnen Aufgaben sowie der demokratischen Erneuerung des Bildungssystems in der BRD befassen. Diese Erneuerung zu erwirken und vor allem zu beschleunigen, ist die übergeordnete Aufgabe aller Organe der SG.

Doch zuvor der bereits angeschnittene Vergleich zwischen SECO in Schweden und SV in Hessen an Hand der aufgezeigten Aufgaben und der Struktur des SG-Modells:

Die schwedische Schülerselbstverwaltung, die nahezu die gleichen praktischen Ziele und Aufgaben innerhalb der Organisation der Schulen und der Schülermitverantwortung verfolgt, wie oben aufgeführt, hat sich durch ihre Arbeit und ihre Aktivität einen in Europa, ja sogar in der Welt einmaligen Einfluß auf Behörden, Regierung und Parlament geschaffen. Nahezu alle wesentlichen Gutachten, Erlasse, Verordnungen etc., die das schwedische Kultusministerium veröffentlicht, bzw. erläßt, werden zuvor der SECO zur Stellungnahme zugesandt. Die schwedischen Schüler befassen sich außer mit den oben genannten Aufgaben primär mit zentralen Fragen der organisatorischen und inneren Schulreform. Viele ihrer Gutachten sind bereits in schwedische Reichstagsbeschlüsse eingegangen. Daneben haben die schwedischen Schülervertreter das Recht, in allen Angelegenheiten der Schule mitzusprechen. So nehmen sie z. B. an Lehrerkonferenzen über pädagogische Fragen teil und befassen sich mit der Neuformulierung des Lehrplanes. Wie man sieht, entwickelt sich die SECO auch heute noch stetig weiter. Ihre Prinzipien entsprechen den Grundsätzen der Erneuerung der schwedischen Schulen.

Die Hessische Schülervertretung durchlief seit ihrer Konstituierung durch die KMK die gleichen Entwicklungsstadien wie die anderen deutschen Schülervertretungen. Auch sie geriet auf Grund der im ersten Teil beschriebenen Umstände immer näher an den Abgrund der Selbstauflösung. Seit einigen Jahren bemüht sich die Hessische SV durch ihren Landesvorstand jedoch um mehr Freiheit für die Schülerschaft. Dieses Streben erhielt im Mai 1969 in der Neufassung des § 49 des Schulverwaltungsgesetzes, der die Schülermitbestimmung regelt und den Schülern durch die SV Mitbestimmungs- und Mitspracherechte in allen Angelegenheiten der Schule zusichert, seine legale Grundlage.

Die Hessische SV setzte sich seit dieser Zeit gegen veraltete Bildungsinhalte und veraltete Strukturen zur Wehr. Sie erkannte die große Gefahr, daß die Schule in ihrer jetzigen Verfassung in immer größerem Ausmaße zu autoritärem Verhalten erzieht. Deshalb forderte sie u. a.:

— Qualifizierte Mitbestimmung bei allen die Schule betreffenden Fragen;

— Information aller Schüler bezüglich Erlasse, Verfügungen, Verordnungen, etc.;

— Mitwirkung bei der Gestaltung der Lehrpläne sowie der Stoffwahl im Unterricht;

— Verwendung moderner Methoden im Unterricht;

— freie politische Betätigung der Schüler innerhalb der Schule;

— Konstituierung von Schlichtungs- und Vermittlungsausschüssen;

— Demonstrationsrecht während der Unterrichtszeit.

Einige dieser Forderungen wurden an einzelnen Schulen bereits durchgesetzt und mit Erfolg praktiziert. Weiteren Forderungen, z. B. Mitbestimmungsrechte, wurde in der Neufassung des oben genannten § 49 stattgegeben.

Trotz dieser z. T. „progressiven" Haltung der Schulbürokratie steht die Hessische SV seit der Verabschiedung des § 49 an einem Scheideweg, da das Kultusministerium zur Ausführung des Gesetzes eine Rechtsverordnung erlassen muß. Wie die verschiedenen Entwürfe dieser Verordnung gezeigt haben, versucht die Ministerialbürokratie erneut, ihren alten Einfluß zurückzugewinnen, ja noch zu verstärken, indem sie die vom Gesetzgeber zugesicherten Rechte in den Aus-

führungsbestimmungen durch geschickte Formulierungen einerseits und „Gummiparagraphen" andererseits entschärfte, bzw. dadurch Konflikte bagatellisiert und so ihre Austragung verhindert. Man versucht von dieser Seite her, durch allgemeine Verschärfung des Leistungsdruckes und gleichzeitige Unterdrückung emanzipatorischer Bestrebungen die autoritäre Situation, die, wie oben beschrieben, im Laufe der Zeit gemildert wurde, permanent wieder auf- und auszubauen.

Auf Grund dieser Tatsachen steht die SV Hessens erst am Anfang eines langen, beschwerlichen Weges, noch weit davon entfernt, sich von einer integrierten zu einer unabhängigen Organisation entwickelt zu haben. Kämpft sie jetzt nicht konsequent darum, das gesetzte Ziel zu erreichen, wird sie in allerkürzester Zeit wieder ans Gängelband der Schul- und Ministerialbürokratie gelegt und ist von der jeweiligen Stimmung und Gesinnung der Schulverwaltung abhängig; abhängiger als zuvor, da eine Rechtsverordnung selbst durch Streik oder andere Maßnahmen seitens der Schüler, im Gegensatz zu einem Erlaß, nicht von heute auf morgen geändert werden kann.

Es gibt für die Hessische SV in dieser Auseinandersetzung die besten Ausgangsmöglichkeiten, da sie in diesem Falle von der hessischen Schülerschaft und sogar von dem in der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) organisierten Teil der Lehrerschaft voll und ganz unterstützt wird. Gewinnt sie diesen Kampf, erhält sie die von ihr geforderten Rechte, so kann sie sich nach Art der SECO weiterentwickeln und weiterarbeiten. Sie ist dann unabhängig und hat einen großen Schritt auf dem Weg zum Gewerkschaftsmodell getan.

Wie die derzeitige Lage anderer Schülervertretungen der BRD im Vergleich zur SECO aussieht, soll im folgenden Abschnitt kurz aufgezeigt werden.

Im Gegensatz zur SECO, die die Vertretung der Schülerinteressen sowohl von pädagogischer Seite, als auch von staatlicher Seite unterstützt weiß, wird in der BRD die Vertretung der Interessen der Schüler durch die SMV sowohl von staatlicher als auch von pädagogischer Seite erschwert, ja boykottiert. Als Beleg für diese beiden Hypothesen betrachte man nur die von der Hessischen SV geforderten, von der SECO aber bereits seit Jahren praktizierten Rechte.

In der BRD werden solche und ähnliche Forderungen von den Politikern, Pädagogen und auch von der Öffentlichkeit zumindest als „ungewöhnlich", wenn nicht „unerhört" empfunden, obwohl sie im Grunde lediglich den einer demokratischen Gesellschaft eigenen Wunsch nach Unabhängigkeit und Öffentlichkeit einer jeden öffentlichen Einrichtung, hier der Schule, bzw. der SV, ausdrücken.

III

Zwar sind vielleicht einige Bedenken der westdeutschen Schulbürokratie gegen die allgemeine Realisierung der hier formulierten Forderungen z. Z. noch nicht von der Hand zu weisen, aber man muß in der heutigen Klassengesellschaft permanent weit über das Ziel des Möglichen hinausschießen, um wenigstens die z. Z. wichtigsten Forderungen durchzusetzen, die aus dem Gefühl der persönlichen Unfreiheit der Schüler und des Ausgeliefertseins an die Herrschenden der undurchschaubaren Schulbürokratie resultieren.

Das wichtigste Ziel, das die SV mit ihren Forderungen und der Verteilung der Aufgaben auf ihre verschiedenen Organe verfolgt, ist die Demokratisierung der Schule. Was bedeutet dieses Schlagwort, das heute in allen Gremien, Institutionen und Organisationen kursiert und eingehend diskutiert wird?

„Demokratisierung der Schule" — ist das ein Problem, das bisher nur die Theoretiker beschäftigt, oder sind mit den Diskussionen auch Absichten der Realisierung verbunden? Bisher scheinen sich die Pragmatiker mit diesem Ziel noch nicht beschäftigt zu haben. Man läßt sich immer noch von den alten Prinzipien und Richtlinien in der Schulpolitik im Sinne Humboldts und des Biedermeier leiten. Die verzweifelten Anstrengungen der SV, ihre Vorstellungen zu verwirklichen, wurden und werden belächelt, als, wie schon gesagt, „ungewöhnlich" oder gar „unerhört" empfunden, da sie die Selbstherrlichkeit der Herrschaftsschicht unterwandern und deren „Heiligtum", die Schule, der Kritik preisgeben würden.

Doch ist die Realisierung nicht mehr zu verhindern, wenn unser Bildungssystem nicht endgültig hinter der Entwicklung zurückbleiben soll. Änderungen sind dringend erforderlich. Eine schon heute dringend erforderliche, primäre Änderung ist es, daß jeder Lehrer sein Wissen modifiziert und nur die modernen, aktuellen Aspekte und Gebiete des Stoffes sowie nur die neuesten Erkenntnisse seines Faches lehrt. Dadurch werden die Probleme und Zusammenhänge im Moment zwar nicht endgültig verstanden, aber, und das ist sehr wesentlich, zumindest kann durch ausreichende Bildung und ausreichendes Verständnis eine kritische Stellung zu den Zusammenhängen eingenommen und eventuell ihre Problematik erkannt werden.

Wie sehen nun die Vorstellungen der SV und der progressiven Richtungen innerhalb der Verbände für die weitere Zukunft aus? Welche Vorstellungen hat das Gros der Schülerschaft von einem „idealen" Bildungssystem, von „idealen" Bildungsgehalten?

Die Entwicklung des Gymnasiums, des Schulwesens in der BRD überhaupt stagniert. Die Entwicklung ist seit der Gründung des deutschen Gymnasiums in der Biedermeierzeit nicht fortgeschritten. Von der Hinzufügung einiger Unterrichtsfächer abgesehen, gab es keine wesentlichen Änderungen. Selbst die Ideologie, universale und totale, zweckfreie Bildung, geistige Betätigung etc. (Humboldt), hat sich nicht geändert. Der Schüler erfährt keine spezielle Vorbereitung auf seinen späteren Beruf. Er kann den Ansprüchen des Berufes nicht nachkommen, der in den meisten Fällen Selbständigkeit, spezielle Leistungen, Teamwork etc. verlangt. Der Schüler muß in seiner Schulzeit Dinge lernen, die ihn nicht interessieren, ihn belasten und ihn nicht zur Entfaltung kommen lassen, kurz, mit denen er, bezüglich seiner zukünftigen Berufsvorstellungen, nichts „anzufangen weiß".

Nun sollte die Schule nicht dahingehend reformiert werden, daß sie in Zukunft „Fachidioten" ausbildet und entläßt, keineswegs, aber man muß sich fragen, ob wir es uns in der heutigen Zeit leisten können, Latein oder Griechisch statt Russisch zu lehren oder die Abwahl naturwissenschaftlicher Fächer zugunsten sprachlicher weiterhin zu ermöglichen (viele Schüler halten Sprachen für leichter als Naturwissenschaften).

Die Schule sollte die Schüler auf das spätere Leben vorbereiten, sie für das Leben geeignet machen. Das fordert aber, daß sich nicht, wie bisher, die Schüler der Schule anpassen, sondern die Schule sollte sich in Struktur und Ziel den Schülern anpassen. Man darf nicht mehr von der Vorstellung der Lehrer ausgehend Unterricht erteilen, sondern von der des Schülers, um ihn individuell auf sein Leben, das e r ja schließlich leben muß, und seinen gewünschten Beruf, den e r ja schließlich ausführen muß, vorzubereiten. Das fordert, daß der Schüler selbst bestimmt, wie er lernt, was er lernen, wie er als Schüler leben und sich bilden will.

Um dieses Bildungsideal zu erreichen, wären zunächst folgende Änderungen unumgänglich:

1) Abschaffung sämtlicher Disziplinarstrafen; 2) Unterlassung der suggestiven Beeinflussung; 3) Unterlassung jeglicher ethischer und jeglicher religiöser Unterweisung.

Eine weitere Konsequenz wäre die Erteilung des Unterrichts nach dem Universitätsmodell. D. h., einen Stundenplan darf es nur noch für die Lehrer geben, nicht mehr für die Schüler; diese, zumindest die der Förderstufe und der Oberstufe, stellen sich ihren Stundenplan selbst zusammen. Der Unterricht selbst muß dem technischen Fortschritt Rechnung tragen. Es können zwar nicht alle Lehrer durch Computer ersetzt werden, aber wir müssen unseren Unterrichtsstil den modernen Methoden und Möglichkeiten anpassen und auch konsequent nach diesen Möglichkeiten ausbilden, unterrichten. D. h., wir müssen die akustische und optische Darbietung des Lehrstoffes sinnvoll koordinieren, um so rationeller den umfangreichen Stoff zu konsumieren.

Die Themenstellung muß zu Anfang des Schuljahres in reichlicher Auswahl für die Schüler veröffentlicht werden.

Diese Themenstellungen sollten auf gesamtgesellschaftlich-positive Ziele hin ausgerichtet sein, z. B. auf Ziele, die der Existenz der Menschheit dienen: a) ein besseres Gesundheitswesen; b) ein fortschrittliches Bildungswesen; c) moderne Städteplanung etc.

Erst wenn eine gewisse Faszination gegeben ist, wird auch ein Ansporn vorhanden sein, sich mehr den Naturwissenschaften und den gegenwärtigen, aktuellen Problemen zuzuwenden. Auch wird der Schüler nicht mehr den Weg des „geringsten Widerstandes" gehen, sondern sich interessanten, wenn auch schwierigeren Aufgaben und Fächern widmen.

Weiter müßte der Unterricht a) nach Alter, Reife, Auffassungskraft und -gabe der Schüler, b) nach den Interessen der Schüler unterteilt werden.

Soweit die Reform des Bildungssystems in kurzen Stichpunkten nach Vorstellung der Schülervertretungen, des Gros' der Schülerschaft und der progressiven Verbände. Eine detaillierte Untersuchung und Ausführung dieser Punkte würde einerseits zu weit führen, andererseits über den Zweck dieser Arbeit hinausgehen.

Eine weitere, dringende Reform im Schulsystem, besonders den Leistungsdruck betreffend, wäre die Abschaffung jeglicher Prüfungen und Hausaufgaben, bis diese von den Schülern selbst gewünscht werden. Wie „Das Beispiel Summerhill" [8]) zeigt, ist der Schüler nach einem gewissen Gewöhnungsprozeß brennend daran interessiert, seinen derzeitigen Leistungsstand so oft wie möglich zu erfahren, so daß auch die Kontrolle seitens des Lehrers gegeben ist. Jedoch immer nur im Einvernehmen mit dem Schüler. Der derzeitige Zwang, der Leistungsdruck ist dem Schüler nämlich aufs äußerste verhaßt, worin mit ein Hauptgrund für das Fehlen vieler Schüler in einigen Fächern, besonders aber bei Klassenarbeiten zu suchen ist.

Zur Änderung der Unterrichtsinhalte und -gehalte wäre neben den oben aufgeführten Konsequenzen besonders erwähnenswert, daß es unnütz ist, einige Themen zu vermitteln, wenn sie nicht interessieren. Zu versuchen, sie dem Schüler unter Zwang, durch Kontrolle und Hausaufgaben einzupauken, ist grundverkehrt,

8) Das Beispiel Summerhill, rororo Sachbuch Nr. 6707—6708, Reinbek bei Hamburg 1969.

da dieser Zwang den Schüler zu einem willenlosen Erwachsenen heranwachsen läßt, zu einem Konformisten. Dieser willenlose Erwachsene, der Konformist, ist bezeichnend für die Basis und Struktur, die heutzutage unsere Gesellschaft trägt und beinhaltet. Nur dadurch ist zum Großteil auch die konservative Haltung vieler Menschen aller Gesellschaftsschichten zu erklären. Man ist in der Schule zum „egoistischen Anpasser" und „Drückeberger" erzogen worden, hat Angst vor der persönlichen Entscheidung, vor dem persönlichen Engagement und lehnt von vornherein aus diesen Gründen jegliche Neuerung und Reform ab.

Freiheit, Eigenständigkeit etc. jedoch vermitteln, wie psychologische Untersuchungen beweisen, das Gefühl eines völligen Selbstvertrauens, machen dadurch den Schüler zu einem reformfreudigen, selbständigen, entscheidungs- und engagementfreudigen Menschen. Neben der Freiheit etc. vermittelt ein demokratisches Schulsystem aber auch dem Schüler durch den Zwang zur Selbständigkeit unter anderem, wie man lernt, richtig zu lernen. Summerhill, eine Modellschule in England, die nach solchen Konzeptionen die Schüler ausbildet, hat größte Erfolge verbuchen können. Das Beispiel zeigt, daß die Schule so ihrem Bildungsauftrag gerecht werden kann.

In der BRD ist seit Einrichtung der integrierten Gesamtschule der Schulbürokratie ebenfalls die Möglichkeit gegeben, die Schule ihrem Bildungsauftrag gerecht werden, sie ihr Ziel erreichen zu lassen und die Schüler zu „selbständig denkenden und verantwortungsbewußt handelnden Bürgern eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates" zu erziehen.

Daneben muß jedoch die SV sich unter allen Umständen auch weiterhin mit aller Kraft für die Verwirklichung dieser Ziele einsetzen, muß versuchen, auch hier die Interessen der Schülerschaft zu vertreten und deren Wünschen nachzukommen. Wie wir im ersten Teil gesehen haben, ist die derzeitige SV aus den verschiedensten Gründen dazu aber nicht in der Lage. Sollte die SV jedoch trotz aller Schwierigkeiten und eventuellen Repressalien seitens der Schulbürokratie und anderer, konservativer Kräfte innerhalb der Schulgemeinde die für sie notwendige Umstrukturierung von einer integrierten Institution, der SV, in eine freie, unabhängige Organisation, die SG, durchführen können, so ist ihr auf Grund ihrer Unabhängigkeit die reale Möglichkeit gegeben, in Verbindung mit den progressiven Verbänden und anderen Institutionen der Schulgemeinde die Demokratisierung der Schule, bzw. die Reform des Bildungssystems, neben vielen anderen z. Z. undurchführbaren Aufgaben und Forderungen, zu verwirklichen.

Fernseh-Spalte

A SONG OF JOY

Richard Anthony säuselt mit Himbeerbrause in der Kehle „Aranjuez mon amour", ursprünglich ein berühmtes Gitarrenkonzert von Joaquin Rodrigo. Ein Paar liefert „akrobatischen Schönheitstanz", angesichts dessen „sauberer" Nacktheit einem physisch übel wird (wie natürlich ist dagegen jede „pornographische" Direktheit). Dann verliest Carlheinz Hollmann, die absolute Null unter den TV-Entertainers, ein Telegramm, gerichtet an den Popsänger Miguel Rios. Der Absender erscheint als Gipsbüste im Scheinwerferkegel: Ludwig van Beethoven. Und Miguel intoniert mit popgeiler Inbrunst: „... sing a song of joy". Ich weiß, daß Beethoven und Auschwitz sich gerade im pervertierten „Bewußtsein" derer prächtig vertrugen, die ob der „Kulturschande" des verpopten Schlußchors der Neunten nun am lautesten schreien. Gemach: ich schreie nicht, ich protestiere nicht. Dies hier ist vergleichsweise harmlos gegenüber den Beethoven- und Goetheschändungen durch die Kulturkriminellen des Dritten Reiches. Dies hier ist auch nicht wesentlich fragwürdiger als die Zweckentfremdung zur gesamtdeutschen Ersatzhymne bei Olympia-Siegerehrungen, ging es dabei doch nur ums Ignorieren zweier deutscher Staaten. All das vermag die konzentrierte Peinlichkeit des schamlosen Show-Aktes nicht zu verdrängen, dieser Tingeltangel-Szenerie mit hüpfenden Revuegirls, einem cleveren Talmisänger und der gipsernen Ohnmacht jenes Genius im Hintergrunde, dessen schöpferischer Besitz nun den Managern der Subkultur dicke Tantiemen einbringt.

Es ist bezeichnend, daß das für seine Prüderie nun allmählich bekannte ZDF hinsichtlich solcher „Unterhaltungs"-Tiefschläge keine Gewissenspein zu empfinden scheint. Ich will nicht sagen, daß die Unterhaltungssendungen der ARD besser sind. Aber ihre Quantität ist auffallend geringer. Ich habe hier leider nicht genügend Platz zur Verfügung, um den zugunsten der ARD ausfallenden Vergleich statistisch zu belegen. Aber wenn man den gesamten Unterhaltungsbereich — Filme, Fernsehspiele, Serien, Quiz, Show, Theater usw. — bewertet, dazu braucht man lediglich eine Programmzeitschrift, fallen die unterschiedlichen Proportionen (ARD und ZDF) penetrant ins Auge. Vor den Abendnachrichten, wenn die Studios die deutsche Einheitsfamilie beliefern, ist der Qualitätspegel noch annähernd gleich: hohe Zeit der kleinbürgerlichen Scheinkonflikte, der jugendfreien Action-Serien (auch hier Mord und Totschlag), der Kulturfilme im Ufa-Stil, der Glückverheißungen der Profitwirtschaft. Am Abend setzt das ZDF dieses Prinzip, von Ausnahmen abgesehen, fort, während im ARD-Programm noch keine derart kompakte Anhäufung von Demagogie und Primitivität zu registrieren ist. Nur selten leistete sich (bisher) ein ARD-Studio degoutante Verfälschungen der Zeitgeschichte und Rechtfertigungsfilme (lies: Dokumentarspiele), wie sie beim ZDF die Regel darstellen. Man denke an eines der letzten Beispiele, die unsägliche „Peenemünde"-Legende. Man denke an Naziproduktionen des Kinofilms wie „Schicksal", utopischen Polit-Kitsch wie „Invasion von der Wega", die reaktionäre Linie des Magazin-Moderators Löwenthal, den „XY..."-Zynismus, nicht zuletzt an die Programmprinzipien des Intendanten Holzamer, dessen berüchtigter „Lebenshilfe"-Komplex für die konformistische Erstarrung in Mainz mitverantwortlich zu machen ist, — und man hat schon einige Fakten zur Hand, die zum Vergleich mit den ARD-Stationen herausfordern. Auch dort sind bedenkliche restaurative Tendenzen zu verzeichnen. Auch dort kommt unsere Problemwelt nur bruchstückhaft zur Sprache und ins Bild, aber doch wenigstens so, daß man sich vor dem Bildschirm nicht wie ein Analphabet fühlt, nicht wie ein Idiot. Um so penetranter empfindet man die biedermännische Jovialität, die patriarchalische Tumbheit, die anhaltende Manipulation der (zugegeben) noch weit verbreiteten politischen und humansozialen Unmündigkeit im taktischen Instrumentarium der Mainzer Anstalt. Adenauer ging, Erhard ging, Kiesinger ging. Aber Mainz bleibt Mainz.

E. H. Wahl

Bücher

„Si tacuisses . . .!"

Ernst Nolte, Der Nationalsozialismus (Ullstein Buch 2756). Verlag Ullstein GmbH, Frankfurt—Berlin—Wien 1970, 251 S., 3,80 DM.

Zu Nolte mag man stehen, wie man will: entweder affirmativ [1]) oder kritisch [2]) — auf jeden Fall aber muß man wohl anerkennen, daß er die Diskussion über eine Theorie des Faschismus nach Jahren totalitarismustheoretischer Dürre mit seinem magnus opus [3]) befruchtet hat [4]). Jetzt liegt ein Hauptteil dieses Werkes [5]) als separate Publikation vor. Auf diese Veröffentlichung sei hier hingewiesen. Dabei wird jedoch nicht das neu und unverändert abgedruckte Kapitel „Der Nationalsozialismus" in den Mittelpunkt des Interesses gestellt. Dieser Hauptteil ebenso wie seine Methodik „eine(r) vergleichende(n) Darstellung in anthropologischer Perspektive" (S. 11) mag auf sich beruhen; ragt er doch — worauf Nolte hinweist (S. 11) — sowieso aus der „normalen wissenschaftlichen Forschung" heraus und ist somit nachgerade unfaßbar. Hier geht es um den Anhang: „Zur Soziologie des Nationalsozialismus" (S. 181 ff), „Hitlers Aufstieg und die Großindustrie" (S. 188 ff.), „Der Faschismus als Problem in der wissenschaftlichen Literatur" (S. 197 ff.) — „drei Studien, die der akademischen Tätigkeit entstammen" (S. 13).

Dieser Appendix entstammt dem Bereich der „akademischen Tätigkeit" Noltes, und was das — negativ — bedeutet, hat er selbst mitgeteilt (S. 11). Aber das, was diese „Studien" prägt, läßt sich wohl kaum als Folge der Belastung eines Ordinarius durch Vorlesungen, Prüfungsarbeiten, Publikation (s. S. 11) erklären. Vielmehr dürfte das erkenntnisleitende Interesse im Sinne einer „Bejahung der liberalen westlichen Gesellschaft" (S. 203) in der Zurückweisung materialistischer Forschungsansätze und Fragestellungen [6]) bestehen. Um das zu ermöglichen, erhöht Nolte seinen geistesgeschichtlichen Ansatz zum „klarste(n) Bewußtsein . . . der Sozialgeschichte" (S. 13), wobei er diese Aussage gar nicht erst weiter expliziert. Noltes Motivation ist eine voluntaristische: Nolte will Faschismus als abgeschlossene Epoche darstellen und vor allem als eine Epoche, an deren Ausgestaltung und Entstehung „die" Industrie sowie die Funktionseliten von Verwaltung, Justiz, Wirtschaft nicht entscheidend partizipierten. Dies soll hier anhand der „Studien" immanent kritisch [7]) skizziert werden:

Die NSDAP wird von Nolte als die erste, tendenzielle „Volkspartei" beschrieben und verstanden (S. 184). Die Partei-Statistik von 1935 animiert ihn zu dem Schluß, „daß die NSDAP eine ‚bürgerliche' Partei mit vergleichsweise sehr hohem Arbeiteranteil und damit in ihrer Zeit eine ausgeprägte Volkspartei war" (S. 184). Diesen Schluß findet Nolte auch durch eine Betrachtung der Führerschicht bestätigt (S. 185). Dabei geht er allerdings methodisch kaum haltbar vor. Er trifft nämlich anhand des „Deutschen Führerlexikons" (1935) eine „ganz willkürlich(e)" Auswahl der „bekanntesten Namen" des Buchstabens „W". Dabei hätte er (unterstellt man für eine derartig grobe Analyse einmal die gleiche Gewichtung und damit die Eindimensionalität aller „Führer") zum Mittel der Zufallsauswahl etwa vermittels von Zufallszahlen greifen müssen, wenn er schon in der angegebenen Weise überhaupt vor-

1) Dies der Tenor von W. Besson, „Die Interpretation des Faschismus", NPL, 13 (1968), S. 306 ff.
2) So W. Schieder, „Faschismus und kein Ende?", NPL, 15 (1970), S. 167 ff; ders. in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Freiburg 1968, 2. Bd., S. 471 f.
3) Der Faschismus in seiner Epoche, München 1965².
4) Zu einer Zeit, als N.'s Werk (a.a.O.) überhaupt erst wieder den Faschismusbegriff in die wissenschaftliche Diskussion der „offiziellen" BRD-Historiographie einführte, vermittelte das die insgesamt positive Rez. durch U. Müller-Plantenberg, in: Das Argument, 30, 6 (1964), S. 145 ff. — dazu Nolte (die S. 146/7 aber nicht erwähnend), Nationalsozialismus, S. 12; vgl. auch B. Blanke, „Thesen zur Faschismus-Diskussion", SoPo, 1 (1969), S. 53 f.
5) A.a.O., S. 343—512; dazu Nationalsozialismus, S. 13.
6) Zur Beschreibung dieses Ansatzes vgl. etwa W. F. Haug, Der hilflose Antifaschismus, Frankfurt 1967, S. 48 (ff.); vgl. auch meine Rez. von E. Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht? Köln 1967, und D. Eichholtz, W. Schumann (Hrsg.), Anatomie des Krieges, Berlin 1969, in: NPL, 15 (1970), H. 3.
7) Empirisches, sozioökonomisches und herrschaftssoziologisches Material wird von Nolte kaum ausgebreitet; eine fruchtbarere von außen herangetragene Kritik müßte z. B. von den Dokumenten in „Anatomie des Krieges" ausgehen, vgl. meine Rez., a.a.O., und die Mahnung A. Hillgrubers, in: Die Zeit, 1969/44, S. 19.

gehen wollte. So aber bleiben die Auswahlkriterien dubios, eben willkürlich. Klar ist nur die Intention. Indem Nolte die NSDAP als tendenzielle „Volkspartei" hinstellt — ohne anderslautende Darstellungen [8]) diskutiert zu haben! —, weist er der Charakterisierung der NSDAP als Mittelschichtenpartei „einen geringen Erkenntniswert" zu. Nolte zufolge reproduziert eine derartige Einschätzung indirekt Marx' Pathologie bezüglich des Kleinbürgertums (alles S. 182). Er dagegen will die NSDAP nicht als eine seit 1930 kapitalistisch-redressierte Mittelklassenbewegung — wie dies R. Kühnl in „Die nationalsozialistische Linke 1925—1930" aufgezeigt hat —, sondern eben als „Volkspartei". Alles deutet darauf hin, daß Nolte damit zur Analyse des Faschismus als eines Systems von letztlich kapitalaffirmativen Kompromissen und Bündnissen, als eines spezifischen Pluralismus', keinen Beitrag leisten möchte. Vielmehr überwindet Nolte die zugegebenermaßen oft vorschnelle Schlüsse beispielsweise in Richtung auf eine Manipulationsthese ziehende Mittelklassentheorie dadurch, daß er auf die Teilhaberschaft einer sogenannten „Extremen Linken" (?) am Faschisierungsprozeß hinweist. Nach einem mehr als knappen Blick auf die Biographien Hitlers, Görings, Goebbels', Himmlers etc. betont er so: „Fast alle diese Menschen hätten unter anderen Umständen anders gehandelt, als sie gehandelt haben. Eins der wichtigsten Momente im Rahmen dieser ‚Umstände' war neben dem Krieg gerade das Verhalten der Extremen Linken, vor allem ihr Versuch, eine Bürgerkriegssituation wiederherzustellen, welcher im Grunde schon seit dem Zusammentritt der Nationalversammlung im Januar 1919 der Boden entzogen war. Die soziologische Interpretation ist zum Teil nichts anderes als die interessierte Schutzbehauptung dieser Linken, die den Anteil ihres eigenen Denkens und Handelns an der Entstehung und am Sieg des Nationalsozialismus ... sich und anderen nicht eingestehen will" (S. 186/7) [9]).

Die „Extreme Linke" trage somit „Schuld", diese Zurückverlängerung der „Linksfaschismus"-These aber wolle die Linke heute verschleiern. Da kommt Nolte gerade noch rechtzeitig! Entsprechend eifrig macht er sich daran, eine weitere linke These — die von der „Schuld" der Industrie am Faschismus [10]) zurechtzurücken. Diese These hat Nolte „von Anfang an mißtrauisch gemacht"; früh schon sah er in ihr „die ganz unverkennbare Vorherrschaft des Willens über den Intellekt" (S. 189). Sie ist also keine reine, unbefleckte Wissenschaft, an die Nolte glaubt. Es mutet zwar merkwürdig an, daß sich diese Bedenken in Noltes Faschismus-Phänomenologie nicht im Rahmen einer breiten Auseinandersetzung niedergeschlagen haben. Das aber holt er 1968 anläßlich eines Symposiums der „American Historical Association" [11]) nach (S. 190 ff.). Ohne Quellen etc. auszubreiten und zu diskutieren, resumiert Nolte — Wirtschaft und Politik puristisch und steril scheidend bzw. auseinanderreißend — (S. 192/193) —, man könne den Großkapitalisten „vielleicht nicht einmal daraus einen Vorwurf machen, daß sie eine Wiederaufrüstung als Ausweg aus der Krise ins Auge faßten ..." (S. 192). Damit reiht sich Nolte in die Verteidigungsfront eines Hjalmar Schacht ein, der Hitler (!) wegen seiner „maßlosen Aufrüstung" verurteilt (in „Abrechnung mit Hitler"). Nicht zuletzt aber zeigt Nolte mit dieser Feststellung an, wie wenig er den politischen Prozeß aus den strukturellen Gegebenheiten eines sozioökonomischen Systems herleiten kann. Auf derartige

---

[8]) Vgl. nur W. Schäfer, Die NSDAP, Hannover/Frankfurt 1956; Th. Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Neuaufl. Darmstadt 1967, S. 109 ff., sowie zusammenfassend H. Grebing, Der Nationalsozialismus, München/Wien 1964[17], S. 47 ff.; zum Arbeiteranteil der NSDAP vgl. z. B. H. Jäger, „Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei", Inprekorr, Nr. 46, 3. 6. 1932 — zit. in Th. Pirker, Komintern und Faschismus 1920—1940, Stuttgart 1966, S. 161 ff.; H. Bennecke, Wirtschaftliche Depression und politischer Radikalismus, München/Wien 1968, bes. S. 126 ff. — passim (allerdings muß in beiden Fällen ein „ideologisches Moment" abgestrichen werden).

[9]) Dagegen Nolte: VfZG, 10 (1962), S. 395; vgl. bes., von Nolte nicht erwähnt, O. Bauer, „Der Faschismus", 1936, abgedr. in W. Abendroth (Hrsg.), Faschismus und Kapitalismus, Frankfurt/Wien 1967, hier bes. S. 153 ff.; zur Kritik der „ultralinken" Haltung der KPD vgl. O. K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt 1969[2]; H. Weber, Die Wandlungen des deutschen Kommunismus, Frankfurt 1969; E. Hennig, a.a.O., sowie: Faschismus und Kapitalismus, unveröffentl. MS, Institut für Politikwiss., Frankfurt 1970.

[10]) Faschismustheorie scheint für Nolte vorrangig ein Problem der Schuldzuweisung und/oder Absolution zu sein; so erscheinen die deutschen Industriellen (S. 195) z. B. „hinsichtlich der ... Frage der inneren Verantwortung (?) als schuldig und unschuldig zugleich" (s. S. 195). Der Prozeß zeitgeschichtlicher Forschung von der Schuld- über die Ursachen- hin zur Strukturfrage (H. Heimpel) wird von Nolte somit nicht nachvollzogen bzw. vorangetragen.

[11]) Abgedr. in: American Historical Review, 75 (1969/70), H. 1 — enthält ferner die Niederschrift der Ref. von G. Feldmann („Social Economic Policies of German Big Business 1918—1929") und H. A. Turner, jr. („Big Business and the Rise of Hitler").

Strukturanalysen verzichtet er ganz, um dann die gleiche Ohnmacht von Unternehmern und Arbeitern, von „Wirtschaftskapitänen" und „Hilfsarbeitern", wie er in seinem Bilderbuch „Faschismus, Von Mussolini zu Hitler" schreibt, zu postulieren. Diese totalitarismustheoretische Anknüpfung an die faschistische „Gleichschaltungs"-Ideologie (die Realität drückt sich im „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" aus: RGBl. 1934, I, S. 45) hebt er dann in den nächsten beiden Sätzen selbst wieder auf, ohne jedoch diesen Widerspruch zu bemerken. Da heißt es: „Die eigentliche politische Zielsetzung aber ergab sich in der überlieferten Staatengesellschaft aus der Entscheidung der Fragen, ob Krieg geführt werden sollte, wann Krieg geführt werden sollte, was für ein Krieg geführt werden sollte. Ein politisches System, das den Männern der Wirtschaft in diesen Grundfragen (sic!) keine Stimme gibt, muß als eine eigentümliche und irreduzible Strukturmöglichkeit betrachtet werden" (S. 193) — auf jeden Fall aber stelle ein solches System keinen kapitalistischen Staat dar. Anschließend auf diese Bemerkung folgt eine Erkenntnis, die nur noch einmal dokumentiert, wie wenig Marx-Kenntnisse in den Nolteschen Antimarxismus eingegangen sind: „Die Kapitalisten sind eben ... in Wahrheit nicht die Schöpfer der jeweiligen Gesellschaft, ... sondern deren Produkte" (S. 193) [12]). Gleichzeitig demonstriert Nolte damit ein weiteres Mal, wie wenig er in der Lage ist, hinter Personen gesellschaftliche, sozioökonomische und sozialpsychologische Strukturzusammenhänge zu erkennen (s. S. 193 ff.). So kann er am Ende nur noch personalisieren und moralisieren (s. S. 195), bis hin zur abschließenden Anmerkung zur Analogie von Kapitalisten und Historikern: „Historiker können und dürfen wie die Kapitalisten nur eine relative Autonomie anstreben; wenn sie herrschen oder bloß ihren Willen durchsetzen wollen, werden sie — wie die Kapitalisten — zu Sklaven von Mächten, die ihnen feindlich sind, so verwandt sie ihnen anfänglich zu sein scheinen" (S. 196).

Die „Studien" zeigen, daß Nolte alle politischen Positionen der Totalitarismustheorie wieder aufzubauen versucht. Dabei verfährt er nicht nur undialektisch, d. h. Vermittlungen zwischen Wirtschaft und Politik negierend, sondern auch noch sträflich abstrakt, indem er keine Quellen, Dokumente etc. zitiert und interpretiert. Entsprechend fällt auch seine Literaturauswahl aus (S. 197 ff.). Die DDR liefert Nolte zufolge gar keine Beiträge zur Faschismus-Diskussion (Nolte kennt anscheinend nur Czichons „Wer verhalf Hitler zur Macht?" [13])). Im Zusammenhang dieses Literaturberichts gibt Nolte (S. 198) übrigens noch einmal zu, welche große Rolle die „Willkür" spielt. Willkür, nicht aber das Bestreben, wissenschaftlich — auf dem Wege von Diskussion und Argumentation — ein Einteilungs- und Kategorienschema zur Rubrizierung und Gliederung literarischer Beiträge zu finden, prägt so Noltes Aussonderung derjenigen Literatur, die er nicht diskutiert (S. 198/199). Dieser Literaturbericht ist deshalb nur von Interesse, wenn man erfahren möchte: was denkt denn Nolte so über Lipset, B. Moore jr., E. Weber, G. L. Mosse, J. Agnoli etc. und, nicht zuletzt, über sich selbst. Zum sachbezogenen Nutzen derartiger Betrachtungen liefert Nolte den richtigen Hinweis: „Das Problem des Faschismus bleibt ein Problem ..." (S. 208).

Eike Hennig

Wolfgang Leonhards „dreigespaltener Marxismus"

Wolfgang Leonhard, Die Dreispaltung des Marxismus. Ursprung und Entwicklung des Sowjetmarxismus, Maoismus & Reformkommunismus. Econ-Verlag, Düsseldorf/ Wien 1970, 576 S., 32,— DM.

Der ständige Gastprofessor an der amerikanischen Yale-Universität in New Haven, Wolfgang Leonhard, hat mit dem Anspruch auf marxistische Wissenschaftlichkeit ein neues, diesmal 576 Seiten starkes anti-marxistisches Buch auf den Markt gebracht. Dies sei als wesentliche Quintessenz aus der Lektüre seiner jüngsten „Marxismus-Forschung" dieser Rezension vorangestellt.

12) Vgl. nur Marx, Die Frühschriften, Stuttgart 1953, S. 317 („Die Heilige Familie").

13) Vgl. S. 190; dazu meine Rez., a.a.O.

Leonhard wandelt solcherart nicht auf neuen Wegen und steht nicht allein. Um in der Gegenwart zu bleiben: Milovan Djilas, Ernst Fischer, Roger Garaudy und der große Clan der „Prager Frühlingsmacher" sind ihm schon vorausmarschiert, mit Marx auf den Lippen und dem Anti-Marx im Herzen. Nur, scheint mir, hat es Leonhard jetzt zu einer bösartigen Perfektion des marxistischen Sophismus gebracht: die „Verfälschungen und Deformationen" des politischen Marxismus bloßlegen wollend, unternimmt er mit gleichem Federstrich in ziemlicher Unverfrorenheit eigene massive Verfälschungen der Theorien von Marx und Engels, die bis zur Umkehrung der Dinge reichen.

Leonhard hat in umfangreichem Material geblättert, um seinen „dreigespaltenen Marxismus" zwischen die Buchdeckel zu bekommen, und er unterstreicht — wohl um die Objektivität seiner Schrift zu dokumentieren —, daß er sich weniger auf die Sekundärliteratur als vielmehr auf Originalquellen stützt. Aber er selbst beweist mit seinem Buch, daß man auch Originalquellen manipulieren und in die gewünschte Richtung lenken kann: durch die zuweilen notwendigen, hier aber ins vorgefaßte Konzept eingebetteten Auslassungsstriche bei Zitaten oder durch die sinnentstellende oder sinnumkehrende Kürzung der Zitate selbst. Wir haben es also hier — ähnlich wie bei Ernst Fischer und anderen — mit dem Phänomen zu tun, daß aus anti-marxistischer Feder auf der Basis eines manipulierten Marx und Engels die bisherige politische Formierung der marxistischen Bewegungen in der Welt und hauptsächlich in den Ländern des sozialistischen Blocks als verfälschter Marxismus dargestellt und für Gegenwart und Zukunft in totaler Unverbindlichkeit das Modell „eines humanen Sozialismus, übertragen auf die neuen Probleme unserer heutigen Welt" postuliert wird. Im derzeit so beliebten Spiel, sozialistische Phraseologie gegen sozialistische Programmatik stark zu machen, hat es Leonhard zu neuer Meisterschaft gebracht. Der fehlgeschlagene Prager „Reform-Versuch", von dem wir inzwischen effektiv wissen, daß er in seiner Entwicklung bis zum 21. 8. 1968 ebenso wenig mit Marxismus zu tun hatte, wie die über den Fehlschlag laut entrüsteten Gazetten vom Stil des „Rheinischen Merkur", von „Christ und Welt" oder gar der Springer-Presse marxismus-verdächtig sind — jener fehlgeschlagene Versuch also hat ähnlich wie bei Ernst Fischers 1969 herausgebrachten „Erinnerungen und Reflexionen" auch bei Leonhard die Konzeption seines Buches offensichtlich recht stark beeinflußt.

Leonhards „Ent-Dogmatisierung" von Marx beginnt eigentlich mit dem auch von Ernst Fischer schon vorgetragenen Märchen, nach dem Marx gesagt habe, daß „er kein Marxist sei" (S. 71). Reden wir also fortan — darauf läuft doch diese Feststellung hinaus — nicht von Marxismus, sondern schlicht von Sozialismus. In Wahrheit aber, und das dürfte auch Leonhard nicht entgangen sein, ist dieser Ausspruch von Marx in einem gänzlich anderen Sinn zu sehen. Hierzu Friedrich Engels in einem Brief an P. Lafargue: „Seit 2 bis 3 Jahren sind eine Menge Studenten, Literaten und andere deklassierte Bürgerliche in die Partei eingetreten und gerade zur rechten Zeit gekommen, um den größten Teil der Redakteurstellen in den neuen Zeitungen einzunehmen, es wimmelt von ihnen und sie betrachten gewohnheitsmäßig die bürgerliche Universität als eine sozialistische Schule von Saint-Cyr, die ihnen das Recht gibt, in die Reihen der Partei mit dem Offizierspatent, wenn nicht Generalspatent einzutreten. Diese Herren machen alle in Marxismus, aber sie gehören zu der Sorte, die Sie vor zehn Jahren in Frankreich kennengelernt haben und von denen Marx sagte: ‚Alles, was ich weiß, ist, daß ich kein Marxist bin!' Und wahrscheinlich würde er von diesen Herren das sagen, was Heine von seinen Nachahmern sagte: Ich habe Drachen gesät und Flöhe geerntet" [1]).

Vom solchermaßen schon gefälschten Marx her versucht Leonhard, seine „antidogmatische" Sicht von Marx und Engels nun auf alle Bereiche der Gesellschaftspolitik auszudehnen.

Um die heutigen gesellschaftspolitischen Positionen des sozialistischen Lagers als „anti-marxistisch" darzustellen, zitiert Leonhard Marx und Engels zu Fragen der Partei, der Parteipresse und der Literatur. Er hat Pech mit seinen Zitaten. „Seit den siebziger Jahren", so schreibt Leonhard, „mehrten sich bei Marx und Engels die Befürchtungen, daß manche ihrer Anhänger, die sich lautstark als ‚Marxisten' prie-

1) Marx-Engels-Werke, Dietz-Verlag, Berlin 1967, S. 450.

sen, die Grundauffassung des wissenschaftlichen Sozialismus verfälschen und zu einem Dogma machen würden ... Auch Engels war über diese Epigonen beunruhigt (welche Epigonen Engels meint, wird unter 2) deutlich! d. Verf.). So kritisierte er einige Anhänger, die versuchten, aus einer ‚nicht immer verstandenen Theorie eine Art alleinseligmachendes Dogma' zu machen, und sich von jeder Bewegung fernzuhalten, die dieses Dogma nicht angenommen hat" (S. 71). Der hier von Leonhard zitierte Engels-Ausspruch ist einem Brief an Florence Kelley-Wischnewetzky in New York entnommen, behandelt Fragen der amerikanischen Arbeiterbewegung und gehört in folgenden größeren Zusammenhang:

„Die Hauptsache ist, zu erreichen, daß die Arbeiterklasse als Klasse handelt; ist das erst erreicht, so wird sie bald die rechte Richtung finden, und alle, die widerstreben ... werden mit ihren kleinen eigenen Sekten kaltgestellt sein. Deshalb halte ich auch die Knights of Labor für einen sehr wichtigen Faktor in der Bewegung, den man nicht von außen geringschätzig behandeln, sondern von innen revolutionieren sollte, und ich bin der Meinung, daß viele von den dortigen Deutschen einen ernsten Fehler gemacht haben, als sie versuchten, angesichts einer mächtigen und ruhmreichen Bewegung, die nicht ihre Schöpfung war, aus ihrer importierten und nicht immer verstandenen Theorie eine Art ‚alleinseligmachendes Dogma' zu machen und sich von jeder Bewegung fernzuhalten, die dieses Dogma nicht angenommen hat ... Aber vor allem laßt der Bewegung Zeit, sich zu festigen, und verschlimmert nicht die unvermeidliche Konfusion zu Beginn dadurch, daß ihr die Leute Dinge zu schlucken zwingt, die sie zunächst nicht richtig verstehen können, die sie aber bald lernen werden" [2]).

Zu Fragen der Literatur und Kunst wird Engels von Leonhard wie folgt manipuliert: Einleitung von Leonhard: „Ein sozialistischer Autor erfüllt völlig seine Aufgabe (folgt Zitat von Engels, d. Verf.), ‚wenn er durch treue Schilderung der wirklichen Verhältnisse ... den Zweifel an der ewigen Gültigkeit des Bestehenden unvermeidlich macht, auch ohne selbst direkt eine Lösung zu bieten, ja unter Umständen, ohne selbst Partei ostensibel zu ergreifen'" (S. 40). Dieses Zitat ist einem Brief Engels' an Minna Kautsky entnommen und lautet in seinem größeren Zusammenhang so: „Dazu kommt, daß sich unter unsern Verhältnissen der Roman vorwiegend an Leser aus bürgerlichen, also nicht zu uns direkt gehörenden Kreisen wendet, und da erfüllt auch der sozialistische Tendenzroman, nach meiner Ansicht, vollständig seinen Beruf, wenn er durch treue Schilderung der wirklichen Verhältnisse (folgt Leonhards Auslassung, d. Verf.) die darüber herrschenden konventionellen Illusionen zerreißt, den Optimismus der bürgerlichen Welt erschüttert, den Zweifel an der ewigen Gültigkeit des Bestehenden unvermeidlich macht, auch ohne selbst direkt eine Lösung zu bieten, ja unter Umständen, ohne selbst Partei ostensibel zu ergreifen" [3]).

„Eine ausgearbeitete politische Strategie und Taktik der Partei", so behauptet Leonhard weiter, und das soll nun sein großer Schlag gegen die heutigen marxistischen Parteien im sozialistischen Lager sein, „wie sie heute zur Doktrin und Praxis gehört, gab es bei Marx und Engels nicht" (S. 41). Hier nun schlägt sich Leonhard in aller Deutlichkeit selbst ins Gesicht. Zu Fragen der Parteiarbeit und der Arbeit der Parteipresse mögen folgende Auszüge aus einem Artikel von Engels stellvertretend für seine und seines verstorbenen Freundes Marx unveränderte konsequente Grundhaltung stehen. Die Auszüge entstammen einem „Abschiedsbrief an die Leser des ‚Sozialdemokrat'" aus Anlaß der Einstellung dieses Blattes im September 1890: „Ebenso einig sind wir alle darin, daß dies Blatt nicht verschwinden kann, ohne eine Lücke zu lassen. Kein in Deutschland erscheinendes Organ, amtlich oder nicht, kann es ersetzen. Für die Partei ist das nur ein relativer Nachteil: Sie tritt in andere Kampfbedingungen und bedarf daher anderer Waffen und anderer Strategie und Taktik. Ein absoluter Verlust aber ist es für die Mitarbeiter und speziell für mich ... Und das Blatt war der Mühen und Gefahren wert, die seine Verbreitung kostete. Es war unbedingt das beste Blatt, das die Partei je besessen hat ... Und zwar nicht bloß, weil es, allein von allen, volle Preßfreiheit genoß. Die Grundsätze der

[2]) Marx-Engels-Werke, Dietz-Verlag, Berlin 1967, S. 589/590.

[3]) Marx-Engels-Werke, Dietz-Verlag, Berlin 1967, S. 394.

Partei wurden mit seltener Klarheit und Bestimmtheit dargelegt und festgehalten, und die Taktik der Redaktion war fast ausnahmslos die richtige" [4]).

Warum sich aber Leonhard zu der Lüge vom taktik- und strategiefremden Marx und Engels gezwungen sah, wird sehr schnell aus dem Kapitel 2 „Die Übertragung auf Rußland — der Leninismus" deutlich. „Die von Marx und Engels befürwortete ‚soziale Revolution'", so heißt es da gleich am Anfang, „ersetzte Lenin durch die Konzeption der ‚sozialistischen Revolution' — die von einer revolutionären Partei zu leiten ist. Im Unterschied zu Marx und Engels sah Lenin die Möglichkeit eines friedlichen Übergangs nur als Ausnahmefall, den gewaltsamen Umsturz in der Form eines bewaffneten Aufstandes dagegen als die Regel an" (S. 76). Hier wird Leonhards wissenschaftlich verbrämte Marxismus-Interpretation zu reiner kapitalistischer Schulbuch-Demagogie! Der Revoluzzer mehr als der Revolutionär wird gegen die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus ausgespielt, der „reine Machtmensch" gegen die „Demokraten". Dies gipfelt schließlich in der Perfidie folgenden Zitats: „Lenin beschwerte sich darüber, daß die bolschewistische Sowjetherrschaft noch ‚zu milde' sei. Die Diktatur des Proletariats ist (folgt Lenin-Zitat, d. Verf.) ‚eine Macht, die an keine Gesetze gebunden ist' " (S. 105). Was es mit dieser „gesetzlosen Macht" für eine Bewandtnis hat, soll das, wiederum im größeren Zusammenhang dargestellte, Zitat deutlich machen. Es ist Lenins Auseinandersetzung mit dem Renegaten Kautsky entnommen und lautet: „Das Endergebnis ist, daß Kautsky, der sich anheischig macht, über die Diktatur zu reden, viel wissentlich Falsches zusammengeredet, aber keine Definition gegeben hat! Er hätte, ohne sich auf seine geistigen Fähigkeiten zu verlassen, sein Gedächtnis zu Hilfe nehmen und aus seinem ‚Kästchen' alle Fälle herausgreifen können, wo Marx über die Diktatur spricht. Dann wäre er bestimmt entweder zu der folgenden oder einer im wesentlichen mit ihr übereinstimmenden Definition gelangt: Die Diktatur ist eine sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht, die an keinerlei Gesetze gebunden ist. Die revolutionäre Diktatur des Proletariats ist eine Macht, die durch die

4) Marx-Engels-Werke, Dietz-Verlag, Berlin 1967, S. 76/77.

Neu bei pläne:

Ernst Busch 1

Lieder der Arbeiterklasse 1917—1933
30-cm-LP, stereo, S 77101. DM 19,—
u. a. mit Linker Marsch, Vorwärts Bolschewik, Lenin, Seifenlied, Spartacus, Ballade von den Säckeschmeißern, Der rote Wedding

Ernst Busch 2

Lieder des spanischen Bürgerkrieges
30-cm-LP, stereo, S 77102, DM 19,—
u. a. mit Mamita mia, Vorwärts Internationale Brigade, Die Thälmann-Kolonne, Am Rio Jarama, Halt stand, rotes Madrid

Arbeiterlieder-Festival

Deutsche Arbeiterlieder, gesungen u. a. von Franz-Josef Degenhardt, Dieter Süverkrüp, Hanns Ernst Jäger, Hanns Dieter Hüsch, Die Conrads, Dietrich Kittner, Fasia
30-cm-LP, stereo, S 66201, DM 19,—

Kämpfendes Afrika

Widerstandslieder aus Südafrika, gesungen von südafrikanischen Studenten
30-cm-LP, Dokumentation, 55401, DM 19,—

pläne-Platten

erhalten Sie im Buch- und Schallplattenhandel.

Gesamtverzeichnis anfordern beim Verlag „pläne" GmbH, 46 Dortmund, Humboldtstraße 12, Telefon 14 39 96

Gewalt des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie erobert wurde und behauptet wird, eine Macht, die an keinerlei Gesetze gebunden ist ... Wollte Kautsky ernsthaft und ehrlich argumentieren, so würde er sich fragen: Gibt es historische Gesetze, die für die Revolution gelten und keine Ausnahmen kennen? Die Antwort würde lauten: Nein, solche Gesetze gibt es nicht" [5]).

Die Epoche der Stalinisierung und Entstalinisierung in Leonhards Buch ist relativ sachlich dargestellt: Strömungen und Gegenströmungen sind sichtbar gemacht, aber auch hier spürt man die antikommunistische Diktion des Autors, die wie bei allen eingefleischten Antikommunisten besonders darin sichtbar wird, Reformbestrebungen in kommunistischen Zentralen unter das Gesetz eines Zwanges zu stellen, sie also nicht als system-immanent, als von Herzen gewollt zu erkennen. Der propagandistische Zweck liegt auf der Hand: Wo Fortschritt geschieht, geschieht er gegen dauernde Widerstände des Systems, gegen die wirklichen Ziele der Partei, letztlich gegen das kommunistische Prinzip. „Selbst in höheren Kreisen der Kreml-Führung", so schreibt Leonhard, „wurde bei Stalins Tod e r k a n n t (gesp. v. Verf.), daß die Probleme der entstehenden sowjetischen Industriegesellschaft nicht mit Stalinschen Methoden zu lösen waren" (S. 183/184). Nicht der Wille zu Veränderungen, so wird uns hier suggeriert, sondern die Erkenntnis gewisser Unmöglichkeiten standen also bei der Entstalinisierung Pate.

Merkwürdig schizophren aber und in dieser Form nicht auf Leonhard beschränkt bleibt seine Art der Behandlung des Maoismus. Eine oft gemachte Feststellung bestätigt sich wieder einmal: Die Antikommunisten vermögen gegenüber jenen Kommunisten sehr konziliant zu sein, von deren politischen Ambitionen sie sich eine ernsthafte Schwächung des kommunistischen Gesamtorganismus versprechen können; und in der Tat, die Mao-Leute haben sich bis heute weit mehr als emsige Munitionslieferanten für die forsch antikommunistische Presse denn als ernsthaft bemühte Partner für den marxistischen Dialog gezeigt.

Wer in Parallelität zu Leonhards Einstellung gegenüber dem Stalinismus auch nur die leiseste Kritik an Maos selbstherrlicher Diktatur sucht, der wird vergeblich suchen. Die Fakten werden, wo nicht gar verständnisvoll bedacht, kommentarlos-sachlich dargeboten. Gipfel dieser Mao-Darstellung: „Mit der Kulturrevolution versuchten schließlich die chinesischen Kommunisten den Vorrang des revolutionären Bewußtseins gegenüber dem rational-ökonomischen Denken zu verankern, eine Bewußtseinsumwälzung zu vollziehen, den revolutionären Enthusiasmus auf die junge Generation zu übertragen, eine bürokratische Entwicklung sowjetischen Typs in China zu verhindern sowie alle Kräfte aus Partei, Staat, Wirtschaft und Armee zu entfernen, die sich einer solchen Entwicklung entgegenstellen könnten" (S. 471).

Das große Schluß-bla-bla Leonhards richtet sich denn auch nicht gegen Maos weltrevolutionäres Konzept, sondern gegen die „tragischen Deformationen des Stalinismus und Nachstalinismus in der Sowjetunion und einigen osteuropäischen Ländern" (S. 478), und dies wiederum ist verständlich, denn eines weiß Leonhard sicher: Wenn man den praktizierten Marxismus angreifen will, muß man ihn in den Ländern des sozialistischen Blocks angreifen; daß Mao dabei Hilfestellung leistet, kann ihm nur recht sein.

Es bleibt am Schluß nur der dringliche Rat an alle Leser, mit dem Buch auch das Quellenmaterial zu studieren, nicht zuletzt, damit sie, um mit Heine zu reden, die Drachen von den Flöhen zu unterscheiden lernen. Ein Wort des Bedauerns noch an den Verlag, daß er einem solch unseriösen Buche aufsaß. Den vollen Umfang der Verfälschungen aufzuzeigen, wäre Stoff für einen gesonderten Beitrag.

Günter W. Smirr

[5]) W. I. Lenin, „Gegen den Revisionismus", Dietz-Verlag, Berlin 1959, S. 373/374.

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Tilman Moser, Jugendkriminalität und Gesellschaftsstruktur. Zum Verhältnis von soziologischen, psychologischen und psycho-

analytischen Theorien des Verbrechens. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M., 380 S., kart. 18,— DM.

Otto W. Haseloff (Hrsg.), Struktur und Dynamik des menschlichen Verhaltens. Zum Stand der modernen Psychologie. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 140 S., kart. 12,80 DM.

Christian Graf v. Krockow, Nationalismus als deutsches Problem. Piper Verlag, München, 130 S., kart. 6,— DM (Serie Piper, Bd. 4).

Texte zur Technokratiediskussion. Herausgegeben von Claus Koch und Dieter Senghaas. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M., 360 S., br. 23,— DM, Ln. 32,— DM. — Aus dem weiteren Verlagsprogramm: Martin Baethge, Ausbildung und Herrschaft (320 S., br. 15,— DM); Hans-Helmuth Thielen, Der Verfall der Inneren Führung (328 S., kart. 23,— DM); Hannes Friedrich, Staatliche Verwaltung und Wissenschaft (476 S., br. 23,— DM); Gerhard Stuby, Disziplinierung der Wissenschaft. Zur Rechtmäßigkeit studentischer Kampfmaßnahmen (234 S., br. 15,— DM).

Walter Müller, Schule zwischen Illusion und Versäumnis. Verlag Gehlen, Bad Homburg, 261 S., br. 18,— DM.

Der Aufbau erziehungswissenschaftlicher Studien und der Lehrberuf. Herausgegeben von Hans Bokelmann und Hans Scheuerl. Verlag Quelle & Meyer, Heidelberg, 370 S., Werkstoff 40,— DM.

Sprache und Stil Lenins. Herausgegeben von Fritz Mierau. Hanser Verlag, München, 180 S., br. 5,80 DM (Reihe Hanser, Bd. 47). — Die vorliegenden sechs Aufsätze entstanden im Jahre 1924 auf Anregung des Dichters Wladimir Majakowski.

Hans Knudsen, Deutsche Theatergeschichte. Zweite, neubearbeitete und erweiterte Auflage. Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 455 S., 44 Abb., Ln. 17,50 DM (Kröners Taschenausgabe, Bd. 270).

Frühes deutsches Arbeitertheater 1847—1918. Eine Dokumentation. Herausgegeben von Friedrich Knilli und Ursula Münchow. Hanser Verlag, München, 500 S. mit 10 S. Abb., br. 34,— DM.

Harry Pross, Publizistik. Thesen zu einem Grundcolloquium. Luchterhand Verlag, Neuwied, 164 S., kart. 7,80 DM (Sammlung Luchterhand, Bd. 10). — In der Sammlung erschien als Bd. 2: Helmut Krauch, Die organisierte Forschung. Eine Studie über Forschungsplanung und Wissenschaftspolitik in der Demokratie (288 S., kart. 9,80 DM).

Handbuch der Weltpresse. Herausgegeben von Henk J. Prakke. Bd. I: Die Pressesysteme der Welt. Geschichte und gegenwärtige Struktur; Bd. II: Weltkatalog der Zeitungen. Westdeutscher Verlag, Köln, 687+296 S., Linson, Subskriptionspreis bis 30. September 120,— DM, späterer Ladenpreis 132,— DM.

Rudolf Blum, Bibliographie. Eine wort- und begriffsgeschichtliche Untersuchung. Buchhändler Vereinigung, Frankfurt/M., XII, 117 S., kart. 32,— DM (Sonderdruck aus „Archiv für Geschichte des Buchwesens").

Buch und Buchhandel in Zahlen (Ausgabe 1970). Zusammengestellt und bearbeitet von Horst Machill. Börsenverein des Deutschen Buchhandels, Frankfurt, 143 S., kart. 5,— DM.

Geschichte und Zeitgeschichte

R. J. White, Kurze Geschichte Englands. Verlag Callwey, München, 288 S., 4 Kt., Ln. 24,— DM.

Christopher Hibbert, Der gerechte Rebell. Der Weg des Giuseppe Garibaldi. Biographie. Rainer Wunderlich Verlag Hermann Leins, Tübingen, 380 S., 14 Kartenskizzen, Ln. 28,50 DM.

Bismarck und die preußisch-deutsche Politik 1871—1890. Herausgegeben von Michael Stürmer. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 336 S., br. 4,80 DM (DTV/Dokumente/Bd. 692). — Der Band, eine Originalausgabe, enthält (z. T. bisher unveröffentlichte) Aktenstücke, Korrespondenzen, Ministerial- und Kronratsprotokolle für die Zeit von der Reichsgründung bis zum Sturz des „Eisernen Kanzlers".

Bernd Stegemann, Die deutsche Marinepolitik 1916—1918. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 179 S., br. 33,60 DM (Historische Forschungen, Bd. 4). — Der Verlag legt in der Reihe „Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter" als Bd. 4 vor: Wolfgang Benz, Süddeutschland in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1918—1923 (371 S., br. 68,60 DM).

Bernd Rieder, Die Zensurbegriffe des Art. 118 Abs. 2 der Weimarer Reichsverfassung und des Art. 5 Abs. 1 Satz 3 des Bonner Grundgesetzes. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 198 S., br. 38,60 DM (Berliner Abhandlungen zum Presserecht, Bd. 9).

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 12. August 1970

Die Hohen Vertragschließenden Parteien,
In dem Bestreben, zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der Welt beizutragen,
In der Überzeugung, daß die friedliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten auf der Grundlage der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen den sehnlichen Wünschen der Völker und den allgemeinen Interessen des internationalen Friedens entspricht,
In Würdigung der Tatsache, daß die früher von ihnen verwirklichten vereinbarten Maßnahmen, insbesondere der Abschluß des Abkommens vom 13. September 1955 über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen, günstige Bedingungen für neue wichtige Schritte zur Weiterentwicklung und Festigung ihrer gegenseitigen Beziehungen geschaffen haben,
In dem Wunsche, in vertraglicher Form ihrer Entschlossenheit zur Verbesserung und Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen ihnen Ausdruck zu verleihen, einschließlich der wirtschaftlichen Beziehungen sowie der wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Verbindungen, im Interesse beider Staaten,
Sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betrachten es als wichtiges Ziel ihrer Politik, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und die Entspannung zu erreichen.
Sie bekunden ihr Bestreben, die Normalisierung der Lage in Europa und die Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten zu fördern, und gehen dabei von der in diesem Raum bestehenden wirklichen Lage aus.

Artikel 2

Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden sich in ihren gegenseitigen Beziehungen sowie in Fragen der Gewährleistung der europäischen und der internationalen Sicherheit von den Zielen und Grundsätzen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, leiten lassen. Demgemäß werden sie ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und übernehmen die Verpflichtung, sich in Fragen, die die Sicherheit in Europa und die internationale Sicherheit berühren, sowie in ihren gegenseitigen Beziehungen gemäß Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt zu enthalten.

Artikel 3

In Übereinstimmung mit den vorstehenden Zielen und Prinzipien stimmen die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Erkenntnis überein, daß der Friede in Europa nur erhalten werden kann, wenn niemand die gegenwärtigen Grenzen antastet.
— Sie verpflichten sich, die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten;
— sie erklären, daß sie keine Gebietsansprüche gegen irgend jemand haben und solche in Zukunft auch nicht erheben werden;
— sie betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.

Artikel 4

Dieser Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken berührt nicht die von ihnen früher abgeschlossenen zweiseitigen und mehrseitigen Verträge und Vereinbarungen.

Artikel 5
Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation und tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft, der in Bonn stattfinden soll.
Geschehen zu Moskau
am 12. August 1970 in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland	Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Willy Brandt	Alexej N. Kossygin
Walter Scheel	Andrej A. Gromyko

Dokumente, die mit dem Vertrag zwischen der BRD und der UdSSR in Zusammenhang stehen

Die Bundesregierung übergab anläßlich der Vertragsunterzeichnung im sowjetischen Außenministerium folgenden Brief:
Sehr geehrter Herr Minister,
im Zusammenhang mit der heutigen Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepublik beehrt sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland festzustellen, daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.
Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung
Walter Scheel

*

Den Botschaftern der drei Westmächte in Moskau wurden am 7. August 1970, noch vor Paraphierung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, gleichlautende Verbalnoten übergeben.
Nachstehend der Text der Verbalnote der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland an die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika:
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau, 7. August 1970.
Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland begrüßt die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika und hat die Ehre, im Auftrag ihrer Regierung folgende Note mit der Bitte zu übergeben, den Inhalt derselben auf dem schnellsten Wege der Regierung der Vereinigten Staaten zur Kenntnis zu bringen:
„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, im Zusammenhang mit der bevorstehenden Unterzeichnung eines Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken folgendes mitzuteilen:
Der Bundesminister des Auswärtigen hat im Zusammenhang mit den Verhandlungen den Standpunkt der Bundesregierung hinsichtlich der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin dargelegt.
Da eine friedensvertragliche Regelung noch aussteht, sind beide Seiten davon ausgegangen, daß der beabsichtigte Vertrag die Rechte und Verantwortlichkeiten der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika nicht berührt.
Der Bundesminister des Auswärtigen hat in diesem Zusammenhang dem sowjetischen Außenminister am 6. August 1970 erklärt:
‚Die Frage der Rechte der Vier Mächte steht in keinem Zusammenhang mit dem Vertrag, den die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken abzuschließen beabsichtigen, und wird von diesem auch nicht berührt.'
Der Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat darauf die folgende Erklärung abgegeben:
‚Die Frage der Rechte der Vier Mächte war nicht Gegenstand der Verhandlung mit der Bundesrepublik Deutschland.
Die Sowjetregierung ging davon aus, daß die Frage nicht erörtert werden sollte.

Die Frage der Rechte der Vier Mächte wird auch von dem Vertrag, den die UdSSR und die Bundesrepublik Deutschland abzuschließen beabsichtigen, nicht berührt. Dies ist die Stellungnahme der Sowjetregierung zu dieser Frage.'"

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland benutzt auch diesen Anlaß, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern. Gleichlautende Noten wurden ‚an die Französische Botschaft Moskau' sowie ‚an die Botschaft des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland Moskau' gesandt.

*

Die Regierungen der drei Westmächte haben der Bundesregierung am 11. August 1970 in Bonn als Antwort ebenfalls gleichlautende Noten übergeben. Nachstehend folgt die Übersetzung der Note der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika:

Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, Bonn-Bad Godesberg, 11. August 1970

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika beehrt sich, der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitzuteilen, daß sie die Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 7. August 1970 erhalten hat, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, im Zusammenhang mit der bevorstehenden Unterzeichnung eines Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken folgendes mitzuteilen:

Der Bundesminister des Auswärtigen hat im Zusammenhang mit den Verhandlungen den Standpunkt der Bundesregierung hinsichtlich der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin dargelegt.

Da eine friedensvertragliche Regelung noch aussteht, sind beide Seiten davon ausgegangen, daß der beabsichtigte Vertrag die Rechte und Verantwortlichkeiten der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika nicht berührt.

Der Bundesminister des Auswärtigen hat in diesem Zusammenhang dem sowjetischen Außenminister am 6. August 1970 erklärt:

‚Die Frage der Rechte der Vier Mächte steht in keinem Zusammenhang mit dem Vertrag, den die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken abzuschließen beabsichtigen, und wird von diesem auch nicht berührt.'

Der Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat darauf die folgende Erklärung abgegeben:

‚Die Frage der Rechte der Vier Mächte war nicht Gegenstand der Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland.

Die Sowjetregierung ging davon aus, daß die Frage nicht erörtert werden sollte.

Die Frage der Rechte der Vier Mächte wird auch von dem Vertrag, den die UdSSR und die Bundesrepublik Deutschland abzuschließen beabsichtigen, nicht berührt. Dies ist die Stellungnahme der Sowjetregierung zu dieser Frage.'"

Die Regierung der Vereinigten Staaten nimmt diese Note einschließlich der Erklärungen, die der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland und der Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken als Teil der Verhandlungen vor der Paraphierung des zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion zu schließenden Vertrags abgegeben haben, in vollem Umfang zur Kenntnis.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist ihrerseits ebenfalls der Auffassung, daß die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes, die sich aus dem Ergebnis des Zweiten Weltkrieges herleiten und die im Londoner Übereinkommen vom 14. November 1944, in der Viererklärung vom 5. Juni 1945 sowie in anderen Kriegs- und Nachkriegsübereinkünften ihren Niederschlag gefunden haben, durch einen zweiseitigen Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, einschließlich dieses Vertrags, nicht berührt werden und nicht berührt werden können.

*

Im Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung wurde am 21. 8. 1970 ergänzend festgestellt: „Die bisherigen Leitsätze 5 bis 10 des Bahr-Papiers bleiben Absichtserklärungen der beiden Regierungen für ihre künftige Politik. Sie waren nicht mehr Gegenstand der Verhandlungen. Demnach besteht mit der sowjetischen Seite Einvernehmen" über folgende Punkte:

a) (Bahr-Papier, 5)

Zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken besteht Einvernehmen darüber, daß das von ihnen zu schließende Abkommen über... (einzusetzen die offizielle Bezeichnung des Abkommens) und entsprechende Abkommen (Verträge) der Bundesrepublik Deutschland mit anderen sozialistischen Ländern, insbesondere die Abkommen (Verträge) mit der Deutschen Demokratischen Republik (vgl. Ziffer 6), der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (vgl. Ziffer 8), ein einheitliches Ganzes bilden.

b) (Bahr-Papier, 6)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt ihre Bereitschaft, mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ein Abkommen zu schließen, das die zwischen Staaten übliche gleiche verbindliche Kraft haben wird wie andere Abkommen, die die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik mit dritten Ländern schließen. Demgemäß will sie ihre Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung, der Nichtdiskriminierung, der Achtung der Unabhängigkeit und der Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in Angelegenheiten, die ihre innere Kompetenz in ihren entsprechenden Grenzen betreffen, gestalten.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland geht davon aus, daß sich auf dieser Grundlage, nach der keiner der beiden Staaten den anderen im Ausland vertreten oder in seinem Namen handeln kann, die Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland zu dritten Staaten entwickeln werden.

c) (Bahr-Papier, 7)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bekunden ihre Bereitschaft, im Zuge der Entspannung in Europa und im Interesse der Verbesserung der Beziehungen zwischen den europäischen Ländern, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Schritte zu unternehmen, die sich aus ihrer entsprechenden Stellung ergeben, um den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Organisation der Vereinten Nationen und zu deren Sonderorganisationen zu fördern.

d) (Bahr-Papier, 8)

Zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken besteht Einvernehmen darüber, daß die mit der Ungültigkeit des Münchener Abkommens verbundenen Fragen in Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in einer für beide Seiten annehmbaren Form geregelt werden sollen.

e) (Bahr-Papier, 9)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden die wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen, kulturellen und sonstigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken im Interesse beider Seiten und der Festigung des Friedens in Europa fortentwickeln.

f) (Bahr-Papier, 10)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken begrüßen den Plan einer Konferenz über Fragen der Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und werden alles von ihnen Abhängende für ihre Vorbereitung und erfolgreiche Durchführung tun.

Gemeinsames Kommuniqué der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Vom 11. bis zum 13. August 1970 befand sich der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Willy Brandt, der in Moskau in Verbindung mit dem Abschluß des „Vertrages zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Bundesrepublik Deutschland" eingetroffen war, zu einem Staatsbesuch in der Sowjetunion.

Der Vertrag wurde am 12. August im Namen der Sowjetunion von dem Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR A. N. Kossygin und dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR A. A. Gromyko und im Namen der Bundesrepublik Deutschland von dem Bundeskanzler W. Brandt und dem Minister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland W. Scheel unterzeichnet.

Während des Besuches fanden ein Gespräch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU L. I. Breshnew mit W. Brandt und Besprechungen des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR A. N. Kossygin mit dem Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland statt.

An den Besprechungen nahmen teil:

Von sowjetischer Seite: Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR A. A. Gromyko sowie der Leiter der 3. Europäischen Abteilung im Außenministerium der UdSSR, Botschafter V. Falin, und der Botschafter der UdSSR in der Bundesrepublik Deutschland S. Zarapkin.

Von seiten der Bundesrepublik Deutschland: Der Minister des Auswärtigen W. Scheel sowie der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. P. Frank, der Staatssekretär im Bundeskanzleramt E. Bahr, Staatssekretär C. Ahlers und der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der UdSSR, Dr. H. Allardt.

Das Gespräch und die Besprechungen verliefen in einer sachlichen Atmosphäre und waren für beide Seiten nützlich.

Nach Überzeugung der Seiten eröffnet der von ihnen geschlossene Vertrag günstige Aussichten für die erfolgreiche Entwicklung der friedlichen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der BRD auf verschiedenen Gebieten im Interesse der Völker beider Staaten. Sie gaben der Überzeugung Ausdruck, daß der Vertrag die Festigung der Sicherheit in Europa, die Lösung der hier vorhandenen Probleme und das Zustandekommen einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Staaten unabhängig von den Unterschieden in ihrer Gesellschaftsordnung fördern wird. Die Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Bundesrepublik Deutschland werden zur Verwirklichung von Schritten, die diesen Zielen dienen, beitragen.

Zwischen den Seiten fand ebenfalls ein ausführlicher Meinungsaustausch über eine Reihe von aktuellen Problemen der gegenwärtigen internationalen Lage statt.

Beide Regierungen betrachten es als wünschenswert, den Meinungsaustausch über Fragen von gemeinsamem Interesse auf entsprechenden Ebenen fortzusetzen.

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland W. Brandt lud den Vorsitzenden des Ministerrats der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken A. N. Kossygin zu einem offiziellen Gegenbesuch in die Bundesrepublik Deutschland ein. Diese Einladung wurde mit Dank angenommen. Der Zeitpunkt des Besuches wird nachträglich auf diplomatischem Wege festgesetzt werden.

Moskau, den 13. August 1970

Tischrede von Ministerpräsident Kossygin

Am 12. August 1970 gab der sowjetische Ministerpräsident im Festsaal des Facettenpalastes im Kreml ein Essen für die deutsche Delegation.

Im Namen der sowjetischen Regierung begrüße ich den Bundeskanzler, Herrn Willy Brandt, den Herrn Außenminister Walter Scheel sowie die sie begleitenden Persönlichkeiten, die in Verbindung mit dem Abschluß des Vertrages zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Bundesrepublik Deutschland nach Moskau gekom-

men sind. Der heutige Tag wird ein denkwürdiger Tag sein in den Beziehungen zwischen beiden Ländern. In der Vergangenheit gab es nicht viele Ereignisse, die Grund gewesen sind, eine friedliche Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern als ein erreichbares praktisches Ziel in Fluß zu bringen, obwohl die Lehren der Geschichte und die Lebensinteressen der Völker beider Länder zweifellos die Beseitigung der Hindernisse auf diesem Weg gefordert haben. Lange Jahre haben sich die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland im internationalen politischen Leben bei der Lösung wichtiger Probleme oft auf entgegengesetzten Polen befunden.

Der eben unterzeichnete Vertrag ist das Ergebnis langwieriger, oft sehr schwieriger Verhandlungen. Aber man kann seine Befriedigung darüber zum Ausdruck bringen, daß beide Seiten nicht vor den Schwierigkeiten zurückgeschreckt sind, die auf dem Wege zu dieser Vereinbarung standen, weil das Ziel, um dessen Erreichung sie soviel Mühe an den Tag legten, die gemachten Anstrengungen wert ist.

Vor uns liegt die Aufgabe, eine Wende in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik zu vollziehen. Schon die Erfahrung aus der Vergangenheit muß lehren, die Güter hoch zu bewerten und im vollen Maße auszunützen, die jeder Tag des Friedens in sich trägt und die durch die Zusammenarbeit zwischen den Staaten vermehrt werden.

Wir hoffen, daß nach der Unterzeichnung des Vertrages die praktischen Schritte zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland auf den verschiedenen Gebieten nicht auf sich warten lassen. Die Sowjetunion ist dazu bereit, und sie geht davon aus, daß die Prinzipien der friedlichen Koexistenz die einzig vernünftige und aussichtsreiche Grundlage für die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland als auch überhaupt zwischen Ländern mit verschiedener Gesellschaftsordnung darstellen.

Jede der Regierungen übernahm ernste Verpflichtungen und eine große Verantwortung gegenüber ihren eigenen Völkern und Europa im ganzen. Die Treue zu diesem Vertrag, seine konsequente Verwirklichung werden zweifellos ein wichtiges Element der Erhaltung der Stabilität und der Ruhe auf dem europäischen Kontinent bilden.

In diesem Sinne steht der von den Regierungen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland unternommene Akt nicht isoliert. Er steht vielmehr in einer Reihe mit anderen Bemühungen, die von den Regierungen der europäischen Staaten zur Gesundung der Lage und der Schaffung zuverlässiger Pfeiler für die Sicherheit in Europa unternommen werden. Man muß bemerken, daß das alles in den politischen und gesellschaftlichen Kreisen Europas, und nicht nur Europas, die unseren Verhandlungen gewaltige Aufmerksamkeit zuteil werden lassen, gut verstanden wird.

Mißgünstige Stimmen gibt es natürlich auch. Aber das sind die Stimmen derjenigen, denen das Gefühl des politischen Realismus und der Sorge um die friedliche Zukunft der europäischen Völker fremd ist.

Wer wirklich für die internationale Entspannung und für den Frieden ist, der muß anerkennen, daß dieser Akt eine äußerst wichtige Entscheidung darstellt. Uns ist nicht bekannt, daß irgend jemand eine grundsätzlich andere, der Sache der europäischen Sicherheit dienende Lösung der Fragen vorgeschlagen hat, die den Gegenstand des Vertrages zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland bilden.

Zum Abschluß möchte ich sagen, daß der unterzeichnete Vertrag nicht möglich gewesen wäre, wenn er nicht durch die ganze Entwicklung der europäischen Wirklichkeit, durch den natürlichen Gang der internationalen Beziehungen vorbereitet worden wäre.

Der Vertrag ist vom Leben selbst diktiert. Er entspricht den langfristigen Interessen des Friedens. Gestatten Sie mir vorzuschlagen, auf den Vertrag zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Bundesrepublik Deutschland zu trinken. Darauf, daß dieser Vertrag der Verbesserung und allseitigen Entwicklung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland dienen möge, im Interesse der Völker beider Länder, der Festigung des Friedens in Europa und der ganzen Welt.

Auf das Wohl des Bundeskanzlers, Herrn Willy Brandt, auf das Wohl des Herrn Außenministers Walter Scheel und der Sie begleitenden Persönlichkeiten!

Tischrede des Bundeskanzlers

Der Bundeskanzler erwiderte:

Herr Vorsitzender des Ministerrates!

Lassen Sie mich Ihnen danken, auch im Namen von Außenminister Scheel und unserer Delegation, für die Einladung nach Moskau und die großzügige Gastfreundschaft, die wir bei Ihnen gefunden haben.

Die zahlreichen Gespräche der letzten acht Monate haben mehr bewirkt als die Formulierung eines Vertrages. Ihre und meine Mitarbeiter haben Gelegenheit gehabt, sich kennenzulernen, ihre Gedanken auszutauschen und sich zu verstehen, selbst wenn man sich nicht im ersten Anlauf verständigen kann. Dabei möchte ich Herrn Gromyko — mit dem ich ja in den letzten beiden Jahren schon einige Male zusammengetroffen war — für sein persönliches Engagement danken. Ich sehe zu meiner Freude, daß er trotz der Länge der Gespräche nicht außer Atem gekommen ist, sondern diesen Marathon-Lauf in bewundernswerter Kondition beendet hat.

Gestern nachmittag habe ich zum erstenmal in meinem Leben den Boden der Sowjetunion betreten, und dabei war mir bewußt, welche Erinnerungen und Wunden unsere Staaten und nicht zuletzt die Völker bis zum heutigen Tage tragen.

Ich weiß mich in einem Lande, in dem es einen besonderen Sinn für Geschichte gibt. Eine Geschichte, die niemand ungeschehen machen kann und die niemand leugnen darf. Wer sie vergißt oder zu vergessen versucht, wird krank an seiner Seele.

Aber ebenso wahr ist, daß kein Volk auf die Dauer leben kann ohne Stolz und ohne die Aussicht, seinen Willen friedlich zu vollenden. Die Geschichte darf nicht zu einem Mühlstein werden, der uns niemals aus der Vergangenheit entläßt.

Ich verstehe diesen Vertrag in gewisser Hinsicht als einen Schlußstrich und als einen neuen Anfang, der unseren beiden Staaten gestattet, den Blick nach vorn zu richten in eine bessere Zukunft. Als einen Vertrag, der uns von den Schatten und den Belastungen der Vergangenheit befreien soll — Sie wie uns. Der Ihnen wie uns die Chance eines neuen Anfangs gibt.

Das Werk, das hier begonnen wurde, wird seinen vollen Sinn erst erfüllen, wenn wir damit zu einer wirksamen und wirklichen Entspannung in der Mitte Europas beitragen. Dabei darf kein Punkt vergessen werden. Das Werk wäre unvollständig, wenn wir nicht dafür sorgen würden, daß es nirgendwo in der Mitte Europas mehr zu Spannungen kommen kann und daß befriedigende Regelungen überall geschaffen werden, wo es sie heute noch nicht gibt. Lassen Sie uns alle dies Werk vollenden.

Trotz der Meinungsverschiedenheiten, die weiter bestehen, trotz der verschiedenen Gesellschaftsordnungen können wir ein Beispiel geben, wie in dieser schwierigen Welt eine friedliche Koexistenz verwirklicht wird, gegen niemanden, zum Nutzen aller, der Staaten und der Völker in beiden Teilen Europas.

Ich hoffe, die Zeit der Entfremdung liegt hinter uns. Das Bild des Deutschen vom Russen und umgekehrt entspricht häufig nicht der Wirklichkeit, von der wir doch ausgehen wollen. Lassen Sie uns Menschen aus allen Schichten miteinander in Verbindung bringen, damit Vorurteile verschwinden und neues Verstehen folgt.

Ich möchte mein Glas erheben und trinken auf Ihr persönliches Wohl, auf das Wohl der sowjetischen Regierung, des Vorsitzenden des Staatsrates, auf das Wohl des Ersten Sekretärs, mit dem ich ein interessantes Gespräch führen konnte, auf das Wohl unserer Völker und auf das Wohl der Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern, und damit möchte ich zugleich auf die Jugend trinken, die zugleich die Mehrheit unserer Völker ist und der wir den Weg zueinander frei machen wollen. Auf eine Zukunft der ehrlichen Partnerschaft und des Friedens.

Autoren dieses Heftes

ELLIESEN, Klaus, geb. 1940 in Halle/Saale, lebt als freier Journalist bei Kiel. *** *ETZEL, Dr. iur. Hermann,* ehemals Mitglied des Deutschen Bundestages und Präsident der Handwerkskammer München, lebt in Bamberg. Dr. Hermann Etzel ist Mitbegründer der „Blätter". *** *MANSCH, Joachim,* geb. 1931 in Brandenburg/Havel, ist Buchhändler in Köln und in der buchhändlerischen Fachpresse durch zahlreiche Publikationen hervorgetreten. Er gehört dem Ausschuß Literaturproduzenten an. *** *FEDLER, Klaus,* und *GÖBELS, Majo,* sind Mitarbeiter des Arbeitskreises Indonesien im Ökumenischen Arbeitskreis des Politischen Nachtgebets Köln. *** *ALBERTS, Jürgen,* geb. 1946 in Betzdorf/Sieg, studiert in Tübingen Politik, Deutsch, Volkskunde; promoviert über das Thema *Bild*-Zeitung; Buchveröffentlichungen. *** *LEY, Prof. Dr. Hermann,* hat einen Lehrstuhl für Philosophie an der Humboldt-Universität in Berlin/DDR. *** *BURGER, Hans-Georg,* geb. 1945 in Immenstadt/Allgäu, studierte zunächst in Köln, danach an der FU Berlin; Doktorand am Institut für Publizistik der FU, Mitarbeiter am Seminar für Judaistik der FU. *** *CÉSAR, Christine/FRACH, Christa/HERVÉ-MURRAY, Florence/SOLLMANN, Meinholde/SOMMERFELD, Verena,* sind im Arbeitskreis Emanzipation (AKE) Bonn tätig, der sich als Teil der Demokratischen Bewegung in der BRD versteht; Mitglieder sind Studentinnen, berufstätige Frauen und Hausfrauen. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *MEYER, Hans-Georg,* geb. 1951 in Bestwig, Landesschulsprecher des Landes Hessen, ist Oberprimaner am Gymnasium in Korbach. *** *HENNIG, Eike,* geb. 1943 in Kassel, studiert Politische Wissenschaften und Soziologie in Frankfurt, Doktorand; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SMIRR, Günter W.,* geb. 1922 in Sommerfeld, lebt als freier Journalist in Heidelberg.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,25 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Hilde Bentele, Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Anton Neuhäusler, Knut Nevermann, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Harold Rasch, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Hans Rheinfelder, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Karl Graf v. Westphalen, Prof. D. Ernst Wolf. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Telefon: 21 53 36. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,80; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—; $ 5,65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

d /1800 Frau Dr. Neuhöffer, Charl.
Ludwigstr. 18

Es schrieben bisher u. a.

Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Martin Bennhold
Max Bense
Igor Bestushew
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
William Borm
Achim v. Borries
Lord Boyd Orr
Wilfried v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
John Collins
Hans Conzelmann
Eberhard Czichon
Wilfried Daim
Harold Davies
Frank Deppe
Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann †
Barbara Dietrich
Klaus Ehrler
Fritz Eichholtz
Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster †
Ragnar Forbech
Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Wolfgang Friedmann
Ragnar Frisch
Klaus Fritzsche
Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Kurt R. Grossmann
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Werner Hahlweg
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Wilhelm Hasenack
Hanns-Jochen Hauß
Hartmut Häußermann
Friedrich Heer
Horst Heiden
Eckart Heimendahl
Hans G. Helms
Werner Otto v. Hentig
Rudolf Hilf
Joachim Hirsch
Egbert Hoehl
Werner Hofmann †
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka †
Jörg Huffschmid
Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Victor Kadalie
Erich Kahler
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Friedrich Klein
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Fritz Köhler
Oswald A. Kohut
Karsten Kullmann
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Heinz Langerhans
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Walter Lewald
Jonas Lesser †
Carlo Levi
Hanns Linhardt
Albert J. Luthuli
Walther Maas
Werner Maihofer
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias
Ernst May
Peter Meier
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Heinrich Meng
Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Anna Nieklewicz
Reinhard Opitz
Laszlo Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling
Helveg Petersen
A. Poltorak
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Helge Pross
L. A. Puntila
Adam Rapacki
Harold Rasch
A. J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Felix Rexhausen
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Karl Rode
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Bertrand Russell †
Paul Schallück
Franz B. Schick
Theo Schiller
Richard Schmid
Franz Paul Schneider
Robert Scholl
Rudolf Schottlaender
Conrad Schuhler
Levin Schücking †
Hans-Adalbert Schweigart
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman
Karl Stankiewitz
Karl-Heinz Stanzick
A. S. Graf v. Stauffenberg †
Max Steenbeck
Karl Stoevesandt
Stephen Swingler
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailovic
Gregori Tunkin
John E. Ullmann
Imre Vajda †
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn †
Wilhelm Wengler
Jochen Willke
Hans Wirtz
Claudia Wolff
Michail Woslenski
Konni Zilliacus †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

ELLIESEN, Klaus, geb. 1940 in Halle/Saale, lebt als freier Journalist bei Kiel. *** *ETZEL, Dr. iur. Hermann,* ehemals Mitglied des Deutschen Bundestages und Präsident der Handwerkskammer München, lebt in Bamberg. Dr. Hermann Etzel ist Mitbegründer der „Blätter". *** *MANSCH, Joachim,* geb. 1931 in Brandenburg/Havel, ist Buchhändler in Köln und in der buchhändlerischen Fachpresse durch zahlreiche Publikationen hervorgetreten. Er gehört dem Ausschuß Literaturproduzenten an. *** *FEDLER, Klaus,* und *GÖBELS, Majo,* sind Mitarbeiter des Arbeitskreises Indonesien im Ökumenischen Arbeitskreis des Politischen Nachtgebets Köln. *** *ALBERTS, Jürgen,* geb. 1946 in Betzdorf/Sieg, studiert in Tübingen Politik, Deutsch, Volkskunde; promoviert über das Thema *Bild*-Zeitung; Buchveröffentlichungen. *** *LEY, Prof. Dr. Hermann,* hat einen Lehrstuhl für Philosophie an der Humboldt-Universität in Berlin/DDR. *** *BURGER, Hans-Georg,* geb. 1945 in Immenstadt/Allgäu, studierte zunächst in Köln, danach an der FU Berlin; Doktorand am Institut für Publizistik der FU, Mitarbeiter am Seminar für Judaistik der FU. *** *CÉSAR, Christine/FRACH, Christa/HERVÉ-MURRAY, Florence/SOLLMANN, Meinholde/SOMMERFELD, Verena,* sind im Arbeitskreis Emanzipation (AKE) Bonn tätig, der sich als Teil der Demokratischen Bewegung in der BRD versteht; Mitglieder sind Studentinnen, berufstätige Frauen und Hausfrauen. *** *HALL, Martin,* geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *MEYER, Hans-Georg,* geb. 1951 in Bestwig, Landesschulsprecher des Landes Hessen, ist Oberprimaner am Gymnasium in Korbach. *** *HENNIG, Eike,* geb. 1943 in Kassel, studiert Politische Wissenschaften und Soziologie in Frankfurt, Doktorand; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SMIRR, Günter W.,* geb. 1922 in Sommerfeld, lebt als freier Journalist in Heidelberg.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,25 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Hilde Bentele, Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Anton Neuhäusler, Knut Nevermann, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Harold Rasch, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Hans Rheinfelder, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Karl Graf v. Westphalen, Prof. D. Ernst Wolf. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Telefon: 21 53 36. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,80; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—; $ 5,65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.